

Ferdinand Kroh

wendemanöver



Die geheimen Wege
zur Wiedervereinigung

HANSER

Der Zusammenbruch der DDR und der Mauerfall kamen völlig überraschend, Kohl nutzte die Gunst der Stunde und leitete die deutsche Wiedervereinigung ein. Das ist die offizielle Lesart – bis heute.

Dieses Buch macht mit dieser Kohl-Legende Schluss: Die Hauptakteure der Wende wurden keineswegs von den Geschehnissen 1989 überrascht. Vielmehr war sie das Resultat langjähriger konspirativer Verhandlungen und geheimdienstlich gesteuerter Aktionen zwischen West und Ost.

Ein Polit-Krimi ersten Ranges: Was geschah hinter den Kulissen? Standen die vermeintlichen RAF-Morde an von Braunmühl, Herrhausen und Rohwedder im Zusammenhang mit der Wende? Und wo blieben die Devisenmilliarden der DDR?



Der Zusammenbruch der DDR und der Mauerfall kamen völlig überraschend, Kohl nutzte die Gunst der Stunde und leitete die deutsche Wiedervereinigung ein. Das ist die offizielle Lesart – bis heute.

Dieses Buch macht mit dieser **Kohl-Legende** Schluss: Die Hauptakteure der Wende wurden keineswegs von den Geschehnissen 1989 überrascht. Vielmehr war sie das Resultat langjähriger konspirativer Verhandlungen und **geheimdienstlich gesteuerter Aktionen** zwischen West und Ost.

Bereits Anfang der 80er-Jahre finden Geheimgespräche über eine größere Öffnung der Mauer statt. 1983 vermittelt Franz-Josef Strauß der wirtschaftlich angeschlagenen DDR einen **Milliardenkredit** und unterminiert damit diese Sondierungen. Doch das bringt nicht dauerhaft Hilfe: 1986 errechnet das Ministerium für Staatssicherheit in einer Studie den **wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR** in spätestens vier Jahren.

1987 signalisiert Gorbatschow Kohl eine Lösung der deutschen Frage. 1988 wird Kohl der erste Vorschlag gemacht. Doch er **ignoriert Gorbatschows Anstoß**. Später ist Kohls Ziel eine Konföderation, nicht die Wiedervereinigung, denn er bezwei-

felt, dass er gesamtdeutsche Wahlen gewinnen kann. Es beginnen geheime Treffen direkt hinter dem **Todesstreifen** – bis zum Fall der Mauer. Das Buch ist ein Polit-Krimi ersten Ranges: Was geschah hinter den Kulissen? Standen die vermeintlichen **RAF-Morde** an von Braunmühl, Herrhausen und Rohwedder im Zusammenhang mit der Wende? Und wo blieben die **Devisenmilliarden** der DDR?



Ferdinand Kroh, Diplom-Politologe, seit 1977 freier Journalist und Filmautor. Spezialgebiet: Deutsche Geschichte und Ost-West-Konflikt. 1980/81 Reportage-Chef der Berliner Tageszeitung »Der Abend«, 1986 Studiochef von Ufa-Radio-RTL in Berlin, 1987-1992 Berlin- und DDR-Korrespondent für RTL-Radio und weitere elf deutschsprachige Privat-Radios im In- und Ausland. 1987-1995 freier Autor bei TV-Politmagazinen (Kennzeichen D, plusminus und Fakt). Autor diverser Dossiers in der »Zeit«. 2004 Drehbuch für die TV-Dokumentation »Vom Politbüro ins Irrenhaus – der Fall Herbert Häber« (NDR).

Ferdinand Kroh
Wendemanöver

HANSER

Ferdinand Kroh

Wendemanöver

Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung

HANSER

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte, auch die der Übersetzung, des Nachdruckes und der Vervielfältigung des Buches oder Teilen daraus, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren), auch nicht für Zwecke der Unterrichtsgestaltung – mit Ausnahme der in den §§ 53, 54 URG genannten Sonderfälle –, reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2005 Carl Hanser Verlag München Wien

www.hanser.de

Lektorat: Martin Janik

Herstellung: Oswald Immel

Umschlaggestaltung: Michael Knoch, büro plan.it

unter Verwendung von Bildmaterial von dpa und Ullstein Bilderdienst

Satz: Manuela Treindl, Laaber

Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 3-446-40271-3

„Nur weil ich unter Verfolgungswahn leide, heißt das ja noch lange nicht, dass keiner hinter mir her ist.“

Woody Allen

„Ich habe mal zu Schalck gesagt: ‚Die Sache ist so: Wenn wir am Ende gewinnen, sperren wir Sie vielleicht ins Gefängnis. Wenn Sie gewinnen, hängen Sie uns an die Laternenpfähle. Das ist der Unterschied.‘ Denn dass wir Gegner waren, das haben wir uns immer gesagt, da war nix Krampf, wir sind gut miteinander ausgekommen. Er hat gelacht.“

Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
Ein Image wird hinterfragt	1
Das Leben der DDR wurde verlängert	3
Amerikaner und Sowjets wollten die deutsche Frage lösen	5
Tatmotive werden aufgedeckt	9
Das „Beweismaterial“	9
Geschichte wiederholt sich	11
 I GÖTTERDÄMMERUNG 1980–1985	13
Wandel durch Annäherung – die neue Politik der SPD	16
Die deutsche Frage bleibt offen	17
Missverständnis mit schlimmen Folgen – der Krieg in Afghanistan	19
Kein deutsch-deutscher Sonderweg	21
„Genosse Breschnew hat geweint“ – Moskau ist finanziell am Ende	22
Bettelbrief aus Moskau	25
Reagans Kampf – mit Gotteskriegen gegen das „Reich des Bösen“	26
Mit der Hl. Jungfrau gegen die Kommunisten	28

Das „Züricher Modell“ – Geld gegen Reiseerleichterungen .	31
Honecker drücken Geldsorgen	32
Die Jagd nach Krediten	34
Der Milliardenkredit –	
das Aus für die geplanten Reiseerleichterungen	37
Das Kanzleramt hält am Züricher Modell fest	38
Strauß reißt mit allen Mitteln Deutschlandpolitik an sich	40
Strauß wünscht freundliche Grenzer statt menschlicher	
Erleichterungen	42
Welcher Deal stand hinter dem Strauß-Coup?	44
Vom Politbüro ins Irrenhaus – der Sturz des Herbert Häber	46
Herbert Häber soll verschwinden	48
Die Moskauer Methode: Psychiatrie	49
Häbers Verdienste bleiben ungewürdigt	52
Das Modell „Länderspiel“ –	
Anerkennung der DDR und Mauerfall?	53
Ein Verhältnis nach dem Muster Österreich-Ungarn	55
Der Beginn neuer Geheimtreffen	58
Der Favorit des KGB –	
Michail Gorbatschow kommt an die Macht	62
Abschied von der Breschnew-Doktrin	64
Das Geschäft mit den Iran-Contra-Geldern	66
II KURS AUF DIE WENDE 1986–1987	69
„Swesda“, der Stern –	
ein Ostblock-Braintrust plant die Wende	70
Die Spaltung Deutschlands überwinden	72
Die Mauer schadet den sowjetischen Interessen	74
Die Hochleistungsrechner aus dem Westen –	
Reagans trojanische Pferde	76
Lauschangriff per Computer	78

Mit IBM zum Mikrochip	80
Der heimliche Kauf der Festplattenfabrik	83
Coming-out im Kreml –	
Gorbatschow sucht DDR-Reformer	86
DDR: Der Wunsch nach dem Westen –	
Perestroika ohne Chance	87
In der SED bleibt alles beim Alten	89
Gorbatschow kritisiert die DDR	91
Vom Teufelsberg nach Reykjavík –	
die Sowjets wollen abrüsten	96
Die Sowjets zittern vor „Copy Wings“	98
Reagan lässt nicht mit sich handeln	101
Einheit statt Raketen –	
die Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept	102
Bernhard Friedmann kritisiert den Kanzler	104
Die Einheit soll den Frieden sichern	106
Gero von Braunmühl – der erste Wendetote?	108
War es wirklich die RAF?	109
MfS: Terror als Selbstverteidigung –	
Honecker will der RAF helfen	112
Bonn entledigt sich der Terroristen	113
DDR zu verkaufen – doch Kohl greift nicht zu	116
Gorbatschows „Oster-Botschaft“ kommt an	118
Reagans gezielte Provokation	120
Der geheimnisvolle Wolodja –	
ein KGB-Mann sammelt Reformer	121
Der KGB-Mann sucht Drahtzieher	123
Putin – ein roter Aristokrat	125
Konkurrenz auf höchster Ebene –	
das Länderspiel wird abgepfiffen	125
Die DDR fühlt sich bedroht	127

Aktion „Odessa“ – die Stasi sichert ihr Überleben	130
Devisen verschwinden ins Ausland	132
Die KPÖ hilft beim Schmuggeln	134
Die Firma Novum versteckt einen Schatz	135
Wo überall sind noch Gelder?	138

III DIE WIEDERVEREINIGUNG 1988–1990 143

Eine Prophezeiung aus den USA – die Mauer fällt im Herbst 1989	144
Daschitschew rüttelt an der Mauer	148
CDU will Wiedervereinigung streichen	149
Immer mehr Signale in Richtung Einheit	153

Kohls Ziel ist nicht die Einheit	155
Streit im Kreml – lehnte Kohl Gorbatschows Angebot ab? ..	156
Die DDR entgleitet den Sowjets	159

Ungarn schafft Tatsachen – die Grenze wird geöffnet	160
Ein Zaun macht den Anfang	161
Gorbatschow lässt Ungarn freie Hand	163
Bonn hält Kontakt zu den Reformern	164

Honeckers Rache – die Denunziation des Manfred Uschner	168
Der Verrat war vorhersehbar	170

Bonn zögert und zaudert – Bush ergreift die Initiative ...	173
Freie Wahlen in Polen	173
Washington will die Fäden in der Hand behalten	174
Bush schickt seinen schärfsten Kettenhund nach Bonn	176
Gorbatschow gibt grünes Licht – die Mauer darf fallen	180
Gorbatschow setzt Zeichen	181
Honecker läuft ins Leere	185
Bush bezahlt für die Reformen	187

Bild-Zeitung & Co. –	
wie die Medien eine Fluchtwelle inszenieren	189
Im Fokus der Presse – die Flüchtlinge	190
Die Lady bleibt eisern	192
Bild schreibt eine Fluchtwelle herbei	193
Geheimes Fluchtmanagement –	
die Ungarn kooperieren mit Bonn	197
Das Picknick von Sopron	198
Ungarn sichert Kohl Hilfe zu	200
Der Preis der Freiheit –	
was kostete die ungarische Grenzöffnung?	203
Die DDR will Flüchtlinge zurücklocken	204
Kohl nutzt Terminchaos vor der Grenzöffnung für seine PR aus	206
Neue Flüchtlinge in Prag –	
Genschers Kampf um ihre Ausreise	208
Genschers Sieg in Prag	211
Der Aufstand der DDR-Bürger – Moskau greift nicht ein .	216
Eine Protestbewegung formiert sich	217
Das MfS unterwandert die Opposition	219
Amerikaner kooperieren mit Oppositionellen	220
40. Jahrestag – die Revolte beginnt	222
Gorbatschow lässt die SED im Stich	223
Der Realitätsverlust des Egon Krenz –	
ein Putschversuch scheitert	224
Bild ist bestens informiert	225
Krenz sucht die Nähe zur Opposition	227
Bloß kein Sozialismus mehr	229
Vorzeitige Grenzöffnung – ein Versehen?	231
Kohl bleibt bei der Konföderation	234
Gorbatschow erhöht die Preise	238

Tod eines Bankers –	
warum Alfred Herrhausen sterben musste	239
Für die RAF untypisch	240
Was war das Motiv?	242
Herrhausen macht sich unbeliebt	245
Sozialer Banker unerwünscht	246
Mögliche Mord-Komplizen:	
Wirtschaftsmächte und „Schakale“	250
Erste freie Wahlen in der DDR –	
die Konservativen gewinnen	253
Modrow kriegt kein Geld	254
Der unerwartete Sieg der „Ost-Union“	256
Mord am Treuhänder –	
starb Rohwedder für den Milliardencoup?	258
In der Treuhand wird DDR-Vermögen geplündert	260
Karsten Rohwedder will aufräumen	264
Waren es wieder Geheimdienste?	267
Nachwort: Ist die Bundesrepublik ein Sicherheitsrisiko? ..	269
Spione in Industrie, Forschung und Militär	270
Vom russischen Geheimdienst zersetzt	272
Anmerkungen	277
Einführung	277
I Götterdämmerung 1980–1985	277
II Kurs auf die Wende 1986–1987	280
III Die Wiedervereinigung 1988–1990	284
Literaturverzeichnis	293
Personenverzeichnis	299
Register	329

Einführung

Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit. Mit seiner Wiedervereinigungspolitik im Jahr 1990 hat er sich den Ehrenplatz unter den deutschen Kanzlern des vorigen Jahrhunderts verdient. Horst Teltschik, sein Berater, Rudolf Seiters, sein Minister im Kanzleramt, Hans-Dietrich Genscher als Außenminister sowie alle damit befassten Staatssekretäre und politischen Beamten haben mit der Vereinigung Deutschlands binnen eines halben Jahres eine unglaubliche Leistung erbracht. Doch war Helmut Kohl – wie es der Titel „Kanzler der Einheit“ schließlich nahe legt – ein Macher der Einheit? Hat er über die Jahre in dem Maße die Einheit befördert, wie es die von ihm und seinen Gefolgsleuten aufgestellte Legende behauptet?

Ein Image wird hinterfragt

Dieses Buch wird zeigen, dass Helmut Kohl nicht in genialer Weise seit dem Nachrüstungsbeschluss die Chance zur Einheit genutzt hat. Er hat nicht stets – wie andere Politiker, insbesondere der SPD – eine Anerkennung der DDR abgelehnt. Kohls Bereitschaft zur Anerkennung einer reformierten DDR unter der Bedingung der Reisefreiheit seit 1984 wird bis heute erfolgreich verschwiegen. Tatsächlich hat er von seinem Staatsminister Philipp Jenninger Verhandlungen führen lassen, die nichts anderes zum Ziel hatten: eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und einer demokratischen, sozialistischen DDR unter Öffnung der Mauer. Dass alle wesentlichen deutschen Akteure die Bereit-

schaft zur Anerkennung einer reformierten DDR leugnen, ist umso erstaunlicher, als ein solches Politikziel Mitte der 80er Jahre durchaus realistisch und erstrebenswert war, denn man konnte nicht davon ausgehen, dass die Sowjetunion freiwillig auf den militärisch-geopolitischen Status quo verzichten würde. Deshalb hätte eine solche Lösung der deutschen Frage auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs bei der Bevölkerung volle Unterstützung gefunden. Außerdem deckte sich eine solche Strategie mit den ersten Memoranden der osteuropäischen Denkfabrik „Swesda“ (deutsch: Stern), in welcher schon Anfang der 80er Jahre Politik- und Wirtschaftswissenschaftler wie auch erfahrene Westexperten des Ostblocks für die sowjetische und osteuropäische Außenpolitik neue Denkmuster entwarfen. Den Politikern des Ostblocks war längst klar geworden, dass sie vor allem wegen der kompromisslos antikommunistischen Politik Margaret Thatchers und Ronald Reagans im Begriff waren, den Kalten Krieg zu verlieren.

Kohl hat, im Gegensatz zu anderen deutschen und ausländischen Akteuren und Analysten, lange Zeit nicht begreifen wollen, dass die deutsche Frage seit 1986 wieder offen war und eine operative Wiedervereinigungspolitik möglich gewesen wäre. Helmut Kohl ignorierte 1987 und 1988 entsprechende Angebote von Gorbatschow und setzte sogar noch auf eine Konföderation, als der Zug – mit Gorbatschows Bonn-Besuch 1989 – längst in Richtung deutscher Einheit abgefahren war. Die Sozialdemokratie hat in diesen Jahren mit ihrer so genannten Nebenaußenpolitik, dem Schaffen von Abrüstungsmodellen und einer gesellschaftspolitischen Diskussion mit jenen Kräften in der DDR, die sich für Gorbatschows Wendepolitik einsetzten, aus ideologischen Gründen versucht, die DDR zu stabilisieren und konföderationsreif zu machen. Für sie wäre, wie es Willy Brandt 1989 gegenüber Michail Gorbatschow ausdrückte, eine Auflösung der DDR eine Niederlage für die Idee des Sozialismus auf deutschem Boden gewesen. Für Helmut Kohl dagegen waren es nicht gesellschaftspolitische Überlegungen, die ihn sogar noch nach dem Fall der Mauer in Richtung Zweistaatlichkeit trieben. Nach Erkenntnissen seines ehemaligen Parteisprechers Karl Hugo Pruys wollte sich der Bundeskanzler zu seiner Amtszeit keinen gesamtdeutschen Wahlen stellen.¹ Er hielt sie für die Union nicht für gewinn-

bar. In Westdeutschland befand sich die Union vor dem Fall der Mauer in der Krise und die Ostdeutschen, so meinte nicht nur der Kanzler, würden aus ihrer gesellschaftlichen Prägung heraus mehrheitlich sozialdemokratisch wählen. Nach Kohls Besuch in Moskau, im Oktober 1989, begann Bonn zwar eine verdeckte operative Deutschlandpolitik, die sich lediglich in die Aktivitäten der Großmächte einbettete, aber keine besonderen deutschen Interessen in Richtung Wiedervereinigung formulierte. Die Union wollte jene taktischen Grenzen nicht überschreiten, die der große sozialdemokratische Stratege, Berater und Unterhändler Willy Brandts, Egon Bahr, 25 Jahre zuvor entwickelt und ab 1969 umgesetzt hatte: Wandel durch Annäherung.

Briten und Amerikaner waren bereit, in den „weichen Unterleib der Sowjetunion“ vorzudringen und ihr in Polen und Afghanistan die Lebensadern abzudrücken. Sie bekämpften die post-stalinistischen Regime im Ostblock so hart, wie sie nur konnten, mit Aufrüstung und Kreditboykotten. Ziel der Westmächte waren die Vernichtung des „Reichs des Bösen“ und die Beseitigung des Eisernen Vorhangs. Am Ende dieses Kalten Kriegs musste die deutsche Wiedervereinigung stehen. Sie war seitens der Großmächte zunächst nicht das Ziel ihrer Politik, sondern logisches Resultat. Zum Ende der Wendemanöver wurde sie sogar von der Regierung Bush zum obersten strategischen Mittel.

Das Leben der DDR wurde verlängert

Bonn und Ost-Berlin haben zum Erstaunen ihrer Alliierten das Letzte gegeben, damit die Wiedervereinigung so spät wie möglich passierte. Bonn hat Ost-Berlin bis zur Unerträglichkeit hofiert. Egon Bahrs mutige Politik des „Wandels durch Annäherung“, die vor Jahrzehnten eine absolut unverzichtbare Voraussetzung für die Wende in Europa war, verkam zu einer leisetreterischen Politik des Sich-in-die-Realitäten-Fügens. Noch kurz vor Kohls Besuch in Dresden, in der Vorweihnachtszeit, trafen sich sein Berater Horst Teltschik und der geheime langjährige DDR-Unterhändler im Wendemanöver Jürgen Nitz, um das Projekt einer Konföderation, das so genannte „Machbare“ zu besprechen.² Sie vereinbarten ein Anschlusstreffen just für jene Tage im Januar

1990, in denen der KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und sein Geheimdienstchef Wladimir Krjutschkow sich über die Wiedervereinigung schon klar geworden waren.

Mit Krediten wurde das Leben der DDR seit 1983 künstlich verlängert, als die Sowjets einen Zusammenbruch der DDR nicht mehr hätten verhindern können. Damals wollten die USA eine politische Instabilität in Mitteleuropa aus strategischen Gründen verhindern. So konnte der angebliche „Kanzler der Einheit“ zum Interessenwahrer jener Wirtschaftskreise in Deutschland werden, die mit der Teilung des Landes unter den besonderen, zollfreien Bedingungen des innerdeutschen Handels Geschäfte in der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft machten: Handelskonzerne, Elektronikkonzerne, Lebensmittelhändler, die ihre Profite durch die sehr viel billigeren Löhne und Produktionskosten im Osten zusammenrafften, die noch niedriger waren als heute in den neuen EU-Staaten Osteuropas. Bonn unterstützte auch jene Industriebranchen, die durch illegale Techniktransfers das Lieferembargo für westliche Hochtechnologie in den Osten durchbrachen.

Zu den Mauergewinnlern gehörte der „Rosenheimer Kreis“ der bayerischen Fleischhauer Moksel und März, hinter denen wichtige führende Politiker der CSU standen. Am 10. Juni 1985 ließ der damalige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß über seinen geheimen DDR-Verhandlungspartner Alexander Schalck-Golodkowski folgende Botschaft übermitteln: „Meine politischen Freunde und ich sind froh darüber, dass Herr Honecker als Staatsratsvorsitzender und Parteichef die Geschicke der DDR leitet. Wir wünschten, es möge noch viele Jahre so sein.“³ Und aus der Bayerischen Staatskanzlei von Theo Waigel kam Ende 1988 die Mitteilung nach Berlin, die DDR möge sich doch hoffentlich nicht auch noch in das Chaos hineinziehen lassen, das ein gewisser Herr Gorbatschow in der Sowjetunion anrichtet. Alle vernünftigen Politiker der Bundesrepublik wären gerade jetzt an einer stabilen DDR interessiert.⁴

In der Vorweihnachtszeit 1988, wenige Wochen nach dem Ableben von Franz Josef Strauß, trafen sich der stellvertretende DDR-Kulturminister Klaus Höpke und der Strauß-Vertraute Peter Gauweiler. Der stramme Rechtsaußenpolitiker der CSU richtete

dem DDR-Politiker im Namen des bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibel aus, dass München an der Fortsetzung der guten Beziehungen zur DDR interessiert sei.⁵

Das waren diskrete Mitteilungen von Politikern, die in der Öffentlichkeit als die kältesten Krieger und Kommunistenfresser der Bundesrepublik galten. Milliardenkredite ohne nennenswerte Gegenleistungen im humanitären Bereich, innerdeutscher Handel zu Discountpreisen und illegaler Bruch des High-Tech-Embargos gegenüber dem Ostblock waren die Standbeine der hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen Kreise. Egon Bahrs geniale Politik des „Wandels durch Annäherung“ degenerierte zu einem „Handel durch Anbiederung“.

Amerikaner und Sowjets wollten die deutsche Frage lösen

Solange auf westlicher und sowjetischer Seite die wesentlichen Akten zum angeblichen Schutz der handelnden Persönlichkeiten oder aus Staatsinteresse gesperrt sind, wird die volle Wahrheit über die Wende nicht darstellbar sein. Interviews mit den Hauptbeteiligten gehen über die bekannte „Sachlage“ nicht hinaus. Zu den geheimdienstlichen Tätigkeiten werden keinerlei Informationen herausgelassen. Weder die USA noch die ehemaligen Sowjets wollen, dass ruchbar wird, wie lange sie schon an der Wende gebastelt haben. Die damaligen Reformkommunisten des Ostblocks würden sich der Gefahr aussetzen, als Verräter an der eigenen Sache dazustehen, und der Westen, wie die ehemaligen Sowjets, könnten den Eindruck schwer vermeiden, dass die Wende keineswegs nur eine Sache von Reformern, Bürgerrechtlern und Perestroikianern war, sondern vor allem das Resultat konspirativer und geheimdienstlicher Wühlarbeit, ohne die es eine Wende nie gegeben hätte. Schnell könnten sich Verschwörungstheorien bilden. Hier lag aber keine Verschwörung vor, sondern ein langwieriger und komplizierter Politikprozess, dessen Ziel von beiden Seiten unter völlig unterschiedlichen Interessenlagen öffentlich formuliert war: die Beendigung des Kalten Kriegs. Während die Amerikaner das Sowjetimperium damit zu Fall bringen wollten, war es das Ziel der Sowjets, ihr Reich mit derselben Strategie zu retten.

In der Öffentlichkeit ist völlig unbekannt, dass es gerade wegen der langfristig angelegten Wendepolitik der USA seit Mitte der 80er Jahre ein gemeinsames sowjetisch-amerikanisches Geheimdienstprojekt mit den Decknamen „Gawrilow“ gegeben hat. Regelmäßig trafen sich amerikanische und sowjetische Geheimdienstexperten, um operative Probleme zu besprechen, um Unklarheiten zu bereinigen. Die „Operation Gawrilow“ war eine der Aktionen, die notwendig waren, damit das passierte, was den Amerikanern seit Ende der 40er Jahre vorschwebte: das Sowjetimperium so einstürzen zu lassen, dass die Sowjetunion, ohne einen Schuss abzufeuern, „im Bett stirbt“⁶, wie es Condoleezza Rice so treffend beschrieben hat. Leider wird der operative Inhalt des Geheimprojekts weiter im Dunkel bleiben, weil die Akteure es so wollen.

Keine der bisherigen Veröffentlichungen zeigt ein Gesamtbild. Die meisten Darstellungen der Akteure sind von bewussten Auslassungen gekennzeichnet. Sie verschweigen, worüber nicht gesprochen werden soll, oder sie widersprechen sich sogar. Kritik an der lauen westdeutschen Wendepolitik äußern nur amerikanische Autoren wie Condoleezza Rice und Philip Zelikow. Als Mitglieder und Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates der USA hatten sie Einblick in die falsche Analyse und die daraus resultierende Untätigkeit der Bonner Regierung. Was soll man von Aussagen der im Zentrum des Geschehens beteiligten Politiker halten, wenn sie wichtige Ereignisse im Ablauf des Geschehens schlicht aussparen und eine Berichterstattung verhindern wie im Fall des strikt geheim gehaltenen Kanals zwischen Kanzlerberater Horst Teltschik und dem wichtigsten Berater Gorbatschows, Anatoli Tschernajew? Was soll man davon halten, wenn der Inhalt des Vier-Augen-Gesprächs zwischen Kohl und Gorbatschow in Bonn, wie ein halbes Jahr zuvor in Moskau, nach wie vor im Archiv liegt und nicht zugänglich ist? Nicht auflösbare Widersprüche gibt es zuhauf. Ein Beispiel: Der engste Berater Gorbatschows, Alexander Jakowlew, hat im März 2005 in Berlin auf einem Symposium erklärt, er habe in der Nacht des Mauerfalls zweimal mit dem Generalsekretär der SED, Egon Krenz, telefoniert. Eine hochinteressante Mitteilung, da Michail Gorbatschow in dieser Nacht in Moskau nicht erreichbar gewesen war, denn er

hatte angeblich angeordnet, in seiner Nachtruhe nicht gestört werden zu wollen, was einer der unglaublichsten Vorgänge der Wendegeschichte ist. Auf Nachfrage des Autors wenige Tage später wollte Jakowlew sich zu dem Gesagten nicht mehr äußern. Egon Krenz aber hat dem Autor mitteilen lassen, er habe in der Nacht des Mauerfalls nicht mit Jakowlew telefoniert. Einer sagt die Unwahrheit. Die Wahrheit über die Wende soll nicht ans Licht kommen, aus welchen Gründen auch immer.

Den deutschen Legendenbildnern ist es gelungen, auch jene Geheimgespräche zwischen west- und ostdeutschen Unterhändlern, die schon seit 1980 liefen, zu verschweigen. Vertrauliche Verhandlungen von Wirtschaftlern, Diplomaten und Politikern der beiden Blöcke beweisen, dass es schon geraume Zeit „Drahtzieher“ einer Neuordnung für Deutschland und Europa gab, die auf Eigeninitiative oder im Auftrag der politischen Führer in Ost und West handelten. Nicht im konspirativen, verschwörerischen Sinn, aber im Sinne von Geheimdiplomatie und strategischem Vordenkertum.

Zwischen Bonn und Ost-Berlin gab es konspirative Kontakte und Gespräche, gegen den Willen der Sowjets, die eine Lösung des innerdeutschen Konflikts über die Köpfe der jeweiligen Alliierten hinweg vorsahen. Die politischen Führungen verhielten sich zu den Geheimtreffen und diskreten Konferenzen, die in der Schweiz, auf den Messen in Hannover und Leipzig, in DDR-Interhotels, in konspirativen Wohnungen des BND im Raum Bonn oder auf Ost-West-Wirtschaftsforen wie in Bad Ischl oder Wien stattfanden, widersprüchlich.

Brisant ist der heimliche Verrat, den die Bundesrepublik an den öffentlich erklärten Interessen und Strategien des westlichen Bündnisses beging, um der DDR beim Embargobbruch zu helfen: Die DDR betrieb mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation illegale Importe von hochsensiblen Hochtechnologiewaren, deren Lieferung an den Ostblock seitens des westlichen Bündnisses verboten war. Dabei halfen dem MfS sogar israelische Mossad-Agenten. Aussagen von Haupttätern der MfS-Hauptabteilung XVIII gegenüber Ermittlern der ZERV (Zentrale Ermittlungsstelle für Vereinigungskriminalität bei der Kripo Berlin) und der Staats-

anwaltschaft, Erkenntnisse von BND und Verfassungsschutz sowie geheime Unterlagen der bundesdeutschen Untersuchungsausschüsse belegen eine weit gefächerte westdeutsche Mittäterschaft. Die Unterlagen des MfS über diesen Personenkreis, die dem BND von MfS-Agenten zugespielt wurden, sind bis heute unter Verschluss. Kaum ein Täter ist nach der Wende angeklagt und verurteilt worden. Die allermeisten Verfahren wurden eingestellt oder auf dem Wege einer kalten Amnestie erledigt, indem man für dermaßen knappe Kapazitäten bei Kripo und Staatsanwaltschaft sorgte, dass nicht genügend Raum für Ermittlungen blieb. Ebenso behindert wurden die Ermittlungen im Milliardencoup, dem Jahrtausendgeschäft mit der Wiedervereinigung. Mindestens zwölf Milliarden Euro, der Großteil der von der DDR erwirtschafteten Devisen, die mit der Wiedervereinigung Eigentum der Bundesrepublik geworden wären, sind in dunklen Kanälen verschwunden, organisiert von alten SED-Seilschaften, zum Teil in Kooperation mit bundesdeutschen und ausländischen Kollaborateuren. Bis heute ist die Rolle, die der ehemalige SED-PDS-Vorsitzende Gregor Gysi bei dem Verschwinden von 25 Milliarden Mark spielte, unbekannt. War er „nur“ an jenem „Putnik-Deal“ 1990 beteiligt, wo es um über 100 Millionen Mark ging?

Ein besonders brisanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist die wahrscheinliche Instrumentalisierung der Terroristenorganisation RAF im Falle der Attentate auf den Direktor im Auswärtigen Amt Gero von Braunmühl, den Chef der Deutschen Bank Alfred Herrhausen und den Treuhandchef Karsten Rohwedder, die im Zusammenhang mit dem Wendegeschehen stehen. Ein geheimdienstlicher Hintergrund, der zum Teil zur Staatssicherheit der DDR führen könnte, ist denkbar. Die Tathergänge und ihre Resultate lassen eine Planung und Durchführung der Morde durch die RAF unglaublich erscheinen, auch wenn sie im Vorfeld des Rohwedder-Mordes eingebunden war, was Spuren unstrittig beweisen. Die Bundesanwaltschaft kann eine alleinige Täterschaft der RAF nicht darlegen, ermittelt offiziell aber nicht in andere Richtungen. Aus der Bundesanwaltschaft verlautet, dass die – offiziell unbekannten – Akten, die Unterlagen über andere mögliche Täter im Fall Herrhausen beinhalteten, verschwunden sind. Offiziell soll offenbar nichts an der RAF-Urheberschaft rütteln.

Tatmotive werden aufgedeckt

Das Buch nennt keine Täter. Vielmehr geht es darum, die Modelle und die Schemata aufzuzeigen, nach denen höchstwahrscheinlich gehandelt wurde. Aufgabe des Journalisten kann nicht sein, nach möglichen Tätern zu fahnden, sie zu suchen oder ausfindig zu machen. Der Journalist hat sich jeglicher öffentlichen Denunziation zu enthalten. Vielmehr geht es darum, jene Arbeit zu leisten, zu der die ermittelnden Behörden – wahrscheinlich aus innenpolitischen und außenpolitischen Motiven – nicht in der Lage waren: Es geht um die Arbeit des Profilers. Es wurden offensichtlich jene Analysen unterdrückt, die normalerweise zur Aufklärung eines jeden Mordes beitragen: die Erstellung eines Täterprofils, zu dem ein mögliches Motiv gehört. Die Frage „Cui bono – wem nützt es?“ ist ermittlungstechnisch in diesen Fällen zumindest öffentlich nie gestellt worden.

Dieses Buch ist keine wissenschaftliche Untersuchung, der jahrelange akademische Archivarbeit für die Suche und Auswertung nach Dokumenten zugrunde liegt. Es ist vielmehr ein journalistisches Buch. Es schildert auf der Basis von Interviews, die sich in die schon beschriebene Zeitgeschichte einfügen, die Erlebnisse von beteiligten Zeitzeugen. Nicht nur interessant, sondern oft auch brisant sind die größtenteils unbekannten Dokumente, mit denen diese Erzählungen und Berichte unterfüttert sind. Darüber hinaus hat der Autor das getan, was auch Geheimdienste in aller Welt zu hochinteressanten Informationen führt: Er hat „geschnippelt“. Über 90 Prozent der Arbeit der Geheimdienste, sei es nun CIA, Mossad, BND oder welche Dienste auch immer, besteht aus „Schnippeln“, also dem Zusammensetzen von Meldungen über einen längeren Zeitraum, die zueinander gehören, so dass sich zum Schluss wie in einem Puzzle ein Gesamtbild ergibt. Nicht umsonst war das unbefugte Sammeln von Informationen in der DDR unter Strafe gestellt.

Das „Beweismaterial“

Hintergrund dieses Buches, das im zukünftigen Spiegel der Zeitgeschichte noch längst nicht erschöpfend sein kann, bilden

Recherchen seit der Wendezeit, Untersuchungen in Archiven, die Auswertung von schon erfolgten Veröffentlichungen, Dokumenten und Bewertungen der zahlreichen Untersuchungsausschüsse, Interviews mit Politikern, Diplomaten, Ermittlern, führenden Geheimdienstlern, Wirtschaftlern und Wissenschaftlern, die im Wendeprozess europaweit involviert waren, die Auswertung von staatsanwaltlichen und polizeilichen Akten sowie Interviews mit den staatlichen Untersuchungsorganen und schließlich die Bereitstellung von Dokumenten durch die ZERV.

Keiner der für dieses Buch interviewten deutschen Entscheidungsträger war sich zu schade, zu beteuern, er hätte von dem, was sich seit 1986 ankündigte, keinen blassen Schimmer gehabt. Nicht nur Horst Teltschik und Wolfgang Schäuble, die großen Strategen des Bundeskanzleramtes, die Vordenker des „Kanzlers der Einheit“, ließen in ihren Gesprächen keine Gelegenheit aus, zu betonen, wie sie von der Geschichte angeblich überwältigt wurden. Nicht einmal an eine Konföderation hätten sie gewagt, zu glauben.

Folgt man ihren Beteuerungen, so stehen sie mindestens noch die nächsten zehn bis 15 Jahre, bis sich die Archive öffnen – soweit diese nicht gesäubert wurden, was wegen der Brisanz des Themas durchaus denkbar ist – als Gespürlose, Blinde und Taube der Zeitgeschichte da, statt an der Aufklärung einer zehnjährigen Geheimdiplomatie mitzuwirken, an der sie mit Sicherheit teilgenommen haben. Gorbatschow selber hat geäußert, es gäbe ein letztes großes Geheimnis um die Wiedervereinigung und er hat es bis heute nicht gelüftet. Wird er es je lüften?

Um ein solches Buch zu recherchieren, muss man mit Zeitzeugen reden, die ihren Namen in der Öffentlichkeit nicht preisgeben wollen, aus privaten Gründen, weil sie sich bedroht fühlen, oder aus Loyalität gegenüber ihren ehemaligen Vorgesetzten. Für diese Gesprächspartner gilt natürlich Quellenschutz. Aus allen ihren Informationen lässt sich ablesen, dass wir über die Hintergründe der Wiedervereinigung und wirklichen Motive ihrer Akteure nicht viel wissen. Hierfür zwei wichtige Beispiele: Ein deutscher Unternehmer, der schon lange im Sowjet-beziehungsweise Russlandgeschäft tätig ist und auf dem Treffen Helmut Kohls mit Gorbatschow in Moskau 1988 zum Kreis der Gäste gehörte,

hat glaubwürdig versichert, dass Generalsekretär Gorbatschow Bundeskanzler Kohl im Vier-Augen-Gespräch die Wiedervereinigung – allerdings unter der Voraussetzung der Neutralität – angeboten hat. Dies hat der anwesende sowjetische Dolmetscher Iwan Kurpakow indirekt dem ehemaligen CDU-Parteisprecher, Karl Hugo Pruys, bestätigt. Kohl lehnte angeblich ab, wobei die beiden sich sogar in die Haare geraten sein sollen. Der Kanzler hat dieses Angebot nie aufgegriffen, um mehr daraus zu machen. Ein zweites Beispiel, das in diesem Buch nicht weiter vertieft wird: Einem im internationalen Geschäft stehenden deutschen Kunstverleger wurde vor einiger Zeit aus Schweizer Bankkreisen, die zu seinen Kunden gehören, über diverse Milliardentransaktionen aus den USA berichtet, die etwa ein Drittel des damaligen jährlichen CIA-Etats ausmachten. Diese Summen seien angeblich während und nach der Wende als Bestechung für Persönlichkeiten aus dem Ostblock in der Schweiz deponiert worden, damit die Wende friedlich über die Bühne ging. Bei dieser brisanten vertraulichen Information wurde betont, dies sei doch für den Zusammenbruch des gesamten Sowjetimperiums recht preiswert gewesen. Sollten der Umstand und der Betrag stimmen, so war die Wende wirklich preiswert, auch wenn die astronomisch erscheinende Summe uns Normalsterblichen unglaublich erscheint. Dagegen machen sich die mindestens 50 Millionen Dollar, die angeblich durch die CIA zum Vatikan geflossen sein sollen, damit Papst Johannes Paul II. seine Aufgabe für das Herausbrechen Polens aus dem Ostblock erfüllen konnte, geradezu bescheiden aus. Mit Sicherheit ist die Rolle Karol Józef Wojtylas bis heute nicht ausreichend erforscht – und wann die Vatikan-Archive, die geheimsten der Welt, sich öffnen werden, ist ungewiss. Ohne diesen Papst wäre die Weltgeschichte anders verlaufen. Und sicher ist auch: Wer die Kontrolle über die Beichtstühle hat, der besitzt den bestinformierten Geheimdienst der Welt.

Geschichte wiederholt sich

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich so manches wiederholt: Fürst Bismarck musste in einer geheimen Korruptions-transaktion im Jahre 1871 an König Ludwig II. von Bayern

4,72 Millionen Mark zahlen, damit dieser zustimmte, dass Wilhelm I. die Kaiserkrone des neu zu gründenden Deutschen Reiches tragen durfte. Diese Summe zahlte der Reichskanzler aus seinem „Reptilienfonds“, der sich aus dem Besitz des heute noch mächtigsten deutschen Adelshauses finanzierte, der Welfen. Nach heutigem Wert wären dies nach Auskunft der Bundesbank 245 Millionen Euro, also eine halbe Milliarde Mark.

I GÖTTERDÄMMERUNG

1980–1985

Als sich schon bald nach Ende des Zweiten Weltkriegs quer durch Europa der Eiserne Vorhang bildete, entlang einer Linie von Lübeck bis Triest, die er selbst mitbestimmt hatte, meinte der ehemalige britische Premier Winston Churchill, der Sieger im Zweiten Weltkrieg, in Whiskylaune etwas begriffen zu haben: Man habe das falsche Schwein geschlachtet.

1945 in Jalta auf der Krim und danach in Potsdam hatten die Weltkriegsalliierten die Teilung Europas in zwei Interessensphären beschlossen. Eine immerwährende Teilung Deutschlands und Österreichs war hierbei anfangs nicht vorgesehen. Mit dem Sturz der demokratisch gewählten Regierung der Tschechoslowakei durch die Kommunisten 1948 und der Verhängung der sowjetischen Blockade über West-Berlin 1948/49 erkannten die Westmächte, dass sie mit dieser Aufteilung der alten Welt einen schweren politischen Fehler begangen hatten. Spätestens mit dieser Erkenntnis änderte sich das Hauptfeindbild der westlichen Alliierten. Ihr Kampf galt nun bis 1990 dem Sowjetimperium. Der hart erfochtene kurze Frieden in Europa mündete in den Kalten Krieg. Der Eiserne Vorhang, der die deutsche Nation und den europäischen Kontinent teilte, war nicht nur Ausdruck dieses Konflikts, sondern auch das größte Hindernis für seine Beendigung.

Besonders die Teilung Deutschlands führte zur Unüberwindlichkeit des Kalten Kriegs. Die geographische Lage der beiden

deutschen Staaten an der Nahtstelle zwischen beiden Blöcken ließ die Bundesrepublik wie die DDR zum militärischen Aufmarschgebiet und zur Ausgangsbasis für verdeckte Geheimdienstoperationen werden. Weder Moskau noch Washington und London konnten auf den von ihnen beherrschten Teil Deutschlands verzichten. Allerdings gab es einen entscheidenden Unterschied zwischen den Sowjets und den Westmächten, der heute völlig aus den Augen verloren gegangen ist und schon damals von den meisten Deutschen nicht erkannt worden war, weil man die Zusammenhänge der Politik so wenig kannte wie heute: Moskau wollte damals nicht die Teilung Deutschlands. Die Westmächte waren die treibenden Akteure der Spaltung. Dabei konnten sich die drei Westalliierten auf eine politische Führung in Westdeutschland stützen, die voll auf die Westintegration setzte. Die sowjetische Vorherrschaft in Mitteleuropa durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs wollten die USA aus strategischen und politischen Gründen nicht akzeptieren. Dies aber wiederum konnten die Sowjets nicht hinnehmen. So begann die Blockade West-Berlins durch die Sowjets nach der Einführung der separaten D-Mark in der Westzone Deutschlands und den Westsektoren Berlins, die das Land zunächst wirtschaftlich spaltete.

Valentin Falin, von 1971 bis 1978 sowjetischer Botschafter in der Bundesrepublik, war damals Mitarbeiter des Alliierten Kontrollrats im in vier Sektoren aufgeteilten Berlin und beschreibt die Nachkriegsposition der Sowjetunion in der „deutschen Frage“:

„Was heißt ‚deutsche Frage‘? Die deutsche Frage, wie sie im Krieg und in Potsdam verstanden worden war, bestand in der Vorbeugung, dass von deutschem Boden keine neue Gewalt oder Gefahr ausgeht. Alles, was getan werden muss, um dies zu verhindern, ist legitim und erlaubt. Ich erinnere daran, dass Frankreich die Potsdamer Beschlüsse mit einer Ausnahme akzeptiert hat: keine deutsche Einheit. Das ist in der deutschen Fachliteratur nicht so bekannt. Der amerikanische Präsident Truman kommandierte Senator Byron Preis im Herbst 1945 nach Deutschland ab, um zu klären, was die Franzosen eigentlich vorhaben und ob die Politik der Spaltung von den Amerikanern geduldet beziehungsweise gutgeheißen werden kann.

Die Alternative lautete: Kooperation mit der Sowjetunion, denn der sowjetische Staatschef Stalin war für den Erhalt der deutschen Einheit. Spaltung, so seine Position, entsprach nicht unseren langfristigen strategischen Interessen.“⁷

Für die Sowjets war es wichtiger, ein westliches Militärbündnis mit der Teilnahme Westdeutschlands zu verhindern. Der östliche Warschauer Pakt wurde erst als Antwort auf die NATO gegründet.

Ganz anders die USA: Schon Ende 1948 formulierte ihr höchstes Sicherheitsgremium, der National Security Council (NSC), eine Top-Secret-Analyse über die Aufgaben der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die UdSSR, um den sowjetischen Bedrohungen der Sicherheit der USA entgegenzuwirken. In diese Analyse wurde festgestellt, dass das letztendliche Ziel der Führer der UdSSR die Beherrschung der Welt sei. Deshalb dürften die USA keinerlei Gebiete aufgeben, die sie zurzeit militärisch beherrschten. Es wurde eine Strategie entwickelt, die zu maximalen Spannungen im Sowjetimperium und seinen Machtstrukturen führen sollte. Konflikte zwischen Moskau und seinen Satellitenstaaten sollten provoziert werden. Diese Strategie sollte 40 Jahre Geltung haben und unter den Präsidentschaften von Ronald Reagan und George Bush zum endgültigen Erfolg führen.⁸ Die schließliche Lösung der deutschen Frage war nicht Ziel, sondern Werkzeug der großen Strategie. Eine Wiedervereinigung war nicht geplant. Andere Modelle standen zur Wahl. Die Einheit Deutschlands wäre aber 1990 ohne diese anderen Modelle nicht umsetzbar gewesen.

Erst als Nikita Chruschtschow nach Josef Stalins Tod ab 1954 in Moskau die Macht eroberte, änderte sich die Moskauer Deutschlandpolitik angesichts der Tatsache, dass die Bundesrepublik fester Bestandteil der NATO und der westlichen Wirtschaftsbündnisse geworden war. Nun sollte Deutschland gespalten bleiben und in der DDR der Sozialismus aufgebaut werden. Doch Enteignungen in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe führten zu einer Massenflucht und einem wirtschaftlichen Ausbluten der DDR. Am 13. August 1961 wurde dem ein Riegel vorgeschoben, die Mauer quer durch Berlin gebaut und entlang der

innerdeutschen Grenze ein Todesstreifen mit Stacheldraht, Minen, scharf schießenden Grenzsoldaten und Selbstschussanlagen gezogen.

Wandel durch Annäherung – die neue Politik der SPD

Da der Alleinvertretungsanspruch der konservativen Bonner Regierung gegenüber den Ostdeutschen und das Ignorieren der Realitäten in Europa keine Lösung für die Spaltung brachte, entwickelte der Berliner Bürgermeister Willy Brandt zusammen mit seinem politischen Berater Egon Bahr eine neue Politik gegenüber der DDR. Ihr Programm und Ziel zugleich lautete: „Wandel durch Annäherung“. Dieses Konzept war nicht die Erfindung Brandts oder Bahrs, sondern basierte auf einem Strategiepapier des Planungsstabs des State Department vom Frühjahr 1961.⁹ Schon vor dem Mauerbau hatte Washington also die Strategie der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen West- und Ostdeutschland bis hin zu einer De-jure-Anerkennung der DDR ausgetüftelt und dabei ein „stillschweigendes Einfrieren des Berlin-Status in Kauf genommen“. Im Grunde war also der Mauerbau politisch vorweggenommen. 1969, acht Jahre nach dem Mauerbau, konnte Brandt zusammen mit den Liberalen die neue Bundesregierung stellen und sein Konzept durchsetzen: durch Anerkennung der Realitäten und allmählichen Ausbau der Beziehungen die Voraussetzung einer Annäherung und schließlich Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu erreichen. Das war vor allem das Verdienst des Verhandlungsgenies und Taktikers Egon Bahr.

„Das Ziel unserer Politik war von Anfang an die deutsche Einheit. Unsere Grundposition lautete: Wir kämpfen für die deutsche Einheit mit friedlichen Mitteln. Der entscheidende Punkt in der Beziehung zur DDR war: Kriegen wir in den Grundlagenvertrag das Problem der Nation rein oder nicht? Das war bis zum letzten Augenblick umstritten. [...] Das wollten die in Ost-Berlin nicht. Es gab darüber noch mal eine Koalitionsrunde. Darüber haben wir diskutiert. Brandt hat in dem Gespräch gesagt: ‚Versuch doch mal.‘

Und Wehner hat gesagt: ‚Daran darf es nicht scheitern.‘ Das war meine Weisung. Ich habe aber gegen Wehners Weisung verstoßen und dem DDR-Verhandlungspartner Dr. Michael Kohl in Berlin gesagt, wenn die Frage der Nation nicht drinsteht, kann ich nicht unterschreiben. Das habe ich auf meine eigene Kappe genommen. Wenn er gekommen wäre und hätte gesagt, es bleibt bei unserer Position, hätte ich nach Hause fahren müssen. Und dann hätte ein anderer geschickt werden müssen. Daraufhin habe ich sehr gespannt 45 lange Minuten gewartet, bis er wiederkam und sagte, so können wir es machen.“¹⁰

Bahrs Deutschlandpolitik wurde zum taktischen Meisterspiel. Willy Brandts listiger Unterhändler verschaffte dem DDR-Regime mit dem Abschluss des Grundlagenvertrags 1972 die internationale Anerkennung und erzwang im Gegenzug eine erste Öffnung des SED-Staates, die zur ideologischen Zersetzung des Regimes führen sollte: Westdeutsche und West-Berliner durften in die DDR fahren, DDR-Bürger in dringenden Familienfällen, die sich fanden, in den Westen reisen, Ostrentner durften sogar unbegrenzt durch die Mauer, weil sie die DDR Geld kosteten. Mit dieser Öffnung hatte die DDR den ersten Schritt zu ihrer eigenen Beseitigung getan. Denn was die DDR-Bürger bisher nur aus dem Fernsehen kannten, wurde zur erlebten Gewissheit: Das Leben des Klassenfeinds im kapitalistischen Westen war schöner. Der von Egon Bahr initiierte Wandel durch Annäherung musste auf Dauer zur inneren Auflösung der DDR führen. Dies war der zweite unauflösbare Konflikt der DDR-Deutschlandpolitik. „Im Prinzip bin ich überzeugt, die wussten das – sie wussten gleichzeitig, dass sie es nicht akzeptieren konnten. Der damalige DDR-Außenminister Otto Winzer hat den berühmten Satz gesagt: ‚Wandel durch Annäherung ist Aggression auf Filzlatschen.‘ Da war ich sauer und zwar deshalb, weil es zutraf.“¹¹

Die deutsche Frage bleibt offen

Beim Abschluss des Moskauer Vertrags 1970 wies der damalige sowjetische Außenminister Andrej Gromyko (von westlichen Diplomaten „Mr. Njet“ genannt), der ein eisenharter Verfechter des Status quo, der Zementierung des Eisernen Vorhangs war,

auf die zentrale Frage des deutsch-sowjetischen Vertragswerks, die 20 Jahre später die Wiedervereinigung ermöglichte, hin: „Eine [...] Frage, in der wir Ihnen entgegengekommen sind, ist die Wiedervereinigung Deutschlands als zukünftige Perspektive. Ihre Position ist klar, die unsere auch. Auch wir haben eine Vorstellung, wie die künftige deutsche Einheit beschaffen sein soll. Wir könnten einen Vertrag machen, der das Kreuz über alle Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands setzen würde. Dann stünde jede Äußerung über die Wiedervereinigung im Gegensatz zu dem Vertrag.“¹²

Moskau hatte sich entschieden und den Weg zur Wiedervereinigung aus eigenem Interesse offen gelassen. SED- und Staatschef Erich Honecker galt im Gegensatz zu seinem Vorgänger Walter Ulbricht damals als moskautreu. Er wollte nach seiner Machtergreifung 1971 eine DDR, die in enger Bruderschaft mit Moskau den Weg in eine sozialistische Nation beschritt. Genau das aber stand im Widerspruch zu den sowjetischen Interessen: Für die Sowjets war die DDR stets nur Verfügungsmasse gewesen. In einem günstigen oder notwendigen Augenblick konnte man sie gewinnbringend zur Disposition stellen und bis dahin wirtschaftlich ausbeuten. Dies war ein weiterer unauflöslicher Widerspruch, der die Deutschlandpolitik des Ostens manövrierfähig machte. Welchen Rang der deutsche sozialistische Staat in Moskau einnahm, zeigt die Autobiographie von Andrej Gromyko „Erinnerungen“: Die Namen von Ulbricht und Honecker tauchen nicht ein einziges Mal auf.

1970 wurde der Moskauer Vertrag unterzeichnet, 1972 der Grundlagenvertrag mit der DDR. Nun war die Basis dessen geschaffen, was knapp 20 Jahre später eintraf: die Wende. Bundeskanzler Helmut Kohl und der sowjetische Botschafter und Berater der Moskauer Generalsekretäre, Valentin Falin, sind sich einig: Ohne die Politik Willy Brandts und Egon Bahrs wäre Gorbatschow nicht möglich geworden, hätte es die Wende nie gegeben.

Missverständnis mit schlimmen Folgen – der Krieg in Afghanistan

Weihnachtsabend 1979. Während überall in der westlichen Welt das christliche Fest des Friedens begangen wird, stürzen drei sowjetische Führer, Parteichef Leonid Breschnew, Verteidigungsminister Dimitrij Ustinow und KGB-Chef Juri Andropow ohne Hinzuziehung des Obersten Sowjets in einer einsamen Entscheidung die Sowjetunion in ihr teuerstes, fast zehn Jahre währendes und ihr Schicksal besiegelndes Kriegsabenteuer. Sie marschieren in Afghanistan ein. Damit tappten sie in eine selbst gestellte Falle, denn Grund hierfür war eine schwerwiegende Fehleinschätzung des amerikanischen Engagements in der dortigen Region durch den KGB. Nun war von den Sowjets jene Front eröffnet worden, die zu einem zentralen Wendemanöver seitens der Amerikaner führen sollte.

Anlass war der Septemberumsturz von 1979, als der moskau-treue kommunistische Regierungschef Nur Muhammad Taraki in Kabul von seinem Stellvertreter Hafizullah Amin entmachtet und ermordet wurde. Im KGB ging man damals davon aus, dass Washington hinter dem Ende Tarakis stand. Der sowjetische Geheimdienst unterstellte den Amerikanern, dass sie anschließend amerikanische Truppen samt Pershing-Mittelstreckenraketen und anderer militärischer Ausrüstung nach Afghanistan verlegen würden, um von dort eine neue atomare Bedrohungsfront zu errichten. Damit drohte nach dem NATO-Doppelbeschluss für Mitteleuropa vom Dezember 1979 eine weitere atomare Einkreisung der Sowjetunion im Mittleren Osten, was Moskau unbedingt verhindern musste. (Doch im selben Jahr fasste die NATO auf Initiative des Bundeskanzlers Helmut Schmidt den Doppelbeschluss: Falls es nicht zu signifikanter Abrüstung seitens der Sowjets in Europa kommen würde, würde die NATO in vier Jahren atomare Mittelstreckenwaffen in Europa aufbauen. Er hatte erkannt, dass die Sowjetunion durch ihre starke Aufrüstung in Europa ein großes atomares Übergewicht errungen hatte, nachdem der Warschauer Pakt schon im konventionellen Bereich sehr viel stärker gerüstet war als die NATO.) Schweren Eindruck machte auf die Führung der UdSSR, insbesondere auf Verteidigungs-

minister Dimitrij Ustinow, der Vorstoß der amerikanischen Militärmarine in den Persischen Golf und die Information (möglicherweise auch eine geschickte Desinformation) über eine bevorstehende Invasion der USA in den Iran als Reaktion auf die Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Teheran.

Diese Einschätzung war jedoch völlig falsch und aus der Luft gegriffen. Die Amerikaner behandelten ihren angeblichen Vasallen Amin keineswegs wie einen Verbündeten, sondern verweigerten ihm sogar die Promotion an der Universität von Columbia. Nur weil er dort überhaupt studieren durfte, hielt ihn der KGB für den Mann an der kurzen Leine der CIA.¹³

Ohne größeren Widerstand konnte das sowjetische Truppenkontingent innerhalb von vier Wochen scheinbar alle größeren Städte Afghanistans unter seine Kontrolle bringen. Die strategische Position Moskaus gegen islamische Rebellen in Afghanistan schien optimal zu sein. Sie endete aber am 17. Januar 1981, als der 40. Präsident der USA, Ronald Reagan, mit dem größten Feuerwerk, das die US-Hauptstadt bis dahin gesehen hatte, in sein Amt eingeführt wurde. Reagan, der in Europa abwertend den Nimbus eines „Rambos“ trug, und sein Vizepräsident George Bush, der vorher CIA-Chef gewesen war, erkannten die Chance, mit einer massiven Unterstützung der islamischen Rebellen in ihrem Kampf gegen die sowjetischen Besatzer den Sowjets einen entscheidenden strategischen Schlag zu versetzen. Beide waren vom Willen geprägt, das sowjetische Imperium, das Reagan als „Reich des Bösen“ gebrandmarkt hatte, zu beseitigen. Nun flossen Waffen und Geld in Strömen in das Land am Hindukusch. CIA und pakistanischer Geheimdienst organisierten die größte verdeckte Operation gegen den Kommunismus, die es nach dem Zweiten Weltkrieg je gegeben hatte. Die Sowjets spürten zum ersten Mal, dass es für sie eng werden könnte.

So erlebten die zwei MfS-Generäle Erich Mielke und Markus Wolf einen sehr resignierten Juri Andropow, als sie im Februar 1981 mit einer Geheimdienstdelegation nach Moskau flogen. Die DDR-Geheimdienstler wollten anlässlich des 30. Jahrestags des sowjetischen Geheimdienstes Ehrenmedaillen an die Kollegen Offiziere des KGB verteilen. Mielke und Wolf trafen Juri Andropow, den Chef des KGB, in der Klinik, wo er sich einer Prostata-

behandlung unterziehen musste. Nach der Ordenszeremonie debattierten die Geheimdienstgeneräle über die Konfrontation zwischen den Blöcken. Völlig überraschend für die beiden Ostdeutschen sah Andropow die reale Gefahr eines Atomkriegs. Für ihn war es eindeutig, dass die Amerikaner die globale atomare Vorherrschaft anstrebten und ihren strategischen Rückstand wieder aufholen wollten. Die Lage in Afghanistan sah der KGB-Chef keineswegs als hoffnungsvoll an. Als ihn die DDR-Generäle daraufhin fragten, ob nicht auch ein Rückzug denkbar wäre, antwortete Andropow resigniert, die Sowjetunion könne jetzt nicht mehr zurück. Die selbst empfundene Schwäche der Sowjets drückte sich darin aus, genau diese nicht offenbaren zu wollen. Andropow signalisierte den beiden Ostdeutschen, dass man in Moskau nicht gewillt war, im Ostblock politische Schwachstellen zu zeigen. Deshalb sei man darüber sehr beunruhigt, dass hinter dem Rücken der sowjetischen Führung zwischen beiden deutschen Staaten geheime Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen stattfänden. Man fühlte sich in Moskau über die deutsch-deutschen Kontakte, die auf DDR-Seite völlig in der regulierenden Hand Honeckers lagen, kaum oder nur unzureichend informiert. Dies betraf vor allem die Vorbereitung eines Treffens zwischen Honecker und dem Bundeskanzler. Mit dem deutschen Kanzler, dem Ideengeber des NATO-Doppelbeschlusses, sollte man nach Meinung des Kreml auf höchster Ebene keine Gespräche führen.¹⁴

Kein deutsch-deutscher Sonderweg

Valentin Falin informierte damals den Kreml, „dass Honecker ein Papier an Bundeskanzler Helmut Schmidt gerichtet hat, in dem es hieß: ‚Wir könnten alle Fragen unter uns erörtern und regeln, vorausgesetzt, die Russen erfahren bis zu einem gewissen Punkt nichts davon.‘“¹⁵ Falin hatte dies von einem „guten Informanten“ aus Kreisen der Bundesregierung erfahren. Moskau befürchtete, dass sich deutsch-deutsche Sonderwege anbahnten. Bis heute sind diese Sonderwege in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Moskau aber kannte schon damals die Gründe, warum Honecker einen Orientierungswandel von Moskau nach Bonn vollzog, denn dies war – wie wir später noch sehen werden

– in der sowjetischen Politik gegenüber Ost-Berlin begründet, die Honecker keine andere Wahl ließ. Damit war ein weiterer unauflösbarer Widerspruch, der zur Wende führte, in der DDR-Deutschlandpolitik installiert. Das kommunistische Regime in der DDR erwartete ausgerechnet von dem Land Unterstützung, das seine Existenz am meisten bekämpfte und unterminierte.

„Genosse Breschnew hat geweint“ – Moskau ist finanziell am Ende

Im Oktober 1979 feiert die DDR pompös und mit Selbstlob nicht sparend ihren 30. Gründungstag. Martialische Truppenparaden und jubelnde FDJ-Aufmärsche sollen der Bevölkerung zeigen, die DDR ist stabil, ihr gehört die Zukunft. Doch die Wahrheit sieht anders aus. Nur unzureichend können Sonderlieferungen in die Berliner Konsum- und HO-Läden (der Westen spottet: „Hungernder Osten“) sowie ins Kaufhaus Centrum am Alexanderplatz kaschieren, dass die DDR inmitten einer tiefen Versorgungskrise steckt.

Ihre Schulden betrugen 1979 mehr als sieben Milliarden US-Dollar und eine Milliarde US-Dollar jährlich zu leistende Zinszahlungen. Damit war Erich Honecker fast zehn Jahre nach seiner Machtergreifung mit der von ihm propagierten Politik der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gescheitert. In einer Politbürositzung Ende April 1980 entgegnete Erich Honecker bezeichnenderweise während des geheimen Krisenvortrags von Willy Stoph auf die Frage, wie man 5,9 Prozent Produktionszuwachs bei 0,5 Prozent Marktwertzuwachs erzielen wolle, ignorant mit den Worten: „Das haben wir doch alles auf dem elften Plenum gesagt. Das hält uns doch auf.“¹⁶ Diese Haltung des Nicht-wahrnehmen-Wollens hielt Honecker bis zum Schluss durch und war eine der Ursachen für den Zusammenbruch der DDR. Jährlich fehlten bis zu zwei Milliarden D-Mark für Tilgung, Zinsen und Finanzierung von Importen.¹⁷

Natürlich waren die Sowjets darüber durch ihre Zuträger aus dem Politbüro informiert. Honecker erschien zunehmend inkompetent und destabilisierte durch seine Wirtschafts- und Sozialpo-

litik das Gebilde DDR, von dem die Sowjets profitieren wollten. Falin warnte den KGB:

„Ein wichtiges Gespräch mit Andropow zu diesem Komplex fand im August 1980 statt. Ich sagte: ‚Wenn Honecker an der Spitze der DDR bleibt, so wird in fünf Jahren eine Situation entstehen, die uns an 1953 erinnern kann.‘ Andropow sagte, er sei mit mir nicht einverstanden – nicht in fünf Jahren, in drei Jahren könne so was geschehen.“¹⁸

Beide deutsche Staaten bemühten sich auf dem Hintergrund der sich verschärfenden weltpolitischen Lage wegen Afghanistans und des NATO-Doppelbeschlusses, die internationale Krise nicht auf das deutsch-deutsche Verhältnis übergreifen zu lassen. Schon seit 1979 war ein Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der DDR in Vorbereitung. Mit dem Nachrüstungsbeschluss verschlechterte sich automatisch das politische Klima zwischen NATO und Warschauer Pakt. Dies konnte zunächst nicht spurlos am deutsch-deutschen Verhältnis vorbeigehen, das ansonsten in den letzten Jahren gut funktioniert hatte. Die Bundesregierung hatte die Transitpauschale auf 400 Millionen D-Mark pro Jahr und den zinslosen Überziehungskredit im innerdeutschen Handel (Swing) bis zum Jahr 1981 auf 850 Millionen D-Mark heraufgesetzt. Helmut Schmidt musste seinen Besuch absagen. Stattdessen besuchte Honeckers Wirtschaftsboss Günter Mittag die Bundesrepublik und traf dort in Hannover zur Messe den Bundeskanzler. Dieses Treffen offenbarte in seiner Auswertung in Ost-Berlin einen tiefen Riss im Politbüro, das gespalten war in einen Honecker-Flügel um Mittag und Volkskammerpräsident Sindermann, der für eine Öffnung nach Bonn eintrat, und in eine konservative Moskaufraktion um den KGB-Agenten Ministerpräsident Willi Stoph sowie dessen Stellvertreter Werner Krolikowski und MfS-Chef Erich Mielke. Um diesen Besuch von Mittag gegenüber Moskau so diskret wie möglich zu behandeln, fertigte man in der Politbürositzung kein Protokoll an. Dennoch wurde von zwei Politbüromitgliedern ein Bericht verfasst, der in die Hände Moskaus gelangte. Darin wurden Honecker und Mittag der konspirativen Beziehungen zur Bundesrepublik bezichtigt. Der Bericht von Mittag zeige,

„dass wir über das vollständige Gespräch mit Schmidt nicht informiert sind. Wir wissen auch nicht, ob das, was er dem Politbüro mitgeteilt hat, überhaupt stimmt. Wir haben Zweifel daran und glauben, dass der Bericht von Günter Mittag im Politbüro eine extra schön aufgemachte Information von Erich Honecker und Günter Mittag für das Politbüro und die KPdSU ist, um sie politisch zu befriedigen. Selbst dieser schöngefärbte Bericht entlarvt offenkundig, dass Günter Mittag nicht als ein Vertreter der fest gefügten sozialistischen Staatengemeinschaft und ihrer einheitlichen Außenpolitik, sondern als Teilnehmer eines deutsch-deutschen Techtelmechtels aufgetreten ist. Im Grunde genommen hat er mit Schmidt auf einem Stuhl gesessen, den Schmidt ihm hingestellt hat, um zwischen der Sowjetunion und der DDR zu differenzieren.“¹⁹

Kurz darauf belastete Honecker unerwartet das deutsch-deutsche Verhältnis mit seinen Geraer Forderungen: Er verlangte die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, was er später in eine „Respektierung“ umwandelte, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter für Unrechtstaten der DDR, vor allem im Grenzbereich, sowie die Ziehung der Elbgrenze in der Mitte des Stromes, wie es international üblich war. (Der wirkliche Erfinder der Geraer Forderungen war der sowjetische Partei- und Staatschef Leonid Breschnew. Für Honecker formuliert hat sie der damalige Abteilungsleiter im DDR-Außenministerium Karl Seidel.) Forderungen solcher Art musste er wohl aufstellen, wenn ihm der Gegenwind der Hardliner zu ungemütlich ins Gesicht blies. Ob er mit einem Erfolg solcher Vorstöße rechnete, darf bezweifelt werden. Dies unterstreicht eine weitere Denunziation nach einem Gespräch Honeckers mit dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin Günter Gaus: Nach außen trete der Parteichef gegenüber Bonn provokativ auf. Intern aber würde er sich für diese Äußerungen entschuldigen, wie bei seinem letzten Gespräch mit Gaus. Auch hier enthalte die Niederschrift für das Politbüro nicht die gesamte Wahrheit. Honecker habe gegenüber Gaus Äußerungen getan, die den Interessen der Sowjetunion und der DDR schaden würden und Bonn begünstigten. Er habe sich zuvor nur mit Günter Mittag über das geplante Gespräch ausgetauscht und dem Ständigen Vertreter ge-

sagt, er hoffe, dass es mit den deutsch-deutschen Beziehungen bald wieder so weitergehen könne wie zuvor. MfS-Chef Mielke sei der Meinung, Honecker verschaukele das Politbüro und die sowjetischen Freunde.²⁰

Bettelbrief aus Moskau

Natürlich kannten die Sowjets die Gründe für Honeckers Strategie: Die Sowjets befanden sich in der misslichen Lage, einerseits hohe Kreditwünsche der DDR befriedigen zu müssen, andererseits aber durch den Afghanistankrieg und die generellen Rüstungskosten ihren Haushalt zu überfordern. Die Kriegswirtschaft führte dazu, dass die sozialistische Sowjetunion nicht einmal mehr in der Lage war, ihre eigene Bevölkerung ausreichend zu versorgen und den Verbündeten genügend Erdöl zu den vergleichsweise niedrigen Preisen innerhalb des COMECON zu liefern. Darauf aber waren alle Staaten des Ostblocks angewiesen. Moskau hatte also allen Grund, argwöhnisch zu sein, dass sich die DDR um den einzigen sonst noch zur Verfügung stehenden Partner bemühen würde – und das war die Bundesrepublik.

Generalsekretär Leonid Breschnew muss sich in einer ausweglosen Lage befunden haben, als er im Oktober 1981 den ZK-Sekretär Konstantin Russakow mit einer Botschaft nach Ost-Berlin schickte. Russakow zog vor Honecker einen Brief des sowjetischen Parteichefs aus der Aktentasche und referierte dessen Inhalt. Die Sowjetunion müsse die fest versprochenen Öllieferungen um zehn Prozent kürzen. Die DDR solle mehr Lebensmittel und Verbrauchsgüter in die Sowjetunion liefern. Sie müsse die Region von Leningrad (heute St. Petersburg) mit Kartoffeln versorgen. Sie solle die Sowjetarmee mit Gütern des zivilen Bedarfs ausrüsten, mit Bettwäsche, Zahnpasta und Ähnlichem. Wenn die DDR nicht bereit sei, den Bitten der Sowjetunion zu folgen, dann wäre Moskau nicht mehr in der Lage, die Sicherheit der DDR zu gewährleisten. Als Höhepunkt seines Vortrags fügte Russakow hinzu, Genosse Breschnew habe geweint, als er diese Zeilen diktierte.²¹

Doch Honecker blieb hart. Er erklärte dem Abgesandten, dass die versprochenen Öllieferungen durch die Sowjetunion existen-

ziell für die Wirtschaft der DDR seien. Würden die Lieferungen nicht eingehalten, käme es zu wirtschaftlichen Engpässen in der DDR, die man hier ebenso wenig erklären könnte wie die Versorgungsausfälle, die durch Waren- und Lebensmittellieferungen in die Sowjetunion entstünden. Honecker erklärte Russakow, seine Botschaft bedeute eine Destabilisierung der DDR.

Der Besuch des sowjetischen Abgesandten war der letzte Anstoß für Honecker, einen Weg der Kooperation mit der Bundesregierung zu versuchen, der aufs Heftigste von den moskau-treuen Politbüromitgliedern wie Stoph und Mielke abgelehnt wurde. Honecker-Berater Herbert Häber beurteilt die damalige Lage so:

„Da wurde Honecker endgültig klar, dass es nur mit einem Stand-bein im Westen weitergeht. Und von da ab ging es um die Kredite. Da tauchte die Frage auf, wie kann man die unabdingbare Notwendigkeit der DDR, im Westen Kreditlinien zu bekommen – es ging ja nicht um Geld, das geliefert werden sollte, es ging ja um die Kreditwürdigkeit der DDR, das wird manchmal verwechselt –, wie kann man das nutzen, um im deutsch-deutschen Verhältnis Dinge zu öffnen in Richtung auf eine humanere und bessere Zusammenarbeit vor allem auch in menschlichen Bereichen.“²²

Die ständige Wirtschaftskrise der DDR nahm Honecker mehr und mehr politische Bewegungsfreiheit. Die bitter notwendige Wirtschaftshilfe aus Bonn wurde zum Schlachtfeld gleich mehrerer deutsch-deutscher Wendemanöver, die zum Teil unabhängig voneinander ihr Ziel in der Lösung der deutschen Frage hatten, aber keine staatliche Wiedervereinigung vorsahen.

Reagans Kampf – mit Gotteskriegern gegen das „Reich des Bösen“

1983 ging bei Reagan eine Studie der CIA ein, verfasst von Herb Meyer. Der stellvertretende Ratsvorsitzende der CIA, ein Spezialist für die Sowjetwirtschaft, hatte ein unerwartetes Papier verfasst, aus dem hervorging, dass sich die Sowjetunion in der „End-

phase“ befand und zunehmend nervös wurde. Einige Wochen zuvor hatte die Sowjetunion ein koreanisches Zivilflugzeug vom Himmel geschossen, wobei 269 Menschen starben. „Ich glaube, dieser kürzliche Ausbruch der Gewalt ist mehr als deutlich“, schrieb Meyer. Deutlich gesagt, glaube ich, dies ist der Beginn einer neuen Etappe im globalen Kampf zwischen der freien Welt und der Sowjetunion. [...] Die Sowjetunion befindet sich in ihrer Endphase“, notierte Meyer ohne Zweifel. „Wenn diese Anzeichen anhalten, werden wir den Kalten Krieg gewinnen.“ Die Sowjets müssten entweder den Verteidigungsetat halbieren oder massive ökonomische Reformen verordnen.²³

Zur selben Zeit trat der Krieg in Afghanistan in eine gefährliche Phase ein. Die USA trugen den Krieg über Afghanistan und Pakistan in die islamischen Gebiete der Sowjetunion hinein. Es wurden islamistische Rebellen für Usbekistan und Kasachstan angeheuert. Dort beschoss man Elektrizitätswerke und Flughäfen mit Raketen. Islamistischer Terror wurde im Süden der Sowjetunion zur täglichen Bedrohung. Die CIA bezahlte zehntausende von Dollars für übersetzte Kopien des Korans und die Herstellung einiger Bücher, in denen die sowjetische Grausamkeit gegen die Moslems beschrieben wird. Bald fanden diese ihren Weg über die Grenze in die Sowjetunion, eingeschmuggelt von afghanischen Widerstandskämpfern.

Gleichzeitig setzte Reagan in Saudi-Arabien die Senkung der Weltölmarktpreise für Erdöl durch. Während die niedrigeren Preise für die USA von Vorteil waren, bedeuteten sie für den Kreml Verluste. CIA-Analysten hatten festgestellt, dass jeder Dollar, den ein Barrel Öl weniger kosten würde, für Moskau Einbußen zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Dollar pro Jahr bedeutete.²⁴

Unter den sowjetischen Militärs war die Stimmung ziemlich abgekühlt. Sie glaubten nicht mehr an ihre Überlegenheit, sie schauten mit klarem Blick in die Zukunft. Ihr Hauptinteresse galt der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI). Die Aufrüstungspläne für den Krieg der Sterne war Reagans Trumpfkarte gegen die Sowjets. Diese hielten die Amerikaner für fähig, ein solches Aufrüstungsprogramm zu realisieren, und wussten, dies würde ihr Ende bedeuten. Was immer auch Negatives die Kriti-

ker im Westen über diese Initiative sagten, das sowjetische Militär und der Geheimdienst fürchteten sie. General Nicolai Tscherwow beauftragte den sowjetischen Militärgeheimdienst (GRU), eine umfassende Studie zu verfassen, wie es möglich wäre, mit dem sich laufend modernisierenden Amerika konkurrieren zu können. Als er diese Studie 1984 für das Politbüro freigab, enthielt es verdrießliche Neuigkeiten: Der Abstand zwischen Amerika und der Sowjetunion hatte sich weiter vergrößert.²⁵

Nichts verdeutlicht die damalige Untergangsstimmung bei den sowjetischen Militärs mehr als das Erlebnis des ungarischen Außenministers Gyula Horn auf einem Empfang in Moskau kurz vor dem Mauerfall. Zusammen mit Marschällen und Generälen der ehemals glorreichen Sowjetarmee erlebte er, wie auf einem „typisch“ russischen Empfang der Wodka zu fließen begann. Betrunkener begann einer der Offiziere lautstark zu posaunen, dass es notwendig wäre, bald die nukleare Notbremse zu ziehen, bevor die Imperialisten ihnen auf jedem Gebiet überlegen wären. Horns lautstarker Protest wurde von den anderen niedergeschrien, die ihrem verrückten General applaudierten.²⁶

Mit der Hl. Jungfrau gegen die Kommunisten

Mit „Gotteskrieger“ ganz anderer Art hatte Reagan gegen die Sowjets eine zweite Front im Wendemanöver in Europa eröffnet: Erzbischof Wojtylas Wahl zum Papst am 16. Oktober 1978 war eine Sensation. Was niemand damals ahnte: Die Entscheidung der katholischen Kirche für einen polnischen Papst war eng mit dem Kurswechsel der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion in der Endphase der Regierung von Jimmy Carter verbunden gewesen. Wojtyla hatte schon als Krakauer Erzbischof einen intensiven Briefwechsel mit dem polnischstämmigen amerikanischen Sicherheitsberater Carters, Zbigniew Brzezinski, unterhalten. Brzezinski, der als offizieller amerikanischer Vertreter zur Beerdigung von Wojtylas Vorgänger angereist war, hielt sich anschließend 1978 während der gesamten Papstwahl, die zur Ernennung Wojtylas führte, in Rom auf. Brzezinski war der ideologische „Stammvater“ des Kalten Kriegs gegen die Sowjets.

Unter der Präsidentschaft Ronald Reagans wurde die Zusammenarbeit weiter intensiviert. Der amerikanische Botschafter beim Vatikan, James Nicholson, spricht in diesem Zusammenhang von einer „strategischen Allianz“ zwischen Washington und dem Vatikan gegen die Sowjetunion. Laut Angaben der Journalisten Carl Bernstein und Marco Politi, die ein Buch über die Geheimdiplomatie des Vatikans verfasst haben²⁷, trafen CIA-Direktor William Casey und der ehemalige stellvertretende CIA-Direktor Vernon Walters ab 1981 regelmäßig zu vertraulichen Gesprächen mit dem Papst zusammen. Hauptthema war die finanzielle und logistische Unterstützung der freien Gewerkschaftsbewegung Solidarność, die 1980 auf der Danziger Lenin-Werft von der längst vergessenen Arbeiterführerin Anna Walentynowicz gegründet worden war, um gegen Preiserhöhungen durch die Regierung Gierek zu kämpfen. Lech Walesa wurde lediglich deshalb Chef der Solidarność, weil Anna Walentynowicz als Frau trotz der großen Sympathie, die sie genoss, keinen Rückhalt als Anführerin der Gewerkschaft bekommen hätte. Aufgrund seines Status als Arbeiter war Walesa der Einzige, der dazu taugte, obwohl seine intellektuellen Fähigkeiten schon damals stark angezweifelt wurden. Dabei soll er sogar als Spitzel der polnischen Geheimpolizei, die durch ihn abwiegelnd auf die Streikbewegung Einfluss nehmen wollte, in das Führungsgremium von Solidarność geraten sein. Doch die Gewerkschaftsbewegung war stärker als Walesas Auftrag und formte ihn zum passenden Anführer.²⁸

Johannes Paul II. war sich der Gefahr einer gewaltsamen Revolution in Polen und Osteuropa bewusst. Um sicherzustellen, dass das kommunistische Regime gewaltlos gestürzt wurde, setzte er sich in der polnischen Arbeiterschaft für eine gemäßigte Führung ein. Er wurde dabei von der CIA und dem amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO unterstützt, der eng mit dem US-Geheimdienst und dem US-Außenministerium zusammenarbeitete. Mindestens 50 Millionen Dollar flossen über die CIA zum Vatikan für seine Wühlarbeit. Johannes Paul II. traf sich regelmäßig mit den katholischen Chefs der CIA zu Audienzen. Auf dieser Grundlage ergriff die katholische Kirche offen Partei für Solidarność. Keine acht Monate nach seiner Ernennung unternahm der neue Papst seine erste „Pilgerreise“ nach

Polen, der 1983 und 1987 zwei weitere folgten, und er gewährte einer Delegation von Solidarność gleich zu Anfang unter Leitung von Lech Walesa eine Audienz.

Erich Honecker äußerte damals, wenn die Gewerkschaft Solidarność in Polen die Oberhand gewönne, würde es um die DDR geschehen sein. Ähnlich sah es ein vertrauter Westfreund: Herbert Wehner, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag. Was in der Öffentlichkeit damals niemand wusste – Wehner und Honecker verband eine alte Freundschaft aus der Zeit des illegalen Kampfes der KPD unter der Herrschaft der Nazis. Wehner agierte damals als Instrukteur des Jugendfunktionärs Honecker. Zwischen Wehner und Honecker hatte sich, was keiner ahnte, nach seiner Machtübernahme eine Brieffreundschaft entwickelt, die an deren gemeinsame Kampfzeit im kommunistischen Untergrund im „Dritten Reich“ anknüpfte. Überbringer der jeweiligen Briefe war der DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, ebenfalls ein Vertrauter des Generalsekretärs.²⁹

Im August 1981 war Wehner auf der schwedischen Insel Öland mit Rechtsanwalt Vogel zusammengetroffen und hatte im Zusammenhang mit der Solidarność-Bewegung in Polen „geradezu prophetisch vom drohenden Untergang der DDR und des Sozialismus in Europa orakelt. Er fürchtete einen ‚gefährlichen Ermunterungssog‘, wenn man die Opposition in Polen nicht unter Kontrolle bekäme. Er riet seinem Freund Erich Honecker zu ‚entschlossenen Maßnahmen‘ der sozialistischen Staaten, ‚je eher, desto besser‘. Wehner dachte dabei nicht nur an politische Presionen, denn er meinte: ‚Es geht nicht ohne innere Gewalt, leider. Es ist eine halbe Minute vor zwölf.‘“³⁰

Nachdem das polnische Militär im Dezember 1981 die Macht übernommen und das Kriegsrecht verhängt hatte, verkündete Reagan 1982 vor dem britischen Parlament, dass er einen „Kreuzzug für die Freiheit“ anführen wolle, der erst zu Ende wäre, wenn der „Marxismus-Leninismus auf dem Aschehaufen der Geschichte“ gelandet sei.³¹

Das „Züricher Modell“ – Geld gegen Reiseerleichterungen

Eine weitere Front im Wendemanöver wurde Ende 1981 eröffnet. Es agierte das Dreigespann Honecker-Vogel-Wehner zusammen mit den Kanzlervertrauten Wienand und Wischniewski. Eingefädelt wurde dieses Manöver von einem deutschen Bankier in der Schweiz, Holger Bahl, sowie zwei wichtigen Außenhändlern der DDR, die die Außenhandelsfirma „Intrac Handelsgesellschaft mbH“ leiteten.

Die Intrac gehörte zum Außenhandelsimperium des MfS-Offiziers im besonderen Einsatz (OibE) Oberst Alexander Schalck-Golodkowski. Schalck hatte das geheimdienstlich organisierte Wirtschaftsimperium „Koko“ – Kommerzielle Koordinierung gegründet, um mit diversen DDR-Firmen Devisen zu erwirtschaften. Außenhandelsfirmen der DDR hatten im westlichen Ausland Töchter und Partnerfirmen gegründet. So war ein geheimdienstlich kontrolliertes Wirtschaftsnetz geknüpft worden, mit dem Im- und Exporte sowie High-Tech-Embargobruch begangen werden konnten (gegenüber dem Ostblock galt seitens des Westens ein Exportverbot für technisch sensible Produkte, die im Rüstungswettlauf eingesetzt werden konnten).

Holger Bahl war damals stark im Ostgeschäft engagiert. Er verfügte über große Erfahrung im Kreditgeschäft mit Osteuropa, vor allem mit der DDR. Aber im Herbst 1981 begann ein von den USA inszenierter Kreditboykott gegenüber den osteuropäischen Staaten, der vor allem auf Polen abzielte. Reagan wollte mit diesem Schritt die Regierung in Warschau zwingen, Solidarność zuzulassen.

Aufgrund der Krise in Polen musste die staatliche Polnische Bank Handlowy ihre Zahlung einstellen. Bisher galt, dass Moskau nach der „Regenschirmtheorie“ in solchen Fällen einsprang, das heißt seinen finanziellen Schutz über den Satellitenstaaten aufspannte. Nun jedoch blieb das mangels finanzieller Möglichkeiten der Sowjets aus. Auch die DDR wurde in den Sog dieser von den USA bewusst provozierten Finanzkrise gezogen. Bahls DDR-Hauptgeschäftspartner waren zwei hohe Manager der Firma Intrac, Horst Steinebach und Günter Grötzinger. Die Intrac

war ein Handelsbetrieb der DDR, dessen Hauptaufgabe in der Beschaffung von Krediten bestand.

Honecker drücken Geldsorgen

Anfang Oktober 1981 traf sich Bahl mit den beiden Intrac-Chefs Steinebach und Grötzing in Zürich. Sie schlossen damals das auf lange Sicht letzte mögliche Kreditgeschäft mit der DDR über 50 Millionen Dollar ab.

Abends feierte man den Abschluss des Geschäfts in einer kleinen Züricher Beiz mit Siedfleisch und einem roten Dezerley. Dabei kam das Gespräch auf den bevorstehenden DDR-Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt; dieser Besuch sollte nun nach mehreren Verschiebungen in der Vorweihnachtszeit stattfinden. Bahl schwebte ein Kreditgeschäft zwischen Bonn und Ost-Berlin vor, abgekoppelt vom internationalen Kreditboykott, den die USA betrieben. Er wusste um die Geldnöte der DDR und fragte die Ostbosse nach den Bedürfnissen des Regimes. Die antworteten wie aus der Pistole geschossen, Schmidt solle „Kasse“ mitbringen.

Bahl war klar, dass es diese Kasse nicht umsonst geben konnte. Für den nächsten Tag hatte der Banker ein Treffen mit dem Kanzlerv vertrauten und engen Mitarbeiter Wischniewskis, Karl Wienand, verabredet.³²

Der 1926 im Siegerland geborene Wienand gehörte in den frühen 70er Jahren zu den mächtigsten Politikern Bonns. Der Fraktionsgeschäftsführer der SPD trug Beinamen wie „Frontschwein Herbert Wehners“, „Mann fürs Grobe“, „Seele des Geschäfts“ oder „Einpeitscher“. Mit Geld und Drohungen für die SPD-Fraktion verhinderte der im Krieg schwer verwundete damalige Kradmelder das vorzeitige Ende der sozialliberalen Koalition, als Rainer Barzel das Misstrauensvotum der Union am 27. April 1972 verlor. Mehrere CDU-Abgeordnete, so rühmte sich Wienand hernach, seien von ihm umgestimmt worden.

Bahl fragte den Mann fürs Grobe: „Herr Wienand, was muss denn Honecker auf den Tisch legen, wenn er Knete bekommen will?“ Antwort: „Die müssen das Reisealter deutlich senken,

dann können wir wahrscheinlich etwas machen.“ „Das habe ich sofort an meine Freunde in Ost-Berlin weitergeleitet. Dies war der Einstieg in jahrelange Geheimgespräche zwischen Bonn und Ost-Berlin, die zunächst den Codenamen ‚Züricher Modell‘ (ZM) und später ‚Länderspiel‘ bekamen. Aber zunächst lief alles schief. Ich wurde aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten. Alles sollte schnell gehen, denn der Schmidt-Besuch sollte ja bald stattfinden und dann musste alles unter Dach und Fach sein. Ich formulierte also das Züricher Modell. Ich hatte die Idee, eine deutsch-deutsche Bank zu gründen in der Schweiz, um der DDR einen Kredit von vier Milliarden auszureichen und weitere Geschäfte zu machen. Auf der anderen Seite sollte die DDR eine Senkung des Reisealters um fünf Jahre einbringen, was einer Million weiterer DDR-Bürger Westreisen ermöglicht hätte.“³³

Da das Treffen zwischen Kanzler und Generalsekretär am Döllnsee in der zweiten Novemberwoche stattfinden sollte, war Eile geboten. Nach Ost-Berlin zurückgekehrt, informierten die beiden Chefs der Intrac den obersten Verantwortlichen für die DDR-Wirtschaft, das Politbüromitglied Günter Mittag. Schon wenige Tage später wurde Holger Bahl ins Devisenhotel Metropol nach Ost-Berlin gerufen. Bahl unterrichtete Karl Wienand und vereinbarte mit dem Schmidt-Vertrauten nach seiner Rückkehr aus Ost-Berlin einen Termin am Flughafen Köln. Im Metropol traf sich Bahl mit Horst Steinebach. Der beorderte ihn auf ein freies Hotelzimmer, statt mit ihm im Restaurant zu essen. Damit war klar, dass dieses Gespräch von der Staatssicherheit aufgezeichnet werden sollte. Thema des Abends war die Frage, wie die Idee des ZM auf dem deutsch-deutschen Gipfel behandelt würde. Steinebach verlangte die Sicherstellung, dass eine Zugum-Zug-Lösung gefunden würde. Die DDR wolle eine Sicherheit dafür haben, dass das Geld wirklich umgehend fließen würde, wenn der Staatsratsvorsitzende dem Bundeskanzler die Senkung des Reisealters mündlich zusagen würde. Rechtsanwalt Vogel sollte bei den geplanten Vier-Augen-Gesprächen zwischen Honecker und Schmidt teilweise dabei sein. „Wienand sollte mit Herbert Wehner zur gleichen Zeit bei mir zu Hause in Pfaffhausen sein. Wenn Wehner dann Vogel telefonisch bestätigte, dass die Aus-

zahlung der vier Milliarden erfolgen könnte, würde er dem Generalsekretär grünes Licht geben, die Senkung des Reisealters gegenüber dem Bundeskanzler zu verkünden.“³⁴ Am nächsten Vormittag flog Bahl zurück nach Köln und traf sich wie vereinbart mit Wienand. Gerade als er dem Mittelsmann von seinem schnellen Erfolg berichten konnte, wurde der Banker ans Telefon gerufen. Dort verkündete ihm ein völlig verängstigter Steinebach, er solle das gesamte Gespräch der vergangenen Nacht vergessen. Man habe nur über rein Geschäftliches gesprochen. Offensichtlich hatte Mielke nach dem Mithören des Konzepts die ganze Geschichte erst einmal unterbunden.

Was Bahl und Steinebach zu diesem Zeitpunkt nicht wissen konnten: Das Konzept des Schweizer Bankers lag längst auf dem Schreibtisch von Erich Honecker. Die DDR hing nach Ansicht von Egon Bahr, der das Treffen von Hubertusstock für den Kanzler vorbereitete, schon lange am Geldtropf von Bonn: „Das Geld des Westens ist ein goldener Angelhaken. Und wenn du einmal dran hängst, hängst du dran – sagten die Russen. Honecker sagte, er wüsste, wie er mit seinen Landsleuten umzugehen hat.“³⁵

Die Jagd nach Krediten

Auf Hubertusstock wurde das ZM nur theoretisch am Rande besprochen. Es ist anzunehmen, dass sich in der DDR zwei Fraktionen gebildet hatten, Honecker und Mittag auf der einen und Mielke mit seinen Gefolgsleuten auf der anderen Seite, die zwar nicht den Generalsekretär stoppen konnten, aber sehr wohl die Chefs der Intrac. Mielke wusste offensichtlich nicht, dass sein Intimus Schalck-Golodkowski einen schweren Fehler entdeckt hatte, der die DDR an die Wand zu fahren drohte. Erst im Februar wurde Schalck-Golodkowski klar, dass der DDR in finanzieller Hinsicht das Wasser bis zum Halse stand. Durch eine Veruntreuung, begangen in Schalck-Golodkowskis Koko-Bereich und der Deutschen Handelsbank (DHB), die Staatsdevisen für Kredite doppelt verpfändet hatten, stand die DDR vor dem Ruin. Die DHB schuldete dem Westen eine halbe Milliarde und die Koko konnte 210 Millionen an Kreditraten nicht zurückzahlen. Am 25. März 1982 berief Schalck-Golodkowski eine Krisensitzung

von Koko, Intrac und der Deutschen Handelsbank ein. Mit größter Angst schilderte einer der höchsten Finanzchefs der DDR – Stasi-Deckname „IM Halka“ – seinem Stasi-Führungsoffizier danach am 2. April die bevorstehenden Folgen:

„Aus den Erfahrungen der letzten Monate ist meine große Sorge die Liquidität der Republik. Es besteht die Gefahr, dass alle Institutionen der DDR, die Kredite aufgenommen haben, mit Arresten belegt werden, das heißt Beschlagnahme des gesamten Vermögens der DDR, um die Forderungen der Gläubiger zu befriedigen. Das würde sich sogar erstrecken auf Interflug, Seereederei, Deutrans, gemischte Betriebe, Unternehmen und in jedem Land befindliche Unternehmenswerte. Der Export von Wirtschaftsgütern der DDR würde die sofortige Beschlagnahme auf den entsprechenden Guthabenkonten bei Banken nach sich ziehen.“³⁶

Der Wind drehte. Schalck-Golodkowski schickte seine Intrac-Chefs wieder auf Kreditjagd. Bahl wurde von seinen DDR-Ansprechpartnern alarmiert und reaktivierte Wienand. Man traf sich am 8. und 9. März 1982 in der Schweiz. Steinebach und Grötzingen wiesen Bahl darauf hin, dass sie nur ein Mandat hatten, über die Gründung der deutsch-deutschen Bank und den gewünschten Kredit zu verhandeln. Die humanitären Aspekte des Züricher Modells sollten im „Nebenzimmer“ von Rechtsanwalt Vogel und einem Vertreter des Bonner Innenministeriums debattiert werden. Damit wollte die DDR verhindern, dass man in der Öffentlichkeit einen Zusammenhang zwischen Kredit und menschlichen Erleichterungen erkannte. Wienand hatte vor dem Treffen mit Bahl mit Bundeskanzler Schmidt und Staatssekretär Lahnstein seine Verhandlungslinie abgesteckt und war somit nur befugt, über den Gesamtkomplex einschließlich Senkung des Reisealters zu sprechen. Dafür sei sein Mandat „konkret“.

Die beiden unterschiedlichen Befugnisse führten aber wieder zu einer Gesprächspause, beide Seiten waren verstimmt. Doch dann kam auf dem Bonner Presseball Bewegung ins ZM. Rechtsanwalt Vogel tauchte auf und suchte, auf dem Hauptstadtparkett für seine humanitäre Schiene einen unauffälligen Gesprächskontakt einzufädeln. Er ging auf den innerdeutschen Minister

Franke und dessen Staatssekretär Hirt zu, aber die wussten vom ZM nichts. Auch Wischniewski, Schmidts Mann für die DDR, gab sich bedeckt. Vogel bedrängte ihn, den Kanzler anzusprechen, was Wischniewski tat, als Wehner nicht in der Nähe war. Er ließ den Kanzler, der sich über das ZM informiert zeigte, mitteilen, er habe von Honecker das Mandat, über die humanitären Aspekte zu verhandeln, und zwar zügig, weil die Zeit dränge.³⁷

Im Juli 1982 wurde Bahl ins Bundeskanzleramt gerufen. Nachdem er dem Kanzlerverten die Modalitäten des ZM dargelegt hatte, erklärte sich Wischniewski bereit, sich beim Kanzler dafür einzusetzen. Bahl wurde beauftragt, seine Ost-Berliner Gesprächspartner von diesem Gespräch zu informieren. Wienand sollte den Koalitionspartner FDP unterrichten.

„Wesentliches Element war, was manchmal vergessen wird: Mit der Gründung einer gemeinsamen deutsch-deutschen Bank wäre eine gemeinsame Institution entstanden, aus der man nicht einfach wieder hätte austreten können. Die DDR hätte mit einer solchen gemeinsamen Bank in der Schweiz den Zugriff auf Kredite bekommen, aber verbunden mit dem Junktim, dass jeder Schritt Bonns in diese Richtung auf der DDR-Seite mit weiteren Schritten der Öffnung der Mauer hätte beantwortet werden müssen. Wesentlich war das Junktim. Darum ging es. Und zunächst war auch Honecker dafür, weil es keine Alternative gab. Es hatte niemand einen anderen finanziellen Ausweg zur Hand.“³⁸

Die folgenden Wochen waren von intensiven Gesprächen geprägt, die Bahl mit seinen Freunden von der Intrac über die Gründung der Bank und Vogel mit Herbert Wehner über die Senkung des Reisealters führten. Wegen der Sommerpause war der Zeitrahmen bis Ende September abgesteckt worden. Doch während Bahls sonnigem Portugalurlaub zogen sich über der sozialliberalen Koalition düstere Wolken zusammen. Wienand dämpfte telefonisch alle Hoffnungen: „Das hält hier nicht mehr lange.“

Der Milliardenkredit – das Aus für die geplanten Reiseerleichterungen

Der ehemalige Bonner Ständige Vertreter Günter Gaus informierte den Honecker-Berater Herbert Häber inoffiziell am 24. September 1982, dass der Oppositionsführer Helmut Kohl am kommenden Freitag vom Bundestag zum Bundeskanzler gewählt werden würde und beabsichtigte, seinen Vertrauten Philipp Jenninger mit der innerdeutschen Politikführung zu betrauen. Einen Tag nach seiner Wahl versprach der neue Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung: „Mit dem Osten ist ein Modus Vivendi vereinbart. Wir stehen zu diesen Verträgen und wir werden sie nutzen als Instrument aktiver Friedenspolitik. Die DDR kann sich darauf verlassen, dass wir zu übernommenen Verpflichtungen stehen. Und wir erwarten, dass sich die DDR ebenfalls an Inhalt und Geist dieser Verträge hält. [...] Unter Vertragstreue versteht die Bundesregierung, dass nicht nachträglich in Frage gestellt werden darf, worüber zwischen beiden Partnern bei Vertragsabschluss Einvernehmen bestand.“³⁹ Ein Kurswechsel in der Deutschlandpolitik drohte nicht. Schon 1975 hatte Helmut Kohl über das CDU-Präsidiumsmitglied Walther Leisler Kiep geheime Kontakte zur SED geknüpft. Die Union träumte von der Regierungsübernahme und brauchte ein tragfähiges deutschlandpolitisches Konzept. Kiep war daraufhin in der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin konspirativ mit dem Honecker-Vertrauten Häber zusammengetroffen. Dieser erinnert sich:

„Man musste mit einem parlamentarischen Wechsel rechnen. Also lag es auch in unserem außenpolitischen Interesse, eine andere Lage herbeizuführen. Und ich persönlich war eben der Meinung, wenn wir auf eine deutsche Konföderation hinsteuern wollen – was ich ja eigentlich im Blick hatte, ohne dass ich Vorstellungen hatte, wie das denn genau laufen soll –, dann brauchen wir auch die Übereinkunft mit der CDU/CSU.“⁴⁰

In einem Interview mit dem Autor im April 2005 sagte Leisler Kiep: „Als ich an diesem Abend bei Gaus und Häber war, habe ich den Herren gesagt: ‚Ihr sollt bloß nicht denken, dass, wenn

es zu einem Regierungswechsel in Bonn kommt, diese abgeschlossenen Verträge von der CDU/CSU-Regierung gebrochen oder nicht beachtet würden. Was hier an Verträgen abgeschlossen und ratifiziert worden ist, gegen unsere Stimmen, ist trotzdem geltendes Recht und wird von uns respektiert. Helmut Kohl wird sich, wenn er Bundeskanzler ist, an diese Verträge halten.““ Honeckers Devise an Häber war klar formuliert: „Kein Wort an andere! Du bist nur mir berichtspflichtig. Was andere zu lesen oder zu hören bekommen, interessiert mich nicht mehr.“⁴¹ Häber wurde nun für die nächsten zehn Jahre zum wichtigsten Gesprächspartner der SED für die westdeutsche Politik, zum einflussreichsten Berater Honeckers in deutsch-deutschen Angelegenheiten, aber stets auf der diskreten Ebene, von der Moskaufraktion im Politbüro mit Argwohn betrachtet.

Das Kanzleramt hält am Züricher Modell fest

Bei der Übergabe der Regierungsakten überreichte der bisherige Kanzleramtsminister Hans-Jürgen Wischnewski dem neuen Staatsminister Philipp Jenninger auch die geheimen Unterlagen über das Züricher Modell. Für Jenninger wie auch für seinen Chef Kohl gab es keinen Zweifel daran, dass sie das „Unternehmen“ Züricher Modell weiterführen würden. Denn die Union verfügte über keinen eigenen deutschlandpolitischen Ansatz.

Dennoch wurden die geheimen Gespräche des Züricher Modells von Ost-Berlin zunächst abgebrochen. Dahinter steckte das MfS, das durch Schalck-Golodkowski stets über den Gesprächsstand informiert war, und die Moskaufraktion im Politbüro der SED. Für sie war eine weiterführende Entspannungspolitik mit der Union undenkbar.

In dieser Situation kam es unter strengster Geheimhaltung zu einem Treffen zwischen Schalck-Golodkowski und dem bayerischen Fleischgroßhändler März. Der Bayer gehörte von Anfang an zum Handelsnetz von Schalck-Golodkowskis Koko. Über März wickelte die Koko ihre Fleischexporte in den Westen ab, ein einträgliches Monopolgeschäft für den Unternehmerkreis rund um März. Schalck-Golodkowski sah das Zustandekommen des bisherigen Kreditmodells wegen der umgeschlagenen Stim-

mung im Politbüro, hervorgerufen durch den Machtwechsel in Bonn, bedroht. Man brauchte ein für die Moskaufraktion eher akzeptierbares Modell. Er kam auf die Idee, über März den CSU-Chef Franz Josef Strauß zu überreden, einen Kredit ohne nennenswerte Bedingungen zu organisieren, der die innere Lage der DDR weniger belastete. März informierte Strauß über die DDR-Kreditwünsche. Zu diesem Zeitpunkt benötigte die DDR die gesamten Exportgewinne von fünf bis sechs Milliarden D-Mark im Jahr für Zins und Tilgungsraten.

Strauß signalisierte zur völligen Überraschung Schalck-Golodkowskis ohne Zögern Bereitschaft, sich um die Kreditwünsche der DDR zu kümmern, obwohl der CSU-Chef nach außen eine ähnlich verhärtete Position zu Ost-Berlin vertrat wie umgekehrt die Mehrheit im Politbüro gegenüber der neuen Bonner Regierung. Ost-Berlin wunderte sich über die Hintergründe des Strauß'schen Positionswechsels, der bisher ein großer Gegner der Finanzierung der DDR durch den Westen war. Der Kontakt zwischen Schalck-Golodkowski und Strauß blieb geheim.

Intern nahm der vermeintlich größte Feind der DDR daraufhin zu Kohl Kontakt auf und teilte ihm mit, er könne für die DDR einen Milliardenkredit, allerdings ohne menschliche Erleichterungen, einfädeln. Kohl erkannte sofort, dass Strauß sich in der Deutschlandpolitik profilieren wollte. Der Kanzler saß in der Zwickmühle. Entweder er bekam menschliche Erleichterungen oder er konnte den ewigen Querulanten und DDR-Hasser Strauß in seine Ostpolitik einbinden. Herbert Häber berichtete dem Autor:

„Bereits im ersten Telefongespräch mit dem Generalsekretär hat Herr Dr. Kohl – wenn auch etwas verklausuliert, aber das war Absicht – Bezug genommen auf Unterredungen und Beziehungen unterhalb des öffentlichen, politischen Geschehens, also im Grunde Bezug genommen auf die Probleme des Züricher Modells. Er hat auch ausdrücklich erklärt, er wünsche, dass das auf dieser Ebene fortgeführt wird, aber er erwarte äußerste Diskretion. Er hat von Anfang an Kurs genommen auf eine Linie der Geheimdiplomatie mit Honecker und der DDR-Spitze. Im ersten Telefongespräch hat er sogar gesagt, man müsste mal [...] persönlich darüber reden. [...] Die Abma-

chungen, die im Auftrag von Helmut Kohl mit Sonderbeauftragten der DDR getroffen wurden, so zum Beispiel mit Schalck-Golodkowski, sind nie im Bundeskabinett zur Sprache gekommen. Auch die geheimen Telefongespräche, die Kohl mit Honecker geführt hat, waren in seiner Umgebung nicht bekannt. [...] Das war von Anfang an die Linie.“⁴²

Bei der Vorbereitung des ersten Gesprächs zwischen dem neuen Kanzler und dem Generalsekretär gehörte Thomas Gundelach, der Büroleiter von Philipp Jenninger, zum Vorbereitungsteam. „Wir hatten vor dem ersten Telefonat Kohl-Honecker Gespräche über die beiden Varianten, das Züricher Modell und den Strauß-Kredit. An das Telefonat kann ich mich natürlich nicht mehr wörtlich erinnern, es war sehr verklausuliert, aber wer wusste, was auf dem Tisch lag, der konnte – ich sag’s mal vorsichtig – aus dem, was beide an Andeutungen über die Telefonleitung sagten, schließen, dass beide wussten, was das ZM war und was aus München kam.“⁴³ Die Verklausulierung hatte ihre Gründe: „Bonn und Ost-Berlin hatten zwar eine funktionierende Telefonleitung. Aber beide Seiten waren sich natürlich im Klaren, dass sie bei diesen Gesprächen nicht alleine waren. Bei uns gab’s die Stasi und den KGB und in Bonn den BND und die CIA. Man drückte sich immer so aus, dass keiner Anstoß nehmen konnte.“⁴⁴

Strauß reißt mit allen Mitteln Deutschlandpolitik an sich

Jenninger informierte Bahl, der bayerische Ministerpräsident musste in das ZM stark eingebunden werden. Nach außen musste es so aussehen, als wäre Strauß der Macher des Ganzen. Der Kanzler war gezwungen, Strauß in seine Deutschlandpolitik einzubinden. Strauß forderte, alle grundlegenden Entscheidungen über die deutsch-deutschen Beziehungen nach München zu delegieren. Auf diese Weise hätte Kohl beides bekommen, einen gezähmten Strauß und menschliche Erleichterungen.

Am 10. März trafen sich der Strauß-Intimus März und Schalck-Golodkowski in Leipzig. Danach berichtete der Devisenhändler dem Stasi-Chef, Strauß würde zur Ausreichung eines Finanzkredits an die DDR „nach wie vor eine positive Haltung einneh-

men“. Das Hineintragen eines Junktims, zum Beispiel Gegenleistungen der DDR auf menschlichem Gebiet, entspräche nicht seinen Vorstellungen. Kohl werde offensichtlich „durch unkompetente, in der Sache nicht informierte Leute falsch beraten“, womit Strauß auf Jenninger anspielte. Strauß lud Schalck-Golodkowski für Mitte April zu einem Treffen nach Bayern ein. Man könnte sich auf dem Gutshof seines Spezis März treffen.⁴⁵

Für Mielke war dies der letzte Anstoß, nun voll auf die Lösung der Kreditproblematik über die „Südschiene“ zu setzen. Die Öffnungspolitik über humanitäre Reiseregeln für DDR-Bürger mit Hilfe des Züricher Modells werden von nun an durch die MfS-Führung bekämpft.

Damit hatten Strauß und Schalck-Golodkowski und der hinter ihm stehende Mielke jene Argumentation gefunden, auf humanitäre Gegenleistungen im Reiseverkehr, die für DDR-Bürger wirksam werden sollten, zu verzichten. Von nun an wurde von beiden auf der Linie „Kredit ohne menschliche Erleichterungen“ verhandelt.

Doch der Tod des DDR-Reisenden Rudolf Burckhardt in Helmstedt/Marienborn am 10. April 1983 schien die sich gerade positiv anbahnenden Kontakte zwischen Bonn und Ost-Berlin auf der „Südschiene“ zu torpedieren. Der Bundesbürger kam beim Verhör des DDR-Zolls wegen eines angeblichen Devisenvergehens zu Tode. Die Untersuchung des Opfers zeigte später Kopf- und Halsverletzungen sowie Blutergüsse. Er erlitt den plötzlichen Herztod. Der Kommentar des bayerischen Ministerpräsidenten war vorhersehbar. In den Fernsehnachrichten hatte er nur eine Bewertung für diesen Vorfall: „Das ist Mord!“

Dann kam der zweite Schlag. Honecker sagte einen schon feststehenden Besuch in der Bundesrepublik ab. Die innerdeutschen Beziehungen schienen auf einem Tiefpunkt angelangt zu sein. Doch unter der Hand ging alles weiter. Bonn und Ost-Berlin waren sich darüber einig, dass über diskrete Ebenen der Dialog aufrechterhalten werden sollte. Herbert Häber berichtete dem Autor dazu: „Ich kann nur sagen, dass man auf beiden Seiten zu der Erkenntnis gekommen war, es ist die Zeit nicht, um den Besuch zu machen, das politische Klima stimmt nicht dafür und es hing auch mit der Frage ‚NATO-Doppelbeschluss‘ zusammen.“

Keiner wusste, was wird, und es hätte möglicherweise zu einem politischen Schlagabtausch kommen müssen in der Nachrüstungsfrage.“⁴⁶

Der Absage vorausgegangen war ein Besuch Honeckers bei dem Nachfolger des Ende 1982 verstorbenen Generalsekretärs Breschnew, Juri Andropow. Keiner wusste besser über den Zustand der Sowjetunion und des Ostblocks Bescheid als der ehemalige KGB-Chef. Schon lange hatte er sich mit der Idee einer notwendigen Perestroika beschäftigt, um das System und die Wirtschaft des Landes zu reformieren. Aber der Afghanistankrieg hinderte ihn daran. Er wusste, dass zunächst dieser Konflikt beseitigt werden musste. Also riet er Honecker ab, es mit der Entspannung gegenüber den Westdeutschen zu übertreiben.

Strauß wünscht freundliche Grenzer statt menschlicher Erleichterungen

Als Honecker seinen Besuch in Bonn absagte, informierte Josef März seinen Amigo Franz Josef Strauß, dass Schalck-Golodkowski dennoch der Einladung des Bayern folgen und an den Chiemsee kommen wolle. Strauß verabedete, dass der Devisenboss der DDR auf halber Strecke vom Chauffeur des Ministerpräsidenten abgeholt wird, um die Diskretion an der Grenze zu wahren. Schalck-Golodkowski fuhr über den Grenzort Schleitz nach Oberbayern auf den Hof der Familie März mit Blick auf den Rinssee. Strauß entstieg dort einem Hubschrauber des BGS. Er informierte Schalck-Golodkowski, er habe seinen Einfluss geltend gemacht, dass Bundeskanzler Kohl und Jenninger in der Regierungserklärung keine weiter gehenden Forderungen an die DDR erlassen hätten. Für ein weiteres Entgegenkommen gegenüber der DDR forderte Strauß lediglich die sofortige Änderung des oft feindseligen Verhaltens der Grenzer: „Wir wollen einen normalen freundlichen Umgangston. Eine korrekte Abfertigung. Der Kasernenhofton muss aufhören. Wenn wir merken, dass sich in den nächsten Wochen etwas ändert, führen wir ein Gespräch. Sonst vergessen wir es. An mir kommt man in Bonn nicht vorbei.“⁴⁷ Am 19. Mai würde er sich in einem Gespräch mit Kohl für die DDR engagieren. Strauß wollte, dass die Bundesrepublik den ersten Schritt machte, ohne ein Junktim herzustellen. Der

Kredit sollte in zwei Raten zu je 500 Millionen D-Mark durch Bankenkonsortien der BRD an die Außenhandelsbank der DDR ausgereicht werden. Zu einem Zeitpunkt, den Honecker für angemessen hielt, sollte er den Mindestumtausch für Jugendliche und Rentner auf das alte Maß reduzieren, ohne schriftliche Vereinbarungen. „Das wäre eine große Sache, die einen kleinen materiellen Wert hat, aber von der eine Atmosphäre, eine große politische Wirkung hinterlassen würde. Ich verstehe gut, dass für den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden ein Junktim unannehmbar ist.“⁴⁸ Schalck-Golodkowski jubelte: „Ich freute mich wie ein Schneekönig darauf, meinen Vorgesetzten diese Botschaft übermitteln zu können.“⁴⁹

Mitte Mai kamen die ersten Meldungen vom BGS, dass von den Reisenden positive Veränderungen in der Tonlage und der Behandlung an der innerdeutschen Grenze registriert wurden. Zwei Wochen später diktierte Honecker seinem Devisenbeschaffer eine Antwort an Strauß: Er lobte das Augenmaß des Bayern. Der Kredit müsste ohne Auflagen erfolgen, wie sie der IWF erteilte, dafür gäbe es nun freundlichere Grenzkontrollen. Kinder bis zu 14 Jahren würden vom Mindestumtausch befreit. Streng vertraulich teilte Honecker mit, dass er sich ernsthafte Gedanken machte, die Selbstschussautomaten an der deutschen Grenze abzubauen. Aber hierzu war er durch die Schlussakte von Helsinki ohnehin verpflichtet. Am 1. August 1975 war von 35 Staaten aus den beiden Militärblöcken das Schlussdokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) unterschrieben worden. Die Unterzeichner regelten hierin ihre Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene. Im Korb 3 des Abkommens waren die Menschenrechte aufgelistet und anerkannt worden.

Strauß rechtfertigte seinen Einsatz damit, dass das Züricher Modell illusorisch sei. Moskau würde Honecker niemals gestatten, das Reisealter signifikant zu senken. Aber ob dies der einzige Grund war? Oder gab es auch private Interessen? Immerhin hat Strauß nicht gezögert, in seinen geheimen Gesprächen den Schweizer Banker wider besseres Wissen zu denunzieren, um das Züricher Modell zu Fall zu bringen. Schalck-Golodkowski notierte am 26. Mai 1983 „interne Bemerkungen zur Niederschrift

über das am 25. Mai 1983 zwischen dem Vorsitzenden der CSU Strauß und Genossen Schalck in Spöck am Chiemsee geführten Gesprächs“. Demnach äußerte Schalck-Golodkowskis Verhandlungspartner über seinen Konkurrenten Bahl und dessen Züricher Modell: „Es wäre ja auch denkbar, dass die ‚Dienste‘ ihre Finger mit im Spiel hätten.“ Damit erhielt das Züricher Modell einen geheimdienstlichen Anstrich. Bahl firmierte nun bei der DDR als BND-Agent und für Häber war es natürlich sehr gefährlich, sich für ein Projekt einzusetzen, das von der Staatssicherheit als subversives Machwerk eingestuft wurde, welches die DDR schädigen sollte. Bahl war von Strauß eliminiert. Diese Desinformation wurde sofort genutzt, um das Züricher Modell und den Unterhändler Bahl auszuschalten. Es folgte ein Befehl von Generalleutnant Mittig (erster Stellvertreter von Mielke) über Generalmajor Kleine und Oberst Lehmann (HA XVIII), den Kontakt mit Bahl sofort abubrechen.⁵⁰ Am 31. Mai wird das Züricher Modell offiziell durch Rechtsanwalt Vogel gegenüber dem Bundeskanzleramt abgesagt.

Welcher Deal stand hinter dem Strauß-Coup?

Am 1. Juli 1983 war die Sensation perfekt, der Milliardenkredit wurde vom Erzfeind der DDR unterzeichnet. Niemand in der Öffentlichkeit wusste, dass damit ein Geheimprojekt verhindert worden war, das auch im Sinne seines Förderers Herbert Häber in der Zukunft zu einer Verklammerung der beiden Staaten in einer Konföderation hätte führen sollen. Die Senkung des Reisealters um fünf Jahre hätte zu Millionen von weiteren Besuchen von DDR-Bürgern im Westen geführt und das Zusammenwachsen der Deutschen besonders gefördert. Strauß wurde zum heimlichen Steuermann eines deutsch-deutschen Abgrenzungsmanövers. Der bayerische Schalck-Untersuchungsausschuss stellte nach der Wende lakonisch fest, die üblichen Provisionen seien geflossen. Aber die Höhe der Provision für Franz Josef Strauß ist bis heute unbekannt. Stimmen Gerüchte aus den Vorzimmern des MfS, es handle sich um 70 Millionen D-Mark, von denen nur sieben versteuert wurden? Hat Honecker im Gegenzug durch Airbus eine Regierungsmaschine für die Interflug bekommen?⁵¹

In diesem Zusammenhang teilte das Bundesamt für Verfassungsschutz Anfang des Jahres 1991 mit: „Am 18. Dezember 1990 wurde vom Sicherheitsreferat des BfV der ehemalige Oberstleutnant im MfS (Hauptabteilung II/2, Spionageabwehr) Klaus Thümer befragt. Er erklärte, dass er aus seiner Erkenntnis von Schalck-Golodkowski vermute (oder wisse, das wollte er nicht sagen), dass dieser mit der bayerischen CSU einen Deal gemacht habe. S.-G. habe die gesamte CSU-Spitze in der Tasche, weil er diese massiv bestochen habe. Aus dem von Strauß an die DDR vermittelten Milliardenkredit seien etliche Millionen auf das Konto von Strauß zurückgeflossen. Der Rücktritt des CSU-Finanzministers Tandler komme nicht von ungefähr. Hier seien, so Thümer – noch etliche Bomben zu erwarten.“⁵² Das Bundesamt für Verfassungsschutz erklärte zur Glaubwürdigkeit von Thümer: „Die übrigen von ihm gelieferten Informationen entsprechen, soweit nachprüfbar, der Wahrheit.“⁵³

In den nachfolgenden Monaten forcierte Honecker seine Politik der Annäherung an die BRD und Kohl ließ Honecker wissen, dass er mit dem bestehenden Regime in der DDR und dem Generalsekretär auf lange Sicht gut harmonieren könne. Er sprach von gemeinsamer Schadensbegrenzung angesichts einer neuen Stufe der Rüstungsspirale. In einem vorweihnachtlichen Telefongespräch 1983 sagte Kohl wörtlich: „Sie können vor allem davon ausgehen – das glaube ich, ist sehr wichtig –, Sie sprechen hier mit einem Mann, der nichts unternehmen wird, um Sie in eine ungute Lage zu bringen. Ich will es nicht näher interpretieren.“ Mit dieser Anbietung hatte der Kanzler dem Generalsekretär indirekt versichert, alles zu unterlassen, was das Honecker-Regime destabilisiert hätte. Er akzeptierte das Unterdrückungsregime der SED.⁵⁴ Das heißt: Kohl gab sich zufrieden mit der Existenz der DDR; er hatte keine artikulierten Vorbehalte gegen das Grenzregime der DDR und verlangte auch keine Reformen im Innern der DDR. Das Klima war gut für einen Besuch Honeckers in Bonn. In Moskau war Generalsekretär Juri Andropow zwar nach nur 15 Monaten Regierungszeit am 9. Februar 1984 verstorben. Aber Honecker sah trotzdem neue Chancen für eine Öffnungspolitik gegenüber Bonn durch das positive Klima, das sich unter der Regentschaft des ehemaligen

KGB-Chefs entwickelt hatte. Am 11. März 1984 kündigte der Generalsekretär an, er werde im Herbst des Jahres in die Bundesrepublik reisen. Das deutsch-deutsche Manöver schien zu gelingen.

Vom Politbüro ins Irrenhaus – der Sturz des Herbert Häber

Herbert Häber erlebte am 24. Mai 1984 seinen schicksalhaften Sprung ins Politbüro. Honecker hatte seinen wichtigsten Drahtzieher im deutsch-deutschen Wendemanöver ins höchste Gremium des Staates gehoben, ohne dass Häber die üblichen Karrierestationen durchlief, denn der Generalsekretär brauchte ihn dort sofort als Unterstützer für seine Annäherungspläne an Bonn. Keiner war in Bonn als DDR-Gesprächspartner so willkommen wie Häber. In Moskau war der Widerspruch gegen die Politik Ost-Berlins unter dem reaktionären Nachfolger Andropows, Konstantin Tschernenko, inzwischen wegen der Nachrüstung der NATO massiv geworden. Insbesondere wünschte man in Moskau keinen Besuch Honeckers in Bonn. Die westdeutsche Politik verstand die Berufung Häbers sofort als Geste Ost-Berlins an Bonn, in Zeiten höchster Spannungen „das Tischtuch zwischen uns nicht zerreißen zu lassen“⁵⁵, wie es Helmut Kohl gegenüber Honecker ausdrückte. Honecker wurde deshalb von Generalsekretär Tschernenko nach Moskau zitiert. Der SED-Chef wusste, es geht um seinen Entspannungskurs mit Bonn. Honecker wollte sich absichern und ließ sich von Häber eine Rede entwerfen, in der er alle Punkte einbauen sollte, die Honeckers Deutschlandpolitik rechtfertigen, insbesondere, dass der Besuch Honeckers in Bonn gerade zu jenem Zeitpunkt stattfinden sollte. In seinem Konzept wies Häber die monatelangen Angriffe aus Moskau zurück. Was er präsentierte, war ein Papier gegen die Moskauer Eiszeitlinie:

„Ich hab damit angefangen, dass es Unsinn ist, uns zu unterstellen, wir würden die Lage falsch beurteilen. Ich habe erst mal diesen ganzen Angriff zurückgewiesen, den sie da über Monate gefahren haben. Dann kam die Frage, warum muss der Besuch in Bonn sein? Ich habe dann also Formulierungen gebraucht, die in die Richtung gehen,

dass man auch weiterverhandeln muss mit denen, die für die Stationierung sind. Man muss das Erreichte bewahren und nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Man muss also die konstruktive Politik der Entspannung fortsetzen. Ich habe also eine Kontraposition gegen ihre Linie formuliert, die da hieß: Jetzt kommt eine Eiszeit, jetzt wird alles unterbrochen, jetzt wird ein neuer Raketenzaun durch Europa gezogen. Das war die Moskauer Linie. Ich bin darüber hinausgegangen.“⁵⁶

Dann kam der 17. August 1984, an dem Honecker in kleiner Begleitung im Kreml war. Ihm gegenüber saßen unter anderem Konstantin Tschernenko, Michail Gorbatschow und Verteidigungsminister Marschall Dimitrij Ustinow. Honecker beendete seinen Vortrag. Er blickte in kalte Gesichter. Dennoch sagte er diesen letzten Satz: „Unter Abwägung aller Faktoren kommen wir zu der Schlussfolgerung, dass der Besuch in der BRD richtig und für unsere gemeinsame Politik des Kampfes zur Verminderung der Kriegsgefahr gegen die Hochrüstungspolitik der USA und der NATO von Nutzen wäre.“ Tschernenko blockte Honecker ungeduldig ab, denn er wollte die gesamten Beziehungen der DDR gegenüber Bonn zurückfahren:

„Die Losung von der Koalition der Vernunft ist eine klassenneutrale Parole zur Irreführung der Menschen. Gegenwärtig auf einen Ausbau der Beziehungen mit der BRD einzugehen bedeutet, ihr zusätzliche Kanäle für die ideologische Beeinflussung der DDR zu geben. Wir möchten Ihnen sagen, dass die sowjetischen Kommunisten es positiv aufnehmen würden, wenn Sie in der entstandenen Lage von dem Besuch Abstand nehmen. Auch die Annahme der geplanten Kredite und die so genannten humanitären Gegenleistungen der DDR sind vom Standpunkt der inneren Sicherheit der DDR zweifelhaft und stellen einseitige Zugeständnisse an Bonn dar. Sie erhalten dadurch finanzielle Vorteile, aber in Wirklichkeit sind das scheinbare Vorteile. Hier geht es um zusätzliche finanzielle Abhängigkeiten der DDR von der BRD.“⁵⁷

Ustinow wurde laut, ballte die Fäuste, schlug zornig auf den Tisch und brüllte: „Genosse Staatsratsvorsitzender! Es fehlt Ihnen an

Härte in den Beziehungen zur BRD. Wenn Sie das Tor zur DDR weiter aufmachen, steigt nicht nur die Gefahr der NATO-Spionage; die Sicherheit der dort stationierten Sowjetsoldaten wäre gefährdet. Entweder Sie ändern diese Politik oder Sie gefährden Ihre eigene Position.“⁵⁸ Für Herbert Häber begann nun eine schwierige Zeit:

„Als das Protokoll der Geheimsitzung am darauffolgenden Dienstag in der ‚Zweiten Etage‘ im Sitzungssaal des Politbüros verteilt wurde und ich die Miene Honeckers sah, wusste ich, was die Stunde geschlagen hatte. Ich hatte ihn ins Messer der Sowjets gestoßen. Um mich herum brach die Eiszeit aus. Auf einer späteren Sitzung entzog mir Honecker das Wort, ich solle mit meinen vorlauten Reden aufhören. Er beantwortete meine an ihn gerichteten Schreiben nicht mehr. Alle anderen schnitten mich, kein Grüßen, man isolierte mich. Aber da ich ordnungsgemäß gewählt war, blieb ich zunächst im Amt. Jeder hatte ja in diesem Politbüro gesehen, dass der Häber Honecker in Moskau sozusagen in die Messer der sowjetischen Führung geschubst hat. Damit war für alle klar: Die Zeit von Herbert Häber ist abgelaufen. Ich merkte das. Mein Wort war nicht mehr gefragt. Und dann kam zunächst für mich im Oktober die ungeheuer peinliche Situation, dass mir Honecker, während ich sprach, in ganz scharfer Weise das Wort entzog und laut in den Saal rief, ich möge doch endlich mit meinen vorlauten Reden aufhören.“⁵⁹

Herbert Häber soll verschwinden

Mielke hatte inzwischen gegen Häber eine Entmachtungskampagne gestartet. Über den KGB hatte er in Moskau verbreiten lassen, man habe Häber als Westspion in Verdacht. Er ließ über Häber eine „Operative Auskunft“ von der Abteilung II/6 des MfS erarbeiten und streute Gerüchte. Im Mielke-Dossier⁶⁰ steht: „Es liegen eine Reihe von Erkenntnissen vor, die einerseits ein gegnerisches Interesse an der Person des Herbert Häber sichtbar machen und andererseits die Gefahr begründen, dass seine Person Gegenstand von Verleumdungskampagnen gegen die Parteiführung bilden kann. Entsprechend vorliegender Hinweise geriet Herbert Häber bereits zu Beginn seiner Laufbahn in das

Blickfeld des BND.“ Häber habe laut Auskunft des Agenten „Kreuzspinne“ schon in den 50er Jahren Kontakte zum BND mit einer möglichen Anwerbung durch die CIA gehabt.

„Ich habe nichts von dieser Aktion Mielkes gewusst, kein Wort, ich habe das erst nach der Wende erfahren. Für mich war das alles unerklärlich. Ich wusste auch nicht, dass Mielke eine ehemalige Schwägerin von mir verleitete, einen Denunziationsbrief an die Partei zu schreiben. In diesem Brief denunzierte sie meinen Vater als Nazi-verbrecher, weil er in einem Erschießungskommando teilgenommen hatte, das einen französischen Fremdarbeiter wegen Plünderung erschießen musste. Sie formulierte empört, der Sohn eines solchen Nazis könne doch nicht Mitglied der SED und schon gar nicht in so prominenter Position sein. Selbst aus meinem Kontakt zum FAZ-Korrespondenten Winters strickten sie eine Agentengeschichte.“⁶¹

Im MfS-Dokument⁶² heißt es: „Dem BND liegen nachweislich seit 1979 Informationen eines westlichen Medienvertreters vor, der im Rahmen seiner Geheimdiensttätigkeit verantwortliche Genossen unserer Partei abschöpft. Zu seinen Informanten gehörte unter anderem eine als ‚hoher SED-Funktionär‘ bezeichnete Person. Die vom Agenten wiedergegebene Äußerung dieser Person lässt Einblick in interne politische Prozesse erkennen (sic). Teilweise sind antisowjetische Tendenzen und ein mangelnder Klassenstandpunkt zu erkennen. Es muss festgestellt werden, dass es dem BND damit gelungen wäre, im unmittelbaren Umfeld des Herbert Häber einen Agenten einzubauen.“

Die Moskauer Methode: Psychiatrie

Am 18. August 1985, ein Jahr nach dem Moskauer Eklat, ist es dann so weit. Häber wird mit einem Nervenzusammenbruch ins Regierungskrankenhaus in Berlin-Buch eingeliefert. Man stellte ihn unter MfS-Bewachung und strenge Isolierung. Ein ärztlicher Bericht markiert den Beginn des Weges des Politbüromitglieds Herbert Häber in die dunklen Katakomben der geschlossenen Psychiatrie des DDR-Gesundheitswesens. Diagnose: „Störungen des vegetativen Nervensystems, Entgleisung des vom Patienten

nicht zu beeinflussenden Teiles des Nervensystems mit Zittern, Schweißausbrüchen Magendarmstörungen, Schlafstörungen und Angstgefühlen.“⁶³ Verantwortlicher Oberarzt: Dr. Kant. Der diagnostizierende Arzt Professor Dagobert Müller war persönlicher Arzt von Honecker und seit Jahren geheimer Mitarbeiter des MfS; er beging nach dem Zusammenbruch der DDR Selbstmord. Warum wohl? Honecker schaffte es wenigstens noch, Herbert Häber – seinen langjährigen engsten Wegbereiter im deutsch-deutschen Geschäft – persönlich zu „verabschieden“. Er erpresste seinen Rücktritt am Krankenbett:

„Ich ging ihm entgegen, ich war ja nicht bettlägerig und habe auch noch gesagt: ‚Da freue ich mich aber über deinen Besuch.‘ Und da hat er gesagt: ‚Es gibt keinen Grund zur Freude. Setz dich mal hin, ich muss ein ernstes Wort mit dir reden, du kannst nicht mehr zu uns gehören.‘ Das war die erste Mitteilung, dass ich abgesetzt war. Er sagte: ‚Du hättest einen Weltskandal auslösen können.‘ Darunter hat er es nicht getan. ‚Du hast in der Öffentlichkeit über Differenzen zwischen der KPdSU und der SED geredet und damit hast du die Disziplin des Politbüros auf das Gröbste verletzt, du gehörst nicht mehr zu uns. Die Sache ist entschieden, ich verlange von dir bis morgen früh einen Brief, dass du aus Gesundheitsgründen von deiner Funktion zurücktrittst.‘“⁶⁴

„Dann kam es zu der Politbürositzung. Es brauste durch den Raum: ‚Wenn man den hätte weitermachen lassen, hätte er die DDR preisgegeben. Das war glatter Verrat, wir haben eine Schlange am Busen der Partei genährt‘, so damals Hermann Axen, Politbüromitglied und ewiger Konkurrent Häbers.“⁶⁵ Häber wird „auf eigenen Wunsch“ aus angeblich gesundheitlichen Gründen aus dem Politbüro entlassen. Nun beginnt die „Moskauer Methode“. Sie kann starten, als Häber nach seiner Entlassung seinen neuen Job in der Akademie antreten soll. Dorthin ist er strafversetzt worden, als Professor ohne Wirkungsbereich. Er will seinen ehemaligen Chef fragen, was er dort eigentlich machen soll. Doch Honecker lässt sich verleugnen. Seine Sekretärin lässt ihm aber ausrichten, er solle sich noch mal im Regierungskrankenhaus melden. Am Freitagnachmittag fährt er nach Buch.

„Ich wurde in Buch empfangen, wieder in die Station 9 geführt, das war die Station für Politbüromitglieder und hohe ausländische Gäste. Da stand an der oberen Tür ein Wachsoldat des Wachregimentes und an der unteren Tür ein Wachsoldat des Wachregimentes. Mir wurde gesagt: ‚Herr Häber, nehmen Sie Platz. Haben Sie schon Mittag gegessen?‘ Nein, hatte ich nicht. Warum sollte ich nicht Mittag essen? Also habe ich gegessen. Und nach dem Essen gab es noch einen Schluck Kaffee und ein Stück Kuchen. Und dann sagte man mir: ‚Na, Sie machen so einen unruhigen Eindruck. Zeigen Sie mal Ihren Puls. Oh, der ist aber ganz schön hoch! Sind Sie unruhig?‘ Da hat man mir eine Faustanspritze gegeben und ich bin am Montagnachmittag wieder munter geworden. Und an diesem Montagnachmittag, es war schon dunkel, standen eine fahrbare Trage mit Gurten vor mir und zwei kräftige Männer. Wie man das so kennt aus Filmen. Standen da und sagten: ‚Also gut, Herr Häber, nun steigen Sie mal hier drauf.‘ Und dann kam eine Ärztin und dann noch eine, die weinte, und da habe ich die Frage gestellt: ‚Wo bringen Sie mich hin?‘ Und da haben die gesagt, das dürfen wir Ihnen nicht sagen. Daraufhin haben die mich dann festgeschnallt und haben mich in ihren Blaulicht-Volvo geschoben und sind mit mir losgefahren, aus der Stadt heraus. Dann haben sie mich am späteren Abend in ein altes Gemäuer, in ein Irrenhaus gebracht.“⁶⁶

Häber landete in der psychiatrischen Klinik in Bernburg an der Saale. Die verantwortlichen Ärzte hatten ihm für den dortigen Klinikleiter eine Anweisung mitgegeben, wie man das ehemalige Politbüromitglied zu behandeln hatte: mit Radepur. Dies war ein Arzneimittel, das schon unter Stalin bei Regimegegnern und psychisch Kranken angewendet wurde, um sie loszuwerden, denn eine Dauermedikamentierung, wie bei Häber verschrieben, wirkte tödlich.

„Dort wurde ich dann auf einer Station förmlich in ein Bett abgeworfen, einer Station für allgemein geistesgestörte Menschen. Da wurde mir der Ausweis weggenommen, der Pass weggenommen und alles weggeschlossen. [...] Zunächst war ich ganz auf mich gestellt, es kam keine Schwester, es kam kein Arzt, der mich befragte und der mich beguckte. Und das dauerte dann ungefähr zehn Tage. [...]

Ich konnte ja dort nicht herumschreien, dass ich vom Politbüro bin, da hätten alle Beifall geklatscht in dieser Station. Das hätte ja gerade noch gefehlt: Einer, der behauptet, er sei aus dem Politbüro. Die waren ja alle von irgendwo. [...] Der eine war der liebe Gott, der andere der Papst Leo und der Dritte war der Schwiegersohn von Ulbricht. Da konnte ich ja schlecht sagen, ich bin wirklich aus dem Politbüro. Es war eine unmögliche, demütigende Situation. Nach einiger Zeit kam der Chefarzt dieser Klinik, um mir zu erklären, dass ich ihm als hoffnungsloser Fall angekündigt worden sei. Deshalb habe man mich in diese Station für die allgemein Geistesgestörten eingeliefert. Die wurden zum Teil eingeschlossen hinter Gittern und schrien die halbe Nacht. Und er hat mir dann gesagt, dass ich nicht dazugehöre, und mich in eine andere Station überführt. Die war insofern besser, als dass dort keine allgemein Geistesgestörten waren. Im Nachbarzimmer wurde ein Patient eingeliefert, der die seltsame Eigenschaft hatte, alle paar Wochen einmal nach Halle fahren zu müssen. Das war ein als Patient getarnter MfS-Wachposten, der mich bewachte. Wenn ich spazieren gehen wollte, musste ich mit diesem Mann gehen. Eines Tages kam der Arzt und sagte: ‚Herr Häber, Sie können sicher sein, Sie sind nicht geisteskrank, Sie haben einen psychosomatischen Komplex. Wir können Sie heilen, aber wir werden das in Berlin gar nicht mehr avisieren, die wollen ja gar nicht mehr wissen, wie es Ihnen geht.‘ Später sagte er mir: ‚Sie sollten hier auf Eis gelegt werden.‘ Das wäre die beste Lösung für alle gewesen: dass ich in Bernburg an der Saale in der Psychiatrie dahindämmere und irgendwann kaputtgehe.“⁶⁷

Häbers Verdienste bleiben ungewürdigt

Anfang 1986 wurde Häber in die Bedeutungslosigkeit entlassen. Nach der Wende musste er sich in den so genannten Politbüroprozessen wegen seiner Mitverantwortung für den Schießbefehl verantworten. Das Berliner Landgericht sprach ihn frei, die Staatsanwaltschaft aber ging in die Revision. Der Bundesgerichtshof hob den Freispruch auf und verwies zurück ans Landgericht. Dies führte zum internen Protest zahlreicher führender Bundespolitiker und zur diskreten Parteinahme für Häber. In ihrem zweiten Urteil schrieben die Richter: „[...] das langjährige Bemühen des Ange-

klagten [...] trug [...] letztlich auch zu der weltpolitisch einzigartigen Entwicklung bei, die zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Auflösung der Blöcke führte.“⁶⁸ Dennoch wurde der Mann, der in der DDR wie kein anderer für Entspannung und Humanisierung des Grenzregimes eingetreten und dafür in die Katakomben der DDR-Psychiatrie geworfen worden war, für schuldig gesprochen, ohne dass man eine Strafe aussprach. Immerhin musste er die Kosten dieses teuren Prozesses tragen. Kommentar des ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker: „Dass keine Möglichkeit bestand, gerade seine Sonderrolle, die er, wie ich finde, in einem positiven Sinne für die Menschen mutig gespielt hat, auch in dem Verfahren zum Ausdruck zu bringen, das hat mich belastet.“⁶⁹ Kürzer bringt es Hans Koschnik, ehemaliger Bremer Bürgermeister und Mitglied des SPD-Präsidiums auf den Punkt: „Das ist der wirkliche Hohn der deutschen Rechtspflege.“⁷⁰

Das Modell „Länderspiel“ – Anerkennung der DDR und Mauerfall?

In Bonn wusste man von dem Eklat in Moskau noch nichts, als Kohl im Mai 1984 vorschlug, die eingeleitete „Operation“ erst nach dem geplanten Honecker-Besuch in Bonn weiterzuverfolgen. Mit dieser Verklausulierung waren weitreichende geheime Überlegungen gemeint, die die politischen Inhalte des gescheiterten Züricher Modells ersetzen sollten. Nachdem sämtliche ostdeutschen Gesprächspartner für das ZM ihre Mandate verloren hatten, wurde vom Bundeskanzleramt und dem Ministerium für innerdeutsche Beziehungen gegenüber Ost-Berlin ein neuer Mann als willkommener DDR-Unterhändler ins Spiel gebracht: Professor Jürgen Nitz, Wirtschaftsfachmann am Ost-Berliner IPW, dem von Herbert Häber 1971 gegründeten Institut für Internationale Politik und Wirtschaft.

Holger Bahl war nicht der Typ, der sich so einfach von Franz Josef Strauß abservieren ließ. Auf der Messe 1983 in Leipzig hatte der Schweizer Banker versucht, seine Kontakte zu reaktivieren. In der Bar des Hotelfoyers im heruntergekommenen Inter-

hotel Stadt Leipzig wurde er von einem hohen Beamten des innerdeutschen Ministeriums, Dr. Franz Rösch, mit Professor Nitz zusammengeführt. Der Professor galt damals als Schatten von DDR-Außenhandelsminister Gerhard Beil. Rösch hatte Nitz auf die Malaise des Züricher Modells hingewiesen. In der für ihn typischen Art hatte Professor Nitz sich mit Bleistift und Papier versorgt, um das von Rösch angebahnte Gespräch mitzustenographieren. „Dann legen Sie mal los, Herr Bahl“, ermunterte ihn der Wirtschaftsfachmann aus dem SED-Apparat und versicherte ihm, dass er von Honeckers engstem Berater, Herbert Häber, das Mandat hatte, ihm zuzuhören. Nachdem ihm der Schweizer Banker sein Leid geklagt hatte, erklärte Nitz, man habe sich in der DDR für die Variante von Franz Josef Strauß entschieden, weil diese für Honecker einfach politisch billiger war und Strauß nun nicht mehr offen als DDR-Feind agieren konnte. Da aber die zweite Rate des Milliardenkredits noch ausstand, weil den Kritikern dieses Kredits zu wenige humane Gegenleistungen der DDR gegenüberstanden, begönne man, sich im Kreise Honeckers wieder mit dem Züricher Modell zu befassen. Doch diese Überlegungen waren endgültig erledigt, als die zweite Rate des Milliardenkredits für die DDR freigegeben worden war. Damit hatten sich Schalck-Golodkowski und die Südschiene als Hauptlinie des deutsch-deutschen Geschäfts etabliert. Strauß hatte dies mit zwei Argumenten geschafft. Zum einen hatte er stets behauptet, Honecker hätte von den Sowjets nie die Erlaubnis bekommen, das Reisealter zu senken. Schalck-Golodkowski selber hatte gegenüber Schäuble immer wieder betont, wenn man die Mauer öffnen würde, „(sind) wir weg vom Fenster“.⁷¹ Und so schätzte auch der Kanzleramtsminister die Situation ein. Schäuble sagte dem Autor:

„Irgendwie hatte ich das Gefühl, dass alles ein bisschen phantastisch klang, ich finde das übrigens noch heute. Und dass die Beteiligten sich ein bisschen bedeutender machten, als die realen Möglichkeiten waren. [...] Ich habe es damals so gesehen und ich sehe es auch heute noch so: Wir hatten in den deutsch-deutschen Beziehungen, ob mit oder ohne Züricher Modell, nicht die Chance, gewissermaßen hinter dem Rücken der Sowjetunion Wiedervereinigung zu betreiben.“⁷²

Holger Bahl setzte dagegen:

„Das Züricher Modell scheiterte nicht, weil es wegen möglicher innenpolitischer Schwierigkeiten oder mangelnder Zustimmung aus Moskau für die DDR nicht machbar gewesen wäre, sondern weil die Staatssicherheit (es) [...] verbieten ließ. Das Argument, mit welchem Strauß von Schalck-Golodkowski gefüttert wurde und welches er an den Kanzler weitergab, nämlich Moskau würde der Senkung des Reisealters nie zustimmen, war ebenfalls reine, wenn auch erfolgreiche Desinformation. Im Gegenteil, man wäre dort froh gewesen, wenn Bonn die Finanzprobleme der DDR gelöst hätte, solange nicht die Bündniszugehörigkeit der DDR ernsthaft in Frage gestellt worden wäre. Das hat mir nicht nur der Vizepräsident der sowjetischen Staatsbank, Geraschenko, bestätigt.“⁷³

Jürgen Nitz erklärte dem Autor: „Das Züricher Modell hätte zur Folge haben sollen, eine weitere Verklammerung der DDR mit der Bundesrepublik im Sinne einer Konföderation der zwei deutschen Staaten. Darauf ist aus durchsichtigem Kalkül damals verzichtet worden, zu einer Zeit, als bessere Lösungen der deutschen Frage überhaupt gar nicht denkbar waren.“⁷⁴ Und Herbert Häber resümiert: „Ich glaube, es ist eine Chance vergeben worden, auch wenn es keine Garantie für einen Erfolg des Projekts gegeben hat, für das ich mich zunächst eingesetzt hatte.“⁷⁵

Ein Verhältnis nach dem Muster Österreich-Ungarn

Die Überlegungen des Züricher Modells flossen nun in eine neue Variante der deutsch-deutschen Geheimverhandlungen ein, in das Modell „Länderspiel“. Professor Nitz wurde durch die Initiative von Dr. Rösch zum neuen DDR-Gesprächsführer, mandatiert von Herbert Häber und dem Honecker nahe stehenden Politbüromitglied Horst Sindermann.

Das Modell Länderspiel fußte auf den politischen Vorstellungen Helmut Schmidts, die er Honecker 1973 unterbreitet und in Hubertusstock 1981 wiederholt hatte: Die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin sollten sich so gestalten wie zwischen Österreich und Ungarn. Da diese beiden Nachbarländer mit einer

jahrhundertelangen gemeinsamen Geschichte gerade ein Fußballmatch absolviert hatten, bekamen diese Vorschläge nun den Codenamen Länderspiel. Hier ging es nunmehr nicht nur um Kreditmodelle und menschliche Erleichterungen, um die Deutschen Zug um Zug näher zueinander zu bringen, hier ging es um die Anerkennung der DDR und ihre wirtschaftliche Unterstützung durch Bonn und im Gegenzug dazu um eine Öffnung der Mauer. Die Gespräche der Unterhändler zu diesem neuen Modell waren so brisant, dass es bis 1986 darüber keine schriftlichen Aufzeichnungen gab. Aber die Treffen der Gesprächspartner wurden vom MfS „begleitet“. Einer der DDR-Gesprächspartner Bahls, ein hoher Funktionär im Außenhandelsministerium Gerhard Beils, berichtete als „IM Anders“ regelmäßig seinem Führungsoffizier.

Das geheime Modell wurde erst im September 1986 von Holger Bahl schriftlich fixiert:

„Unter Länderspiel wird die Übertragung gewisser, zwischen der Volksrepublik Ungarn und der Republik Österreich stehender Gegebenheiten und Regelungen, rechtlicher wie tatsächlicher Art, auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR verstanden.

Dazu gehören insbesondere:

- die völkerrechtlichen Beziehungen beider Staaten zueinander,*
- die Situation an der gemeinsamen Grenze,*
- der gegenseitige Reise- und Besuchsverkehr.*

Dies beinhaltet:

- die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik – unter Änderung des Grundgesetzes – bei Beibehaltung des derzeitigen Status von West-Berlin,*
- die Umwandlung der Ständigen Vertretungen beider deutscher Staaten in Botschaften,*
- den Verzicht auf Ausstellung von BRD-Pässen an Bürger der DDR durch bundesdeutsche Behörden,*
- Gleichbehandlung von Asylgesuchen von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik wie von Gesuchen von Asylbewerbern aus anderen Ländern in der BRD,*

- Freizügigkeit im gegenseitigen Reise- und Besuchsverkehr,
- Wegfall der Reisealtersbegrenzung für DDR-Bürger bei Reisen in die BRD und West-Berlin,
- Wegfall der Visumpflicht bei Reisen in beide Richtungen.

*Unbeschadet hierzu wird jede Seite ihre unterschiedlichen Standpunkte zu deutsch-deutschen Fragen, wie etwa der Wiedervereinigung, beibehalten. Ich gehe davon aus, dass über das Länderspiel sowohl Bundeskanzler Kohl wie Generalsekretär Honecker unterrichtet sind.*⁷⁶

Im Oktober 1984 informierte Holger Bahl seinen DDR-Gesprächspartner Professor Nitz über eine sensationelle Position des deutschen Bundeskanzlers, die ihm Philipp Jenninger kurz zuvor übermittelt hatte: „Ich darf Ihnen mitteilen: Wenn die DDR zum freien Reiseverkehr übergehen will und dies gegen die Staatsbürgerschaftsanerkennung anbietet, könnte sich der Kanzler den Konsequenzen für die bundesdeutsche Seite nicht verschließen. Er müsste die Frage einer Grundgesetzänderung hinsichtlich der Staatsbürgerschaftsanerkennung durch den Bundestag neu beantworten lassen. Der Kanzler werde sich nicht der Realisierung einer Vorstellung, dass sich die Deutschen nach so langer Trennung an jedem beliebigen Ort wieder zusammenfinden können, entgegenstellen.“⁷⁷ Nitz ließ sich diese Position des Kanzlers bei einem späteren Treffen mit dem Jenninger-Vertrauten Dr. Thomas Gundelach ausdrücklich bestätigen.⁷⁸ Dies war der Startschuss für innerdeutsche Geheimgespräche, die bis ins Vorfeld des Honecker-Besuchs 1987 liefen. Die Anregung für das Modell Länderspiel war durch das Bundeskanzleramt erfolgt. Jenninger hatte Holger Bahl von den geheimen Überlegungen in Bonn berichtet und ihn gebeten, eine mögliche Resonanz der DDR darauf abzuklären, denn im Vorfeld des immer wieder aufgeschobenen und neu geplanten Besuchs Honeckers in der Bundesrepublik sollte DDR-Volkskammerpräsident Horst Sindermann mit seinem Bonner Kollegen Philipp Jenninger die Gesprächsthemen für einen solchen Besuch ausloten. Nitz informierte Sindermann, der zusagte, Honecker ins Bild zu setzen. Der Einstieg in die Gespräche mit Professor Nitz zeigte, dass die Resonanz positiv war. Erich Honecker wäre seinem Anliegen, von Bonn

die Anerkennung der DDR zu bekommen, einen wesentlichen Schritt näher gekommen. Während Bahl im Interesse des Bundeskanzleramtes bei Nitz Druck machte, zogen sich die Abstimmungen in der DDR in die Länge. Ost-Berlin befürchtete in dieser Angelegenheit neue Spannungen mit Moskau. Innenpolitisch gab es auf beiden Seiten kaum Bedenken. Die Regelung der Asylfrage hätte das Risiko einer Massenflucht nach Meinung der Gesprächspartner aus Bonn und Ost-Berlin auf ein Minimum reduziert, da Asylgründe nur in politischer Hinsicht gegeben gewesen und wirtschaftliche Gründe ausgeschlossen worden wären. Die Einschätzung beider Seiten über den politischen Freiheitswillen der DDR-Bevölkerung schien gering zu sein. Bonn stellte im Modell Länderspiel keinerlei reformerische Forderungen an die DDR. Man tat dies bis zum Herbst 1989 nicht. Die Bonner Seite, insbesondere die CSU, trug in dem Modell Länderspiel durch die vollständige Respektierung einer DDR-Staatsbürgerschaft ein gewisses Risiko. Aber bei unbeschränkter Reisefreiheit der Ostdeutschen hätte die CDU nach Meinung von Bahls Auftraggebern in einer solchen Schicksalsfrage im Wesentlichen hinter ihrem Parteivorsitzenden gestanden.⁷⁹

Der Beginn neuer Geheimtreffen

Im Dezember löste Wolfgang Schäuble Philipp Jenninger ab. Der neue Mann im Kanzleramt traf sich am 6. Dezember, am Vorabend seines Antrittsbesuchs in Ost-Berlin, mit seinem neuen diskreten Verhandlungspartner Schalck-Golodkowski in der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. Vogel. Das Treffen war konspirativ, „weil es nicht bekannt werden sollte, weil diese Treffen – so hat es der Jenninger mit Schalck-Golodkowski auch gemacht – nicht öffentlich bekannt werden sollten. Die waren nicht heimlich in dem Sinne, dass der Kohl und die zuständigen Leute es nicht gewusst haben, aber die Öffentlichkeit sollte es nicht wissen.“⁸⁰ Was seine Gründe hatte: Vor seinem konspirativen Treffen mit dem MfS-Offizier im besonderen Einsatz besuchte Schäuble Schalck-Golodkowskis Spezi Strauß in München. Strauß fädelte in Ost-Berlin ein Treffen mit dem neuen Kanzleramtsminister ein. Schalck-Golodkowski schrieb mit der gewohnten Ansprache zu-

rück: „Lieber Gesprächspartner. Aus prinzipiellen Gründen kann ein Gespräch mit dem angekündigten Partner nur durchgeführt werden, wenn strengste Geheimhaltung gewährleistet wird. Kann dieser Grundsatz nicht garantiert werden, ist ein solches Gespräch nicht möglich.“⁸¹

Gleichzeitig schrieb Schalck-Golodkowski an Minister Mielke, dass er eine Zustimmung von Honecker und Mittag „in der gegenwärtigen Situation als nicht für zweckmäßig halte, da ja sofort die Frage aufkommen könnte, was da besprochen werden soll“. Um die geplante Konspiration zu tarnen, schlug Schalck-Golodkowski dagegen vor: „Denkbar halte ich, dass Schäuble zu Wolfgang Vogel ins Büro geht und ich ‚zufällig‘ dazukomme, wenn Schäuble garantiert, dass dieses ‚zufällige‘ Zusammentreffen bei Wolfgang Vogel nicht bekannt wird. Dies würde jegliche informellen Kontakte von meiner Seite auf dieser Ebene unmöglich machen.“⁸² Bonn hielt sich akribisch an diese Abmachung. Sogar in den Akten des Bundeskanzleramtes gibt es keinen Hinweis auf das Treffen. Bis 1986 wurde Schalck-Golodkowski dort als anonym „Gesprächspartner“ geführt. Das Treffen am 5. Dezember 1984 in der Kanzlei Vogels hatte also ausschließlich nachrichtendienstlichen Charakter, denn der MfS-Oberst traf sich ohne das Wissen des Generalsekretärs ausschließlich im Auftrag Mielkes mit Schäuble. Damit behielt das Ministerium für Staatssicherheit die Kontrolle über den Charakter der deutsch-deutschen Geheimgespräche und konnte jederzeit eingreifen, falls ihnen diese Kontakte für den Bestand ihres Regimes zu gefährlich wurden. Nach dem Gespräch mit Schäuble meldete der OibE Schalck-Golodkowski seinem Chef beruhigend: „Er hat die Fähigkeit, ein aufmerksamer Zuhörer zu sein und war anhand der behandelten Fragen bemüht, dass beide Seiten tragbare Lösungen finden.“⁸³

Diese erste Begegnung zwischen den beiden deutschen Unterhändlern fand in einer brisanten Situation statt, denn in Prag hatten 40 Republikflüchtlinge die bundesdeutsche Botschaft gestürmt und hofften, angesichts des bevorstehenden Weihnachtsfestes, auf eine zügige Abwicklung ihrer Flucht in den Westen. Auf dem zweiten konspirativen Treffen Mitte Januar 1985, das wieder in der Kanzlei von Vogel stattfand, kamen die Unterhänd-

ler auf das Problem der Botschaftsbesetzung in Prag zu sprechen. Die DDR-Seite machte den Vorschlag, Bonn möge prüfen, wie man DDR-Bürger davon abhalten könne, über bundesdeutsche Botschaftsgebäude in Osteuropa den Weg in den Westen zu wählen. Dabei müssten auch bauliche Veränderungen erwogen werden. Noch im gleichen Jahr wurde es nach diesem Meinungsaustausch über das Schicksal von zur Flucht entschlossenen DDR-Bürgern für diese wesentlich schwerer, ohne zwingende Gründe Zutritt zu den Ostblockvertretungen der Bundesrepublik zu bekommen. In Geheimverhandlungen hatte die Regierung Kohl mitgeholfen, die Grenze noch dichter zu machen.⁸⁴ Außerdem wurde vereinbart, über Fluchtfälle in den Botschaften Stillschweigen zu bewahren. DDR-Bürger sollten nicht mehr durch die Medienberichterstattung zu einem solchen Schritt verleitet werden. Zwei Jahre hielt man sich in Bonn strikt an diese Abmachung. Die Öffentlichkeit erfuhr nichts mehr über Botschaftsflüchtlinge und die Versuche ebten bis auf marginale Vorkommnisse ab. Dies ist von größter Bedeutung für die Bewertung jener Vorgänge, die sich in Ungarn drei Jahre später, bei den erneuten Besetzungen der Botschaft in Budapest, abspielten, und auf die noch eingegangen wird.

Von Anfang an ging es um hochsensible Themen zwischen den beiden Geheimverhandlern. Das Duo Schäuble-Schalck-Golodkowski bildete den wichtigsten Gesprächskanal zwischen Bonn und Ost-Berlin: Die beiden handelten den Honecker-Besuch 1987 in Bonn aus und führten nach Aussage des DDR-Außenhandelsministers Beil zuvor Gespräche über die Anerkennung der DDR und den Mauerfall. Diese Gespräche werden bis heute geheim gehalten. Schließlich wurde der spätere Innenminister zum „Fluchthelfer“ für Schalck-Golodkowski und spielte kurz daraufhin, gewollt oder nicht, eine dubiose Rolle in dem gescheiterten Versuch Schalck-Golodkowskis, Verschiebungen von Koko-Vermögen durch die Treuhand zuungunsten der Bundesrepublik zu verhindern. Die politische Freundschaft der beiden zerbrach.

War also der geheime Kanal zwischen Bonn und Ost-Berlin auf dieser Ebene ununterbrochen aktiv, so traute sich Honecker erst mit dem Tode des greisen Reaktionärs Tschernenko, das Modell Länderspiel weiterzuverfolgen. Kohl und Honecker tra-

fen sich zum ersten Mal persönlich zu einem Gespräch am Rande der Beerdigung des Generalsekretärs im Gästehaus der sowjetischen Regierung.

„Das Gespräch am Vorabend der Beerdigung von Tschernenko ist aus meiner Sicht das wichtigste. Mit dem Gespräch wurden die Weichen gestellt, die dann zu der dramatischen und auch von Egon Bahr nicht für möglich gehaltenen Ausweitung des Reiseverkehrs geführt haben. Und das ging nach meiner Erinnerung ungefähr so: Der Kohl hat gesagt: Können Sie nicht das Reisealter ein bisschen absenken? Und der Honecker hat geantwortet, dass das schwierig sei, er wolle in der Bevölkerung nicht so willkürlich unterscheiden. Und dann hab ich gesagt: Könnten wir nicht einfach Reisen aus verwandtschaftlichen Anlässen großzügiger interpretieren? Und dann hat er geantwortet, dass dies vielleicht eine Möglichkeit wäre. Und auf diese Art haben wir es gemacht.“⁸⁵

Kurz darauf berichtete „IM Anders“ der MfS-HA XVIII/7, dass ihm Professor Nitz mitgeteilt habe, dieser habe den offiziellen Auftrag, mit Holger Bahl zu sprechen, und zwar sowohl über wirtschaftliche Fragen als auch über den „Fragenkomplex der politischen Beziehungen“ einschließlich der Kreditpolitik. (Holger Bahl enthüllte – und dies blieb bis heute unwidersprochen –, dass es sich bei IM Anders um den Direktor im DDR-Außenhandelsministerium Dr. Wolfgang Andrä, einen engen Mitarbeiter von Minister Beil, handelte.) Die HA XVIII war ab diesem Zeitpunkt über das Projekt Länderspiel informiert. Nitz setzte Häber und Sindermann über ein für Juni des Jahres vorgesehenes Treffen mit Gundelach und Bahl in Zürich in Kenntnis. Es sollte anlässlich der Tagung des „Politischen Clubs“ im dort ansässigen Duttweiler-Institut stattfinden. Er erhielt die Vollmacht, Einzelheiten und Realisierungschancen des Länderspiels zu erörtern. Beil autorisierte Nitz, zusätzlich mit Gundelach die ins Stocken geratenen Swing⁸⁶-Verhandlungen zu besprechen und auf einen Swing in Höhe von 900 Millionen VM (Valuta-Mark) zu drängen. Kurz vor dem Treffen in Zürich insistierten die Auftraggeber von Nitz nochmals eindringlich, von der Bundesregierung eine Erhöhung des Swings zu fordern. Gundelach, dem

Abgesandten Jennings, sollten die Gefahren für die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD im Falle eines Scheiterns bewusst gemacht werden. Ferner wiederholte auch Volkskammerpräsident Sindermann den Gesprächsauftrag für den Professor, mit Gundelach Einzelheiten zum Länderspiel zu besprechen.

Am 15. Juni kam es am Rande der Tagung des „Politischen Clubs“ im Duttweiler-Institut zu dem geheimen Treffen zwischen Nitz, Gundelach und Bahl in Zürich. Nitz erledigte seine Aufträge, die positiv aufgenommen wurden. Vier Tage später meldete er seinen Auftraggebern Sindermann und Häber Vollzug. Kurz darauf vermerkt das MfS in einem internen Vermerk kritisch und falsch, dass es in Zürich zu Geheimgesprächen zwischen Nitz und Philipp Jenninger gekommen sei.

Der Favorit des KGB – Michail Gorbatschow kommt an die Macht

Die große Debatte zwischen Hardlinern und Reformern erreichte in Moskau ihren Höhepunkt, als Generalsekretär Konstantin Tschernenko Anfang März 1985 starb. Eine neue Politiker- generation war herangewachsen und es war klar: Wer auch immer sein Nachfolger werden würde, er wäre für das kommende Schicksal der Sowjetunion verantwortlich.

Dass Tschernenko nicht mehr lange leben würde, war allen klar, die ihn kennen gelernt hatten. Mit britischem Humor hat dies Margaret Thatcher treffend in ihren Memoiren im Kapitel über Andropows Beisetzung geschildert:

„Die Beisetzung fand bei herrlichem Sonnenschein statt. [...] Für die anwesenden Staatsgäste gab es keine Sitzgelegenheit, wir mussten stundenlang in einer eigens abgesperrten Einfriedung ausharren. Wegen des stundenlangen Stehens war ich froh, dass Robin Butler mir zu pelzgefütterten Stiefeln statt hochhackiger Schuhe geraten hatte, die ich ansonsten bevorzuge. Sie waren sehr teuer gewesen, doch als ich Tschernenko kennen lernte, kam mir der Gedanke, dass ich sie wahrscheinlich bald wieder gebrauchen konnte.“⁸⁷

Es war ihr Privileg, als erste westeuropäische Regierungschefin den Mann kennen zu lernen, der nach dem Willen des KGB Tschernenkos Nachfolger werden sollte. Mitte Dezember 1984 kamen Michail Gorbatschow und seine Frau Raissa mit Gorbatschows späterem wichtigsten Berater, Alexander Jakowlew, nach London. Margaret Thatcher hatte sich auf diesen Besuch extra mit einem Sowjetseminar ihrer Spezialisten fit gemacht. Gleich während des ersten Abendessens beider Delegationen ging es ans Eingemachte. Frau Thatcher wollte Gorbatschows Einstellungen testen und sprach unverblümt alle Probleme an: die Wirtschaft, die Reisefreiheit, insbesondere die der Juden, die nach Israel auswandern wollten, freie Wahlen, die Unterdrückung der Dissidenten. Gorbatschow zeigte sich in Anwesenheit des sowjetischen Botschafters Samjatin als rhetorisch begabter Marxist, der die traditionelle Linie der KPdSU vertrat. Doch die Eiserne Lady hatte den Eindruck, dass sich hinter diesem Bild ein anderer Gorbatschow verbarg:

„Sein Charakter hatte mit dem des durchschnittlichen sowjetischen Apparatschiks nichts gemein. Dieser Mann lächelte, unterstrich seine Rede mit Gesten, modulierte die Stimme, argumentierte konsequent und war ein geistreicher Diskussionspartner. Dazu war er selbstbewusst, und wenngleich er seine Ausführungen mit respektvollen Verweisen auf Tschernenko spickte, [...] zögerte er nicht, sich auf kontroverse Diskussionen über hohe Politik einzulassen. Das zeigte sich in nachfolgenden Gesprächen noch deutlicher. Gorbatschow las nie von vorbereiteten Aufzeichnungen ab, stattdessen schlug er hin und wieder in einem kleinen Notizbuch nach. Seine politische Linie widersprach nicht meinen Erwartungen, doch sein persönlicher Stil überraschte mich. Im Verlauf des Tages begriff ich, dass sein Wesen weit mehr in diesem Stil als in der marxistischen Rhetorik zum Ausdruck kam. Er begann mir sympathisch zu werden.“⁸⁸

Margaret Thatcher durfte bald wieder ihre teuren Pelzstiefel einpacken. Robert Blackwell, junger Sowjetspezialist der CIA, ging schon seit geraumer Zeit davon aus, dass das jüngere Politbüromitglied, Michail Gorbatschow, Tschernenkos Nachfolger werden würde. Dies musste er Kontakten zwischen CIA und KGB

entnommen haben. Denn dass es diese Kontakte gab, zeigt nicht nur das von Milton Bearden erwähnte Geheimprojekt „Gawrilow“, sondern ein Top-Geheimtreffen, das wenige Tage nach Gorbatschows Wahl in London stattfand.

Am 11. März 1985 fand die entscheidende Politbürositzung zur Wahl des neuen Generalsekretärs statt. Als erste Wahl unter den Politbüromitgliedern galt der erzkonservative 70-jährige Moskauer Parteichef Viktor Grischin. Mit ihm wäre die Weltgeschichte anders verlaufen. Doch KGB-Chef Viktor Tschebrikow schlug den Außenseiter Michail Gorbatschow vor, weil Grischin mit Lawrenti Berija, dem langjährigen KGB-Chef unter Stalin, verwandt war. Das sei „anrühig“. Tschebrikow argumentierte, der KGB sei für Gorbatschow, denn als Geheimdienst habe man das Ohr am Volk und dort genieße Gorbatschow großes Vertrauen.⁸⁹ Mit der Unterstützung von Außenminister Gromyko, wurde Gorbatschow gewählt. Noch anlässlich der Beerdigungsfeierlichkeiten für Tschernenko gab es in Moskau eine Geheimsitzung aller Generalsekretäre des Ostblocks. Schon auf diesem ersten Treffen erklärte Gorbatschow die neuen Grundzüge seiner Politik und legt das Gewicht auf die Eigenständigkeit der Bruderparteien.

Abschied von der Breschnew-Doktrin

Der Historiker Wjatscheslaw Daschitschew sagte in einem Interview mit dem Autor im April 2001: „Ich habe ein geheimes Dokument über diese Besprechung mit den Generalsekretären gelesen: ‚Jeder muss sich auf sich selbst verlassen und nicht auf uns. Erwarten Sie keine militärische, gewaltsame Unterstützung ihrer Regime.‘ Honecker hat dem widersprochen, das entspreche nicht den internationalistischen Prinzipien der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern. Das war im März 85. Und es ist merkwürdig. Gorbatschow hat diese Linie strikt eingehalten bis zum Fall der Mauer und danach.“ Gorbatschow hatte damals den Eindruck, dass sein Abschied von der Breschnew-Doktrin, also der Theorie der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten, von den Kollegen aus den Warschauer-Pakt-Ländern nicht ernst genommen wurde. Deshalb wiederholte er seinen

Standpunkt einen Monat später auf einem Treffen des Warschauer Pakts: „Wir wollen niemanden zu etwas zwingen, jedes Land möge selbst entscheiden, was es zu tun habe.“⁹⁰ Als ob es noch eines Beweises bedurft hätte, versetzte er Konstantin Russakow, den Leiter der ZK-Abteilung „Sozialistische Länder“, in den Ruhestand. Russakow war ein äußerst konservativer Gefolgsmann Breschnews gewesen. Mit ihm ging sein Stellvertreter Rachmanin, der Erfinder der Theorie der begrenzten Souveränität, der Breschnew-Doktrin.⁹¹

Zwei Tage später trafen sich auf den Beerdigungsfeierlichkeiten für Tschernenko jene beiden Staatsmänner, die die entscheidenden Wendemanöver für die europäische Revolution steuerten, zu einem Vier-Augen-Gespräch. Präsident Bush schildert in seinen Memoiren einen sehr standfesten Gorbatschow, der zum Beispiel Bushs Frage nach den Menschenrechten zu kontern verstand und den USA vorwarf, in der Rassenfrage ebenfalls die Menschenrechte nicht zu respektieren. Aber für Bush war es wichtig, zu erkennen, dass Gorbatschow in seiner Argumentation Beweglichkeit zeigte, indem er feststellte: „Wir sind bereit, darüber nachzudenken. Lassen Sie uns Berichterstatter benennen und die Sache besprechen.“ Er lehnte zwar Bushs Standpunkt darüber ab, signalisierte aber Gesprächsbereitschaft. Dieser Stil war neu und für Bush ein guter Beginn.⁹²

Vier Tage nach den Trauerfeierlichkeiten kam es in London zu einem Geheimdiensttreffen, das als ein entscheidendes Wendemanöver, als Grundlage allen späteren Handelns angesehen werden muss, und alle Vorstellungen, die wir Normalsterblichen von der Rolle der Geheimdienste im Ost-West-Konflikt hatten, der Lächerlichkeit preisgibt.

Aber werfen wir noch einen Blick zurück: 1984 wurde der Iran vom US-Außenministerium auf die Liste der terrorismusfördernden Staaten gesetzt. Damit war er vom US-amerikanischen Waffenhandel ausgeschlossen. Zudem waren legislative Schranken vorhanden, die verhindern sollten, dass US-amerikanisches Material dem Iran im Krieg gegen den Irak helfen könnte. Die Reagan-Administration fürchtete, ein siegreicher Iran würde inakzeptable Bedrohungen für die arabische Halbinsel und Nachbarstaaten bedeuten. Dieser Argumentation folgend, wurde ein

strenges internationales Waffenembargo gegen den Iran verhängt („Operation Staunch“), unter dessen Bestimmungen dem Iran wichtige Ersatzteile und Waffen für den Krieg versagt blieben. Der Nationale Sicherheitsrat der Reagan-Administration unterließ dieses Embargo jedoch im Rahmen der Iran-Contra-Affäre und verkaufte dem Iran dringend notwendige Waffen wie Panzerabwehr- und Luftabwehrraketen gegen die Versicherung des Mullah-Regimes, für die Freilassung von im Libanon festgehaltenen US-amerikanischen Geiseln zu sorgen. Ein Teil der Profite aus diesen Waffengeschäften wurde zur Unterstützung der Contra-Rebellen in Nicaragua verwendet, deren Unterstützung durch Kongressbeschluss untersagt war. Die Konsequenzen aus der für das Ansehen der zweiten Reagan-Administration – wenn auch weniger für Reagan persönlich – schädlichen Affäre waren eine Verschärfung des Embargos gegen den Iran. Präsident Reagan verhängte ein Einfuhrverbot für iranische Waren auf US-amerikanisches Territorium.⁹³ Die Iran-Contra-Affäre war ein gefundenes Fressen für alle Gegner Reagans in der freien Welt und für die kommunistische Propaganda der Beweis für die imperialistische Politik der USA.

Das Geschäft mit den Iran-Contra-Geldern

Vier Tage nach der Wahl Gorbatschows fand ein sensationell zu nennendes Top-Secret-Treffen zweier Geheimdienstchefs in London statt, das schon vor der Wahl Gorbatschows geplant gewesen sein muss, aber erst danach stattfinden konnte. Denn unter Gorbatschow wäre dieser Vorgang undenkbar gewesen. Der KGB-General fuhr in den Londoner Stadtteil High Holborn. Dort befand sich die Firmenzentrale von Robert Maxwells Mirror-Gruppe. Der britisch-jüdische Verleger rang damals mit dem Australier Rupert Murdoch um den Titel des mächtigsten Pressezaren der Welt. Maxwell war Zionist und Sozialist und hatte zwei Jahre später, 1987, die Biographie Erich Honeckers verlegt. Innerhalb der Wendemanöver spielte der Verleger laut verschiedenster Publikationen bis zu seiner wahrscheinlichen Ermordung 1991 eine dubiose Rolle nicht nur beim Embargobbruch, der illegalen Lieferung von westlicher Hochtechnologie in den Osten, son-

dern vor allem bei den Finanzgeschäften der kommunistischen Staaten und später bei der Verschiebung kommunistischen Vermögens.

Der Tycoon soll mit dem israelischen Mossad zusammengearbeitet haben und sogar ein Agent gewesen sein. Ein Teil seines Imperiums soll mit Mossad-Geldern gekauft worden sein, damit Israel in bestimmten Bereichen auf die Meinungsbildung außerhalb des Landes Einfluss nehmen konnte, was bei der üblichen antizionistischen Einstellung der westlichen Medien ansonsten schwierig war. Seine waghalsigen Finanzgeschäfte platzten, woraufhin Maxwell die Pensionskasse seines Medienimperiums plünderte. Er hinterließ neun Milliarden D-Mark Schulden. Ein Großteil seines Geldes wird in den Staatshaushalt Israels geflossen sein. Dem jüdischen Staat hielt er bis zum Schluss die Treue, weshalb er dort in einem Ehrengrab beigesetzt wurde.

In den Räumen des Mossad-Mannes traf der KGB-Chef auf niemand Geringeren als den Chef des israelischen Geheimdienstes Nahoum Admoni und dessen Mitarbeiter Ari Ben-Menasche. Maxwell machte die Geheimdienstchefs miteinander bekannt und überließ ansonsten den Israelis die Gesprächsführung. Diese wollten wissen, ob Tschebrikow, falls sehr hohe westliche Devisen auf sowjetische Banken eingezahlt würden, für die Sicherheit dieser Einlagen sorgen könnte. Natürlich wollte der KGB-General die mögliche Summe erfahren. Es ging im ersten Anlauf um 450 Millionen Dollar, insgesamt eine Milliarde so genannte Iran-Contra-Gelder aus den illegalen Waffengeschäften mit dem Iran! Tschebrikow garantierte. Es wurde vereinbart, dass die erste Marge von 450 Millionen Dollar von der Credit Suisse auf die Bank von Budapest und von dort auf mehrere Banken im Ostblock weiterverteilt werden sollte. Maxwell bekam eine Vermittlungsprovision von acht Millionen Dollar und stieß auf dieses erste Perestroika-Geschäft und den zukünftigen Kapitalismus im Sowjetreich an.⁹⁴

Gorbatschow selber wird Maxwell fünf Jahre später in den USA treffen. Nachdem in Washington auf seinen Verhandlungen mit Bush Ende Mai/Anfang Juni 1990 die Würfel gefallen waren und Gorbatschow zum Entsetzen seines Beraters Falin und im Disput mit Schewardnadse die NATO-Zugehörigkeit eines

vereinigten Deutschlands ohne Druck zur Überraschung der Amerikaner zuließ, flog Gorbatschow über mehrere Stationen an die Westküste der Staaten. Auf dem Wege traf er auf den Dunkelmann Maxwell, denn man hatte gemeinsame Pläne. Nachdem er schon die Kulturstiftung von Raissa mit Millionen subventioniert hatte, plante Gorbatschow eine „Gorbatschow-Maxwell-Stiftung“, in die Maxwell mehrere Millionen Dollar einzahlen wollte. Aber diese Pläne zerschlugen sich, als Maxwells Imperium ins Rutschen geriet.⁹⁵

Westliche Devisen in Höhe des Iran-Contra-Deals auf sowjetischen Banken hatte Gorbatschow dringend nötig, denn die wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion war wesentlich schlimmer, als sie der neue Parteichef vor seiner Wahl vermutet hatte. Bereits am 5. Mai 1985 hatte Gorbatschow in einem Gespräch unter vier Augen Honecker die Erkenntnis anvertraut, „dass wir alle den Standards der Konsumgesellschaft unterliegen“.⁹⁶ Aber er war skeptisch, ob er dieser Forderung gerecht werden konnte. Die beiden hatten sich zuvor insgeheim auf halbem Weg in einer Jagdhütte in den Wäldern Polens getroffen, wie Manfred Uschner von seinem Chef Hermann Axen erfuhr: „Ich hatte von Axen 1985 für Minuten einen Vermerk über ein geheimes Treffen zwischen Honecker und Gorbatschow nach dessen Amtsantritt lesen dürfen. Gorbatschow hatte dabei zu Honecker gesagt: ‚Als ich die Schränke von Tschernenko aufmachte, war das noch alles 20-mal schlimmer, als ich gedacht hatte. Wir sind eigentlich am Ende. Ich kann nur versuchen, mit einigen Schlagwörtern wie Perestroika und Glasnost das Volk wieder zu begeistern, auch durch eine andere Art von Politik und Offenheit.‘“⁹⁷

II KURS AUF DIE WENDE 1986–1987

Wjatscheslaw Daschitschew war 20 Jahre alt, als er im Range eines Leutnants der sowjetischen Armee das Ende des Zweiten Weltkriegs erlebte. Sein Vater Iwan Fjodorowitsch hatte es unter Stalin zum General gebracht. Er hatte den bis dahin grausamsten Krieg der Weltgeschichte erlebt und erfahren, was passieren kann, wenn Großmachtträume Wahrheit werden sollen. In den 50er Jahren erlebte der Student für Geschichtswissenschaften, wie sein Vater Opfer des Stalinismus wurde. Deshalb widmete sich der Wissenschaftler Daschitschew zeit seines Lebens der Reform des sowjetischen Staates und seiner Politik. 1973 erschien in der Sowjetunion sein fundamentales Werk über die Strategie Hitlers im Zweiten Weltkrieg. Schon damals waren ihm die Ähnlichkeiten zum messianischen Expansionstrieb der Sowjetunion mit ihrem Ziel der Weltrevolution bewusst. Aber nicht nur ihm: Der damalige sowjetische Außenminister Andrej Gromyko kritisierte Daschitschews Buch heftig. Dennoch: Als Leiter der Abteilung für außenpolitische Probleme am Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der UdSSR hatte der Historiker seit 1972 genügend Gelegenheiten, sein Modell einer neu formierten sozialistischen Außenpolitik zu entwickeln. Dabei mag es eine Ironie der Geschichte sein, dass die Ideen, die 1989 zur Revolution in Europa führten, auf den Gedanken dreier Deutscher beruhten: Kant, Clausewitz und General Beck. Letztendlich preußische

Geister reformierten den Blick des letzten sowjetischen Parteichefs.

„Swesda“, der Stern – ein Ostblock-Braintrust plant die Wende

Die bis heute weit verbreitete Ansicht, die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik, die zur Wende führten, wären erst mit Gorbatschow gelegt worden, ist falsch. Tatsächlich hatte sie Daschitschew entwickelt und 1979 zum ersten Mal der sowjetischen Führung dargelegt. Der Wissenschaftler hatte erkannt, dass es Stalins Fehler gewesen war, das politische Machtvakuum in Ostmitteleuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit einem erzwungenen sozialistischen System sowjetischer Prägung zu füllen. Die unmenschliche Grenze zwischen den Systemen, die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte, war die eigentliche Ursache für den Kalten Krieg und das Wettrüsten. Moskau hatte eine Weltkoalition gegen sich und der Kalte Krieg drohte, die Sowjetunion wirtschaftlich zu ruinieren.

Schon Mitte der 70er Jahre riefen die Sowjets und ihre Verbündeten einen Ostblock-Braintrust ins Leben, der den Codenamen „Swesda“ (deutsch: der Stern) bekam. Swesda war an alle Politbüros der Warschauer-Pakt-Staaten angebunden. Die Delegierten von Swesda kamen aus den Akademien der Wissenschaften und der Institute der Außenministerien des Ostblocks, sollten sich mit den Problemen der Ost-West-Beziehungen in Europa befassen und ihre Vorschläge für eine koordinierte Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Verteidigungspolitik des COMECON formulieren. Geschäftsführer von Swesda wurde Daschitschew.

„Seit Ende 1979 war klar, dass der Kalte Krieg für die SU unverträglich war. Die Aufgabe des Instituts war, auszuarbeiten, wie der Kalte Krieg beendet und ein Ausgleich gefunden werden kann. Die Aktivitäten der bundesdeutschen sozialliberalen Koalition mussten ergänzt werden durch eine Gegenaktion, die zu Folgendem führen sollte: Annäherung der beiden deutschen Staaten, Änderungen und Wandel der DDR und Wirtschaftsreformen. Die DDR hatte in den 60er Jahren unter Ulbricht die ersten Reformen mit dem ‚Neuen

Ökonomischen System‘ (NÖS) begonnen, was von Moskau und anderen zunächst übernommen, dann aber vom Kreml zurückgewiesen worden war. Damals schon entstanden die Ursachen für den späteren Zusammenbruch. Wir forderten also Ende 1979 in einer Denkschrift an die sowjetische Führung die Absage an den Klassenkampf in der Außenpolitik, die Beseitigung der messianischen Hegemonie, den Verzicht auf strategische Herausforderungen, stattdessen defensive militärische Strukturen und den Verzicht auf Gewaltpolitik in der Dritten Welt. Diese Denkschrift wurde harsch zurückgewiesen.“⁹⁸

Das Besondere an dieser Studie war nicht nur ihr Inhalt. Bemerkenswert war auch, dass den Verfassern aus ihrer oppositionellen Position zur offiziellen Politik Moskaus keine Nachteile erwuchsen. Für die Wissenschaftler von Swesda galten andere Maßstäbe als für Normalsterbliche. Diese wären bei solchen Abweichungen von der Parteilinie zumindest aus ihren Ämtern entfernt worden.

Unter der Herrschaft Juri Andropows begann Swesda 1982 mit einer neuen Studie. Die Wissenschaftler trafen sich zur ersten Arbeitskonferenz von Swesda IV – Swesda I bis III hatten noch keine klare Strategie hervorgebracht – im malerischen Schloss Cäcilienhof in Potsdam, wo 1945 das Potsdamer Abkommen unterzeichnet worden war. Das Swesda-Mitglied Professor Werner Hänisch vom Potsdam-Babelsberger Institut trat als Gastgeber auf und zog irgendwann Professor Daschitschew zur Seite, um ihm die Mauer zu zeigen, die ganz in der Nähe verlief. Beim Anblick des „antifaschistischen Schutzwalls“ aus Stacheldraht und Minenstreifen wurde Daschitschew bewusst, was er theoretisch längst wusste: Die Spaltung Europas und Deutschlands musste enden, ebenso das trostlose Schicksal der Menschen, die ihrer Freiheit beraubt waren und unter ihrem niedrigen Wohlstand zu leiden hatten, weil ihre Regierung durch den ewigen Rüstungskreislauf und ihr ineffektives bürokratisches Planwirtschaftssystem das Land langsam an die Wand fuhr. Der Teufelskreis imperialer Gewaltpolitik musste durchbrochen werden. Als Daschitschew seinen Blick vom Todesstreifen abwandte und Professor Hänisch anblickte, sah er dessen tiefe Traurigkeit über das, was er seinem

Gast soeben gezeigt hatte. Daschitschew war berührt. Umso radikaler gerieten dann unter Daschitschews Ägide die Schlussfolgerungen aus den Analysen der Wissenschaftler.⁹⁹

Die Spaltung Deutschlands überwinden

Noch kam der Begriff „Lösung der deutschen Frage“ nicht auf. Aber er war intendiert in der Forderung nach einer Abrüstung der Ideologien und Armeen – die Thesen von 1979 aufgreifend –, damit für den Sowjetblock finanzielle Ressourcen frei werden konnten, die zur Reform und Entwicklung der Wirtschaft führen sollten. 1982 verschlang der Rüstungsetat nahezu 90 Prozent des Haushalts der Sowjetunion. Deshalb forderte Swesda IV den Verzicht auf Gewaltanwendung, die Achtung der gegenseitigen nationalstaatlichen Interessen, die Nichtanwendung von Gewalt gegen Drittländer, den Verzicht auf einseitige Vorteile, Zurückhaltung in der Außenpolitik und eine rasche Beseitigung der internationalen Konfliktsituationen, „wo immer sie entstehen“.¹⁰⁰ „Unmissverständlich wurde also darauf hingewiesen, dass ein Ende der Ost-West-Konfrontation und der Aufrüstung nicht möglich war, solange die von Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam erzwungene Ordnung in Europa existiert. Diese Ordnung war vor allem durch die Spaltung des Kontinents und Deutschlands unter sowjetischer Vorherrschaft in Osteuropa bestimmt. Wie konnte man diesen Zustand überwinden? Anfang 1980 schien das auf weite Sicht nicht möglich. Damals kam es lediglich darauf an, die feindseligen Ost-West-Beziehungen zu entschärfen.“¹⁰¹

Doch diese Ideen, die Daschitschew 1982 noch dem reformbereiten Andropow vorgelegt hatte, bevor die Arbeit an Swesda IV begann, passten nicht in die rückwärtsgewandte Welt eines Konstantin Tschernenko. Außerdem erkannten die deutschen Mitarbeiter an dieser Studie, dass Ergebnisse dieser Art vom Honecker-Regime nicht akzeptiert werden würden. So fand sich auch niemand, der sich getraut hätte, Swesda IV dem ZK der SED vorzulegen. Lediglich die Politbüromitglieder Günter Mittag und Hermann Axen wurden ins Bild gesetzt, demonstrierten aber Desinteresse. Deshalb wurde es den beteiligten Wissenschaft-

lern überlassen, eigene Ergebnis-papiere zu entwerfen, von denen sie der Meinung waren, dass sie für die jeweiligen ZKs unzumutbar waren. In Moskau wurde das Papier dem ZK in der Originalform präsentiert und rundweg abgelehnt. Bei einigen Politikern verursachte es besonderen Unmut, so beim ZK-Sekretär Konstantin Russakow, der immer noch nicht erkannt hatte, warum er drei Jahre zuvor den Bettelbrief Breschnews an Honecker hatte überbringen müssen. Ein hoffnungsloser Fall. Aber bei Michail Sergejewitsch Gorbatschow, Sekretär des ZK der KPdSU und Mitglied des verknöcherten Politbüros, sowie Eduard Schewardnadse, seit 1976 Vollmitglied im ZK, hinterließ Swesda IV Spuren. Beide waren schon zu jener Zeit überzeugt, dass nur tief greifende Reformen den Sowjetblock retten konnten. Bereits damals verband die beiden Politiker der jüngeren Generation eine langjährige Freundschaft, die aus der gemeinsamen Studentenzeit herrührte. Die beiden trafen sich regelmäßig im Urlaub in Pizunda am Schwarzen Meer. Zwei Jahre später begannen sie, das Projekt Swesda IV umzusetzen.

Im Januar 1987 hatte Professor Daschitschew eine Studie unter dem Titel „Einige Lehren aus unserer außenpolitischen Tätigkeit“ verfasst. Diese Denkschrift war für den Außenminister bestimmt „mit einer starken Kritik der sowjetischen Außenpolitik, dass diese Politik und die Strategie des Gleichgewichts die inneren Möglichkeiten der SU überfordere, dass der Hegemonialismus die ganze Welt gegen uns aufgebracht habe, auch China und viele sozialistische Länder. Und kurze Zeit später wurde ich zum Vorsitzenden dieses konsultativen Beirates benannt. Das war kein Zufall. Dieser Beirat wurde geschaffen, um das neue Denken in das Außenministerium zu bringen.“¹⁰²

Vor seiner Berufung bekam Daschitschew von Schewardnadse einen Brief, in dem der Außenminister betonte: „Diese Materialien wurden aufmerksam studiert und in den zuständigen Abteilungen des Außenministeriums sehr hoch eingeschätzt. Die Schlussfolgerungen, die sie enthalten, sind wertvoll für die diplomatische Praxis und werden bei der Planung unserer außenpolitischen Schritte gegenüber sozialistischen Ländern berücksichtigt.“¹⁰³ Daschitschew ist sicher, dass Schewardnadse in Richtung Wiedervereinigung dachte:

„In seinen Memoiren schreibt Schewardnadse, dass er schon 1986 der Meinung war, dass die deutsche Frage im Sinne der Wiedervereinigung gelöst werden müsse. [...] Was ich glaube: Für Gorbatschow war es ein vorrangiges Ziel, mit dem Westen zu einem Konsens zu kommen. Für die inneren Reformen war das unentbehrlich. Sie waren nicht vereinbar mit der Ost-West-Konfrontation, dem Kalten Krieg. Ich hatte ihm diese Idee schon unterstellt, nicht nur aus diesen Gründen, sondern es war klar, dass die SU es grundsätzlich nicht durchsetzen kann, mit einer Weltkoalition in Konfrontation zu stehen. Dies hatte natürlich auch Auswirkungen auf die sowjetische Deutschlandpolitik. Schon im Sommer 1987 habe ich in einem Interview mit dem SPIEGEL betont, wenn sich die Beziehungen zwischen Berlin und Bonn gutnachbarlich entwickeln, dann werde die Mauer im Laufe der Zeit verschwinden.“¹⁰⁴

Schon im Mai 1987 hatte der Professor in seiner neuen Funktion als Berater Schewardnadses beschlossen, das Thema der deutschen Frage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Beirates zu setzen. Er erarbeitete sorgfältig ein Papier, das sich mit allen Aspekten befasste: den wirtschaftlichen, den Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik, den Perspektiven der Entwicklung der deutschen Frage im Westen wie im Osten und abschließend mit der Frage: „Ist ein komplexer Wandel im Herangehen an die Deutschlandfrage notwendig?“

Die Mauer schadet den sowjetischen Interessen

Noch nie war in Moskau ein so komplexes Programm zur deutschen Frage zur Debatte gestellt worden. Das Papier folgte, dass die deutsche Frage nicht abgeschlossen war. Daschitschew legte dar, dass die DDR im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wettbewerb mit der Bundesrepublik am Verlieren war. Eng damit verbunden war die weitere Diskreditierung der politischen Ordnung in Ostdeutschland. Die Teilung Deutschlands bezeichnete er als eine gefährliche und für die Interessen der Sowjetunion schädliche Entwicklung Europas. Für die Lösung dieses Problems gab es nach Meinung des Professors verschiedene Varianten: ein vereinigtes, neutrales Deutschland, eine Konföde-

ration beider deutschen Staaten oder ein in das westliche Bündnis integriertes, vereinigtes Deutschland. Vorstellbar war aber auch das Fortbestehen beider Staaten, einmal außerhalb ihrer Bündnisse, das andere Mal in ihren Bündnissen. Die zwei wichtigsten Voraussetzungen für diese Lösungsmöglichkeiten waren für Daschitschew die Abkehr der Sowjetunion von ihren hegemonialen Zielsetzungen und die Demokratisierung ihrer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern sowie der Übergang der DDR-Regierung zu einer grundlegenden Reform des wirtschaftlichen und politischen Systems. Der sowjetische Wegbereiter zur Lösung der deutschen Frage beendete seinen Vortrag mit der Warnung vor unerwarteten Umbrüchen nicht nur in der DDR, sondern auch in den anderen zentraleuropäischen Ländern. Darauf müsse man sich in der Sowjetunion einstellen, wenn man das Problem ernsthaft angehen wolle. „Zum Schluss meiner Rede habe ich gesagt: Wir stehen buchstäblich an der Wende der Ereignisse. Man muss dies alles in die operative Politik dieser Frage einbeziehen. Aber man hat lange nichts getan. Nur bei Gorbatschow und Schewardnadse – obwohl sie schwiegen, weil sie wussten, welche Widerstände sie gewärtigten – spürte ich Wohlwollen.“¹⁰⁵

Dieses Papier wurde rundweg von den allermeisten anwesenden Deutschlandpolitikern abgelehnt! Gegen ihre eigene Überzeugung mussten sich Gorbatschow und Schewardnadse über ihre wirklichen Gedanken zur deutschen Frage ausschweigen. Für eine offene Außenpolitik in Bezug auf die Teilung Deutschlands war die Zeit noch nicht reif. Aber der Vortrag hatte sie nicht unvorbereitet getroffen. Bereits 1986 äußerte der sowjetische Außenminister gegenüber einem der bedeutenden Deutschlandexperten der Sowjetunion, dass dieses Problem demnächst aufkommen werde. „Ich sagte damals, in der allernächsten Zukunft würde die deutsche Frage zum wichtigsten, für Europa ausschlaggebenden Problem aufrücken. Unter den Bedingungen einer seit nahezu einem halben Jahrhundert währenden Spaltung eines Volkes sei dies eine nationale Frage. Eine Frage der Einheit einer Nation, die durch die Mauern der Ideologie, der Waffen und des Stacheldrahts nicht getrennt sein will. Die Politik müsse auf das Nationalgefühl Rücksicht nehmen. Die Trennung Deutschlands ent-

wickelte sich unter den damaligen gegebenen Umständen zu einer Anomalie, die die Sicherheit Europas ernstlich bedrohte.“¹⁰⁶ Nicht anders sah es der wichtigste Berater von Michail Gorbatschow Anatoli Tschernajew im Februar des gleichen Jahres: „Mein erster Rat an Gorbatschow galt der Vorbereitung des XXVII. Parteitags: Die Wiedervereinigung Deutschlands dürfte nicht vergessen werden, schrieb ich, weil sie sowieso nicht zu vermeiden sei, wenn wir eine langfristige strategische Perspektive entwickeln wollten [...]“.“¹⁰⁷

Die Hochleistungsrechner aus dem Westen – Reagans trojanische Pferde

In West-Berlin hatte sich durch seinen besonderen politischen Status in den 80er Jahren ein schweres Asylantenproblem entwickelt. Wirtschaftsflüchtlinge, vor allem Tamilen aus Sri Lanka, flogen mit der DDR-Fluggesellschaft Interflug nach Ost-Berlin, nahmen dort ein öffentliches Verkehrsmittel, überquerten die Sektorenübergänge nach West-Berlin und verteilten sich dann ins Bundesgebiet. Dieses Schlupfloch in der Mauer musste geschlossen werden. Die DDR jedoch reagierte zynisch. Schließlich sei Bonn doch für die Öffnung der Mauer, da könne man doch nicht plötzlich eine weitere Verriegelung fordern. Es sei doch Sache des Bundes, selber an den Sektorenübergängen Kontrollen einzuführen. Dies aber war nach dem Viermächtestatus nicht durchführbar und hätte die Position Bonns und West-Berlins in der Berlinfrage unterminiert. Es war klar, Ost-Berlin wollte für ein Entgegenkommen in dieser Sache etwas bekommen. Dr. Thomas Gundelach, ehemaliger Sekretär von Kanzleramtsminister Jenninger, war für den nunmehrigen Bundestagspräsidenten immer noch der engste Mitarbeiter und damit einer der wichtigsten Ost-West-Unterhändler der Bundesrepublik. Auf der Leipziger Herbstmesse 1986 erschien er auf dem Messeempfang im Leipziger Rathaus ohne Einladung. Er ließ Jennings wichtigsten DDR-Gesprächspartnern Beil, Mittag und Schalck-Golodkowski beste Grüße aus Bonn ausrichten und bot für eine Lösung des Asylantenproblems wirtschaftliche Gegenleistungen

an. Professor Jürgen Nitz fiel die Aufgabe zu, mit Gundelach und Bahl im Leipziger Hotel Merkur das Bonner Angebot abzuklopfen. Am selben Abend traf Jennings Mitarbeiter im Foyer des Hotels mit Beils Direktor im Außenhandelsministerium, Dr. Wolfgang Andrä, zusammen. Dieses Treffen wurde vom MfS abgehört. Gundelach forderte die DDR-Seite kategorisch auf, den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld als Schlupfloch für die Transitasylanten zu schließen, ansonsten ginge von Bonner Seite „viele andere auch nicht“. Andrä forderte im Gegenzug für eine Schließung des Lochs in der Mauer von Bonn, Embargoware zu liefern. Die DDR sei vor allem an High-Tech-Großrechnern von Siemens interessiert. Daraufhin schlug Gundelach vor, dass Ost-Berlin eine Wunschliste zusammenstellte. Der Sowjetunion und Bulgarien habe man mit Bonner Hilfe ebenfalls Embargoware geliefert.¹⁰⁸

Die Bundesrepublik hatte sich schon lange heimlich gegen seine NATO-Verbündeten gestellt. Dies geht aus einem MfS-Papier vom November 1985 hervor: „Die USA sind seit mehreren Jahren intensiv bemüht, ihre westlichen Bündnispartner [...] zu disziplinieren. So wird zum Beispiel der BRD in einer vertraulichen Studie vorgehalten, nicht in ausreichendem und erforderlichem Maße für die Unterbindung des illegalen Technologietransfers in die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten wirksam zu werden. In den Jahren 1966 bis 1982 seien vom Territorium der BRD aus 243 nachweisbar unerlaubte Exportumleitungen von technologisch hochentwickelten westlichen Erzeugnissen (insbesondere der Computertechnologie) vollzogen worden. Die gegenwärtige Situation bei der Verhinderung des illegalen Technologietransfers wird auch von der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes und anderen BRD-Abwehrorganen als unbefriedigend eingeschätzt.“¹⁰⁹

Auf dem Parteitag der KPdSU im Februar 1986 war die Devise schon klar ausgesprochen worden: Um die wirtschaftliche Leistung der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks zu erhöhen, musste der Embargobruch forciert werden. Das galt insbesondere für die DDR, die mit ihrer besonderen innerdeutschen Wirtschaftsgrenze der ideale Schleuser für verbotene Hochtechnologie war. Die Beschaffungsaufträge für die DDR-Wirtschaft wurden

letztlich durch die „Zentrale Koordinierung“ festgelegt, die die anstehenden wirtschaftlichen Prioritäten festsetzte.

Erstaunlich war der Umstand, dass es im Laufe der heißen Phase des Embargohandels von 1987 bis 1990 kaum zur Aufdeckung der brisanten Warenlieferungen seitens des westdeutschen Zolls an der innerdeutschen Grenze kam. Erst mit den Aufdeckungen des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Andreas von Bülow, der Mitglied der geheimen Untersuchungsausschüsse zu diesem Bereich war, wurde klar, dass seitens der westlichen Behörden kein großes Interesse bestanden hat, die Einhaltung der äußerst scharfen und präzisen Embargobestimmungen durchzusetzen. Denn über mehrere Jahre wurde seitens der CIA ein geniales doppeltes Spiel veranstaltet, auf das die östlichen Geheimdienste hereingefallen sind.

Lauschangriff per Computer

In den frühen 70er Jahren begann ein amerikanischer Computerexperte, ein raffiniertes Datenbanksystem zu entwickeln, das den Austausch von Daten zwischen den verschiedensten Datenbanken unterschiedlicher Rechner ermöglichte. Hieraus entwickelte er eine Software, mit der man weltweit Terroristen, Verbrecher oder Widerstandskämpfer über ihre Bewegungsabläufe verfolgen konnte. In dem amerikanischen Spielfilm „Staatsfeind Nr. 1“ von Tom Scott (1998) sind die damit verbundenen Verfolgungsmöglichkeiten seitens der Geheimdienste eindrucksvoll beschrieben. Aus diesem Programm heraus wurde von NSA und CIA ein spezielles Programm zum Aushorchen von Hochleistungscomputern entwickelt. Um dieses Projekt vor unbefugten interessierten Schnüfflern zu schützen, wurde diese Forschung in ein Indianerreservat verlegt. Es entstand ein System, das über physikalische Abstrahlung Informationen zu Spionagesatelliten sendete, und zwar unbehindert von Mauern. Mit diesem System kann man grundsätzlich über Satellit jeden Großrechner der Welt, einschließlich Computer von Banken, knacken. 1987 hat daraufhin der CIA-Chef persönlich den Verkauf von Großrechnern an den Ostblock freigegeben. Allerdings blieb dies geheim, so dass die Bezieher dieser Computer im Ostblock weiterhin davon aus-

gehen mussten, dass es sich um verbotene Embargoware handelte, die sie für ein Vielfaches des internationalen Marktpreises zu kaufen vermeintlich gezwungen waren.¹¹⁰ In der Folgezeit entwickelte sich ein unglaublicher Embargoschmuggelboom. Gerd Dreyer schätzt, dass pro Woche ein Großrechner über die DDR in den Ostblock gelangte.¹¹¹

Noch kurz zuvor hatten die verstärkten Anti-Embargobuch-Maßnahmen der Regierung Reagan nach Erkenntnissen des MfS innerhalb der Beschaffungslinien zu Verunsicherungen und Verängstigungen geführt. „So haben bei der Beschaffungslinie fünf Beschaffer auf einige besonders ‚heiße Geschäfte‘ verzichtet, andere scheinen zu ‚pausieren‘, da sie sich durch Kontrollen verunsichert fühlen beziehungsweise der Geschäftsablauf zu schleppend vor sich ging.“¹¹²

Die in den nun heimlich freigegebenen Hochleistungsrechnern installierte Spionagesoftware dürfte der technologische Hintergrund für die ruhige und konsequente Vorbereitung des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums durch Washington gewesen sein. Zum einen wurden diese Embargohochleistungsrechner in Hochtechnologiebereichen des Ostblocks eingesetzt, zum anderen in den Datenbanken der Geheimdienste und in den Rechenzentren der politischen und wirtschaftlichen Zentren des Ostblocks, wie zum Beispiel den Statistikämtern, den Regierungsbehörden, Parteizentralen, Hochschulen und im zentralen Ostblock-Geheimdienstrechenzentrum ZUD. Mit den Erkenntnissen aus diesen Spionagerechnern konnten NSA und CIA ihre Politiker mit allen gewünschten Daten über den inneren Zustand des Sowjetimperiums versorgen. Die Amerikaner hatten damit das perfekte Trojanische Pferd des 20. und 21. Jahrhundert entwickelt! Opfer dieser geradezu phantastischen Strategie wurde natürlich auch das Ministerium für Staatssicherheit, das die gelieferte IBM-Embargoware insbesondere für die Arbeit ihrer Hauptabteilung XVIII verwandte, durch die der wirtschaftliche Sektor der DDR kontrolliert wurde. Die Embargobrecher der DDR waren stolz auf ihre enormen Leistungen auf diesem Gebiet, sie ließen keine Chance aus, die trojanischen Rassepferde der CIA in ihren High-Tech-Regionen im Süden der DDR „anzusiedeln“.

Mit IBM zum Mikrochip

Von besonderer Bedeutung im Wendemanöver gegen die DDR war die Lieferung von IBM-Rechnern für das vermeintliche DDR-Prestigeprojekt „Wappen“. Mit dem Codewort Wappen wurden alle geheimdienstlich gesteuerten Vorgänge bezeichnet, die in der DDR die Entwicklung eines international konkurrenzfähigen Mikrochips betrafen. Startschuss für das Lieblingsprojekt von Erich Honecker und Günter Mittag war 1987, als die CIA insgeheim begann, ihre Embargoware mit dem großen Lauschprogramm zu versehen und heimlich zur Ausfuhr freizugeben. Oberst Gerd Dreyer, seinerzeit von zentraler Bedeutung in der Beschaffungslinie des MfS, hat dem Autor den gesamten Vorgang und die Zusammenhänge in einem Interview im Februar 2005 dargelegt.

„1986 vermittelte ein IM der HVA, ein so genannter Westreisekader, der Hauptabteilung XVIII einen potenziellen Embargobrecher aus Österreich, den Wiener Ost-West-Händler Martin Schlaff und dessen weltweites Firmenimperium. Der IM hatte den jungen Wiener, etwa Mitte 30, auf einem Empfang in der Bundesrepublik kennen gelernt. Schlaff bot sich auf einer neuen Strecke an, dem Embargohandel mit High-Tech-Ware aus den kapitalistischen Ländern. Er betonte seine besonders guten Kontakte nach Amerika, er könne alles liefern, was gebraucht würde. Man müsse für seine Lieferungen auch keine komplizierten Lieferstrecken organisieren, bei ihm gehe alles über die deutsch-deutsche Grenze. Skeptisch übertrugen die MfS-Offiziere Schlaff einen ersten Probeauftrag.“

Oberst Gerd Dreyer war damals einer der Hauptakteure innerhalb des Projekts Wappen, das von verschiedenen Bereichen des MfS und der HVA organisiert wurde.

„Wir haben die Hauptverwaltung für Statistik mit moderner Rechen-technik ausgerüstet. Den Wiener Lieferanten kannten wir nur unter seinem Decknamen ‚Landgraf‘. Landgraf wurde zunächst ein Probeauftrag gegeben, von IBM Festplattenspeicher für die zwei großen ESA-Anlagen im Statistikamt zu besorgen. Die kamen prompt, und wir haben die modernen Festplattenspeicher von IBM dazugestellt.“¹¹³

In einem zweiten Schritt musste die entsprechende Rechentechnik IBM-kompatibel werden. Dies setzte einen komplizierten Beschaffungsweg voraus, da hier nicht über Drittländer gearbeitet werden konnte. Die Schlüsselunterlagen dafür besaß nur die IBM-Zentrale in den USA. Also konnte ausschließlich direkt beim Hersteller der Schlüssel für die Kompatibilität besorgt werden. Er wurde besorgt. Das ist insofern interessant, weil der spätere neue US-Botschafter Vernon Walters in Bonn im April 1989 in seiner ersten öffentlichen Rede die Bundesrepublik sehr undiplomatisch angriff, ihr verstärkter Embargobbruch zugunsten der DDR würde gegen die Interessen der NATO verstoßen und gegen die Interessen der amerikanischen Hersteller, die sich an das Embargo halten und deshalb große Verluste tragen würden. Offensichtlich haben sie sich im Falle von IBM nicht daran gehalten. Walters Vorwurf war Warnung und Finte zugleich. Mit der Entwicklung eines IBM-identischen Betriebssystems, das die DDR in alle RGW-Länder weiterverkaufte, hat die DDR Milliarden Gewinne erzielt. Hatte IBM 2.000 Softwareentwickler beschäftigt, so kam die DDR mit 200 Entwicklern aus, die die Originaldokumente und -softwareprodukte in eine eigene Form brachten und circa 500-mal im Jahr verkauften mit einem Gewinn von 500 Millionen Transferrubel. Siemens hatte dagegen mehrere Jahre vergeblich versucht, IBM-kompatibel zu werden. Noch drastischer waren die Gewinne bei der Entwicklung von Mikroprozessoren und Speicherschaltkreisen. Auch hier hatte die DDR durch ihre Industriespionage und den Embargobbruch gegenüber der UdSSR einen deutlichen Technologie- und Informationsvorsprung. Für diese Entwicklungen konnten die Originalentwurfsbänder und -dokumentationen besorgt werden, die die Voraussetzung für eine kurzfristige Produktionsaufnahme waren. Zur Hochphase des Embargoschmuggels erreichte pro Woche ein leistungsstarker moderner Großrechner die DDR, um dort oder im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) seinen Platz als Trojanisches Pferd zu bekommen.

Den Technikdieben der DDR war zwar seit Anfang der 80er Jahre durch Spione beim Bundesbeauftragten für Datenschutz bekannt, dass es die physikalische Möglichkeit gab, Software zum Abhören von Computern zu entwickeln. Sie kannten auch die

Empfehlungen bundesdeutscher Wissenschaftler an die Behörden und wissenschaftlichen Einrichtungen, wie man sich theoretisch davor schützen konnte. Entsprechende Durchführungsbestimmungen wurden von DDR-Agenten schlichtweg kopiert und in der DDR ebenfalls umgesetzt. Sie begannen damit, ihre Hochleistungsrechner in Faradaysche Käfige zu sperren, um eine Frequenzabstrahlung nach außen zu unterbinden. Das MfS und seine Wissenschaftler konnten aber nie klären, ob sie wirklich durch diese Maßnahmen geschützt waren. Nach den Erkenntnissen heutiger Technik waren sie es nicht.¹¹⁴ Und weiter erzählte Dreyer:

„Mit der IBM-Kompatibilität konnte der Volkswirtschaftsplan an einem Tag errechnet werden, also innerhalb von 24 Stunden. Die Mathematiker haben das ausgedruckt. Und das wurde ja so ausgedruckt, dass man's auch verhältnismäßig einfach lesen konnte. Es wurde eine simple Einnahme-Überschuss-Rechnung gemacht. Wie viele Einnahmen hab ich, wie viele Ausgaben hab ich und was bleibt da übrig? Ganz brutal: Kann ich meine Schulden tilgen oder kann ich meine Schulden nicht mehr tilgen? Und was kam raus? Ich kann meine Schulden nicht mehr tilgen. Ergo bin ich pleite. Und als ich am nächsten Tag dorthin kam und die Jungs das errechnet hatten, sagte mir der Abteilungsleiter: ‚Weißt du, was wir rausgekriegt haben? Wir sind pleite. Jetzt haben wir's schriftlich. Da darfst du nicht drüber reden!‘ Das war das Erste, was mir mein Abteilungsleiter gesagt hat: Schnauze halten! Wenn das rauskommt! Das waren höchstens fünf Mann. War eine kleine Hand voll, die das dort gewusst haben.“

Diese erste mit leistungsstarken Computern gerechnete Pleiteanalyse des Rechenzentrums gelangte auf geheimen Dienstwegen an alle wichtigen Entscheidungsträger der DDR und bestimmte im Vorfeld des 11. Parteitags der SED im April 1986 den Kurs der Perestroikianer um Wolf, Schalck-Golodkowski und andere, die nur in einer radikalen Reform des Systems eine Chance für die Erhaltung der DDR sahen.

Martin Schlaffs Deckname IM Landgraf war den Amerikanern bezeichnenderweise bekannt. Sie informierten Wiener Behörden 1993. Der Landgraf war ein Schmuggler der DDR, der

die trojanischen Pferde der USA ins Land gebracht hatte. Und wieder, wie im Fall der Iran-Contra-Gelder, spielte ein Mann des Mossad eine Partnerrolle. Unterstützt wurde der Österreicher, der auch zu Maxwell Kontakt gehabt haben soll, von Mossad-Mitarbeiter Eli Farkasch. Da der Mossad im Falle der Iran-Contra-Gelder eine Vermittlerrolle für die USA gespielt hatte, könnte man auch hier annehmen, dass der Embargohändler Schlaff von den Amerikanern bewusst ans MfS herangeführt wurde, um die trojanischen Pferde in die DDR zu liefern.

Der heimliche Kauf der Festplattenfabrik

Nun kam der große Auftrag: Die DDR brauchte für ihre Chipproduktion eine komplette Festplattenfabrik. „Die klare Aufgabenstellung lautete: Aufbau einer Festplattenfabrik in der DDR. Zur damaligen Zeit war die DDR in der Lage, 5-MB-Festplattenspeicher zu bauen, die so groß wie ein Schuhkarton waren oder noch größer. Zielstellung war es, wenigstens eine 40-MB-Festplattenfabrik zu bauen, also eine, die in der Lage war, 40 MB zu produzieren. Damals war die Weltspitze bei 160 MB. Die 160 MB waren für den Januar des Jahres 1990 vorgesehen.“¹¹⁵

Dies erforderte eine sorgfältige Vorbereitung. Die zuständigen MfS-Offiziere fuhren nach Singapur mit Martin Schlaff und seinem israelischen Partner Eli Farkasch. „Farkasch war uns als Mitarbeiter von Schlaff vorgestellt worden“, erzählt Dreyer, „wir wussten aber aus eigenen Recherchen, weil wir immer geguckt haben, mit wem wir's zu tun haben, dass Farkasch praktisch ein Offizier des damaligen Mossad war. Erst in jungen Jahren Offizier der israelischen Armee, der sich dort an mehreren Stellen ausgezeichnet hatte, und dann Mitarbeiter des Nachrichtendienstes.“¹¹⁶ In Singapur wurden amerikanische Fabriken besichtigt. „Denn die Amerikaner haben ja das gleiche Problem mit dem Embargo, sie haben ja sehr scharfe Bedingungen. Um alle zu befriedigen, haben sie die Produktion ausgelagert und in Singapur und einigen anderen Ländern im Fernen Osten Fabriken geschaffen, die nicht mehr den amerikanischen Embargobedingungen unterlagen, sondern die Handel treiben konnten mit wem auch immer.“¹¹⁷

Die MfS-Offiziere ließen sich überzeugen. Daraufhin wurde die Anlage bestellt, auseinander gebaut und zunächst nach Österreich transportiert. Dort wurde sie für einen halbjährigen Testlauf bei Wien wieder aufgebaut. Nach erfolgreichem Test stand Anfang 1989 der Weitertransport in die DDR bevor, wobei die Anlage nun eine österreichische Herkunft ausgewiesen bekam. Aber es blieb Hochtechnologie. Im April schickte Dreyer eine Kolonne von 16 Lastwagen der Firma Deutrans ohne Tarnladung, mit dem deutlich erkennbaren Schriftzug „Deutrans“ auf orange-farbigem Untergrund im Konvoi über Hof und Salzburg nach Wien. Für den MfS-Oberst Dreyer steht fest, dass für Transporte dieser Art mit hohen zuständigen Beamten in der Bundesrepublik zusammengearbeitet wurde. Er wundert sich noch heute über die „Blindheit“ der Zollbeamten:

„Jetzt stellen wir mal ein paar Fragen: Ich fahre mit Deutrans LKWs, orange mit blauer Schrift, 16 Stück. Ich fahre unten in der BRD über die Grenze, ohne kontrolliert zu werden, und fahre in Hof wieder zurück über die Grenze, ebenfalls ohne kontrolliert zu werden. Wie funktioniert so was? Das ist sogar ohne Tarnladung passiert! Wir haben ja sonst immer unsere berühmten Weine und unsere Möbel als Tarnladung mit auf die LKWs geladen. Aber diese hier waren voll mit Technik. Und nun erklären Sie mir das mal! Wie kriege ich das freigeschaltet? Wer kann einen Grenzkontrollpunkt anweisen, dass diese Fahrzeuge nicht kontrolliert werden? Wer kann das in der BRD? Die Grenze aufzumachen kann nur von ganz oben kommen, das kann keine individuelle Entscheidung gewesen sein. Und 16 LKWs fahren nicht so unbemerkt über die Grenze! Da fragt sich doch jeder Zöllner, was soll denn das? Wir sind ja auch mit Tarnfahrzeugen gefahren, mit weißen Volvos, wo nicht einmal ein Firmenname dranstand, und gegebenenfalls mit BRD-Kennzeichen und irgendwelchen anderen Kennzeichen. Nein, das hier sind Deutrans-LKWs gewesen!“¹¹⁸

In den Vorzimmern der Büros von Schalck-Golodkowski kolportierte man, dieser hätte notwendige Gegenleistungen am liebsten mit hochwertigsten Limousinen befriedigt. Das sei die problemloseste Variante gewesen. Aus einem MfS-Papier geht

hervor, dass der Verfassungsschutz eine Kontrolle und Überwachung des Embargobruchs nur in bestimmten Fällen übernahm. Die Verantwortung wurde den Zollbehörden zugeschoben. Die unterstanden dem Bundesfinanzministerium. Kamen von dort die Weisungen an die Zollorgane an der innerdeutschen Grenze, die Schmuggeltransporte unkontrolliert passieren zu lassen? Welche Rolle spielten die diskreten Kontakte von Schalck-Golodkowski und Schäuble? Immerhin waren verschiedene Firmen des Schalck-Imperiums Koko in den illegalen High-Tech-Handel eingebunden, unter anderem jene, die in der Briefaffaire zwischen Schalck-Golodkowski und Schäuble im Jahre 1990 eine Hauptrolle spielten. Schäubles Reaktion auf diese Frage fiel so aus: „Ich hab mit Embargo nie zu tun gehabt. [...] Für Embargo war Wirtschaft zuständig und Zoll ist Finanzen. [...] Da müssten Sie mit Würtzen reden, der hatte das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn, was für die Ausfuhr, Exportgenehmigungen, Rüstungskontrollgüter zuständig war. [...] Ich hatte nichts damit zu tun, da weiß ich nichts.“¹¹⁹ Für Gerd Dreyer ist klar:

„Viele Politiker sitzen in Aufsichtsräten von Firmen, die das Embargo unterlaufen. Bleiben wir bloß mal bei der Firma Leybold. Fakt ist, dass in Meiningen eine Bedampfungsanlage von Leybold gestanden hat, 18 Meter lang, ein Riesengeschoss, wovon Leybold im Jahr drei, vielleicht vier weltweit verkauft hat. Das Modernste vom Modernen. Da wurden die Rohlinge mit der Trägerschicht bedampft. Und wie ist diese Anlage nun in die DDR gekommen? Da brauchen wir nicht zu reden, es hat Transporte von irgendwo nach irgendwo gegeben. Ob die über Kopenhagen oder sonst wo gegangen sind – es war NATO-Gebiet, es war Embargo. Erklären Sie doch mal bitte, wie so eine Anlage nicht gesehen wird! Das ist ja nun keine kleine Kiste, sondern ein 18 Meter langes Geschoss, eine Riesebude. Davon werden wenige hergestellt; davon ist jede Anlage nachweisbar; die verschwinden auch nicht irgendwo wie eine kleine Festplatte! Die wurde in großen Teilen transportiert. Zwölf Meter auf einem LKW. So ein Riesengeschoss ist das. Da kann man nicht sagen, das ist kein Embargo oder das ist von untergeordneter Bedeutung. Das ist schon von Bedeutung.“¹²⁰

Unbehelligt kamen die Schwertransporte in Meiningen an, wo schon die Fabrikhallen für die Festplattenfabrik errichtet worden waren. Als im Sommer 1989 im Vorfeld des 40. Jahrestags die Festplattenfabrik in Produktion ging, rief Erich Honecker bei der Einweihung triumphierend aus: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!“ Wenige Wochen später platzte die bundesdeutsche Botschaft in Budapest aus allen Nähten.

Coming-out im Kreml – Gorbatschow sucht DDR-Reformer

Zur selben Zeit, als im Februar 1986 der große Reformparteitag der KPdSU stattfand, trafen sich im idyllisch gelegenen, verschneiten Städtchen Freudenberg im Sauerland in der Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung Gesellschaftswissenschaftler der Sozialdemokraten und der kommunistischen Parteien des Ostblocks. Während die große Perestroika-Rede des KPdSU-Vorsitzenden in Moskau erst noch zu halten sein würde, machte Professor Rolf Reißig von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in der DDR in einem kleinen frei gehaltenen Vortrag eine elektrisierende Äußerung. Der SED-Denker sprach über die Notwendigkeit von Reformen in der DDR. Das Treffen stand unter dem Titel „Friedliche Koexistenz und Sicherheitspartnerschaft, Ideologie und Frieden“. Die Zeitschrift *DIE ZEIT* schrieb nach der Tagung im März 1986, man habe die berühmte Stecknadel unter den Teilnehmern fallen hören können, als Professor Reißig als Vertreter der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften feststellte: „Angesichts des möglichen atomaren Infernos bleibt den beiden großen Weltsystemen nur die Wahl, in einen friedlichen Wettbewerb zu treten.“ Beide Systeme, sagte er, müssten diesen Wettbewerb in den Dienst der Friedenssicherung stellen und dann ihre Vorzüge einbringen in einen Wettbewerb, bei dem es nicht mehr um die Ausdehnung von Herrschaft und Hegemonie gehen könne und bei dem sich das politische Gewicht des Systems immer weniger auf seine militärische Stärke gründe. Reißig sprach in diesem Zusammenhang des Wettbewerbs der Systeme das Problem der Demokratie und der Menschenrechte an. Reißig fragte: „Welches System hat die besseren Lösungs- und Entwicklungs-

möglichkeiten für die Menschen zur Bewältigung der anstehenden Probleme?“ Nach diesem für alle Anwesenden gewagten und berührenden Wortbeitrag des DDR-Professors beschloss Erhard Eppler, Chef der Grundwertekommission der SPD, den Einstieg der Sozialdemokraten in einen Dialog mit der SED, der 1987 zu einem gemeinsamen Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED führte. Es hatte den Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. ¹²¹ Was Reißig und seine DDR-Kollegen formuliert hatten, war etwas Unerhörtes gewesen, denn sie stellten sich damit gegen die ideologische Hauptkampflinie der SED.

Im Westen folgerte man daraus, dass die Reformer der DDR die politische Rückendeckung von Teilen des Regimes genossen. War die DDR doch reformierbar, also zu retten? Reißig konstatierte, dass die Änderung der Eigentumsverhältnisse im Sozialismus noch nicht alles verändert habe, dass die individuellen Bedürfnisse der Menschen gegenüber kollektiven Interessen viel stärker berücksichtigt werden müssten, dass die DDR ein kritisches und selbstkritisches, politisches Klima brauche und dass es um die Teilhabe an den Entscheidungen gehe und mehr Sozialismus ganz bewusst mehr Demokratie bedeuten müsse. ¹²² Mit seinen Thesen hatte sich Reißig indirekt nicht nur von der Feindbildpflege des SED-Chefideologen Kurt Hager distanziert, sondern er ging weit über die Abgrenzungsstrategien der Ostideologen hinaus: „Menschenrechte sind keine Gaben des Staates“ und „Dialog verlangt auch den Meinungs Austausch über Fehler, Versäumnisse und Widersprüche.“ Diese Standpunkte wurden in der DDR zu wichtigen Argumenten der Reformbewegung.

DDR: Der Wunsch nach dem Westen – Perestroika ohne Chance

Was im feindlichen, kapitalistischen Westen zur unspektakulären Normalität gehörte, wurde von Professor Reißig aufs Panier der Reformer gehoben. Er avancierte geradezu zu einer Kultfigur der Perestroika in der DDR. Doch die Realität zeigte, dass die große Mehrheit der Bevölkerung des ostdeutschen Staates sich den mühsamen Weg der Reform ersparen wollte. Sie hatten schon

eine funktionierende Alternative: die Bundesrepublik. Vielleicht war das der Grund dafür, dass die Perestroikianer in der DDR niemals – weder öffentlich noch intern – eine personelle Alternative zu Honecker oder den Kreis um Markus Wolf oder Gregor Gysi benennen konnten. Ganz im Innersten glaubten sie selber nicht an die gesellschaftliche Notwendigkeit der Umsetzung ihrer reformerischen Gedankenbilder. Das gemeinsame Ideologiepapier führte zwar in der DDR kurzfristig zu einer gesellschaftlichen Reformdebatte. Die Absicht der Sozialdemokratie, über diese Debatte ihre alte Strategie des Wandels durch Annäherung wieder aufzugreifen, schlug jedoch fehl. Die Hardliner innerhalb der SED erkannten, dass jede ideologische Aufweichung des Systems automatisch zu ihrem Machtverlust führen musste. Denn das gemeinsame Papier verband zum ersten Mal den äußeren Dialog des DDR-Regimes mit der Notwendigkeit zum inneren Dialog, also mit Offenheit und Toleranz. Stets hatte die SED ihre Bereitschaft erklärt, außenpolitisch zu diskutieren. Anders wäre die bisherige Entwicklung zwischen den beiden deutschen Staaten auch nicht denkbar gewesen. Doch nun ging es um den gesellschaftlichen Dialog, und als sich oppositionelle Gruppierungen aus dem Kirchenbereich auf Reißigs Parolen beriefen und reformerische Kräfte innerhalb der SED diesen Dialog ebenfalls einzuklagen versuchten, zog Chefideologe Kurt Hager die Notbremse und startete eine Missbrauchskampagne. Die SED-Führung erkannte eine Gefährdung ihres wichtigsten Machtwerkzeugs, der 2,3 Millionen SED-Mitglieder. Eine ideologische Aufweichung des Parteiapparates wollte man nicht riskieren. Der Dialog durch die Mauer wurde ergebnislos abgebrochen und das Manöverfeld jenen Kräften überlassen, die den Zusammenbruch des Sowjetimperiums im Auge hatten. Die Hilflosigkeit der Perestroikianer, einen in der Öffentlichkeit überzeugenden Politiker zu finden, der die Reform in der DDR hätte anführen können, mag sich auch in folgender Begebenheit widerspiegeln. Auf einer der ersten Montagsdemonstrationen in Leipzig wurde ein Spruchband hochgehalten: „Egon Krenz, flitze! Rolf Reißig an die Spitze!“ Reißig war ein couragierter Wissenschaftler, aber kein Politikertyp. Ein geeigneter Quereinsteiger fand sich hingegen in der Tschechoslowakei, wo der Oppositionsführer und Schrift-

steller Václav Havel nach der Wende zum neuen Staatspräsidenten gekürt wurde.

In der SED bleibt alles beim Alten

Die fortschrittlicheren Mitglieder des Parteikerns verknüpften mit dem 11. Parteitag 1986, der zwei Monate nach dem Vortrag Reißigs in Freudenberg stattfand, die Erwartung, dass Gorbatschow nach Berlin kommen und die widerspenstige SED-Führung entweder zur Annahme der Thesen Reißigs zwingen oder – ganz unpereostroikianisch – auswechseln lassen würde. Einige Mitarbeiter des Politbüros und Politikwissenschaftler hatten im Auftrag von Politbüromitglied Hermann Axen, zuständig für internationale Beziehungen, die Aufgabe übernommen, der Rede Erich Honeckers, dem Rechenschaftsbericht an den Parteitag, zuzuarbeiten. Zu diesem Kreis gehörten Professor Max Schmidt, Chef des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Professor Werner Hänisch vom Institut für internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg, Professor Joachim Böhme vom ZK als Leiter der Konsultantengruppe und Manfred Uschner, persönlicher Mitarbeiter Hermann Axens im Politbüro und Sekretär der außenpolitischen Kommission. Als engster Mitarbeiter Axens war Uschner in den 80er Jahren wichtiger Verhandlungspartner bei den Abrüstungsgesprächen zwischen der SED und der SPD über chemie- und atomwaffenfreie Zonen sowie eine Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Mitteleuropa. Die von Axen ausgewählten Redenschreiber Honeckers waren allesamt vehemente Reformer im Parteiapparat. Man traf sich für drei Wochen im idyllischen Berliner Vorort Schmöckwitz in einer Villa des ZK an einem malerischen See der Spree. Die Konzepte Reißigs für eine reformierte DDR im Ohr verfasste die Runde einen Redeentwurf, der sich vollkommen an der Realität orientierte – und die sah für die sozialistischen Staaten nicht sehr rosig aus, wie die Statistiker aus Berlin ja errechnet hatten. Wirtschaftlich und militärisch stand das rote Imperium mit dem Rücken zur Wand. Man musste also klug formulieren, ohne den Selbstdarstellungsprinzipien der SED zuwiderzuhandeln. Gorbatschow hatte wenige Wochen zuvor auf dem KPdSU-Parteitag vorgemacht, wie das ging. Dementspre-

chend entwarfen sie ihre Hauptthesen. Der Sozialismus sei nicht die stärkste Kraft in der Welt und die Schwierigkeiten im sozialistischen Lager würden zunehmen. Die Entwicklungspolitik habe versagt und es gäbe große Konflikte mit China. Deshalb sei der Sieg des Sozialismus, wie bisher behauptet, auch nicht gesetzmäßig. Zwischen Realität und Propaganda würden große Lücken klaffen. In Wirklichkeit marschiere der so genannte Imperialismus ungebremsst voran, seine Strategie und Taktik würden den realen Sozialismus immer erfolgreicher bedrohen.¹²³

Honecker bekam den Entwurf und lobte ihn laut Axen zunächst sehr. Vieles deutete tatsächlich darauf hin, dass die SED-Führung bis zum Parteitag gewartet hatte, um nun, nach der Vorlage von Gorbatschow, in den Reformkurs einzuschwenken. Entsprechende Gerüchte machten die Runde. Man klammerte sich an die kleinsten Erzählungen, die die Hoffnung unterstützten. Der renommierte Professor für Chemie Karlheinz Lohs, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Direktor des Instituts für Toxikologie in Leipzig, der in den 50er Jahren den Sowjets beigebracht hatte, wie man Chemiewaffen entschärft, war Parteitagsdelegierter aus der Messestadt. Er hatte berichtet, dass die dortige Bezirksleitung der SED ein Buch herausgegeben hatte über die Ereignisse am 17. Juni 1953. Zum ersten Mal wurde darin die Unzufriedenheit der Arbeiter als Ursache der Erhebung genannt. Der Protest der Arbeiter wurde nicht mehr als faschistischer Putsch dargestellt. Man enthüllte, dass auch SED-Genossen und Angehörige der KVP (Kasernierte Volkspolizei) in Leipzig gegen die Regierung demonstriert hatten, ebenso in Berlin. Allein diese Mitteilung schien unter den Delegierten und Beobachtern des Parteitags Hoffnungen auf einen neuen Reformkurs zu bestätigen.

Aber es kam ganz anders und lief nach dem vom Politbüro beschlossenen Drehbuch für den Parteitag ab: mit organisiertem Jubelgeschrei und mehrfach auf alte Linientreue geprüften Diskussionsbeiträgen. Honeckers Rechenschaftsbericht folgte allen vorangegangenen. Seine Rede war enttäuschend, weit von der innen- und außenpolitischen Realität entfernt. Die Worte des SED-Parteichefs zeugten von einem verkrampften Optimismus. Sein engster Mitregent Günter Mittag, verantwortlich für

die Wirtschaft im SED-Staat, hatte das Papier von Axens Arbeitsgruppe als „überflüssig“ beiseite gewischt. Uschner und seine Kollegen waren nach der Rede Honeckers zutiefst verbittert. Sie wussten, dass sie sich weit vorgewagt hatten hinsichtlich der Beschreibung der wahren Lage. Aber man hatte es in der Parteitagspitze nicht einmal für nötig gehalten, den Redenschreibern mitzuteilen, dass ihr Entwurf praktisch liquidiert worden war, auch wurden dafür keine Gründe benannt. Professor Max Schmidt schwor, nie wieder in einer solchen Arbeitsgruppe für den Parteitags tag mitzuarbeiten.

Gorbatschow kritisiert die DDR

Es folgte die mit Spannung erwartete Reaktion Gorbatschows in seiner Gastansprache. Einen Tag bevor Gorbatschow seine Rede hielt, wurde Uschner von den Parteitagsregisseuren im Auftrag Axens bedrängt, die Rede Gorbatschows zu beschaffen; hatte man doch die guten Kontakte von Axens Bürochef nach Moskau längst erkannt. Doch die sowjetischen Freunde lehnten die Anfrage lachend ab und stellten klar, dass die Rede nicht von einem deutschen, sondern einem sowjetischen Dolmetscher übersetzt werden würde, um absichtlichen Missinterpretationen vorzubeugen. Gorbatschows Auftritt gelang. Zur Freude der Reformer verteilte er einen Haufen Ohrfeigen. Er kleidete seine Kritik an der DDR zwar in Vorwürfe, die er an die KPdSU richtete. Aber fast jeder im Saal verstand, dass die SED gemeint war, als er Realitätsferne, Überheblichkeit und Unfehlbarkeitsdenken anprangerte.

Nach der Rede Gorbatschows gab es minutenlanges peinliches Schweigen im Saal. Alles schaute auf Honecker, dessen Gesicht sich dunkelrot gefärbt hatte. Etwa nach drei Minuten setzte anschwellender Beifall ein. Manch einer guckte sich um, bis er den Mut zum Klatschen aufbrachte. Aber selbst Honecker applaudierte nun plötzlich, also klatschten schließlich alle.¹²⁴

Nach der Rede wurde Uschner von Axen in den abgesperrten Prominentenbereich gerufen. Die Sicherheitsleute ließen ihn zu Axen, der mit Gorbatschow und Honecker zusammenstand. Wohl aus Themenverlegenheit sprachen die beiden Parteiführer über das SED/SPD-Projekt eines atomwaffenfreien Korridors in

Europa. Gorbatschow grüßte Uschner mit einem lockeren „Priwjet!“ (Hallo). Dann erklärte Axen, Genosse Gorbatschow habe erklärt, es gäbe bei der „Initiative atomwaffenfreier Korridor“ eine technische Frage, die Uschner in Moskau mit Professor Vadim Sagladin, dem Vertrauten von Gorbatschow, rasch lösen sollte. Er solle noch am selben Tag mit dem Genossen Dr. Günter Hillmann vom Außenministerium nach Moskau fliegen. In Moskau angekommen, erlebten die beiden DDR-Abgesandten einen frostigen Empfang. Selbst Viktor Kulakow, ein alter Moskauer Freund, Sektorenleiter im ZK, Faktotum für alles, empfing die Emissäre mit versteinelter Miene am Flughafen. Kein Wort fiel auf der Fahrt in das Hotel. Dort bezogen sie ein Mini-apartement mit defekter Beleuchtung und ohne das übliche Mineralwasser und Konfekt. Der gesamte Empfang und die Unterbringung waren ein Indiz dafür, dass man in Moskau offensichtlich die Beziehungen zur SED ganz miserabel einschätzte und Uschner sowie seinen Begleiter als Anhänger der Honecker-Linie eingestuft hatte. Also praktizierten die beiden Abgesandten das, was man im DDR-Diplomatenjargon als die „koreanische Methode“ bezeichnete: Als Profis wussten sie, dass das Zimmer natürlich abgehört wurde, wahrscheinlich mit Wanzen in der Deckenbeleuchtung. Also legten sich die beiden Herren aufs Bett und sprachen laut mit der Zimmerdecke – sie lobten Gorbatschow über alles und machten Honecker madig. Es vergingen ein, zwei Stunden und sie bekamen ein angemessenes Appartement mit Mineralwasser und Konfekt.¹²⁵

Der Termin bei Sagladin am nächsten Tag begann sachlich und kühl. Die technischen Abrüstungsfragen, die die Sowjets hatten und wegen denen Uschner und sein Genosse vom Außenministerium nach Moskau geflogen waren, wurden schnell geklärt. Uschner überlegte, ob diese Fragen vielleicht nur vorgeschoben waren. Sie konnten unmöglich der Grund sein, warum Gorbatschow ihn nach Moskau geschickt hatte. Schließlich war Sagladin stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung für internationale Beziehungen, Mitglied des Obersten Sowjets und der erste außenpolitische Berater Gorbatschows. Also bat Uschner seinen Begleiter, schon mal vorauszugehen. Als er den Raum verlassen hatte, schaute Sagladin den Mann aus Ost-Berlin nachdenklich an.

„Dann fragte er: ‚So, was ist los?‘ Und da sprudelte alles aus mir heraus, drei Stunden lang. Ich habe Sagladin gesagt: ‚Die DDR ist am Zusammenbrechen, seit Moskau kein Erdöl mehr liefert. Die DDR igelt sich ein, tut sich zusammen mit dem rumänischen Staatschef Nicolae Ceaușescu und anderen Hardlinern. Honecker und seine Truppe betreiben eine Politik gegen Gorbatschow. Die realitätsnahen Genossen sind tief enttäuscht. Die Stimmung in der Bevölkerung ist geladen. Es gibt noch keine Eruptionen. Aber es kann sein, dass es mal ganz, ganz schnell geht, ein kleiner Auslöser genügt. Und ihr guckt zu!‘“¹²⁶

Schließlich ging es um eine mögliche Vereinigung der getrennten Teile Deutschlands. Uschner verwies Sagladin darauf, dass ihn einzelne seiner Mitarbeiter schon seit 1983 gefragt hätten, ob man gezielt auf die Einheit Deutschlands hinsteuere. Uschner sagte Sagladin: „Die Wiedervereinigung kommt von ganz alleine, und zwar in einer Art und Weise, die wir nicht oder kaum beeinflussen können, wenn wir nicht endlich bald etwas machen!“¹²⁷

Nach drei Stunden, die zumeist Uschner bestritt, sprach Sagladin eine Stunde. Ganz offen sagte er, dass seiner Meinung nach alles auf dem Spiel stünde, was seit 1917 geschehen sei, auch die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, in dem die Völker der Sowjetunion 20 Millionen Menschen verloren hatten. Die Lage im Lande sei sehr schwierig. Gorbatschow versuche zwar, eine grundlegende Veränderung zum Besseren durchzusetzen. Ob ihm das gelänge, sei ungewiss. Der Generalsekretär sei in den 70 Jahren Sowjetmacht 50 Jahre zu spät gekommen. Uschner solle auch bedenken, dass die Sowjetunion ein rückständiges Riesenland mit einem Haufen nationaler Konflikte sei sowie einem riesigen Partei- und KGB-Apparat. Ihre Kader würden heute noch alle in der Treue zu Stalin und zur Partei erzogen.

„Wenn Michail zu schnell vorgeht, dann wird er irgendwann abgesäbelt oder es geschieht ihm etwas. [...] Er kann nur Schritt für Schritt vorwärts gehen. Er wird nicht umhinkönnen, sich gegen den Parteiapparat zu stellen, aber er hat Angst, denn wenn er es öffentlich tut, muss er um seine Macht fürchten. Er wird auch Fehler machen, ihr müsst viel Geduld haben, bis er fest im Sattel sitzt. Ich kann dir nicht

mal sagen, dass ich ziemlich sicher bin, dass wir es retten. Es steht nicht einmal 50 zu 50. Wahrscheinlich gehen wir ganz schweren Zeiten entgegen und es kann der Moment kommen, wo wir uns nicht mal mehr sehen können. Es kann das Schlimmste passieren!“¹²⁸

Langsam wurde Uschner klar, warum ihn Gorbatschow nach Moskau geschickt hatte. Er musste beginnen, seine Bataillone in der DDR zu sammeln. Sagladin machte Uschner an jenem Vormittag zum ersten und vielleicht wichtigsten Informanten über die Situation in der DDR: Dem SED-Politbüromitarbeiter wurden im Laufe der folgenden vier Jahre drei Kontaktmänner zur Verfügung gestellt, die höchstwahrscheinlich zum KGB-Geheimapparat „Luch“ (deutsch: Strahl) in der DDR gehörten. Ihnen hatte Uschner von nun an regelmäßig mehrmals im Monat über die Stimmung im Lande sowie die Situation im ZK und Politbüro Bericht zu erstatten. Diese Journalisten waren bei der Zeitung *Neue Zeit* oder der Nachrichtenagentur *Nowosti* beschäftigt. Im Sommer 1993 berichtete Sagladin auf einer Tagung im Hause der PDS:

„Manfred Uschner saß mit uns in einem Boot zum Sturz von Honecker, und zwar ohne Einschränkungen. Alles, was er uns zukommen ließ, lag spätestens am nächsten Morgen auf dem Schreibtisch von Gorbatschow.“ Der Name des ersten Verbindungsmannes war Lew Jelissejew. Der kam mindestens einmal jeden Monat, und zwar in der letzten Woche. Das heißt immer, nachdem mir der Monatsbericht des Statistischen Amtes der DDR zugänglich wurde. Oder aber es gab spezielle Ereignisse, zum Beispiel den Honecker-Besuch in der BRD 1987, gegen den Moskau war. Die wollten die Beziehungen zu Bonn selbst in der Hand behalten!“¹²⁹

Uschners Zusammenarbeit mit den Sowjets bestand darin, dass er von April 1986 an über drei nacheinander wechselnde sowjetische Journalisten bis zum März 1990, dem Termin der ersten freien Volkskammerwahl, über die Stimmung in der Bevölkerung und einmal im Monat über die wahre Wirtschaftslage berichtete. Informationen über Personen standen nicht im Vordergrund. Axens Bürochef war seit vier Jahren Sekretär der

Außenpolitischen Kommission im Politbüro, der sein Chef vorstand. Dort saßen Vertreter des MfS, so Generaloberst Jänicke, der Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen Günter Sieber, Außenminister Oskar Fischer, Außenhandelsminister Gerhard Beil, also die Chefs aller Bereiche, die mit Außenpolitik befasst waren. Bei einem Thema war die Kommission immer sehr gespannt: der wirklichen Wirtschaftslage der DDR. Ende des Monats erschien für das Politbüro streng geheimes Statistikmaterial. Auf den ersten knapp 100 Seiten waren die Informationen geschickt schöngefärbt. Aber auf den letzten zehn bis 15 Seiten hatte der Leiter des Zentralamtes für Statistik in der DDR, Professor Arno Donda, die Wahrheit beim Namen genannt.

„Da stand drin: Es gibt keine Gummis für Damenstrümpfe, keine Speichen für Fahrräder, keine Fleischversorgung in Bischofswerder und so weiter. Das war eigentlich geheime Verschlussache und nicht für uns Mitarbeiter gedacht. Aber die Referenten mussten den Chefs eine Zusammenfassung anfertigen, denn sie wollten keine 100 Seiten lesen. Und so kam es auf das Verhältnis vom Referenten zum Boss an, wie er die Zahlen übermittelte. Ich habe Axen das Kritisch-Negative sukzessive untergejubelt, wobei er dann immer das Gesicht verzog. Aber ich habe das den Sowjets kopiert, bis die SED-Überwacher aus dem MfS zum Schluss die Kopierer mit Zählwerken versehen haben. Die Russen bekamen also von mir die wahre Wirtschaftslage der DDR zur Einsicht.“¹³⁰

Uschner weiß inzwischen, dass er nicht der Einzige war. Die Pleiteanalyse des MfS hatte das politische Fazit beinhaltet, dass bei gleichbleibenden wirtschaftlichen Missständen die DDR die 90er Jahre nicht in politischer Eigenständigkeit erleben würde. Selbst der wenig reformfreudigen, aber dennoch moskautreuen Politbürotruppe um Ministerpräsident Stoph war klar, dass Änderungen in der Wirtschaft notwendig waren, wofür sich aber Honecker auf dem 11. Parteitag als unfähig erwiesen hatte. Das veranlasste Stoph und seine Gesinnungsgenossen, Gorbatschow um die Mithilfe für eine Absetzung des SED-Chefs zu bitten. Die Verschwörer übergaben Ende Mai 1986 an die KGB-Zentrale in Berlin-Karlshorst ein Paket zur sofortigen Information Gor-

batschows. Iwan N. Kusmin, 1984 bis 1991 Leiter der Informationsabteilung des KGB in Ost-Berlin, erinnert sich: „Es enthielt zuverlässige Informationen, die keinen Zweifel daran lassen sollten, dass sich die DDR immer schneller dem wirtschaftlichen Bankrott näherte und dass sie in eine schwere, gesellschaftliche Krise geraten sei. Honecker sei nicht fähig, die Situation adäquat einzuschätzen und Korrekturen an seinem politischen Kurs vorzunehmen. Ein weiteres Verbleiben in seinem Amt als Generalsekretär der SED werde katastrophale Folgen haben.“¹³¹ Nachdem Gorbatschow auf diese Initiative nicht reagierte, wurde der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Wjatscheslaw Kotschemassow beauftragt, auf Gorbatschow einzuwirken. Aber selbst der sowjetische Botschafter fand bei Gorbatschow kein Gehör. Anders erging es auch Valentin Falin nicht:

„Im Herbst 1986 bekam er von mir ein Gutachten. Es war angefertigt worden unter Mitwirkung von Professor Belussow, in dem es hieß: ‚Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre werden unsere Freunde in ein tiefes ökonomisches Loch geraten, mit kaum übersehbaren politischen, sozialen, militärischen und ökonomischen Folgen. Die Sowjetunion wird sich selber in einer schwierigen, ökonomischen Lage befinden, so dass sie nicht im Stande sein wird, ihren Freunden zu helfen.‘ Diese Studie baute auf der Analyse ökonomischer Daten, Informationen über die innere Entwicklung in Polen, der DDR und der Tschechoslowakei auf. Das war eine korrekte Prognose. Keine Reaktion. Wenn Politiker im Staate so taub sind, sind alle Krisen vorprogrammiert. Das Nichtreagieren war keine Taktik, das war Charakter.“¹³²

Oder war es beides?

Vom Teufelsberg nach Reykjavík – die Sowjets wollen abrüsten

Von West-Berlin aus konnten CIA und NSA mit ihren modernen Abhöranlagen auf dem Teufelsberg die gesamte DDR kontrollieren, wobei ihr besonderes Interesse Ost-Berlin galt. Ein schweres

Handicap für den Warschauer Pakt. Doch 1985 gelang dem MfS ein echter Coup. Ein türkischer Fahrzeugklempner aus Stuttgart wollte als kleiner „Dealer“ im Ost-West-Geschäft mitmischen und die DDR beliefern. Doch die interessierte sich nur für eine Ware: Informationen. Sie überredeten den Klempner, nach West-Berlin zu ziehen und sich dort bei den Amerikanern als Automechaniker zu bewerben. Tatsächlich meldete sich der Mann nach einiger Zeit aus West-Berlin zurück. Er hatte eine Anstellung bei den Andrew Baracks bekommen und reparierte dort die Fahrzeuge von US-Offizieren. Mit einem Analytiker, der im Abhörbereich des Teufelsberges arbeitete, schloss der Türke engeren Kontakt. Der INSCOM¹³³-Offizier brauchte ständig Geld. Der Offizier mit dem Decknamen „Paul“ lieferte dem MfS tatsächlich die gesamten Kommunikationslinien der weltweiten US-Abhörsysteme. Damit konnte der Warschauer Pakt die westliche Überwachung der Nachrüstungsoptionen kontrollieren und gegensteuern.¹³⁴ Klaus Eichner war damals Analytiker, also Auswerter des MfS in Angelegenheiten der CIA und Agentenführer im Unternehmen „Paul“. Mit den Erkenntnissen des MfS war der Warschauer Pakt über die militärischen Ausforschungen seitens der NATO informiert und konnte reagieren,

„zum Beispiel, um Bewegungen von Raketeneinheiten der Sowjetarmee oder NVA auf dem Gebiet der DDR zu verfolgen. Die Raketen strahlen Emission ab, wenn sie im Transport sind, wenn sie aufgebaut werden, wenn die Zieleinrichtung aktiviert wird. Und diese elektronischen Emissionen werden erfasst, sie haben ganz spezifische Parameter und Charakteristika. Daraus versuchte man die Manöverbewegungen von strategisch bedeutsamen Einheiten zu erfassen.“¹³⁵

Außerdem lieferte der Mann die gesamten detaillierten Spionageaufgaben der USA, für jedes Land einzeln aufgearbeitet, sowie die Informationsinteressen aller amerikanischen Geheimdienste, des Außenministeriums und des Weißen Hauses. Klaus Eichner berichtete dem Autor:

„Das politisch Interessante war natürlich, dass die Amerikaner niemals zwischen Freund und Feind unterschieden haben. Die Auf-

gabenstellung betraf genauso die BRD. Über Frankreich wollten sie sehr viel wissen – bis hin zu ihrem Kernwaffenprogramm. Die weltweiten Informationsinteressen der führenden amerikanischen Einrichtungen wurden in einem Dokument zusammengefasst. Das war mehr als ein Golden Coup.“¹³⁶

Mit Pauls Hilfe konnten sich das MfS und der KGB auch Einblick verschaffen in die westliche Aufarbeitung von Warschauer-Pakt-Manövern. Die erfolgreiche Arbeit des MfS ließ die östlichen Geheimdienstler schnell erkennen, wie unterlegen das östliche Militärbündnis der NATO war. Den größten Erfolg landete das MfS über seinen INSCOM-Offizier vom Teufelsberg ein Jahr später, 1986 – zu einer Zeit also, als Präsident Gorbatschow schon längst bewusst war, dass er abrüsten musste, um dem nicht zu gewinnenden Rüstungswettkampf zu entkommen.

Die Sowjets zittern vor „Copy Wings“

Ein letzter Anstoß zur Umsetzung seiner Pläne dürfte Pauls Lieferung des strategischen Atomkriegsszenarios „Copy Wings“ gewesen sein, drei Monate vor dem Treffen in Reykjavík. 40 der weltweit besten amerikanischen Auswerter waren nach Washington berufen worden, um auf Basis der vorhandenen Ressourcen der amerikanischen Streitkräfte ein Angriffsszenario zu entwickeln, das einen atomaren Angriffskrieg mittels elektronischer Kampfführung und der Entwicklung entsprechender Software gewinnbar machen sollte.

Ein amerikanischer Erstschlag sollte die atomaren Gefechtszentren des Warschauer Paktes enthaupten und einen atomaren Gegenschlag undurchführbar machen. Die Umsetzung von Copy Wings hätte die USA mindestens 14,5 Milliarden Dollar gekostet und es gab keinen Zweifel, dass Reagan diese Mittel bewilligt hätte. Paul war als Analytiker des Teufelsberges Mitglied dieser 40-köpfigen Untersuchungsgruppe und übergab bei seiner Rückkehr nach Berlin ein Exemplar von Copy Wings seinem Ost-Berliner Agentenführer Klaus Eichner. Wie stets reichte er seine Fundsachen an den KGB weiter, wenn es die Sowjets betraf. Dieser Golden Coup war eine Voraussetzung dafür, dass Gorbatschow

seine Militärs von der dringend notwendigen Abrüstung überzeugen konnte.

Mit einem Brief an Michail Gorbatschow übernahm Ronald Reagan im Sommer 1986 die Initiative, die gescheiterten Genfer Abrüstungsverhandlungen wieder in Bewegung zu bringen. Er schlug ein gemeinsames Treffen in Großbritannien oder auf Island vor. Gorbatschow willigte erfreut ein und plädierte für Reykjavík, das exakt zwischen den beiden Staaten liegt. Die Sowjets bereiteten sich gründlich auf dieses Treffen im Atlantik vor. Sie hofften, einen großen Durchbruch zu erzielen beziehungsweise mit einem Scheitern ihrer Vorschläge die USA in der Weltöffentlichkeit anprangern zu können. In Moskau hatte man die Möglichkeit eines Scheiterns einkalkuliert, denn man ging davon aus, dass Reagan durch ein hartes Beharren auf seinen Positionen versuchen würde, Moskau zu Zugeständnissen zu zwingen.¹³⁷

Präsident Reagan hatte sich nur zehn Tage Zeit genommen, sein Treffen mit Michail Gorbatschow vorzubereiten. Für ihn war klar, dass die UdSSR zermüht war und im Rüstungswettlauf eine Verschnaufpause brauchte. Allerdings waren seine alten Berater der Meinung, dass er die Sache zu leicht nahm. Reagan war der Typ Politiker, der mit einer guten Portion Charme arbeitete, um seine Ziele zu erreichen. Seine Berater fürchteten nun, der sympathische Gorbatschow könnte Reagan mit seinen eigenen Waffen schlagen und ihn zu Zugeständnissen bewegen, die nicht im Interesse der USA waren. Sie beschworen den Präsidenten, hart zu bleiben, und Reagan versprach, dies zu tun. Der ehemalige Schauspieler meinte, die Kommunisten zu kennen – schließlich habe er doch in Hollywood gegen sie gekämpft.¹³⁸

Am 10. Oktober kam es zwischen den beiden wichtigsten Männern der Welt zu einem Vier-Augen-Gespräch. Gorbatschow legte wesentlich mehr Angebote auf den Tisch als in Genf. Anstatt einer 50-prozentigen Abrüstung von Nuklearwaffen bot er eine komplette Waffenvernichtung an. Auf internationaler Ebene war er bereit, Reagans Bedingungen bezüglich der Vernichtung von Nuklearwaffen im gesamten Europa zuzustimmen. Die beiden Politiker unterbreiteten sich zunächst verlockende Angebote. Reagan kam aber immer wieder auf die trennenden Punkte zu sprechen, worauf Gorbatschow erklärte:

„Sie (sprachen) über die Sowjetunion als einem Reich des Bösen und von einem Kreuzzug gegen den Sozialismus, um diesen Sozialismus auf den Schrotthaufen der Geschichte zu fahren. Das ist eine äußerst schreckliche Philosophie. Was bedeutet dies auf politischer Ebene – Krieg gegen uns zu führen?“ Reagan antwortete: „[...] Diese Unterschiede zwischen uns gab es immer schon und wird es weiterhin geben. Wir in den USA haben eine kommunistische Partei, deren Repräsentanten gewählt werden, bestimmte Positionen vertreten können und ihre Philosophie kundtun dürfen – was bei Ihnen nicht möglich ist. Anstatt Menschen zu überzeugen, dass Ihre Ideen richtig sind, werden sie ihnen aufgezwungen. Daher müssen viele Menschen in der Dritten Welt Ihnen folgen. Somit wächst Ihre Macht und die kommunistische Partei erhält eine Monopolstellung. Das ist der Unterschied. Wir glauben, dass die Menschen selbst entscheiden können, welche Art von Regierung sie für die richtige halten.“ Gorbatschow verteidigte sich nicht, sondern sagte: „Philosophische Unterschiede sollten aber unsere zwischenmenschlichen Beziehungen nicht behindern.“ „Keine Frage“, antwortete Reagan. „Ebenso versuche ich, Sie davon zu überzeugen, sich für die Republikanische Partei zu interessieren.“¹³⁹

Gorbatschow war verstimmt. Sie kamen wieder auf seine Vorschläge zurück. Reagan setzte den sowjetischen Führer darüber in Kenntnis, dass man in Washington die Probleme der sowjetischen Wirtschaft kannte. Gorbatschow kochte. Er machte den Vereinigten Staaten ein klares Angebot: Ein großer Teil des amerikanischen nuklearen Waffenarsenals bestand aus Bombern, die als ballistische Waffen nicht von der Vernichtung betroffen gewesen wären. Diese sowie die atomaren U-Boote sollten die USA um 50 Prozent reduzieren, denn sie bildeten zusammengekommen die mächtigsten Angriffspotenziale der Amerikaner. Im Gegenzug war Gorbatschow bereit, die bodengestützten strategischen Raketen zu halbieren. Die Sowjetunion schlug dies zum ersten Mal vor. Mit der Umsetzung dieses Vorschlages wären die atomaren Waffenpotenziale der beiden Supermächte um 50 Prozent reduziert worden. Auf dieses Angebot reagierte der Präsident zunächst unsicher, obwohl dies seiner Vorstellung einer radikalen Abrüstung der Interkontinentalraketen entsprach. Da der

sowjetische Vorschlag aber auch andere Waffengattungen mit einschloss, vermutete Reagan eine Falle. US-Außenminister George Shultz rettete schließlich die Situation und bezeichnete Gorbatschows Angebot als prinzipiell akzeptabel. Die beiden Delegationen gelangten zu einer Übereinkunft in dieser Frage. Gorbatschows zweites Angebot beinhaltete eine spürbare Reduzierung der Mittelstreckenraketen, ein Thema, das besonders die erfolgte Nachrüstung in Europa und insbesondere die Lage in West- und Ostdeutschland betraf. Die Sowjets plädierten überraschend für die amerikanische Variante, die sie bisher stets, zuletzt in Genf, abgelehnt hatten: Alle Mittelstreckenraketen in Europa sollten vernichtet und die nuklearen Potenziale Großbritanniens und Frankreichs nicht mit einbezogen werden.

Reagan lässt nicht mit sich handeln

Überraschenderweise stimmten aber nun die Amerikaner ihren eigenen Vorschlägen nicht mehr zu. Als schließlich ein Kompromiss in dieser Frage in greifbare Nähe rückte, scheiterte er an der Forderung Gorbatschows, dass die Amerikaner auf den praktischen Aufbau eines Weltraumraketen-systems verzichten sollten. Lediglich die Forschung für SDI (Strategic Defense Initiative) sollten sie weiter betreiben können. Um den amerikanischen Präsidenten umzustimmen, bot ihm Gorbatschow sogar an, zur Unterstützung der amerikanischen Farmer die Getreideimporte aus den USA zu erhöhen.¹⁴⁰ Reagan schaute Gorbatschow skeptisch an und sagte: „Ich bin überzeugt, dass ich nicht von der Politik abweichen kann, für die ich mich auf dem Gebiet der Weltraum- und defensiven Waffen entschieden habe. Ich kann es einfach nicht tun.“

Die SDI-Frage verhinderte eine konkrete Vereinbarung über alle erzielten Einigungen in der Raketenfrage. Dennoch war sie nicht mehr vom Tisch zu kriegen – die Pershing-II-Raketen, die 1983 in Europa stationiert worden waren, standen zur Disposition. Da stand Reagan auf und schloss sein Notizbuch. „Das Gespräch ist beendet“, sagte er, schaute dann zu Außenminister George Shultz und fügte hinzu: „George, wir gehen.“ Als sie in der Eingangshalle standen und ihre Mäntel nahmen, unternahm

Gorbatschow einen letzten Versuch, während er Reagan in den Mantel half. „Können wir in dieser Angelegenheit noch etwas tun?“ „Es ist zu spät“, antwortete der Präsident.¹⁴¹

Für Gorbatschow war Reykjavík eine bittere Erfahrung. In der Hoffnung, mit einer List weiterzukommen und Reagan zum Ausstieg aus dem SDI-Programm zu bewegen, war er selbst ausgetrickst worden. Mit seiner Unnachgiebigkeit hatte Reagan bewiesen, dass er ein harter Gegner war. Anstatt vom amerikanischen Präsidenten die Zusage für ein Ende von SDI zu bekommen, war Gorbatschow eine Konzession nach der anderen eingegangen. Reagan hatte alle Angebote angenommen und würde Gorbatschow in künftigen Gesprächen daran erinnern.¹⁴²

Im September 1988 traf das Politbüromitglied Manfred Uschner den sowjetischen Verteidigungsminister Marschall Achromjew und Gorbatschows Berater Falin in Stockholm während einer internationalen Abrüstungskonferenz. Sie erzählten Uschner, warum Gorbatschow Reagan unterlag. Er hatte ihm auf Reykjavík einen Film gezeigt, der auf beeindruckende Weise die militärische Überlegenheit der Amerikaner gegenüber den Sowjets zeigte. Sowjetische Raketen wurden auf ihren eigenen Leitstrahlen von Cruisemissiles ausgeschaltet. Dann wurden die Einsatzmöglichkeiten von SDI vorgeführt. Der Filmvortrag bewies Gorbatschow, dass Moskau den Kalten Krieg und den Rüstungswettlauf verloren hatte. Reagan beendete seinen Vortrag mit dem Hinweis auf die finanziellen Aspekte: Die USA verbrauchten 35 Prozent ihres Haushalts für ihr Militär, die Sowjets 80 Prozent. Gorbatschow soll danach sichtbar erschüttert gewesen sein.¹⁴³

Einheit statt Raketen – die Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept

Nach Beendigung des Gipfeltreffens der Supermächte begab sich Helmut Kohl sofort nach Washington, um sich mit Reagan über die Ergebnisse abzustimmen. Für die Amerikaner war eine schwierige Situation entstanden. Der absehbare Abbau der Pershing-II-Raketen, deren Stationierung erst vor drei Jahren beschlossen worden war, hätte den deutschen NATO-Partner durchaus in die

Arme der Sowjets treiben können. Für eine Lösung der deutschen Frage hätte es nur die entsprechenden Angebote aus Moskau gebraucht. Die nun möglich erscheinende Abrüstung in Europa machte eine deutsche Teilung überflüssig. Beide deutschen Staaten würden nicht mehr im jeweiligen Militärbündnis als Speerspitzen für die Sicherheit anderer ihren Kopf hinhalten müssen. Um die Amerikaner zu beruhigen, ließ er sich zu einem Affront gegen Gorbatschow hinreißen. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Newsweek* qualifizierte er Gorbatschows positives Erscheinungsbild ab:

*„Kádár oder Deng Xiaoping, und irgendwo dazwischen muss er jonglieren. [...] Und weil dies so ist, wird er 'ne Bewegung machen, glaube ich. Also, ich bin kein Narr. Ich halte ihn nicht für einen Liberalen. Es gibt genug Narren in der westlichen Welt unter Journalisten und Politikern. [...] Das ist ein moderner kommunistischer Führer. Der war nie in Kalifornien, nie in Hollywood, aber versteht was von PR. Der Goebbels verstand auch was von PR. Aber, (Lachen) man muss doch die Dinge auf den Punkt bringen.“*¹⁴⁴

Newsweek hatte dem Kanzler den Text sicherheitshalber nochmals zur Freigabe vorgelegt. Kohl blieb bei seinem Affront. Richard von Weizsäcker, der ein Jahr später auf seiner Moskaureise die Verstimmung ausbügeln musste, glaubt, die Äußerung von Kohl sei bewusst auf seiner Amerikareise gefallen, weil die Amerikaner nach Gorbatschows Angebot von Reykjavík befürchteten, Deutschland könnte sich der Sowjetunion zuwenden.¹⁴⁵ Moskau war derart verärgert, dass Gorbatschow Honecker befahl, die Kontakte zu Bonn auf Eis zu legen, was der SED-Generalsekretär zunächst auch befolgte, denn zu frisch waren seine Erinnerungen an den Fall Häber, bei dem Gorbatschow mit am Tisch gesessen hatte. Honecker sah nun seine deutschlandpolitischen Aktivitäten bedroht. Die Sowjets warfen ihm vor, eine selbstständige, nicht mit Moskau abgesprochene Deutschlandpolitik zu betreiben und mit Gorbatschow unsolidarisch zu sein.¹⁴⁶

Bernhard Friedmann kritisiert den Kanzler

Als Helmut Kohl von seiner Amerikareise zurückkehrte, kam es in der anschließenden Sitzung der CDU-Fraktion zu einem ersten Eklat über die Position des Bundeskanzlers. Der CDU-Abgeordnete Bernhard Friedmann, Chef des „Bewilligungsausschusses für Verteidigungsausgaben“, hatte vielfach Zugang zu militärischen Geheimnissen der Bundesrepublik und der NATO. Ihm war im Laufe der Zeit klar geworden, dass die militärische Abschreckung zwischen den Blöcken kein dauerhaftes Konzept für die Entspannung in Europa sein konnte. Als sich Gorbatschow mit Reagan über den Abbau der Pershing-II-Raketen verständigt hatte, wies Friedmann den Bundeskanzler darauf hin, dass die Abschreckungsstrategie nicht mehr funktionierte:

„[...] Man muss doch ganz klar sehen: Übrig bleiben jetzt Langstreckenwaffen, die von Amerika nach Russland reichen. Die werden die Amerikaner wegen uns Deutschen niemals einsetzen, weil sie sich sonst selbst zum Ziel machen würden. Auf der anderen Seite bleiben die Kurzstreckenwaffen übrig, die von Deutschland nach Deutschland reichen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie wirklich eine Abschreckung für den Warschauer Pakt sind, denn mit diesen Waffen würden wir unsere eigenen Landsleute vernichten. Wenn aber die Abschreckungsstrategie nicht mehr stimmt, dann müssen wir unser Schicksal politisch selber in die Hand nehmen. Wir müssen die Sowjets davon überzeugen, dass ein wiedervereinigtes Deutschland für die Sicherheit in Europa nur von Vorteil wäre. Deshalb muss in die laufenden Abrüstungsverhandlungen die deutsche Frage eingebracht werden.‘ Darauf hat der Bundeskanzler geantwortet, ich würde den Ostblock destabilisieren, er dagegen wolle nur die Mauer durchlässiger machen. Im Übrigen würde meine Position die Abrüstungsverhandlungen überlasten und zu ihrem Scheitern beitragen.“¹⁴⁷

Innerhalb der Fraktion bekam Friedmann kaum Unterstützung, was ihn nicht daran hinderte, auf jeder folgenden Zusammenkunft der CDU-Bundestagsabgeordneten seinen Finger in die Wunde zu legen. Der Konflikt zwischen dem weitsichtigen CDU-Mann und dem Kanzler spitzte sich im Jahre 1987 zu. Der kämpferische Volksvertreter wurde von östlichen Geheimdiensten ernster

genommen als von seinen eigenen Leuten. Ständige Besuche von sowjetischen Gesprächspartnern, die Friedmann als Agenten des KGB und anderer Dienste ansah, musste er als Geheimnisträger der Regierung regelmäßig dem Bundesamt für Verfassungsschutz melden. Im Ostblock wollte man den politischen Hintergrund der Thesen Friedmanns, der publizistisch vor allem von der *FAZ* unterstützt wurde, überprüfen. Denn seine Unterstützung durch das konservative Leitblatt der Bundesrepublik, aber auch die Stichhaltigkeit seiner Thesen legte die Vermutung nahe, Friedmann sei das Sprachrohr einer wichtigen, politischen Fraktion im Westen Deutschlands. In Wirklichkeit hatte er nur die Unterstützung weniger Mitdenker, darunter den CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer und den Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger, der zwar öffentlich dem Bundeskanzler nicht in den Rücken fallen konnte, Friedmann aber stets einen Auftritt im Plenum des Bundestags verschaffte. Alle diese Aktivitäten brachten 1987 das Fass zum Überlaufen. Schon vorher hatte der Kanzler auf die Standpunkte seines „Hinterbänklers“ regelmäßig allergisch und auch teilweise mit regelrechten Wutausbrüchen reagiert. Am 10. März 1987 konnte sich der Kanzler nur schwer beherrschen, als Friedmann wieder anfang: „Herr Bundeskanzler, ich bitte Sie flehentlich: Hier müssen wir jetzt die deutschen Interessen in der Weise einbringen, dass wir Deutschlandpolitik, nämlich die Wiedervereinigung, als Sicherheitskonzept operativ in die politische Diskussion einfügen.“ Darüber hinaus wurde der Kanzler vom Abgeordneten Werner dafür zurechtgewiesen, dass sich in den Koalitionsvereinbarungen mit der FDP nichts über die Deutschlandpolitik befand. Am darauf folgenden Tag stand die erneute Wahl Kohls zum Bundeskanzler bevor.¹⁴⁸

Um einer lautstarken Konfrontation aus dem Wege zu gehen, versuchte er, die Kritik mit der Antwort zu entkräften, dass er die deutsche Frage im Sinne einer zukünftigen Wiedervereinigung offen halten würde. Doch als Bundeskanzler Kohl während seiner Frankreichreise 1987 im französischen Fernsehen auf Friedmanns Aktivitäten angesprochen wurde, explodierte er mit den Worten, das sei blühender Unsinn. Daraufhin verfasste Friedmann ein Buch mit dem Titel „Einheit statt Raketen – Thesen zur Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept“. In seinem Ge-

sprach mit dem Autor verhehlte Friedmann nicht seine „Wut“ über die damalige Ignoranz des Kanzlers. Kohl war nicht bereit, auf Friedmanns Modell eines wiedervereinigten Deutschlands als nur noch assoziiertem Mitglied der NATO überhaupt einzugehen, was er als einen so genannten Sonderweg Deutschlands abqualifizierte. Dabei lagen diese Überlegungen auf einer Linie von – wenn auch unbekannten – Ansätzen, die im Frühjahr 1987 in Moskau und Bonn angedacht wurden.

Die Einheit soll den Frieden sichern

In Absprache mit dem Unionsfraktionsvorsitzenden Alfred Dregger entwarf Friedmann für eine Sondersitzung der Fraktion zum Thema „Sicherheits- und Deutschlandpolitik“ Mitte Mai 1987 ein Arbeitspapier. Er legte dar, dass die bisherigen Abrüstungsvorstellungen in Form verschiedener „Null-Lösungen“ die Sicherheitslage der Bundesrepublik relativ verschlechtern würden.

„Angesichts dieser Entwicklung muss die Bundesrepublik in ihrem eigenen Interesse eine aktive Rolle übernehmen. [...] Wer von Waffen herunterkommen will, muss daher Spannungen beseitigen. [...] Die Wiedervereinigung der Deutschen (wäre) ein Beitrag zu einer aktiven Friedenspolitik. [...] Die Wiedervereinigung der Deutschen als Sicherheitskonzept ist ein neuer Ansatzpunkt zur Lösung unserer nationalen Frage. [...] Der Anstoß zur Wiedervereinigung muss von uns kommen. Adressaten sind die vier Siegermächte.“¹⁴⁹

Das stand im Gegensatz zu der immer deutlicher werdenden Position der Regierung, dass die Lösung der deutschen Frage nur im Rahmen einer europäischen Einigung gelingen könnte, und implizierte die Einbindung des geeinten Deutschlands in der NATO. Friedmann bezweifelte, dass es im zukünftigen Europa ein Interesse an einem wiedervereinigten Deutschland geben würde und forderte deshalb: „Ein wiedervereinigtes Deutschland [...] hätte seinen Standort selbst zu bestimmen. Von den Mehrheiten her wäre sein Platz zweifellos an der Seite des Westens.“ Friedmann legte dar, dass eine solche operative Deutschland-

politik dazu führen musste, die Verteidigungsetats der NATO-Länder, vor allem der USA, spürbar zu entlasten, und fragte zum Schluss, ob sich die UdSSR für eine Wiedervereinigung interessieren würde. Er konstatierte, dass Russland in der Geschichte keineswegs ein Gegner der deutschen Einheit war. Selbst Stalin hätte nach dem Zweiten Weltkrieg an einem deutschen Gesamtstaat festgehalten. Die UdSSR habe mit der Unterzeichnung der KSZE-Dokumente das Recht zur Selbstbestimmung der Völker anerkannt. Bei der Abwägung der sowjetischen Sicherheitsinteressen müsse man bedenken, dass zum Beispiel Frankreich nur politisch, aber nicht militärisch zur NATO gehöre. In Norwegen und Dänemark könnten ausländische NATO-Truppen nur zu Manövern weilen. Atomwaffen dürften dort nicht gelagert werden, was auch Kanada betreffe. Daraus leitete Friedmann ausreichenden Verhandlungsspielraum ab. Allein die Belastung des sowjetischen Haushalts durch die Ausgaben Moskaus im Rüstungsbereich würde eine operative Deutschlandpolitik ermöglichen. Der rasante Absturz des sowjetischen Bruttosozialproduktes verlange dort immer drängender nach einer Verbesserung des Lebensstandards. Dies sei möglich, wenn die sowjetische Sicherheit durch die Wiedervereinigung steige. Die DDR sei zweifellos ein ökonomisch wichtiger Partner für die UdSSR, ein wiedervereinigtes Deutschland könnte aber der UdSSR noch mehr entgegenkommen. Das Arbeitspapier Friedmanns schloss mit den Worten:

„Es ist legitim, dass die Supermächte primär ihre Interessen sehen. Umso wichtiger ist es dann aber, dass wir unser deutsches Anliegen selbst, das heißt operativ, in die internationale Politik einführen. Ein erster Schritt in diese Richtung könnte darin bestehen, dass die Bundesregierung den amerikanischen Präsidenten ersucht, die Wiedervereinigung der Deutschen [...] in die derzeitigen Abrüstungsverhandlungen in Genf einzubringen und darüber hinaus bei dem in Aussicht stehenden Gespräch mit Gorbatschow anzusprechen.“¹⁵⁰

Friedmanns Vorschläge scheiterten nicht an wohlüberlegten Strategien des Kanzlers oder seiner Berater. Wolfgang Schäuble hat eine viel einfachere Erklärung:

„Wir haben uns nicht vorstellen können, dass die Sowjetunion den Warschauer Pakt auflösen würde. Das war jenseits unserer Vorstellungen. Deshalb haben wir auch die Überlegungen von Friedmann für sympathisch, aber für unrealistisch angesehen. Die weltpolitische Rahmenkonstellation – das wird wohl im Nachhinein unser Irrtum gewesen sein – haben wir für stabil, für nicht veränderbar gehalten, und wenn das so war, dann gab es keinen Spielraum. Dann musste operative Deutschlandpolitik darin bestehen, unter Hinnahme der Lage zu versuchen, die Folgen der Teilung zu lindern. Die Mauer durchlässig zu machen und damit zugleich den Gedanken der Einheit und die Nähe aufrechtzuerhalten durch Begegnungen, durch Kontakte. Das war unsere Politik. Davon war ich überzeugt. Ich bin übrigens heute noch überzeugt, dass sie richtig war und damit haben wir ja auch viel bewegt.“¹⁵¹

Gero von Braunmühl – der erste Wendetote?

Vier Tage nach dem Ende von Reykjavík kam es in der Bundesrepublik zu einem spektakulären Terroranschlag. In den USA sieht man bis heute diesen Anschlag im Zusammenhang mit zwei weiteren Attentaten, die im Kontext der Bedrohung stehen könnten, der sich die Sowjets wegen SDI gegenübersehen.

Am 9. Juli 1986 fuhr Karl Heinz Beckurts, Berater der Bundesregierung und als Forschungsdirektor bei Siemens mit Reagans militärischer Hochtechnologie SDI befasst, zu SDI-Gesprächen außerhalb Münchens. Auf der Fahrt explodierte eine ferngesteuerte Bombe – er und sein Fahrer waren auf der Stelle tot. Die Rote Armee Fraktion (RAF) hinterließ ein Bekennerschreiben. Darin wurde erklärt, dass Karl Heinz Beckurts sterben musste, weil er an den Geheimverhandlungen mit Washington bezüglich SDI beteiligt gewesen war.

Wochen später, vier Tage nach dem Ende des Gipfels auf Island, am 10. Oktober 1986, fuhr Gero von Braunmühl mit einem Taxi abends nach Hause. Von Braunmühl, Direktor im Auswärtigen Amt, war der Chefberater des deutschen Außenministers, was die SDI-Gespräche mit Washington betraf. Außerdem war er das deutsche Mitglied in der so genannten Vierer-

Kommission, zu der außer ihm noch die drei alliierten Botschafter in Bonn gehörten. Es handelte sich um das höchste geheime Konsultationsgremium zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und den USA. Gero von Braunmühl hatte einen anstrengenden Arbeitstag hinter sich. Seit dem Ende des Gipfeltreffens hatte er an einer Analyse des Gipfels gearbeitet. Mit diesen Materialien sollte er nach Moskau fliegen, um sich dort mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse über das Treffen von Island auszutauschen. Es waren sicherlich hochbrisante Unterlagen, da Bonn unbedingt auf den Vorschlag der Sowjets, die Mittelstreckenraketen in Europa abzubauen, eingehen musste. Mit diesem Punkt innerhalb der Abrüstungsdebatte öffnete sich ein Fenster für die Lösung der deutschen Frage. Von Braunmühl war, wie sein damaliger Chef Außenminister Genscher, ein Gegner des SDI-Programmes. Beide wollten, dass die Bundesregierung den Vorschlag Gorbatschows unterstützt, die geplanten Abrüstungsfortschritte mit einem Verzicht auf SDI zu verknüpfen. Diese Unterlagen, die wegen ihrer politischen Brisanz als geheim einzustufen waren, hatte der Diplomat in seiner schlichten Aktentasche deponiert. Sein ebenfalls mitgeführter Aktenkoffer enthielt hauptsächlich persönliche Sachen.¹⁵²

Als von Braunmühl vor seinem Haus mit Tasche und Koffer mühsam aus dem Taxi stieg, überfielen ihn zwei maskierte Täter und eröffneten das Feuer. Von Braunmühl brach auf der Straße zusammen und erhielt von einem der Täter den tödlichen Fangschuss. Dann griff einer der Schützen blitzschnell und gezielt zur Aktentasche. Beide Täter sprangen in ihren Fluchtwagen und rasten davon. So hat der Taxifahrer den nur Sekunden dauernden Überfall den Ermittlern geschildert.¹⁵³

War es wirklich die RAF?

Auf dem Bekennerschreiben stand zu lesen: „Durch das Kommando Ingrid Schubert wurde der Geheimdiplomats von Braunmühl von uns erschossen.“ Die Bundesanwaltschaft und das BKA haben an dieser angeblichen Selbstbezeichnung der RAF niemals gezweifelt, bis heute aber keinen Täter gefasst. Im Durchschnitt werden in der Bundesrepublik 90 Prozent aller erkannten Mord-

taten aufgeklärt. Hier aber, wie auch in den späteren spektakulären angeblichen RAF-Attentaten, kam es nicht einmal zu einer ermittlungsbedingten Festnahme. Könnten sie auf eine falsch gelegte Spur hereingefallen sein? Das Bekennerschreiben weist keinerlei Hinweise auf, die eine Täterschaft der RAF belegen, wie schreibtechnische Spuren oder Fingerabdrücke. Die Benutzung von RAF-Emblem und RAF-typischer Sprache kann keinen Beweisersatz darstellen. Jeder Laie kann mit entsprechenden Schreib- und Kopiergeräten spurenfreie Bekennerschreiben herstellen. Dies haben die Fernsehautoren Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraeber und Ekkehard Sieker in ihrem richtungsweisenden Report „Das RAF-Phantom – wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen“ 1992 hinreichend bewiesen.

Erwiesene RAF-Morde richteten sich stets gegen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, die in der Öffentlichkeit bekannt waren und deren Erscheinungsbild einen vermeintlichen Rechtfertigungsgrund lieferten. Dazu gehörten Angehörige der Justiz, weil sie zur angeblichen „Klassenjustiz“ gehörten, oder Wirtschaftsbosse mit Ausbeuterimage und NS-Vergangenheit. Für Mordanschläge auf solche Opfer gab es zumindest im Sympathisantenkreis der RAF wie auch in jenen linken gesellschaftskritischen Schichten, die Partisanenkriege und Stadtguerillaaktionen unterstützten, Akzeptanz. Gero von Braunmühl entsprach diesem Image nicht. Er war in der Öffentlichkeit völlig unbekannt. Seine Ermordung konnte nur Erstaunen hervorrufen, auch wenn er, wie man nun erfuhr, SDI-Berater der Regierung war – im Übrigen ein Umstand, der für die RAF äußerst schwer recherchierbar gewesen sein durfte. Allein diese Komponente deutet schon auf einen geheimdienstlichen Hintergrund hin. Wem konnte seine Ermordung nutzen? Diese Frage wird meines Erachtens vom Tatablauf beantwortet, ein Umstand, den die Ermittler nie problematisierten.

Typisch für ein echtes RAF-Attentat war, dass die Täter keine Arbeitsmaterialien ihrer Opfer mitgehen ließen. Hier aber wurde gezielt die Aktentasche mit vertraulichen Verschlusssachen aus dem Außenministerium mitgenommen, ohne dass später in signifikanter Weise auf ihren Inhalt in weiteren Bekennerschreiben eingegangen wurde. Auffällig ist, dass das Interesse der Täter nur

der optisch uninteressanteren Aktentasche gegolten hat und nicht auch dem Aktenkoffer, der allein vom Volumen her mehr „Beute“ versprach. Der gezielte Griff kann nur bedeuten, dass die Täter etwas suchten, von dem sie wussten, wo es zu finden war: die Geheimpapiere. Konnte die RAF so etwas wissen? Wohl kaum. Solches gelang nur Geheimdiensten. Wer konnte daran Interesse haben? Die Westmächte waren durch die geheime Vierer-Kommission über die bundesdeutschen Positionen im Ost-West-Konflikt genauestens informiert. Nur die DDR war von allen wichtigen Abläufen zwischen Bonn und Moskau abgeschirmt. Ost-Berlin war deshalb seit dem sich anbahnenden Konflikt mit Gorbatschow, der spätestens mit dem 11. Parteitag der SED begann, allein auf die Erkenntnisse des MfS angewiesen. Das Auswärtige Amt war durch die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS von Ostagenten durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Man kann getrost annehmen, dass von Braunmühl im Amt unter direkter Beobachtung der Stasi stand.

Wie umfassend die Ausspähung der Bonner Regierung durch die HVA war, zeigt die Spitzelumgebung des Bundeskanzlers: Tausende Agenten hatte HVA-Chef Markus Wolf im Bundesgebiet installiert. Dabei handelte es sich nicht nur um Ostagenten, sondern vor allem um westdeutsche Informanten. Bundeskanzler Kohl wurde seit seinem Amtsantritt 1982 im Kanzlerbungalow an seinem Privatanschluss von der HVA abgehört. Seit 1984 wurde sein Privatapparat im Kanzleramt angezapft. Täglich kamen so bis zu 30 Seiten Abhörprotokolle zustande. Weitere 30 Mitarbeiter in der engen Umgebung des Kanzlers wurden ausspioniert, darunter Kohls Büroleiterin Juliane Weber, der Kohl-Vertraute Eduard Ackermann, Staatsminister Philipp Jenninger und Staatssekretär Waldemar Schreckenberger.¹⁵⁴ Damit können die Bundesrepublik und ihre Regierung als flächendeckend unterwandert angesehen werden, also auch das Auswärtige Amt samt dem Büro seines Direktors Gero von Braunmühl. Selbst geheimste Unterlagen des Auswärtigen Amtes lagen zwei Tage später den HVA-Generälen in Ost-Berlin vor, wie wir noch sehen werden. Konnte es aber eine Zusammenarbeit zwischen RAF und Staatssicherheit geben? Wurde also die so genannte „Dritte Generation“ der RAF von einem Geheimdienst instrumentalisiert? Oder lag hier

eine reine Behauptung vor, die Ermittler und Öffentlichkeit von den wahren Tätern ablenken sollte? Die Öffentlichkeit wusste damals nicht, dass die zweite Generation der RAF 1980 in der DDR untergetaucht war. Informiert aber war der BND – und die Bundesregierung! Sie ließ, obwohl sie wusste, wo sich die Terroristen befanden, weiterhin in aller Welt mit kostspieligen Ziel-fahndungen nach ihnen suchen. Aufgedeckt haben diesen Skandal nach der Wende Prozesse gegen jene MfS-Offiziere, die für die Betreuung der RAF-Asylanten in der DDR zuständig waren.

MfS: Terror als Selbstverteidigung – Honecker will der RAF helfen

Als die Lufthansa-Maschine „Landshut“ am 13. Oktober 1977 nach ihrem Start auf Mallorca gekapert und von palästinensischen Terroristen nach Mogadischu, der Hauptstadt von Somalia, entführt wurde, klingelte bei Erich Honecker das Telefon. Seit zehn Tagen befand sich die Bundesrepublik in einer Staatskrise, denn Terroristen der RAF hatten den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer entführt, um die inhaftierte Führung der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof freizupressen. Die Flugzeugentführung war eine so genannte Solidaritätsaktion der Palästinenser, um der Erpressung Nachdruck zu verleihen. Bisher war Helmut Schmidt aus Staatsraison hart geblieben und würde es bleiben. Er plante, die neu gegründete Antiterror-einheit GSG-9 einzusetzen. Doch die Bundesrepublik hatte keine besonders guten Beziehungen zu dem sozialistischen Wüstenland. Wenige Wochen zuvor war Somalias Diktator Mohammed Siad Barre (1991 gestürzt) in der DDR als gefeierter Staatsgast erschienen. Schmidts Bitte an Honecker war kurz und klar: Der Staatsratsvorsitzende sollte für die Bundesrepublik ein Wort einlegen und die Möglichkeit eruieren, ob die GSG-9 in Mogadischu zum Einsatz gebracht werden könne. Honecker sagte seine Hilfe zu. Am 18. Oktober konnte die bundesdeutsche Eliteeinheit die Maschine „Landshut“ stürmen und die Geiseln befreien. Was führende Offiziere der Staatssicherheit bis heute nicht begreifen können, ist, dass die Bundesregierung niemals auf die Hilfe Ost-Berlins hingewiesen hat. Mit Mogadischu begann eine heimli-

che Kooperation zwischen Bonn und Ost-Berlin in Sachen Terrorismus.

Am 26. September 1977, also kurz nach der Schleyer-Entführung, hielt SED-Generalsekretär Erich Honecker eine Rede vor Dresdner Parteiaktivisten. Darin sprach er mit Blick auf die RAF von „verabscheuungswürdigen Horden von Anarchisten und Terroristen“ und beschwor die Gefahr, dass unter dem Vorwand des Kampfes gegen die so genannten Sympathisanten des Terrors die politische Linke in der Bundesrepublik mundtot gemacht würde. Was Honecker seinen Genossen damals nicht mitteilte, beweisen im SED-Nachlass gefundene Akten: Honecker beauftragte Parteiideologen, eine Studie zu erstellen, welche darlegte, warum die RAF den Terror als legitimes Mittel der „Selbstverteidigung gegen die repressive Politik des kapitalistischen Westens einsetzte“.¹⁵⁵ Honecker höchstpersönlich hatte schon am 3. Juni 1977 sein Einverständnis zur Kontaktaufnahme mit den in Stammheim inhaftierten RAF-Mitgliedern gegeben. Der RAF-Chef Andreas Baader hatte eine Menschenrechtsklage vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der angeblichen Isolationsfölder im Zuchthaus Stammheim angeschoben. Gleichzeitig sollte die DDR auf der Menschenrechtskonferenz in Sofia die Bundesrepublik wegen ihrer Haftmaßnahmen anprangern. Dieses Vorgehen hatte der berühmte DDR-Anwalt Friedrich Karl Kaul, kurz FKK genannt, mit Baaders Verteidiger besprochen. FKK berichtete dem Politbüromitglied Werner Lambertz von diesen Überlegungen. Lambertz legte am 3. Juni 1977 dem Staatsratsvorsitzenden Honecker eine dementsprechende Notiz vor: „Lieber Erich! Bitte um eine Entscheidung in dieser Angelegenheit.“ Erich Honecker notierte auf diese Notiz wie üblich handschriftlich „Einverstanden. E. H.“.¹⁵⁶

Bonn entledigt sich der Terroristen

Drei Jahre später begann der Exodus der RAF in die DDR. Wie konnten Terroristen, die weltweit mit den ausgeklügeltesten Fahndungskonzepten gejagt wurden, unbemerkt von deutschen Sicherheitsbehörden in die DDR gelangen? Das offenbaren die bis heute in der Presse der Bundesrepublik nicht weiter beachte-

ten Prozessunterlagen aus mehreren so genannten Stasi-Prozessen. Nachdem die ehemaligen RAF-Mitglieder durch die Zeugenaussage einer ehemaligen DDR-Bürgerin 1990 aufgefliegen waren, weil sie eine der perfekt legierten¹⁵⁷ RAF-Terroristinnen auf einem Fahndungsplakat wieder erkannt hatte, wurden nicht nur die enttarnten RAF-Mitglieder verhaftet, sondern auch Verfahren gegen die für die RAF-Mitglieder verantwortlichen Offiziere des MfS betrieben. Grund: Strafvereitelung im Amt. Zu diesem Zeitpunkt konnten die Staatsanwälte noch nicht wissen, auf welche Mine sie sich da gesetzt hatten, denn die Absetzung der RAF in die DDR war offensichtlich mit Wissen der Bundesrepublik erfolgt, die dennoch für die Öffentlichkeit weiterhin eine aufwendige, weltweite Fahndung betrieb. Zunächst versuchte die Staatsanwaltschaft, die gesamte Aktion ausschließlich der Staatssicherheit in die Schuhe zu schieben. Doch in einem Interview mit dem *SPIEGEL* wies MfS-Chef Erich Mielke diese Vermutung zurück, indem er betonte, Honecker habe in allen brennenden Fragen des MfS entschieden und nicht er.¹⁵⁸ Mielke: „Ich bin der Überzeugung, dass wir damit auch der BRD einen großen Dienst erwiesen haben.“ Auf die Frage des *SPIEGEL*, ob die westlichen Nachrichtendienste tatsächlich so ahnungslos gewesen wären, wie sie damals behaupteten, antwortete der Geheimdienstchef: „Ich glaube es nicht.“ Ende Februar 1997 machte der ehemalige MfS-Oberst Harry Dahl die entscheidende Aussage: „Generaloberst Beater unterrichtete mich etwa Mitte des Jahres 1980 von folgender Festlegung: Der Vorsitzende des nationalen Verteidigungsrates, Erich Honecker, hat befohlen im nationalen Interesse der DDR, Aussteiger der RAF unter strengster Geheimhaltung in die DDR einzugliedern. Das geschieht zugleich im Interesse der weiteren Gestaltung gutnachbarlicher Beziehungen zur BRD im Sinne des Grundlagenvertrags.“ Der Oberst entnahm den in diesem Zusammenhang geäußerten Bemerkungen seines Vorgesetzten:

„[...] dass es in Vorbereitung dieser Entscheidung eine Verständigung zwischen Erich Honecker und dem damaligen Bundeskanzler gegeben hatte und dass beide Seiten an der Geheimhaltung dieser Aktion interessiert waren. Mir war aus diesem Gespräch auch ver-

ständig, dass auch der BRD an einer solchen Art der Beendigung terroristischer Aktivitäten gelegen war. Die DDR blieb so von terroristischen Handlungen und ihren politischen Auswirkungen verschont und die Sicherheitslage der BRD verbesserte sich. [...] Bekanntlich ist ja vielfach die Inhaftierung von Terroristen nur der Ausgangspunkt für neue Anschläge – für eine Eskalation des Problems der Terrorabwehr. Das Tun des MfS war gerichtet auf die Sprengung des Teufelskreises: Untergrund, Anschläge, Haft, Freipressung, Untergrund. In der damaligen Situation wurde dies von Repräsentanten der DDR und der BRD für richtig befunden. [...] Ich bin noch heute der Auffassung, auch der BRD genützt und dazu beigetragen zu haben, dass insbesondere Politiker der BRD Anschlägen der RAF-Aussteiger nicht mehr ausgesetzt waren.“

Damit haben die angeklagten Offiziere die Behauptung aufgestellt, Erich Honecker habe mit seinem Befehl ein Anliegen der Bundesregierung erfüllt. Hierzu passt ein interessantes Detail, das dem Autor von einem der engsten und glaubwürdigen Berater Erich Honeckers mitgeteilt wurde. Demnach hat ihm gegenüber der Generalsekretär nach dem Besuch Helmut Schmidts auf Hubertusstock im Dezember 1981 bemerkt, die DDR hätte dem Kanzler mit der Übernahme der RAF-Mitglieder eine große Last abgenommen. Dass es eine Absprache zwischen Honecker und Schmidt gegeben hat, geht auch aus einem Interview hervor, das der Anwalt Frank Osterloh 1998 der *Jungen Welt* gegeben hat. Der inzwischen verstorbene Anwalt war in dieser Sache der Verteidiger des früheren DDR-Ministers für Staatssicherheit, Gerhard Neiber.

Junge Welt: „Sie haben vor dem BGH gesagt, zur Unterbringung der RAF-Aussteiger habe es eine Absprache zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt gegeben. Der Überbringer der Botschaft sei Hans-Jürgen Wischniewski gewesen.“

Osterloh: „Es hat tatsächlich Absprachen zwischen der DDR-Führung und der Bundesregierung gegeben. Die Sache war politisch viel zu brisant für einen Alleingang der DDR. Dafür war die DDR viel zu verletzlich. Die Beziehungen zur BRD waren Erich Honecker

sehr wichtig, und deshalb gab es die Absprache. Die Bundesrepublik hatte ja auch einen erheblichen Nutzen von dieser Lösung. Es lässt sich auch beweisen, wie die Informationen übermittelt wurden. Während des Verfahrens wurde das nicht im Detail erörtert. Die Verteidigung hat im Hinblick auf das Ergebnis darauf verzichtet, das offen zu legen.“¹⁵⁹

Entgegen den betuernden Aussagen von Oberst Harry Dahl war es sehr wohl zu einer Zusammenarbeit von Terroristen mit dem MfS gekommen. Dies bewies der Prozess um das Attentat auf das Maison de France in West-Berlin 1982. Der Sprengstoff für das Attentat war mit Wissen des MfS über Ost-Berlin in den Westteil der Stadt gebracht und die Attentäter in der DDR beherbergt worden.

60 Kilometer von Ost-Berlin befand sich eine hoch geheime militärische Einrichtung mit dem einfachen Namen „Objekt 74“, aber für die meisten Mitglieder der NVA war „Objekt 74“ nicht zugänglich. Diese Einrichtung war ein Trainingslager, jedoch nicht für normale bewaffnete Einheiten. Dort hielten sich des Öfteren kleine Zivilistengruppen in Begleitung einer speziellen Einheit der MfS-Hauptabteilung XXII-8 auf. Die Zivilisten kamen nicht aus der DDR, es waren Mitglieder verschiedener Terroristengruppen. Unter Anleitung der Stasi-Spezialisten lernten sie den Umgang mit kleinen Waffen und wie man Bomben legt.¹⁶⁰ Dieser Umstand ist nach der Wende in die Ermittlungen um die RAF-Attentate auf von Braunmühl, Herrhausen und Rohwedder nie eingeflossen. Die Gefahr wäre zu groß gewesen, dass man der Bundesregierung eine moralische Mitschuld hätte vorwerfen können. Schließlich waren die Terroristen durch das Vorgehen der Bundesrepublik um ihre Strafe herumgekommen.

DDR zu verkaufen – doch Kohl greift nicht zu

„Ich behaupte, dass Gorbatschow bis Ende 89 überhaupt nicht daran gedacht hat, die DDR aus dem Warschauer Pakt zu entlassen“, sagte Horst Teltschik dem Autor im April 2005. Diese Position des ehemaligen Kanzlerberaters ist bis heute die geltende

Sprachregelung der meisten Historiker und aktiven Zeitzeugen des Wendegeschehens. Aber stimmt sie? Valentin Falin lüftete gegenüber dem Autor ein Geheimnis: „Mitte der 80er Jahre machte ein sehr bekannter Politiker aus der Bundesrepublik den Sowjets ein Angebot: Wenn Moskau die DDR aus dem Warschauer Pakt entlassen würde und die DDR einen Status wie Österreich bekäme, dann würden die Sowjets 100 Milliarden D-Mark als nicht rückzahlbaren Kredit erhalten. Dahinter standen sehr mächtige Kräfte in der Bundesrepublik.“¹⁶¹ Auch mehrmaliges Nachfragen brachte keine weitere Aufklärung über den Mann, der da im Namen potenter westdeutscher Kreise den Sowjets ein solches Angebot gemacht hatte. Zu erfahren war nur, dass er eine wichtige konservative Persönlichkeit der alten Bundesrepublik gewesen war.

Offenbar gab Gorbatschow auf dieses Signal eine Antwort, was bis heute unbekannt geblieben ist: Kurz vor Ostern 1987 fand im Kongresszentrum des Kreml ein Empfang für die deutsche Wirtschaft statt. Anlass war die Eröffnung eines neuen Firmensitzes der Deutschen Bank in Moskau. Unter den Gästen waren natürlich auch der Chef der Deutschen Bank F. Wilhelm Christians und einer der beiden Chefs des Hauses in Moskau, Axel Leban. Leban agierte an diesem Abend als Dolmetscher für seinen Chef. Für einige Minuten stand Gorbatschow mit Christians, Leban, mit dem wichtigsten bundesdeutschen Ost-West-Händler Otto Wolff von Amerongen und Ministerpräsident Nikolai Ryschkow zusammen. Hiervon existiert ein Foto.

In einem günstigen Augenblick zog Gorbatschow Christians beiseite und sagte, er habe für Bundeskanzler Kohl eine Botschaft, die er ihm überbringen möge: Moskau sei bereit, die DDR aus dem Warschauer Pakt zu entlassen, wenn die Deutschen dies so wollten. Dies würde zwar nicht die deutsche Frage im Sinne Bonns lösen, denn die deutsche Einheit könne nicht von Moskau verordnet werden. Aber beide deutsche Staaten könnten sich arrangieren, wie sie es für richtig befänden. Es wurde höchste Diskretion vereinbart. (Es sei angemerkt, dass Christians dem Autor in einem Telefonat im Sommer 1994 hierzu aus Gründen der Diskretion keine Stellungnahme geben wollte; er wies diese Geschichte aber auch nicht als unwahr zurück. Leban bestätigte

in einem Gespräch mit dem Autor im April 2005 das Aufeinandertreffen mit Gorbatschow, will aber von einer solchen Botschaft nichts gewusst haben; zu einer so brisanten vertraulichen Mitteilung habe es im Kongresszentrum keine Möglichkeit gegeben.)

Gorbatschows „Oster-Botschaft“ kommt an

Ostern 1987, also nur kurze Zeit später, fand im österreichischen Bad Ischl eine Tagung von west- und osteuropäischen Wirtschaftsbossen und -wissenschaftlern zum Problem der geplanten Annäherung der beiden Wirtschaftssysteme statt. Teilnehmer waren auch Professor Jürgen Nitz, der damalige DDR-Unterhändler im streng geheimen deutsch-deutschen Dialog, und Axel Leban als Vertreter der Deutschen Bank in Moskau. Leban suchte eine Möglichkeit, sich unbeobachtet mit Professor Nitz zu unterhalten. Man wartete die Tagungspause ab und wollte sich im Kurpark treffen. Als sie sich sicher waren, alleine zu sein, eröffnete Leban dem erstaunten Professor, was Gorbatschow in Moskau Christians mit auf den Weg gegeben hatte. Hinter dieser Botschaft stünden außer Gorbatschow: Schewardnadse, Ryschkow, Jakowlew und Sagladin. Nitz fragte den Banker, warum er ihn einweihe; ob dies eine private Mitteilung sei oder er das Gehörte zum Politbüro tragen solle? Leban drängte Nitz, dem SED-Politbüro eine Mitteilung zu machen, denn man glaubte wohl, dass die DDR in dieser für sie lebenswichtigen Frage mitspielen und nicht ausgeschlossen werden sollte. Schließlich musste auch die DDR diesen Schritt wollen. Nitz informierte nach seiner Rückkehr seinen Chef Max Schmidt vom SED-Institut für Politik und Wirtschaft (IPW), der die Botschaft direkt zum Politbüromitglied Sindermann trug. (Axel Leban bestätigte nach längerem Nachfragen auch dieses Treffen, wollte sich aber an den Inhalt des Gesprächs ebenfalls nicht mehr erinnern. Er habe dies alles verdrängt, weil Nitz die versprochene Rückmeldung unterließ. Aber Nitz selber hat nie erfahren, was mit seiner Botschaft passierte. Für die Abfassung seiner Erinnerungen hat Nitz 1994 Christians um Bestätigung des Vorgangs gebeten, aber ebenfalls keinen Kommentar bekommen.) Was dann passierte, bleibt im Dunkeln. Ein enger Vertrauter Herrhausens aus dem Umfeld der Deutschen

Bank sowie ein Mitarbeiter des Vorstands haben dem Autor im April 2005 bestätigt, dass es diese Botschaft gab und sie nicht von Christians, sondern von Herrhausen an den Bundeskanzler weitergereicht wurde. Einmal war die Quelle Herrhausen, einmal war es Christians. Erich Honecker bekannte acht Jahre später:

„Wir erhielten schon 1987 gewisse Informationen aus Washington, aus dem Weißen Haus. Wir konnten und wollten solchen Warnungen nicht glauben, sie nicht zur Grundlage unserer Politik machen. Dies, obwohl unser Botschafter in Moskau schon im Jahre 1987 feststellte, dass sowjetische Persönlichkeiten in den verschiedenen Medien, die Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit‘ als ‚politische Tagesaufgabe‘, als eine Voraussetzung zur ‚Herausbildung des Europäischen Hauses‘ betrachteten. Dies konnte nach Lage der Dinge nur durch die Liquidierung der DDR erreicht werden. Der Zug, auf dessen Gleis die DDR gestellt wurde, ging in die Richtung des Verkaufs der DDR an die BRD ab. 80 Milliarden D-Mark war der Preis.“¹⁶²

Der gesamte Vorgang zeigt, wie brisant diese Mitteilung sogar noch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung ist. Denn sie offenbart: Die Wende, die in der DDR zur Wiedervereinigung führte, war weder ein Zufallsprodukt noch die Sache des Volkes, sondern Resultat einer konsequenten und lang angelegten Politik. Trotz der absoluten Geheimhaltung war das Angebot Gorbatschows offensichtlich in politischen Kreisen Bonns durchgesickert. Am 11. Mai zitierte *Bild* einen unbenannten Minister, demzufolge eine Wiedervereinigungsinitiative unmittelbar erwartet werde. „Wir erwarten das schon seit einem halben Jahr.“ Auch ein Staatssekretär, der anonym bleiben wollte, verriet: „Wenn er eine solche Offerte auf den Tisch legt, wird er uns ganz schön aufmischen.“ Auch der ehemalige Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff verriet, „da kommt etwas auf uns zu“. Der Bundestagsabgeordnete Friedmann bestätigte und kritisierte, dass die CDU auf einen solchen möglichen Vorschlag nicht vorbereitet sei, obwohl eine solche Offerte „im Duktus“ der sowjetischen Abrüstungsvorschläge läge. Sicherheitspolitik und Deutschlandpolitik seien logisch miteinander verbunden. Daher liege es auf der Hand, die Abrüstung zu fördern, um die Krisenherde in Europa in den Griff

zu bekommen, also auch die deutsche Spaltung aufzuheben. Über Kohls Reaktion auf das Angebot weiß man natürlich überhaupt nichts. Seine Politik in der Folgezeit deutet auf ein Ignorieren hin.

Reagans gezielte Provokation

Ganz anders dagegen agierte der amerikanische Präsident, was den späteren Äußerungen Honeckers entspricht: Nach dem Wirtschaftsgipfel 1987 in Venedig flog die Air Force One Präsident Reagan nach Berlin. Er hatte zu gratulieren, denn die alte Reichshauptstadt wurde 750 Jahre alt. Als er seine Absicht, diese Reise zu unternehmen, kundtat, hatten West-Berliner Politiker ihm vorgeschlagen, eine Rede vor einer geladenen Menschenmenge zu halten, und zwar vor dem alten Reichstag neben dem Brandenburger Tor. Aber Reagan wollte seine Rede direkt vor dem Tor halten, schließlich wusste er schon, was er sagen würde. In einem Gespräch mit dem US-Senator Robert Byrd hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedmann erklärt, man müsse eine operative Wiedervereinigungspolitik führen, die Zeit sei reif. Byrd hatte dies seinem Präsidenten mitgeteilt.¹⁶³

Sofort erhob sich bei den deutschen Leisetretern Protest, als sie von Reagans Absichten erfuhren. Die deutschen Politiker waren davon überzeugt, dass diese Rede an einem solchen Ort als Provokation aufgefasst werden könnte. Kanzleramtsminister Schäuble wurde bestürzt, einen provokanten Auftritt Reagans zu verhindern.¹⁶⁴ Reagan blieb stur. Er wollte provozieren.¹⁶⁵

Es hatte noch andere Hürden gegeben. Als der Redenschreiber des Weißen Hauses, Peter Robinson, den Entwurf der Rede verteilte, stießen sich der Stab und einige Abgeordnete des Weißen Hauses an der Wortwahl. Aber Reagan ließ das kalt. Als Stasi-Chef Erich Mielke in Ost-Berlin erfuhr, dass Reagan eine Rede am Fuße des Brandenburger Tores halten wollte, geriet er in Panik. „Wir müssen mit einer provokativen, verleumderischen Attacke gegen die DDR rechnen“, schrieb er in einer geheimen Direktive. Er versetzte das MfS in Alarmbereitschaft. Mit einem Höchstmaß an Wachsamkeit sollte auf das, was Reagan sagen würde, geachtet werden.¹⁶⁶

Vor der Rede am Brandenburger Tor unternahm Reagan noch eine Tour entlang der Mauer. Als er in der Nähe des Reichstags stand, bemerkte er die Graffiti. Dort standen Sätze wie „Die Mauer wird fallen“ und „Wünsche werden wahr“. Er machte die ihn begleitenden Presseleute auf die Sätze aufmerksam und sagte: „Ja, in ganz Europa wird diese Mauer fallen. Diesem Glauben kann man nicht widerstehen. Die Mauer kann dem Frieden nicht widerstehen [...].“ Innerlich fühlte er sich bestätigt von seinem Vorhaben. Der alte Provokateur freute sich schon.

Am Brandenburger Tor stand Reagan einer großen ausgewählten Schar fahnenschwenkender Menschen gegenüber. Gegen einen leichten, aber lebhaften Wind ankämpfend, sprach er von Frieden und der Notwendigkeit von Veränderung hinter dem Eisernen Vorhang. Und dann rief er den Satz aus: „Öffnen Sie dieses Tor, Mr. Gorbatschow!“ Die Menge tobte. Niemals wurde an der Mauer etwas so Eindeutiges gesagt. Für Reagan war das keine neue Idee; er hatte schon 1967 diesen Gedanken vorgebracht. Aber nun sagte er diesen Satz im Herzen von Europa, im Mittelpunkt des Kalten Kriegs und die Welt schaute ihm zu. Valentin Falin bestätigte, dass die Rede Reagans keinesfalls einer spontanen Eingebung gefolgt war:

„Reagans Aufforderung vor dem Brandenburger Tor betraf die Situation in Berlin, die so genannte Vermenschlichung der Grenze zwischen West- und Ost-Berlin, zwischen West- und Ostdeutschland. Übrigens hat die sowjetische Seite dieses Thema mehrere Male der DDR-Führung beizubringen versucht, um es positiv zu lösen. Aber alle unsere Vorstöße stießen immer auf eine harte und kurzsichtige Position von Honecker und anderen. Die Amerikaner wussten praktisch alles, was in der Führung der DDR vor sich ging. Sie wussten von den sowjetischen Gesprächen mit Honecker. Honeckers Taktik blieb stur – zuhören und alles beim Alten lassen.“¹⁶⁷

Der geheimnisvolle Wolodja – ein KGB-Mann sammelt Reformer

1986, nach dem für Gorbatschow enttäuschend verlaufenen 11. Parteitag der SED, wurde von dem sowjetischen Auslands-

geheimdienstchef Wladimir Alexandrowitsch Krjutschkow eine geheime Diensteinheit in der DDR aktiviert. Ihr Codename lautete „Luch“ (deutsch: Strahl). Dabei handelte es sich um einen Geheimdienst im Geheimdienst, der von allen übrigen Strukturen des KGB isoliert war. Luch betraf die geheimsten der geheimen Aktivitäten des KGB in den Bruderländern der Sowjetunion. Luch war auf Anregung des sowjetischen Botschafters in Bonn, Valentin Falin, gegründet worden, als er Loyalitätsprobleme Erich Honeckers gegenüber der Sowjetunion befürchtete. Der SED-Chef ließ damals in internen Gesprächen durchblicken, dass er eine Bevormundung seitens der Sowjetunion gegenüber ihren Alliierten nach dem Abschluss des Moskauer Vertrags mit Bonn nicht akzeptieren würde. Moskau verlangte von Ost-Berlin, sich gegenüber Bonn stärker abzugrenzen. Die Sowjets befürchteten, dass eine auf mehr Eigenständigkeit beruhende Politik Ost-Berlins dazu führen könnte, dass die Sowjetunion ihr wichtigstes Faustpfand verlieren würde. Die DDR wurde von Moskau als Kriegsbeute betrachtet, die zum einen – im Übrigen bis zur Wende – Reparationen an die Sowjetunion zu zahlen hatte und zum anderen bei Bedarf zum eigenen Vorteil an die Bundesrepublik verhökert werden sollte. Luch sollte das Honecker-Regime beaufsichtigen, damit eine gefährliche Annäherung der beiden deutschen Staaten unterblieb. Die Informanten – als Journalisten und Austauschwissenschaftler getarnt – versahen als Kontaktpersonen der sowjetischen Konsulate und der Botschaft ihren Dienst. Ähnliche Einrichtungen gab es im Übrigen auch in den anderen Bruderländern. Die Erkenntnisse von Luch über Informanten, unter Verdacht stehende Agenten, über Systemgegner und Reformkräfte innerhalb und außerhalb der SED flossen aus allen Bruderländern in den sowjetischen Zentralspeicher des KGB-Großrechners ZUD. Mit Hilfe des Systems ZUD konnte Moskau jederzeit den Stand der Reformdiskussion innerhalb seiner Verbündeten abschätzen und sich durch entsprechende Dossiers über westliche Geheimdienstaktivitäten im Ostblock informieren. Damit ließ sich der Reformprozess in ihrem Interesse manipulieren und forcieren. Nach dem 11. Parteitag der SED sollte Luch in der DDR potenzielle Reformkräfte aktivieren und für die dringend benötigte Wende in Stellung bringen, damit die DDR für

das Sowjetimperium erhalten werden konnte. Unter besonderer Beobachtung der Luch-Agenten standen nicht nur hochrangige DDR-Führungskader (falls sie verdeckte Reformer waren, wie man es vom ehemaligen HVA-Chef Markus Wolf behauptete), sondern vor allem Fachleute der mittleren Managementebene in Staat, Politik und Wirtschaft. Neuere Hinweise speziell zu den Kriterien der Zielpersonenauswahl besagen, dass man sich angesichts der illusionslosen Einschätzung der politischen Entwicklung sehr frühzeitig zum Beispiel auf Parteimitglieder der Blockparteien der ehemaligen DDR, Mitglieder neu gegründeter Parteien im Zuge der Wende und Angehörige von Jugendorganisationen konzentriert hat.¹⁶⁸ Dazu gehörten auch Entscheidungsträger der FDJ und Führungskräfte der Kirche.

Der KGB-Mann sucht Drahtzieher

Ein hoher Offizier aus der HVA-Bezirksverwaltung Leipzig war verantwortlich für den Kontakt zu den „sowjetischen Freunden“ in der KGB-Residentur in der Richterstraße. Eines Tages wurde er dorthin beordert, um Materialien zu überreichen, die die Sowjets interessierten. Als er sich in den ersten Stock des Hinterhofgebäudes begab, wurde er einem ihm bisher unbekannten Offizier des KGB vorgestellt. „Sagen Sie Wolodja zu mir“, führte sich der neue Mann ein. Der HVA-Offizier traf bis zur Wende etwa sechsmal mit dem KGB-Mann zusammen. Stets wollte er von seinem ostdeutschen Kollegen Persönlichkeiten vermittelt haben, die sich für eine Zusammenarbeit mit der Abwehr des KGB eigneten, darunter auch Bürger von anderen sozialistischen Staaten, die sich aus beruflichen Gründen in der DDR aufhielten. Der stets Zivil tragende sowjetische Geheimdienstoffizier im Range eines Oberstleutnants sprach sehr gut Deutsch und verfügte nach Einschätzung seines DDR-Partners über hohe kommunikative Fähigkeiten. Stets pendelte Wolodja zwischen den beiden sächsischen Metropolen Leipzig und Dresden hin und her. Während der Wendewirren 1989, als sich die HVA konspirativ auflöste und ihre wichtigsten Aktenbestände vernichtete, verlor der Offizier aus Leipzig Wolodja, dessen vollen Namen er nie kannte, aus den Augen. Erst 1992

sah er ihn wieder – im Fernsehen: Es war der Genosse Wladimir Putin.

Nach Informationen von Geheimdienstexperten war Wladimir Putin nicht nur in der DDR, sondern auch in Österreich und in der Bundesrepublik eingesetzt worden. Sein Hauptsitz in der DDR befand sich in der Dresdner Angelikastraße, direkt gegenüber der MfS-Bezirksverwaltung des Bezirks Dresden. Mit dem damaligen Leiter der Abteilung 15 der Bezirksverwaltung, Oberst Herbert Köhler, der nach Erkenntnissen der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität seit 1986 eine Schlüsselrolle im geheimen Embargohandel der DDR spielte und 1989/90 eine wichtige Schaltstelle für das Verschwinden von DDR-Vermögen war, verband ihn eine sehr enge, berufliche Beziehung.

In der Nähe seiner KGB-Residenz in Dresden lebte Putin mit seiner Familie in der Radeberger Straße in einem Plattenbau. Wie nicht anders zu erwarten, leugnen Persönlichkeiten, für die sich Luch in Dresden besonders hätte interessieren müssen, tiefgehendere Kontakte zu Putin. Das betrifft den ehemaligen SED-Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer sowie den früheren SED-Bezirkschef und späteren DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow. Am 18. Juni 1987, so viel weiß man wenigstens, hat ein prominentes Treffen stattgefunden, das Putin eingefädelt hat. Wolodjas Chef, General Krjutschkow, traf einen der berühmtesten Wissenschaftler der DDR, Manfred von Ardenne. Er war Mitglied der Volkskammer, ein glühender Verfechter von Reformen und kannte Namen von möglichen Nachfolgern von Honecker. Dem Vernehmen nach soll Krjutschkow Informationen über Egon Krenz erbeten haben, über dessen reformerische Positionen der Wissenschaftler offensichtlich bestens informiert war. Ob der Abwehrchef der Sowjetunion damals die Villa des berühmten Wissenschaftlers im Prominentenviertel „Weißer Hirsch“ mit positiven Gefühlen verließ, wissen wir nicht. Von Ardenne hatte Krenz kurz zuvor in einem privaten Gespräch zu radikalen Wirtschaftsreformen aufgefordert, sich für die Abschaffung des demokratischen Zentralismus eingesetzt und stattdessen eine Entscheidungsstruktur in Partei und Gesellschaft von unten nach oben verlangt.¹⁶⁹ Auf alle Fälle stand Krenz in der entscheidenden Phase nicht auf der Wunschliste der Sowjets.

Putin – ein roter Aristokrat

Auch wenn sich der Oberstleutnant Wolodja um reformbereite Kräfte innerhalb der Staatssicherheit kümmern sollte, galt er doch bei diesen eher als Gegner von Glasnost und Perestroika. Zu den Aufgaben Putins hatte es auch gehört, dem KGB reformbereite MfS-Mitglieder zuzuführen. Einer dieser Offiziere verriet später, Putin habe auch westliche Geschäftsleute zum Dienst für den KGB erpresst, indem er sie im Hotel Neva mit Prostituierten zusammengebracht hat. Wissenschaftler, die im Westen neue Jobs suchten, wurden von Putin für die Spionage gewonnen.¹⁷⁰ Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes führte Putin darüber hinaus die engen Mitarbeiterkontakte zwischen dem Hochtechnologiekombinat Robotron und Siemens. Damit erwarb er ein Erpressungspotenzial für den KGB, das weit in die Nach-Wende-Zeit hineingereicht haben dürfte.¹⁷¹

Von den Reformvorstellungen Gorbatschows soll sein späterer Nachfolger allerdings weit entfernt gewesen sein. Deshalb gaben ihm deutsche Kollegen sehr schnell den Beinamen „Stasi“. Dieser Eindruck seiner ehemaligen MfS-Kollegen steht im krassen Gegensatz zu der Auffassung des deutschen Putin-Biographen Alexander Rahr, der „Männer wie Putin“ als „überzeugte Anhänger der Reformpolitik“ bezeichnet. Es dürfte wohl eher stimmen, dass sich Putin im Kreis engerer Bekannter als typischer Vertreter der „roten Aristokratie“ verstand, schließlich war sein Großvater ein aktiver Oktoberrevolutionär, als der Zar in St. Petersburg gestürzt wurde.

Konkurrenz auf höchster Ebene – das Länderspiel wird abgepfiffen

Mehrere Ansätze für einen Besuch Erich Honeckers in Bonn waren gescheitert (April 1983 und September 1984). Dafür trafen sich die beiden deutschen Staatsführer auf der Beerdigung von Tschernenko im März 1985. Da auch andere Staatschefs Begräbnisse zum Anlass für persönliche Gespräche nehmen, werden sie in der internationalen Politik als „Arbeitsbegräbnisse“ bezeichnet.

net. Nach den Gesprächen anlässlich Tschernenkos Beerdigung war wieder an einen Besuch des Generalsekretärs in Bonn zu denken. Aber als Bundeskanzler Kohl den sowjetischen Parteichef 1986 mit Goebbels verglichen hatte, hatte Gorbatschow den damals avisierten Besuch des SED-Generalsekretärs in Bonn unterbunden. Valentin Falin erinnert sich:

*„Was einen Besuch Honeckers in der Bundesrepublik angeht, so sympathisierte unsere Seite nicht mit einem solchen Besuch, weil wir Honecker nicht vertrauten. [...] Außerdem hatten wir Informationen aus Bonn, nach denen man versuchen wollte, Honecker unter Druck zu setzen. Und unsere Seite glaubte nicht, dass Honecker widerstandsfähig genug ist.“*¹⁷²

Der Hintergrund von Falins Äußerung: Die Sowjets hatten Angst vor deutsch-deutschen Sonderwegen über den Kopf Moskaus hinweg. Während dieser ganzen Zeit waren die Geheimgespräche über das Modell Länderspiel fortgesetzt worden. Erst Anfang Juli 1986 gab Hermann Axen, Mitglied des SED-Politbüros und Nachfolger von Häber, Professor Nitz überraschend ein rotes Signal. Er untersagte dem Professor, mit Holger Bahl weiterhin Gespräche über deutsch-deutsche Kreditmodelle zu führen. Am Rande einer Veranstaltung im IPW forderte er Nitz auf, dieser solle „das mit dem Bahl jetzt sein lassen“. Axens Anweisung gab vermutlich nur die Stimmung im Politbüro wieder, die von Mielke beeinflusst wurde. Im Ministerium für Staatssicherheit hatte sich nämlich allmählich eine Abwehrstrategie gegen die Aktivitäten Holger Bahls entwickelt. Die Grundlage hierfür war die seinerzeitige Denunziation durch Franz Josef Strauß: Er hatte gegenüber Alexander Schalck-Golodkowski geäußert, bei Holger Bahl könnten westliche Geheimdienste die Finger im Spiel haben. Deshalb empfahl die Hauptabteilung XVIII dem Präsidenten der DABA (Deutsche Außenhandelsbank) Polze und dem Generaldirektor der Handelsbank Ziesche (alias IM Halka) „mit Bahl bestehende Verträge fristgerecht zu beenden und keine weiteren Geschäftsanbahnungen beziehungsweise Abschlüsse mit ihm vorzunehmen“.¹⁷³

Das MfS ging sogar so weit, den DDR-Banker Werner Polze zu beauftragen, Holger Bahl bei der nordrhein-westfälischen

Landesbank WestLB als BND-Agent zu denunzieren. Die Intrige gelang. WestLB-Chef Friedel Neuber stimmte mit der Auffassung des MfS überein, er sei mit dem Auftreten Bahls gegenüber den sozialistischen Ländern überhaupt nicht einverstanden, „seine (Neubers) Beziehungen zu Bahl sind abubrechen“.

Die DDR fühlt sich bedroht

Ende April 1987 versetzte das MfS dem Länderspiel den Todesstoß und beurteilte das geheime Denkmodell als ernste Bedrohung der DDR. In einer Analyse der Hauptabteilung XVIII hieß es, die DDR müsse bei der Umsetzung des Länderspiels „Regelungen zustimmen, die der BRD neue Möglichkeiten für die Realisierung ihrer subversiven Zielstellungen gegen die DDR eröffnen. Diese neuen Möglichkeiten würden sich aus einer Ausdehnung des Besucher- und Reiseverkehrs in Verbindung mit der Einschränkung der Kontrollmöglichkeiten der zuständigen Organe in der DDR im grenzüberschreitenden Verkehr objektiv ergeben.“¹⁷⁴

Außenhandelsminister Gerhard Beil warnte nun Nitz und verwies dabei darauf, dass Kontakte mit Bahl für ihn gefährlich werden könnten. Doch Beil lag wohl weniger das politische Schicksal des Unterhändlers am Herzen, er dachte vielmehr an seine eigenen politischen Ambitionen im Vorfeld des geplanten Honecker-Besuchs in Bonn. Eine Gruppe um Schalck-Golodkowski und Beil versuchte an Honecker vorbei, die Initiative an sich zu reißen, und musste dafür die Linie Jenninger-Bahl-Nitz-Sindermann ausschalten.

Ausgehandelt wurden die politischen und protokollarischen Inhalte des Treffens von Kanzleramtsminister Schäuble und DDR-Verhandlungsführer Schalck-Golodkowski. Während sich in Bonn ein eher oberflächlicher Streit darüber entwickelte, wie weit man bei den protokollarischen Ehren für den anderen deutschen Staatshauptmann gehen konnte, damit dieser Besuch nicht als Anerkennung der DDR im völkerrechtlichen Sinn interpretiert werden konnte, ging es jedoch, von der Öffentlichkeit völlig unbemerkt, in Geheimgesprächen zwischen Schalck-Golodkowski und Kanzlerberater Teltschik um das brisanteste Thema, das man sich im

deutsch-deutschen Geschäft vorstellen konnte. Bis heute wird sich von allen Bonner Beteiligten darüber ausgeschwiegen.

Hinter dem Geheimverhandler der DDR stand jene Gruppe, die sich schon 1986 anlässlich der Pleiteanalyse der Hauptabteilung XVIII gebildet hatte: Außenhandelsminister Gerhard Beil, der Chef der Planungskommission Gerhard Schürer, die stellvertretende Finanzministerin Herta König und der Präsident der DDR-Außenhandelsbank Werner Polze. Diese Namen verriet Beil in einem Interview, das er der Wissenschaftlerin und Publizistin Margarita Mathiopoulos 1990 gegeben hat. Schon einige Jahre vor der Wiedervereinigung habe eine Gruppe von Wirtschaftsexperten erkannt, dass die DDR nicht mehr lange überlebensfähig sein würde. Aus diesem Grund sei es bereits 1986/87 zu einer „Unter-der-Hand-Diplomatie“ mit Verhandlungspartnern aus dem Kanzleramt in Bonn gekommen, das damals von Wolfgang Schäuble geleitet wurde. Im Kern habe man damals über die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch Bonn verhandelt. Im Gegenzug sollte dafür die Mauer fallen.¹⁷⁵

Gerhard Beil erklärte, dass seit 1982 die Außenhandelsbilanz negativ war, mit einer jährlichen Untererfüllung von 8,4 bis 25 Prozent der geplanten Exportquote. „Um zu retten, was zu retten war, hatten wir den Plan geschmiedet, zum Zeitpunkt von Honeckers Bonnreise die Grenzen zu öffnen, wenn die Bundesregierung als Gegenleistung dafür die Zweistaatlichkeit anerkennen und die finanziellen Schwierigkeiten der DDR auffangen würde.“¹⁷⁶ Als geheimen Bonner Gesprächspartner verriet Beil gegenüber Margarita Mathiopoulos den Kanzlerberater Horst Teltschik.¹⁷⁷ Beil enthüllte: „Grandioserweise hatte Bonn dem Vorhaben bereits prinzipiell zugestimmt, gescheitert ist es am Starrsinn Honeckers.“¹⁷⁸ Kohl wäre also bereit gewesen, die Einheit für die Maueröffnung preiszugeben. Bis 1989 blieb der Konföderationsplan nach den Worten Beils aber ein heißes Thema.

Natürlich haben alle westdeutschen Beteiligten diese Darstellung mit Empörung zurückgewiesen.¹⁷⁹ Bei einer Bestätigung würde die Legende vom Kanzler der Einheit zusammenbrechen, dass die Union nämlich im Gegensatz zur Sozialdemokratie niemals eine Anerkennung der DDR erwogen, geschweige denn geplant hätte.

Honecker jedenfalls war entgegen den Befürchtungen Falins auf seinem „Anerkennungstrip“ nach Bonn im September 1987 hart geblieben. Fast. Denn auf einem Abstecher in seine saarländische Heimat äußerte er überraschend zum ersten Mal öffentlich seine Zustimmung zu den alten Plänen Helmut Schmidts, die in das Modell Länderspiel gemündet waren. Von Journalisten nach der deutsch-deutschen Zukunft befragt, antwortete er sinngemäß: Wenn alle Vorhaben zwischen der Bundesrepublik und der DDR, wie sie auf seinem Besuch besprochen und vereinbart worden waren, umgesetzt würden, dann könnte die Grenze zwischen beiden Staaten in Zukunft so aussehen, wie die zwischen Polen und der DDR. Also offen!¹⁸⁰ War dies nach seinem Nein zu den Ergebnissen der Geheimgespräche von Beil & Co. ein kleiner historischer Kompromiss, der ihm da vorschwebte? Die journalistische Öffentlichkeit jedenfalls begann sofort wieder mit ihren Spekulationen. Aber Bonn dachte gar nicht daran, auf Honeckers Vorschlag zu reagieren. Dieser Satz ging im deutsch-deutschen Tagesgeschäft unverständlicherweise völlig unter. Die Begründungen, die der damalige Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble dafür gibt, sind aus heutiger Sicht nicht nachzuvollziehen. Seiner Ansicht nach war das Angebot der Reisefreiheit nicht ernst zu nehmen:

„Ach was, das war doch kein freier Reiseverkehr. Da wäre genauso kontrolliert worden. Das glaub ich im Leben nicht, in der DDR war gar nichts frei. Das Angebot hab ich nicht gehört. Das hat mir im Übrigen der Schalck-Golodkowski immer gesagt: ‚Da gibt es Leute, die machen sich eine falsche Vorstellung. Wenn wir die Mauer, also das Brandenburger Tor öffnen – und das ist Reisefreiheit – dann ist die DDR ihre Existenzgrundlage los, denn wir widerstehen Ihrem Konsumterror nicht.‘ Das war das Argument: ‚Ihr seid wirtschaftlich so attraktiv.‘ Und das hab ich geglaubt. Ich war davon überzeugt, dass er Recht hatte. Übrigens hat ja die Geschichte bewiesen, dass er Recht hatte. Reisefreiheit, wirkliche Reisefreiheit – das heißt jeder aus der DDR darf, wann immer er will, raus –, das war das Ende der DDR. Und genau deshalb haben wir es nicht geglaubt. Man wusste natürlich, das ist ihnen unmöglich.“¹⁸¹

Nicht alle teilten seine Meinung. Im Dezember 1987 besuchte Franz Josef Strauß Generalsekretär Michail Gorbatschow. Als der CSU-Chef nach München zurückkam, teilte er euphorisch mit: „Es liegt was in der Luft.“¹⁸²

Aktion „Odessa“ – die Stasi sichert ihr Überleben

Devisenboss Alexander Schalck-Golodkowski und Finanzstaatssekretärin Herta König fertigten am 16. Oktober 1987 eine geheime Information für DDR-Wirtschaftsboss Günter Mittag an. Diese bestätigte die Pleiteanalyse des vorangegangenen Jahres und versuchte, deren Konsequenzen in einer positiv formulierten Erklärung zu bemänteln, indem sie unabdingbare, längst nicht mehr erreichbare Handelsbilanzen mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsbereich (NSW) forderten:

*„Ausgehend von der uns von dir übertragenen Verantwortung zur Sicherung der ständigen Zahlungsfähigkeit unserer Republik müssen wir dich im Ergebnis unserer Berechnungen darüber informieren, dass die Zahlungsfähigkeit der DDR bis 1990 nur noch gesichert werden kann, wenn der [...] vorgelegte Plan 1988 zum NSW-Ex- und Import vollständig eingehalten wird und in den Jahren 1989 und 90 mindestens die gleichen NSW-Exportsteigerungsraten, wie für 1988 geplant, erreicht werden. Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit nach 1990 stellt noch wesentlich höhere Anforderungen an die Steigerung des NSW-Exports und damit an die Verteilungsproportionen des produzierten Nationaleinkommens.“*¹⁸³

Damit war die Sterbeurkunde der DDR für das Jahr 1990 vorformuliert. Nun kamen innerhalb der deutsch-deutschen Wendenmanöver zwei gegenläufige Strategien zum Einsatz. Offiziell behaupten die westdeutschen führenden Politiker, dass sie von einer bevorstehenden Pleitesituation der DDR nichts wussten. Der BND habe sie niemals mit derartigen Informationen versorgt (Teltschik/Schäuble). Diese Behauptung kann nicht stimmen, denn der Bundesregierung war nach dem Strauß'schen Milliardenkredit der ständige, weitere Kreditbedarf der DDR bekannt. Durch

Schalck-Golodkowski war Franz Josef Strauß über die wahre finanzielle Lage der DDR informiert. Schäuble behauptet, dass Schalck-Golodkowski ihm dagegen keine solchen Mitteilungen gemacht habe. Dies ist unglaublich, da die mögliche Kreditvariante des Züricher Modells in Geheimgesprächen aufrechterhalten wurde. Bekannt ist auch, dass ein weiterer zwischen Schalck-Golodkowski und Schäuble andiskutierter Kredit zunächst nicht zustande kam, weil die DDR-Seite befürchtete, eine zu große Publizität könnte ihre mangelhafte Kreditwürdigkeit auf den internationalen Finanzmärkten noch stärker belasten. Ein Entrinnen aus dieser Zwickmühle stellte schließlich die relativ unspektakuläre Erhöhung der Transitpauschale dar, eine letzte Hilfeleistung von Schäuble an Schalck-Golodkowski, die den Zusammenbruch der DDR hinausschob. Schäuble ist bis heute stolz darauf:

„Ich hab es so verstanden und verstehe es noch heute so, dass die Politik einer begrenzten Öffnung der innerdeutschen Grenze nur möglich war mit Bonner Hilfe. Wir hätten die DDR länger am Leben gehalten, als sie am Leben geblieben wäre ohne uns, glaube ich bis heute nicht. Meine Überzeugung ist: Hätten wir diese Hilfe nicht geleistet, wäre die Reaktion eine stärkere Abschottung der DDR gewesen. Vielleicht hätte das den inneren Druck in der DDR erhöht, wer weiß. Ich gebe auch zu, wir haben uns nicht vorstellen können, dass es im Ostblock zu einer Entwicklung kommt und Moskau sagt: ‚Na gut, dann ist es halt so.‘ Das haben die Amerikaner besser erkannt. Der amerikanische Botschafter Vernon Walters hat mir erklärt, dass in seiner Amtszeit die Wiedervereinigung kommen werde und da habe ich ihn angeguckt wie ein Kind ein Auto. ‚Im April 89‘, sagte er, ‚innerhalb von drei Jahren kommt die Wiedervereinigung.‘ Er meinte, die Gründe dafür seien die Aufgabe der Breschnew-Doktrin, der Rückzug aus Afghanistan, der Verzicht der Sowjets auf Waffengewalt und ihre Glaubwürdigkeit, seit sie sich aus Afghanistan zurückgezogen haben. Das ist es, was wir so nicht gesehen haben, deswegen konnten wir es uns nicht vorstellen. Aber da waren wir nicht alleine, die allermeisten in Deutschland konnten es sich nicht vorstellen und manche waren ja noch nach dem Fall der Mauer der Meinung, man solle jetzt nicht von Wiedervereinigung reden.

Das sind diejenigen, die uns jetzt vorwerfen, wir hätten die Wiedervereinigung ein paar Jahre früher haben können, wenn wir die DDR nicht unterstützt hätten.“¹⁸⁴

Devisen verschwinden ins Ausland

Die Erhöhung der Transitpauschale war langfristig angelegt und kam wegen des ungeplanten Endes der DDR nicht mehr zum Tragen, aber sie gab den agierenden Seilschaftern Raum, um den möglichen Zusammenbruch der DDR vorzubereiten: Sie wussten, von Bonn drohte keine Gefahr. Sie planten die Rettung des Devisenvermögens vor einem Staatskonkurs und beabsichtigten, es bei einem staatlichen Zusammenbruch zu veruntreuen. Dies war der Startschuss für den „Milliardencoup“, für das Jahrtausendgeschäft mit der Wiedervereinigung. Zwei Jahre Zeit verblieben also den Devisenschiebern des Koko- und SED-Imperiums, um ihre Devisen vor dem Konkurs der DDR zu bunkern und für den neuen Staat zu retten. Schalck-Golodkowski richtete auf den Bahamas ein Konto unter dem Decknamen „Alexander“ ein. Die Transaktionen, die zum Milliardencoup führten, begannen.

In den Memoiren und Artikeln von und über Markus Wolf wird man nichts davon erfahren: Als Vorbild für diese Aktivitäten soll angeblich eine Aktion der Nazis in den Jahren 1944 bis 46 gedient haben. Eines der Lieblingsthemen der Hauptabteilung Aufklärung, der Auslandsspionage der DDR, waren die geheimen Überlebensstrategien der Nazis nach ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Diese Strategien trugen den Decknamen „Odessa“. Der britische Autor Frederick Forsyth hat über dieses NS-Projekt 1972 einen weltberühmten Roman geschrieben, „Die Akte Odessa“. Offiziere der HVA kauften in der Bundesrepublik und Österreich nahezu alle Bestände dieses „Standardwerkes“ auf, das sich mit dem Überleben im Untergrund befasste.

Odessa hatte noch während des Kriegs Pläne entwickelt, um Nazivermögen und hohe NS- und SS-Kader ins Ausland zu retten. Ziele zum Untertauchen waren die USA, Südamerika und Australien. Es wurden Verbindungen zu kroatischen faschistischen Mitarbeitern des Vatikans in diese Länder genutzt, um die so genannte rettende „Ratten-Linie“ ins Ausland zu organisieren.

Vom antifaschistischen Verfolgungswahn beseelt, versuchte die HVA, eine Verbindung zwischen Odessa und der Organisation Gehlen sowie dem späteren BND herzustellen. Doch trotz aller Bemühungen misslang dieses HVA-Unternehmen. Als einziges Ergebnis konnte Markus Wolfs Truppe die inneren Strukturen von Odessa studieren und sie zum Vorbild für eine eigene Überlebensstrategie machen. Hinter dem zu kopierenden Modell verbarg sich eine Gruppe von politischen und wirtschaftlichen Größen des „Dritten Reichs“, die sich 1944 in dem Straßburger Hotel Maison Rouge getroffen hatte: Industrielle, Angehörige des NS-Geheimdienstes SD (Sicherheitsdienst) und Mitarbeiter des Rüstungsministeriums. Nach diesem Treffen wurde eine erste Marge von fünf Milliarden Reichsmark in der Schweiz deponiert.¹⁸⁵ Die Führung des MfS ging nach dem Nazi-Muster vor. Gerettet werden sollten die Kader und das Vermögen des MfS und der SED, das aus Auslandsfirmen, Tarnfirmen im Westen, die für Schalck-Golodkowskis Koko-Imperium arbeiteten, und aus Immobilien in- und außerhalb der DDR bestand. Hierzu gehörten geheime Bankkonten, die diesen Firmen zugeordnet waren und auf denen Devisen versteckt wurden, um sie vor einem möglichen Bankrott der DDR zu retten.

Nicht nur diese Nazi-Aktion, auch die Praktiken des KGB dienten dem MfS und seinen Seilschaften als Vorbild. Der Geheimdienst befürchtete, dass Gorbatschows Reformprojekt aus wirtschaftlichen Gründen scheitern könnte. So wurden Teile des sowjetischen Vermögens im westlichen Ausland auf neu gegründete Außenhandelskonzerne verteilt. Eine weitere Rettungsmöglichkeit boten Kredite, die an treue Genossen vergeben wurden. Seit 1987 wurden Gelder an Unternehmer, die überzeugte Anhänger von Glasnost und Perestroika waren, verteilt. Sie entstammten zumeist der Jugendorganisation Komsomol und galten als politisch unverdächtig. Fast alle Reichen und Superreichen im heutigen Russland begannen so ihre Karriere. Ein weiterer Trick war das so genannte „Umrubeln“, also Verrechnungsbetrug, der später bei uns zum Transferrubelbetrug wurde. Systemtreue Unternehmer konnten US-Dollar zu unglaublich günstigen Bedingungen erwerben, die sie mit einem Gewinn von mehreren tausend Prozent zurückverkauften.

Die KPÖ hilft beim Schmuggeln

Der damalige Chef der Wiener Staatspolizei, Oswald Kessler, schilderte dem Autor im Mai 1993 die Rolle Österreichs im Milliardencoup der Seilschaften. Die Sowjets und die DDR nutzten hierbei die traditionell gewachsenen Beziehungen der Alpenrepublik in den Ostblock, die aus der sowjetischen Besatzungszeit herrührten. Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) hatte in den 50er Jahren im Schatten der sowjetischen Besatzungsmacht und mit ihrer Hilfe ein undurchsichtiges Wirtschaftsnetz errichtet, das für verdeckte Geschäfte im Ost-West-Handel genutzt wurde. Nach der wiedererlangten Souveränität Österreichs deckte die Regierung in Wien weiterhin die undurchsichtigen Geheimdienstaktivitäten im Wirtschafts- und Spionagebereich. Wien wurde zur Schlangengrube, zum europäischen Zentrum für Ost-West-Spionage, Embargobruch und Devisenschmuggel.

Als die NATO ein Technologieembargo gegen den Ostblock verhängte, bot sich Österreich als Drehscheibe des Embargobruchs geradezu an. Von westlichen High-Tech-Konzernen wurden Handelsfilialen in der „neutralen“ Alpenrepublik hochgezogen. Österreich hatte eine direkte Grenze zum Ostblock, die nicht von den Alliierten und der NATO kontrolliert wurde. Außerdem verfügte Österreich über ganz besondere Strukturen, die sich zum Schmuggeln für den Kommunismus eigneten: den Wirtschaftsapparat der KPÖ, der während der Besatzungszeit in geheimdienstlicher Struktur von den Sowjets mit österreichischen Stroh Männern und Treuhändern aufgebaut wurde. In Glanzzeiten 100 Firmen, zur Wende immer noch die Hälfte, verbuchten sie jährlich einen Umsatz von 1,5 Milliarden D-Mark. Insider schätzten das Vermögen der KPÖ 1993 auf umgerechnet eine Milliarde Euro, aufgehäuft durch Parteifirmen des Wirtschaftsapparates der KPÖ im Osthandel. Aber es ist zu vermuten, dass nicht die Partei die Firmen besaß. Vielmehr hielt sich ein undurchsichtiger Konzern eine Partei. Die war offiziell bettelarm.¹⁸⁶

Die Firma Novum versteckt einen Schatz

Der Fall der Novum wirft ein Schlaglicht auf die Methoden und die Beteiligten, mit denen Ost-West-Seilschaften, kommunistische Parteibonzen, westliche Unternehmer und Banken, politisch Verantwortliche in Wien – unter deren Augen Geschäfte dieser Art abliefen – sowie Geheimdienste den Milliardencoup duldeten oder organisierten. Es bildete sich ein illustrierter Kreis von Insidern, Informanten, Zuschauern und politischen Abschirmern, so zum Beispiel um den später verurteilten Udo Proksch, damaliger Besitzer des Prominenten-Cafés Dehmel. Ein sehr pittoresker Treffpunkt war auch die ehemalige Stammkneipe von Helmut Qualtinger, Gudruf, geleitet vom Altstalinisten Rudi Wein. Sie war ein beliebter Treffpunkt für Agenten und Spione aller Couleur im 1. Bezirk, der Altstadt Wiens.

Mit der Novum, die treuhänderisch von der KPÖ verwaltet wurde, zogen die roten Wendeschieber den größten Deal durch: Nach bewährtem Prinzip wurde diese DDR-Firma von westlichen Treuhändern geführt, in diesem Fall seit 1983 von der Österreicherin Rudolfine Steindling. In einer Erklärung, die der Handelsregisterakte der Novum am 16. März 1978 beigelegt wurde, verpflichtete sich Rudolfine Steindling, dass sie „bei der Ausübung der Gesellschaftsrechte ausschließlich als Treuhänderin der ‚Zentrag – Vereinigung Organisationseigener Betriebe‘ (VOB) handeln und sich ‚in dieser Eigenschaft ausschließlich an die Weisungen der Zentrag“ halten werde.“¹⁸⁷ Die spätere Wiener Kommerzialrätin war zu jener Zeit Finanzchefin der KPÖ. Die „rote Fini“, wie sie in Österreich genannt wurde, ließ die entsprechenden Treuhandverträge verschwinden und schusterte so der KPÖ eine SED-Parteifirma im Wert von 600 Millionen D-Mark zu. Novum kassierte horrenden Summen aus Provisionsgeschäften im Ost-West-Handel. Nach Recherchen der Berliner Kripo liefen sie immer nach demselben Muster ab. Uwe Schmidt, Kriminaloberrat der Abteilung Regierungskriminalität, schilderte dem Autor im Mai 1993 den damaligen typischen Ablauf:

„Wie sonst auch bei Im- und Exportgeschäften üblich, sind also auch bei dem Ex- und Import der DDR Provisionen geltend gemacht

worden. Die wollte man allerdings selbst erlösen, verdienen. Deshalb sind Firmen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung oder von Koko mitverwaltete Parteifirmen für diese Zwecke verwendet worden, die auch im alten Bundesgebiet ansässig waren. Die Provisionen, so genannte Zwangsprovisionen, Größenordnung fünf bis zehn Prozent des Warenwertes, sind dann im Bereich Koko auf Konten der Deutschen Handelsbank zugeflossen und teilweise weitertransferiert worden ins benachbarte Ausland, insbesondere in die Schweiz, nach Lichtenstein und nach Österreich.“

1990 stellte die Treuhand die Ost-Berliner Novum unter ihre Verwaltung, nichts ahnend, dass diese Firma in der Schweiz einen großen Schatz versteckt hatte. Auf den Züricher Hausbanken des SED-Novum-Imperiums, der Cantrade Bank, Coutts & Co. und der Bank für Handel und Effekten lagerten zur Wende etwa eine halbe Milliarde D-Mark Provisionsgelder aus dem Ost-West-Geschäft. Ab Oktober 1989 flossen erhebliche Beträge nach und nach ab, wurden abgehoben oder überwiesen. Zunächst überwies Rudolfine Steindling 180 Millionen D-Mark auf Drittkonten bei 60 Banken in den USA, Kanada, Westdeutschland, Israel, Hongkong, Taiwan und Italien. Im Unklaren blieb, wer über diese Konten verfügte. In einem weiteren komplizierten Manöver transferierte die Kommerzialrätin 250 Millionen D-Mark in 58 gegenläufigen Kontobewegungen hin und her, bis sie auf Nummernkonten der KPÖ in Wien landeten. Eine der beteiligten Schweizer Banken stellte daraufhin wegen des Verdachts der Geldwäsche Selbstanzeige. Von der Züricher Bezirksanwaltschaft wurde Frau Steindling deshalb vernommen. Hier ein Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll:

Frage: *„Das Geld floss auf eine ganze Reihe verschiedener Konten, was war der Grund?“*

Antwort: *„Es wurde mir von meinen Vorgängern ein Herr vorgestellt, der mir Einzahlungsscheine auf Sparbücher brachte, ein Dr. K. Er übergab entweder Einzahlungsquittungen oder Inhaber-Sparbücher und gab die Dispositionsanweisungen. Wir kannten die Endbegünstigten nicht. Wir führten die Überweisungen gemäß den Angaben von Dr. K. durch.“*

Rudolfine Steindling behauptete mit anderen Worten, sie habe bei Steuerhinterziehungen mit Geldern geholfen, die angeblich der KPÖ gehörten. Ein untauglicher Versuch der Entlastung. Nominell ein Unternehmen der KPÖ, wurde die Novum bereits in den frühen 50er Jahren mit Firmensitzen in Wien und Ost-Berlin aufgebaut. Beherrscht wurde das Unternehmen jedoch von der SED beziehungsweise der Stasi und der von ihr beherrschten Embargofirma Zentrag. Auf dieser Grundlage baute die Novum ein Imperium im Ost-West-Handel auf, das die Finanzierung der Bereiche Bau, Verkehr, kommunale Einrichtungen, Energie- und Umwelt, Industrieanlagen, Industrieprodukte und Energieversorgung umfasste. Die Novum galt bei den ehemaligen DDR-Wirtschaftsbossen als sicheres Unternehmen, das über den Sitz in Wien und der dortigen politischen Abdeckung für fast alle Beschaffungsbereiche – inklusive der Devisenerwirtschaftung – eingesetzt werden konnte.

Nach der Wende bestritt Rudolfine Steindling die Zugehörigkeit der Novum zum Koko-Bereich Schalck-Golodkowskis. Nach ihrer Aussage sollte das Unternehmen – und damit auch die fast 500 Millionen D-Mark, die sich Anfang 1990 noch in der Kasse befanden – ganz der KPÖ gehören. Mit welchen Mitteln die Gruppe um Rudolfine Steindling bereit war, das Geld für sich zu sichern, zeigt ein Ermittlungsverfahren der Berliner Staatsanwaltschaft vom Juli 1997.¹⁸⁸

„Die DDR hat bereits in den 80er Jahren damit begonnen, Vermögen zu verschleiern. Insbesondere wurden Geldwerte auf Konten transferiert im In- und Ausland, die auf natürliche Personen lauteten und nicht auf DDR, um einen Zugriff bei einem möglichen Staatsbankrott durch Gläubiger, Auslandsgläubiger zu vereiteln. Allerdings ist der Zeitvorlauf so groß, dass ich also die Befürchtung habe, dass wir die Vermögenswerte im Einzelnen nicht wieder finden werden, was auch zu tun hat mit fehlenden Ermittlungskapazitäten hier und insbesondere bei der Staatsanwaltschaft. Ich habe also tatsächlich die Sorge, dass wir wesentliche Vermögenswerte nicht wieder sehen werden.“¹⁸⁹

Die im Zentrum des Deals stehende KPÖ-Treuhänderin Rudolfine Steindling, Wiener Kommerzialrätin und Finanzchefin der KPÖ,

war Duzfreundin des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky. Vranitzky wiederum war früher Chef der Wiener Z-Bank, einem Finanzinstitut, das auch Geschäfte der Novum abwickelte. Die rote Fini nutzte zur Geldwäsche des Novum-Vermögens Konten des Schlaff-Imperiums in Österreich wie in der Schweiz.¹⁹⁰ Unternehmer Schlaff war seit 1987 Stasi-Agent unter dem Decknamen „Landgraf“ und eine Drehscheibe des Embargobruchs. Geradezu atemberaubend war die politische und damit wirtschaftliche Macht von Firmengebilden wie der Robert Placek Holding, auch Schlaff-Gruppe genannt. Schlaff konnte dabei auf ein Netz von Anwälten bauen, die sein Imperium abschirmten.¹⁹¹ Schlaff nutzte nach Ansicht der Ermittler sein internationales Firmenimperium als Schaltstelle des Milliardencoups in Österreich. Astronomische Summen flossen über seine Konten in alle Teile dieser Welt.

In der österreichischen Schlangengrube versickerte aber nicht nur Parteivermögen der SED. Mindestens 450 Millionen D-Mark aus dem Vermögen des Außenhandelsministeriums des Ministers Gerhard Beil, genannt „die Katze“, verschwanden via Alpenrepublik. Auch Beil war ein enger Freund der roten Fini. Genutzt wurden Konten der Bank Austria, der ehemaligen Österreichischen Länderbank, wo er sogar im Zeitraum des Milliardencoups einen „Beratervertrag“ erhielt.¹⁹²

Wo überall sind noch Gelder?

Als die deutsche Bundesanwaltschaft um Amtshilfe bat, um bei Schlaff, Steindling und der Bank Austria Hausdurchsuchungen durchzuführen, wurden die Betroffenen von der Justiz gewarnt. Die interessierenden Akten waren gesäubert. Rudolfine Steindling ließ in einem Verhör bei der Züricher Kantonspolizei sogar noch die freche Bemerkung fallen, sie wundere sich über die Aufregung, die die Novum bei den Ermittlern verursachte. Der Fall Novum sei eher uninteressant, viel größere Geschäfte seien mit der Sowjetunion gelaufen.¹⁹³

Im Fall Novum ging die Rechnung der roten Seilschaften nicht auf. Die deutschen Ermittler fanden den ihrer Meinung nach eindeutigen Beweis, dass die Novum zum Parteivermögen der

SED gehörte. Dokumente der Ost-Berliner Anwaltskanzlei Gentz belegen, dass alle Novum-Geschäftsführer nicht im Auftrag der KPÖ, sondern der SED gehandelt haben. Allerdings handelte es sich bei den Dokumenten nur um Kopien. Die Originalurkunden waren verschwunden. Das war rechtlich problematisch. Die Treuhand klagte nun auf die Herausgabe des Novum-Vermögens. Die erste Instanz ging 1997 verloren. Es wurde die ganze Zeit weiter ermittelt. Die Treuhand lobte schon 1994 bis zu fünf Millionen D-Mark Belohnungen für sachdienliche Hinweise aus, die zum Auffinden von veruntreutem SED-Vermögen führten. Schließlich kam ein solcher Hinweis aus der Reihe der Steindling-Anwälte.

Daraufhin fanden die Ermittler bei der Durchsuchung der Kanzlei des Präsidenten der Berliner Anwaltskammer ein Protokoll in Form einer notariellen Urkunde, in dem die Berliner Anwälte von Steindling darlegen, dass seit 1992 eine konspirative Runde von deutschen, schweizerischen und österreichischen Anwälten und Kontakteuten Steindlings getagt habe, um das Verfahren zu steuern. Unter anderem sei beschlossen worden, dass der deutsche Steindling-Anwalt, der Ex-SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt, sich die Unterlagen von dem früheren Ost-Berliner Notariat besorgt, in dem die Treuhandklärung Steindlings abgefasst wurde. Schmidt forderte die Akte an und entnahm ihr fünf wichtige Protokollblätter, die die Eigentümerschaft der DDR an der Novum stützten.

Weiter beschlossen die Anwälte laut Protokoll „den Zeugen Heinz Wildenhain“ – ehemalig SED-Finanzchef – „noch einmal zu bearbeiten“, da er sich erinnert hatte, dass „doch Geld der SED in die Novum eingeflossen ist“. Bei weiteren „dirty tricks“ wollten die Berliner nicht mehr mitspielen, nachdem ihr Kopf Manfred Schmidt in Haft kam, da er das Millionenhonorar seiner Auftraggeber nicht versteuert hatte.¹⁹⁴

Erst Ende 2004 verkündete das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sein letztinstanzliches Urteil und sprach rund 255 Millionen Euro der Bundesrepublik Deutschland zu – 15 Jahre nach dem Mauerfall.¹⁹⁵ Auf über zehn Milliarden Euro wird der Gesamtschaden geschätzt, der durch veruntreute SED-Gelder verursacht wurde.¹⁹⁶ Nur zwei Milliarden konnten darüber hinaus bisher sichergestellt werden. Konkrete Fahndungsmaßnahmen

laufen 15 Jahre nach der Wiedervereinigung in Ungarn, Liechtenstein, der Schweiz, Spanien und Italien. In diesen fünf Ländern vermuten die Ermittler mindestens 500 Millionen Euro, die aus Ungarn dorthin abgeflossen sind.¹⁹⁷ Allein mehrere hundert laufende Meter soll der auszuwertende Aktenberg in Ungarn umfassen, wo Unternehmen der DDR bis 1989 Konten bei der ehemaligen ungarischen Nationalbank und der staatlichen Außenhandelsbank unterhielten. Diese Konten sind inzwischen leer gefegt. Betont werden muss dabei, dass die PDS sowie ihre Vorsitzenden, Gregor Gysi und Lothar Bisky, zur Aufklärung des Milliarden-Coups der SED/PDS aus eigener Initiative keinerlei Hilfe geleistet haben. Die Beteuerungen der PDS, nichts von den verschwundenen SED-Milliarden zu wissen, ist unglaublich, zumal Gysi in einen der spektakulärsten Geldverschiebungsversuche involviert war, dafür aber bis heute juristisch nicht belangt wurde: Er versuchte, Valentin Falin zu überreden, bei der Verschleierung der Verschiebung von 107 Millionen Mark in die Sowjetunion zu helfen (der so genannte „Putnik-Deal“). Nach Feststellung des Berliner Landgerichts wusste Gysi, dass es sich hierbei um ein Scheingeschäft handelte. Falin sollte bestätigen, dass diese SED-PDS-Gelder der KPdSU zustanden, weil die SED dort angeblich Altschulden hatte. Falin lehnte eine Mitwirkung der KPdSU bei diesem Coup empört ab. Der Coup scheiterte aufgrund des schnellen Eingreifens der ZERV.¹⁹⁸ Die Beihilfe Gysis bei diesem Coup und der Coup als Ganzes sind heute – sogar in der politischen Öffentlichkeit – so gut wie unbekannt. Während jeder noch so kleine Parteispenskandal zu politischen Krisen führt, bleibt Medienstar Gysi allein in diesem einen Fall von 107 Millionen Mark verschont.

Bisher ungeklärt ist, welche Rolle in diesem Überlebens- und Wendeszenario der idyllische Ort Römhild an der bayerisch-thüringischen Grenze spielte. Hier trafen sich unmittelbar am Todesstreifen seit Mitte der 80er Jahre immer wieder hochrangige Mitglieder der Stasi und der SED zu Besprechungen auf dem „Töpferhof“, einem VEB-Handwerksbetrieb. Der Töpferhof war als konspirativer Treffpunkt ausgewählt worden, da er auch zur DDR hin durch eine Kontrollmauer im unmittelbaren Grenzbereich gesichert war. Unkontrolliert kam niemand in dieses

Örtchen mit wenigen hundert Seelen. Außerdem befand sich in der Nähe von Römhild die Datscha und Jagdhütte des Spionagechefs Markus Wolf. Von Zeit zu Zeit wurden die zuständigen Grenztruppen vom MfS-Wachregiment „Felix Dzierzynski“ ersetzt. Offensichtlich veranstalteten dann Personen dort Treffen, die vom MfS abgesichert wurden.

Doch nicht nur heimliche SED-Seilschaften trafen sich hier. Hans Schwenke, DDR-Bürgerrechtler¹⁹⁹, wurden Eintragungen aus dem Gästebuch des Töpferhofes zugespielt. Daraus geht hervor, dass Gesprächspartner aus aller Welt in Römhild auftauchten, die inoffiziell, über die „kleine Schleuse“ in der Mauer zwischen dem östlichen Römhild und dem westlichen Irmelshausen herüberkamen. Kleine Schleusen waren über den gesamten Verlauf der Mauer eingerichtet worden, um Agenten unbeobachtet in die Bundesrepublik einsickern zu lassen. Nun dienten sie der konspirativen Kontaktaufnahme zu westlichen Politikern und Wirtschaftsbossen. Legendierte Treffen fanden bis in die letzten Tage der Regierung Modrow statt, als nachgewiesenermaßen noch Krenz und Modrow dort auftauchten.²⁰⁰ Die merkwürdigen Begebenheiten auf dem Töpferhof veranlassten den Schalck-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags, den ehemaligen Chef des Betriebes Siegfried Gramann wie auch seine Mitarbeiter vorzuladen. Doch nur Tage vor ihren Vernehmungen starben die Zeugen plötzlich. Drei Taxifahrer, die früher zum Wachschatz dieses MfS-Objektes gehört hatten, fielen ebenfalls ominösen Morden zum Opfer.²⁰¹

III DIE WIEDERVEREINIGUNG 1988–1990

Im Februar/März 1988 traf der als HVA-Chef zurückgetretene Markus Wolf in Moskau auf seinen ehemaligen Kollegen Wladimir Alexandrowitsch Krjutschkow, ehemals Chef der sowjetischen Auslandsspionage sowie der abgeschotteten KGB-Einheit Luch in der DDR. Dieses zweiwöchige Treffen, das mittels privater Videoaufnahmen mit Datumsanzeige in einem Film des MDR dokumentiert wurde, dürfte den Beginn der Wolf-Strategie markieren, sich als führenden Perestroikianer der DDR aufzubauen und mit Hilfe der KGB-Einheit Luch in der DDR seine Bataillone für den Sturz des Honecker-Regimes zu sammeln. Schon auf seiner so genannten Feldherrenhügel-Rede²⁰² zu seinem Abschied als Chef der HVA im Herbst 1987 hat Wolf, allerdings nach Beurteilung von Augenzeugen sehr verklausuliert, vom möglichen Ende des alten Systems gesprochen. Denn unter den über 200 führenden Geheimdienstoffizieren waren nur wenige Vertraute des Abwehrchefs, also potenzielle Kampfgenossen, die für eine Wende eintraten. Hätte sich Wolf anlässlich dieser Rede geoutet, hätte er mit seiner Festnahme rechnen können. Aber die, die es hören wollten, hörten es: Die Perestroika wird kommen.²⁰³

Valentin Falin unterbreitete im März 1988 eine Analyse, in der er darlegte, dass Bonn in der Lage sei, die DDR innerhalb von drei Monaten völlig zu destabilisieren. „Aus Informationen, die wir erhielten, ging hervor, dass die Bundesrepublik das politische Klima im ‚Osten des Landes‘ (sic!) immer stärker beein-

flusste. Aber vorläufig halte es Kohl nicht für opportun, die Dinge zu forcieren. Er wolle abwarten, bis die Frucht von innen heraus reif wäre. Deshalb habe er es sich sogar gestattet, Honecker 1987 zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik einzuladen.“²⁰⁴

Eine Prophezeiung aus den USA – die Mauer fällt im Herbst 1989

Im Mai flog Manfred Uschner mit Hermann Axen und einer DDR-Delegation nach Washington. Die Ostdeutschen waren von Professor David Livingston eingeladen, dem langjährigen Chef des Germanistischen Institutes der Hopkins University, ein US-Professor mit außerordentlich guten und engen Beziehungen zur DDR. Dieser Besuch diente zwei Anliegen, zum einen sollte er das Klima zwischen den USA und der DDR verbessern und außerdem die Möglichkeiten eines Honecker-Besuchs in den Vereinigten Staaten ausloten.

Fast 1.000 Gäste besuchten den Empfang der Hopkins University zu Ehren Axens. Darunter war die ganze wissenschaftliche, außenpolitisch orientierte Intelligenz aus Washington. Manfred Uschner wurde an einen von der DDR-Delegation weit entfernten Tisch gesetzt, der durch ein Pflanzengitter vom Rest des Saales etwas abgeschirmt war. An diesem Tisch stellten sich mehrere Herren als Mitarbeiter des State Department vor.

„Und dort wurde mir sofort von einem ziemlich hoch gewachsenen Mann gesagt, dass wir jetzt kein normales Gespräch führen werden, wie es gerade Mr. Axen führt. Er sagte: ‚Wir wollen mit Ihnen über einige Dinge sprechen. Wir kennen Ihre Kontakte zu Bahr, und wir wissen auch aus unseren Kontakten nach Moskau, dass Sie nicht mit zwei Zungen reden. Wir kennen Ihre Grundüberzeugung. Wir haben vor Jahren überlegt, ob wir Sie anwerben sollen, aber es kam von verschiedener Seite die Meinung, dass Sie dazu nicht bereit sein würden. Man fürchtete, dass Sie Ihre Haltung aufgeben und das wäre kontraproduktiv gewesen. Außerdem würden Sie Ihr Herz und Ihre Überzeugung zu sehr auf der Zunge tragen und das sei für Geheimdienstarbeit nicht geeignet. Wir sagen Ihnen das ganz offen, weil das, was wir Ihnen sagen, auch ganz offen sein wird.‘“²⁰⁵

Die Männer von State Department verblüfften den überraschten Politbüromitarbeiter mit der Information, sie hätten überall in der DDR ihre Leute sitzen, insgesamt über 900 Informanten, auch im Apparat des Politbüros.

Uschner kam sich wie durchleuchtet vor, als er erfuhr, dass die Amerikaner anscheinend alles von ihm wussten und kannten, seine Aufsätze und Vorträge in der DDR, seine Auftritte in Pätz beim Oberkommando der Grenztruppen der DDR, sein Verhältnis zur Sozialdemokratie, seine Beziehungen nach Moskau. Alles lag offen. Die Amerikaner kannten den Reformier in- und auswendig.

„Der Hochgewachsene sprach Klartext: ‚Also, wie Sie wahrscheinlich wissen, haben wir ja schon im vorigen Jahr durch Unterstaatssekretär Sonnenfeld zu Professor Reinhold sagen lassen, dass die DDR in den nächsten zwei bis vier Jahren am Ende ist. Und wir fürchten, dass es ein Chaos geben wird, wenn es zu einem militärischen Konflikt kommt. Wir und die Russen müssten uns dann einmischen und das wollen beide nicht. Wie wir wissen, gehen Sie auch davon aus, dass die DDR nicht mehr lange existiert. Ich möchte Ihnen sagen, dass dies wahrscheinlich etwa zehn Tage nach dem 40. Jahrestag der DDR geschehen wird. Dann wird die Mauer fallen. Wir haben eine Bitte: Wenn die politische Krise ausbricht, fahren Sie bitte nach Pätz und sagen Sie dort den Ihnen Vertrauten, sie mögen die Mauer und die Grenze zur BRD noch sechs Wochen halten, bis wir mit den Russen alle technischen Details geklärt haben!‘ Zur Nachspeise waren die schon wieder weg. Meine Gefühle waren völlig durcheinander. Das Gespräch kam für mich vollkommen überraschend und hat mich aufgewühlt. Über meine sowjetischen Kontakteleute war merkwürdigerweise kein Wort gefallen. 900 Spitzenquellen sollten die USA in der DDR haben? Ich konnte mir das damals nicht vorstellen. Klar war mir nur: Über dieses Gespräch konnte ich mit niemandem reden. Mit niemandem! Ich habe es nach meiner Rückkehr aus den USA auf der Straße mit meiner Frau besprochen. Wir wussten, dass nun eine sehr schwierige Zeit auf uns zukommen würde, nicht frei von Gefahren. Wem konnte man noch vertrauen? Ich konnte nur schweigen. Ich habe selbst meinen sowjetischen Kontakteleuten nichts erzählt, das heißt erst zum Schluss, als dann das Ende der DDR besiegelt

*und die Mauer gefallen war. Wie sollte ich wissen, wen die Amerikaner alles in Moskau hatten?*²⁰⁶

Manfred Uschner wunderte sich, als er einen unerwarteten Anruf von Abteilungsleiter Sieber bekam, er solle herunterkommen in die Reisestelle. Es lägen für ihn und seine Familie Flugtickets und auch Reisespesen nach Moskau bereit, sie seien vom 26. bis 29. Mai Gäste der KPdSU. Erstaunlich war auch, dass Axen keine Reiseerlaubnis geben musste. Alles schien irgendwie eingefädelt. Wieder wurde Uschner auf dem Moskauer Flughafen von Genosse Viktor Kulakow abgeholt, diesmal aber residierte Familie Uschner gleich in einer noblen Suite in dem Gästehaus Oktjabrskaja mit Konfekt und Mineralwasser. Der Grund der Einladung war schnell erklärt. Sagladins Faktotum Kulakow stellte Manfred Uschner seinen neuen Kontaktmann vor, Anatoli Kowrigin. Die beiden sprachen viel auf Waldspaziergängen und in Museen und vertieften schnell ihre Beziehung. Am zweiten Tag wurde Uschner im Oktjabrskaja in einen Saal gerufen, der normalen Gästen verschlossen war.

„Durch dicke Vorhänge wurde ich in einen Raum gezogen, wo das Geschirr aus Silber war und wo es Berge von rotem und schwarzem Kaviar gab. Aus Silberkrügen wurde immer nachgeschenkt. Die Bedienung war ganz anders gekleidet, viel vornehmer. Der Raum hätte auch der eines US-Milliardärs sein können. Ich wurde mit großer Freundlichkeit von einem Mann begrüßt, dessen Namen ich nicht kannte, man hatte ihn mir nur nuschelnd vorgestellt. Anwesend war noch der Chef des KGB für Westeuropa und die BRD, Valentin Koptelzew, der auch noch nach der Wende in der Ost-Berliner Botschaft tätig war. Ich habe erst Jahre später im Fernsehen gesehen, wer der Gastgeber war. Es war der Mann, der später gegen Gorbatschow den Putsch anführte, Gennadi Janajew, später Mitglied des Politbüros und stellvertretender Präsident der UdSSR, damals Gewerkschaftschef. Und die wollten nun von mir detailliert wissen, wie die Lage in der DDR ist und ob sie noch zu retten sei oder nicht. Insofern war ich da ein Drahtzieher, weil ich ihnen gesagt habe, sie ist nicht mehr zu retten. Das war das erste Mal, dass ich auf eine klare Frage eine klare Antwort gegeben habe. Ich habe ihnen gesagt, dass sie es

verpasst hätten, diese Honecker-Gruppe abzusetzen und reformerische Leute ans Ruder zu bringen. Ich habe da ein paar Namen genannt: Felfe, Krolikowski, Jarowinsky und mit Fragezeichen versehen, weil ich ja wusste, dass er gute Kontakte nach Moskau hatte, sowie Willi Stoph, aber das war alles für sie nichts Neues. Koptelzew nickte. Janajew nahm das alles mit unbewegtem Gesicht zur Kenntnis. Die wussten auch, dass ich in den USA gewesen war. Die haben mir aber nicht eine Frage zu meiner USA-Reise gestellt! Ich hatte den Eindruck, sie wussten, was ich da besprochen hatte. Es gab also längst ozeanübergreifende Kontakte zwischen den Amis und den Russen.“²⁰⁷

Mit dieser Schlussfolgerung lag Uchner nicht falsch. Milton Bearden war seit 1990 Station Chief der CIA in Bonn, also der leitende CIA-Agent in der Bundesrepublik und als solcher zuständig nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für Ostmitteleuropa. Mit Ausbruch des Afghanistankriegs leitete er in Kabul die amerikanischen Geheimdienstoperationen und ging nach dem Abzug der Sowjets nach Washington zurück. Auf einer Tagung („Spionage für den Frieden“) im Mai 2004 in Berlin, die die Rolle der Geheimdienste zum Thema hatte, verriet er nicht viel. Das meiste wird noch für Jahrzehnte im Dunkeln bleiben. Aber er sprach über den geheimdienstlichen Hintergrund der Wende:

„Die Nachrichtendienste haben während dieser Periode ihre Rolle gespielt. Ehrlicherweise muss die Rolle der Nachrichtendienste beider Seiten – lassen Sie mich hinzufügen: aller Nachrichtendienste in Ost und West – als Beitrag dazu gesehen werden, dass der 45 Jahre dauernde Kalte Krieg kalt blieb und nicht heiß wurde. Während der 80er Jahre, nachdem ich vom afghanischen Kriegsschauplatz nach Washington zurückgekehrt war, erbte ich ein Vorhaben, dem wir den Codenamen ‚Gawrilow‘ gegeben haben. Das war der Name eines russischen Dichters aus dem 19. Jahrhundert. Tatsächlich handelte es sich dabei um einen sehr geheimen Kontakt zwischen den Führungsspitzen von CIA und KGB, der alle paar Monate auf neutralem Boden irgendwo auf der Welt stattfand. Bei diesen Gelegenheiten saßen wir uns gegenüber und sahen uns in die Augen und fragten

uns: „Treten wir uns nicht hier oder dort zu feindselig gegenüber? Sollten wir uns nicht etwas beruhigen?“ Oder die sowjetische Seite fragte mich: „Was ist mit Oberst X oder Oberstleutnant Y geschehen? Wo sind sie geblieben?“ Auf dem Panzerschrank in der Ecke meines Büros stand ein schwarzes Telefon, und wenn es klingelte, dann konnte das nur eine von zwei Sachen bedeuten: Entweder jemand hatte eine falsche Nummer gewählt oder es war der KGB. Ich bekam eine Reihe von Anrufen vom KGB. Und dann verschwanden wir, die Zuständigen auf beiden Seiten, für eine Weile von der Bildfläche und führten in Helsinki oder einer der anderen Hauptstädte ungesehen Gespräche, diskutierten die Probleme der Welt und versuchten, diese ein bisschen sicherer zu machen.“

Diese Kooperation zwischen CIA und KGB, zu einer Zeit, als die Menschheit dachte, dies seien zwei zutiefst verfeindete Geheimdienste, war wohl wesentlich für den friedlichen Zusammenbruch des Sowjetimperiums. Die geheime Kooperation führte dazu, dass die UdSSR und ihr Imperium, wie es Condoleezza Rice so treffend formuliert hat, schließlich im Bett verschied.

Daschitschew rüttelt an der Mauer

Am 7. Juni 1988 veranstaltete die sowjetische Botschaft in Bonn eine Pressekonferenz zur aktuellen Frage der Reformen in der Sowjetunion. Hauptreferent war Professor Wjatscheslaw Daschitschew. Einer der anwesenden Journalisten stellte dem Professor überraschend eine Frage nach der Berliner Mauer, ob sie noch in ein gesamteuropäisches Haus passe. Die innere Einstellung Daschitschews zu diesem antifaschistischen Schutzwall war der sowjetischen Führung bekannt und auch jenen westlichen Politikern, mit denen der Historiker schon seit Anfang der 80er Jahre Kontakt hielt. Nun aber war er gezwungen, sich als offizieller Berater des sowjetischen Außenministers zu äußern. Nach einer Schrecksekunde entschloss er sich zu einer ehrlichen Antwort und bezeichnete die Berliner Mauer als ein Relikt des Kalten Kriegs, das verschwinden müsse. Das westliche Presseecho auf diese bemerkenswerte Stellungnahme war kolossal. *Die Welt* kommentierte am 9. Juni 1988: „Nun haben wir es amtlich oder

zumindest halbamtlich. [...] Die Berliner Mauer [...] ist ein Relikt des Kalten Kriegs. Sie belastet das Dasein und die Psychologie der Menschen. [...] Von den Erbauern selbst, beziehungsweise von den Anstiftern zum Bau, wird der Skandal dieses Bauwerks jetzt beim Namen genannt. [...] Daschitschews Bonner Statement bedeutet etwas und kann in ernsthafte politische Gespräche eingebracht werden.²⁰⁸ In äußerst gereizter Form ließ Generalsekretär Honecker über die DDR-Nachrichtenagentur ADN einen Kommentar verbreiten: „Es sind [...] Auslassungen über die Staatsgrenze der DDR, die schlicht und einfach dem Wunschenken der Ewiggestrigen über ‚Mauer und Stacheldraht‘ entsprechen. [...] Aber die Pleite jener, die so etwas in die Welt setzen, ist offensichtlich, denn nichts von dem wird eintreten. Nur das Gegenteil kann dabei herauskommen. [...] Bleibt festzustellen: Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter.“²⁰⁹

CDU will Wiedervereinigung streichen

Im Juni fand in Wiesbaden der Bundesparteitag der CDU statt. Der Bundesvorstand hatte unter der Leitung von Generalsekretär Heiner Geißler eine heikle Aktion vorbereitet. Man wollte zur Überraschung der Öffentlichkeit das Bekenntnis zur Wiedervereinigung aus dem Parteiprogramm streichen, mit Sicherheit nicht ohne Wissen des Parteivorsitzenden, denn die Vorlage landete auf seinem Tisch. Aber Kohl hielt sich öffentlich aus diesem Streit heraus.

Ein Hauptautor dieser Vorstandsvorlage, der nicht genannt werden will, hat versichert, dass Wolfgang Schäuble, Horst Teltschik und die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen Dorothee Wilms zu den Befürwortern der geplanten Programmänderung gehört haben.²¹⁰ Schon im Januar hatte Frau Wilms in Paris mit einer Rede zur Deutschlandpolitik die Überlegungen des Parteivorstandes artikuliert:

„Der Nationalstaat um seiner selbst willen, das ist weder der Auftrag des Grundgesetzes noch entspricht dies unserem politischen Bewusstsein. [...] Das schließt für uns Lösungen der deutschen Frage im Alleingang oder gegen den Willen unseren Nachbarn aus. [...]

Da die nationale Frage in unseren Augen primär eine Frage der Selbstbestimmung ist, betrachten wir den territorialen Aspekt als nachgeordnet. [...] Die Teilung Europas muss überwunden werden, soll auch die deutsche Teilung ihr Ende finden. [...] Wir wissen, dass die Überwindung der Teilung Deutschlands in naher Zukunft nicht zu erwarten ist, weil auch die Teilung Europas noch andauert.“²¹¹

Welchen Sinn kann es gehabt haben, diese Initiative zu ergreifen und einen unnötigen Streit zu provozieren, wenn dahinter nicht tiefere Beweggründe standen? Diese konnten nur in dem liegen, was 1987 im Vorfeld des Honecker-Besuchs gescheitert war: eine mögliche Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft im Rahmen einer deutsch-deutschen Konföderation ohne Mauer und mit einer reformierten DDR. War also die Streichung des Wiedervereinigungsbekennnisses im CDU-Programm ein Versuchsballon, um zu testen, wie Partei und Öffentlichkeit auf ein solches Vorgehen reagieren würden? Bemäntelt wurde die Vorlage mit der Behauptung, die Wiedervereinigung stünde nicht auf der Tagesordnung und entspreche nicht den unmittelbaren Zielen der CDU-Außenpolitik; die europäische Einigung habe Vorrang. Der Versuch ging gründlich schief.

Zur Geißler-Kommission, die diesen Entwurf zu verantworten hatte, gehörten Volker Rühle, Dorothee Wilms, Werner Weidenfeld, Wolfgang Schäuble, Horst Teltschik, Hans-Peter Schwarz und Karl Lamers. In der Vorlage hieß es unter anderem:

„[...] Unter den Bedingungen der andauernden Teilung Deutschlands ist die Politik des Dialogs, der praktischen Zusammenarbeit und der vertraglichen Abmachungen mit der DDR der geeignete Weg, um den Menschen im geteilten Deutschland konkret zu helfen. Menschliche Erleichterungen, insbesondere im Reiseverkehr, dienen zugleich dem Zusammenhalt der Deutschen. [...] Die Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands setzt eine Überwindung des West-Ost-Konflikts voraus. [...] Die Lösung der deutschen Frage ist daher gegenwärtig nicht zu erreichen.“²¹²

Der Widerspruch artikuliert sich vor allem über den Leiter der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik der Unionsbundestags-

fraktion Eduard Lindner, seitens des parlamentarischen Staatssekretärs im innerdeutschen Ministerium Ottfried Hennig sowie durch die Abgeordneten Manfred Abelein, Rupert Scholz, Bernhard Friedmann und Herbert Czaja. Sie wurden von den Anhängern des Entwurfs von nun an als Stahlhelm-Fraktion denunziert. Man warf den Autoren des Papiers vor, sich in Bezug auf die DDR den politischen Positionen der SPD angenähert zu haben, denn damit fiel der explizite Hinweis auf die Wiedervereinigung Deutschlands weg. Außerdem wurde kritisiert, dass der Entwurf ein Vetorecht der europäischen Nachbarn möglich machte. Unionspolitiker wie Bernhard Friedmann oder Jürgen Todenhöfer, die schon seit zwei Jahren ein außergewöhnliches Gespür für die Brisanz der deutschen Frage bewiesen, sahen die Gefahr heraufziehen, dass diese Regierungspolitik eine Wiedervereinigung unmöglich machen könnte. Denn wäre der europäische Einigungsprozess vorangeschritten, dann wäre ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wesentlich schwieriger, wenn nicht sogar ausgeschlossen gewesen – nun hätten alle Mitgliedstaaten de jure zustimmen müssen.

In der Diskussion fiel auf, dass Geißler aus der Fraktion keine nennenswerte Unterstützung für seine Vorschläge bekam. Bundeskanzler Kohl, der die gesamte Diskussion um diesen Vorgang ausgesessen hatte, um ein klares Bild über die Meinungen in der Fraktion und auf dem Parteitag zu bekommen, reagierte sofort, als er feststellen musste, dass es im Parteivolk für eine solche Wendung noch lange keine Mehrheit gab. Er berief eine neue Kommission, einen „Bundesfachausschuss Deutschlandpolitik“ ein. Der Begriff Wiedervereinigung wurde ausdrücklich wieder aufgenommen und die Passage „die Lösung der deutschen Frage ist gegenwärtig nicht zu erreichen“ wurde ersatzlos gestrichen. Im Jahre des 15. Jubiläums der deutschen Wiedervereinigung wollen die damaligen Spitzenpolitiker nichts mehr von ihrem damaligen Vorschlag wissen.

Kroh: „*Wie haben Sie denn den Versuch 1988 empfunden, den Wiedervereinigungsabschnitt aus dem CDU-Programm zu streichen?*“

Teltschik: „Na ja, wir waren strikt dagegen, weil wir gesagt haben, unsere Position ist die Präambel des Grundgesetzes.“

Kroh: „Wer war dagegen? Es gab ja einen Vorschlag des Bundesvorstandes.“

Teltschik: „Aber nicht des Bundeskanzlers.“

Kroh: „Nein, aber warum kann der Bundesvorstand gegen den Willen des Kanzlers überhaupt so eine Idee erwägen?“

Teltschik: „Weil der Generalsekretär einer der Motoren war. Da war ja schon das Verhältnis Generalsekretär-Kanzler gespannt und für uns kein Thema. Wir wussten, dass es solche Überlegungen gab – aber keine Chance im Kanzleramt.“

Nicht viel anders argumentiert der damalige Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, der direkt für die Deutschlandpolitik zuständig war.

Kroh: „Der Versuch der Streichung des Wiedervereinigungspunktes im CDU-Programm – Wiesbadener Parteitag – wie erklären Sie sich das? Wie erklären Sie sich die Initiative?“

Schäuble: „Da sind Sachen hineingeheimnist worden, die wirklich Unsinn sind. Es war wahrscheinlich ein Fehler, aber es hatte überhaupt keine strategische Beziehung in Bezug auf die DDR. Wir wollten unsere Politik modern formulieren. Wir gingen ja davon aus, dass die Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung stand – jetzt bei der gegebenen Weltkonstellation. Dabei haben wir den Fehler gemacht, dass wir die Streichung des Wortes Wiedervereinigung unterschätzt haben. Deshalb gab es blöde Verdächtigungen. Also haben wir es korrigiert. Mehr strategische Absichten dahinter hab ich damals nicht empfunden. Es war ein Fehler von uns, nicht von vornherein darauf zu achten, dass man bestimmte Wörter nicht benutzt.“²¹³

Immer mehr Signale in Richtung Einheit

Im September 1988 fand ein Treffen des Weltfriedensinstitutes (SIPRI) in Stockholm statt. Das Institut wurde damals von Dr. Walther Stützle geleitet, dem späteren Herausgeber des *Berliner Tagesspiegel*. Hier trafen sich die Abrüstungsexperten der SPD und der SED, unter anderem also Manfred Uschner, Egon Bahr und Karsten Voigt. Uschner wagte es auf diesem Treffen, aus der Deckung zu kommen. Im Beisein von Karsten Voigt und Dr. Stützle berichtete er Egon Bahr von seinem Treffen im Mai in Washington. Zum ersten Mal sprach er von der Prophezeiung der Männer vom State Department, die wahrscheinlich zum Teil auch Männer der CIA waren, die Mauer in Berlin würde um den 40. Jahrestag der DDR-Gründung fallen. Egon Bahr machte ein säuerliches Gesicht. Es war anscheinend keine frohe Botschaft für ihn. Noch über 15 Jahre später blockt er bei diesem Thema ab: „Erstens habe ich bei dem Termin, wenn ich ihn zur Kenntnis genommen habe, gedacht, das sind Quatschereien, wie immer [...] alles Unsinn.“²¹⁴ Anders dagegen Karsten Voigt, heute Chefkoordinator der Beziehungen zu den USA im Auswärtigen Amt, der sich ganz genau an diese Begebenheit erinnert:

Voigt: „Ich bin nicht sicher, ob die Leute, die Uschner für CIA hielt, auch welche waren. Er hat mir später Namen genannt, und ich vermute, dass das welche vom State Departement waren. Ich bin der Sache nachgegangen, er nannte mir Namen, mit denen er in Berührung war. Dass die deutsche Frage beantwortet wurde, hielt ich für korrekt.“

Kroh: „Die Terminierung des Mauerfalls ist doch interessant.“

Voigt: „Ja, das habe ich nicht so ernst genommen. Ich habe den damaligen US-Botschafter in der DDR oft getroffen. Ich glaube, dass die Leute diese Terminierung einfach mal locker dahingesagt haben, aber dass es keine präzise Analyse war. Es war eher die generelle Einschätzung, die DDR geht ihrem Ende entgegen.“²¹⁵

Es gab für Uschner in Stockholm noch ein weiteres wesentliches Treffen. Völlig unerwartet und ungewöhnlich wurden beide

deutschen Delegationen zusammen in die sowjetische Botschaft geladen. Dort erwartete sie der Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte Marschall Achromejew, um zu erforschen, wie nahe sich die Deutschen schon gekommen waren. Da die Westdeutschen kein Russisch sprachen, spielte Uschner den Dolmetscher.

„Dann zog mich Marschall Achromejew, Oberkommandierender der Sowjetstreitkräfte, in eine Ecke. Achromejew war offensichtlich informiert über meine enge Verbindung zu Sagladin und über meine Lagebeurteilung. Er wollte von mir im Grunde genommen wissen, wie weit die Deutschen schon, auch durch die Einladung, miteinander im Geiste vereinigt sind. Und zweitens wollte er wissen [...], ob es bei uns in der SED noch Leute gab, auf die man vielleicht setzen könnte. Und da hab ich auf Modrow hingewiesen, der in Dresden war. Auch wie die Haltung der NVA sei, fragte er. [...] Er wollte jetzt von einem, der nicht in der Armee sei, hören, wie er dies einschätzt. Da hab ich ihm gesagt, eine Armee wird immer nach dem Befehl handeln und erst weglaufen, wenn alles aussichtslos ist. Im Moment glaubt jeder: Wenn die Sowjetarmee steht, dann steht auch die NVA. Ich hab ihm erzählt, dass die Grenztruppen der DDR in letzter Zeit mehr auf flüchtende Sowjetsoldaten schießen müssen als auf flüchtende NVA-Soldaten.“²¹⁶

Das wusste Uschner, weil er regelmäßig beim Kommando der Grenztruppen südlich von Berlin Vorträge im Sinne der Perestroika hielt. Als sich die Stimmung im Lande immer mehr verschlechterte, hielt Manfred Uschner wieder einen Vortrag bei den Grenztruppen in Pätz. Nach dem Vortrag traf man sich, wie immer, zu einem Glas Bier mit General Lorenz. Diesmal aber war es der General, der eine lockere Zunge führte. Er wollte genau wissen, wie die Position Gorbatschows in puncto DDR sei. Als Uschner erklärte, dass die Position des Generalsekretärs eindeutig die Umsetzung von Reformen fordert, er aber starke Gegner habe, die bei Reformen einen Zusammenbruch des Systems fürchten, verriet der General, warum er es so genau wissen wollte: Am liebsten würden die Grenztruppen putschen und die Angehörigen des MfS-Kommandos „2000“, die überall in kleinen Gruppen zur bewaffneten Aufsicht in den Ämtern und Behörden

saßen, an die Wand stellen sowie Honecker absetzen. „Aber wir müssten sicher sein, dass Gorbatschow mitspielt.“²¹⁷

Kohls Ziel ist nicht die Einheit

Bei seinem Vorbereitungsbesuch für eine Visite Kohls im Kreml war Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1987 bei Gorbatschow. In einem sehr engagierten Gespräch sprach der Bundespräsident – durchaus im Sinne der Strategen um Bernhard Friedmann – Gorbatschow direkt auf eine Wiedervereinigung Deutschlands an: „Die Deutschen, die heute in Ost und West getrennt leben, haben nicht aufgehört und werden nicht aufhören, sich als eine Nation zu fühlen. In der Freiheit erfüllt sich die Einheit der Nation.“ Bei diesem Gespräch war der perfekt russisch sprechende Botschafter Bonns Dr. Andreas Meyer-Landrut anwesend. Weizsäcker kam mit Gorbatschows angeblicher Antwort zurück, er gehe von zwei deutschen Staaten aus. Man sollte doch die Lösung der Geschichte überlassen; niemand wisse, was in 100 Jahren sei.²¹⁸ Doch von 100 Jahren hatte der sowjetische Generalsekretär gar nicht gesprochen:

*„In dem Gespräch zwischen Weizsäcker und Gorbatschow hatte der Bundespräsident ja die Frage der Vereinigung angesprochen. Es ging damals das Bild vom europäischen Haus um und von den Wohnungen und den Türen dazwischen. Und da hat Gorbatschow gesagt, er schließe eine Vereinigung nicht aus – aber das sei eine Frage des nächsten Jahrhunderts. Und dann wurde von dem russischen Dolmetscher übersetzt, das sei eine Frage, die sich erst in 100 Jahren klären würde. Aber Gorbatschow hatte deutlich ‚vieka‘ gesagt – des Jahrhunderts. Die ganze Dolmetscherei ist bis heute ein Thema, das mich beunruhigt.“*²¹⁹

Valentin Falin war von Gorbatschows Wortwahl nicht gerade angetan. Aber dieser blieb uneinsichtig:

„Auf alle meine Versuche, ihm klar zu machen, dass man das so nicht sagen darf, reagierte er nicht. Wenn man schon sagt, die Ge-

schichte wird die Antwort geben, dann darf man dabei keinen zeitlichen Rahmen nennen. Hier ist an das Urteil zu erinnern, das Gorbatschow Honecker gegenüber angesprochen hat auf dem letzten Treffen im Oktober 1989 in Berlin. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das gilt für Gorbatschow selbst.“²²⁰

Im Oktober 1988 besuchte Helmut Kohl den Kremlchef. Es war ein lange ersehntes Treffen mit Gorbatschow, denn Kohl hatte an den Folgen seiner herablassenden Äußerung gegenüber dem Generalsekretär erkennen müssen, dass der Bundesrepublik drohte, den Anschluss in der weltumspannenden Wendepolitik zu verlieren. In Begleitung des Deutsche-Bank-Chefs Alfred Herrhausen und anderer potenter westdeutscher Finanziers brachte Kohl jene Finanzmacht mit an die Moskwa, auf die Gorbatschow als Unterstützung für seine Reformen spekuliert hatte. Herrhausen persönlich unterzeichnete den Kreditvertrag für ein hunderte Millionen schweres Erdgasröhrengeschäft. In guter Stimmung zogen sich die beiden Staatslenker zu einem Vier-Augen-Gespräch zurück, an dem nur Gorbatschows für Westdeutschland zuständiger Dolmetscher Iwan Kurpakow teilnahm.

Streit im Kreml – lehnte Kohl Gorbatschows Angebot ab?

Was Kohl und Gorbatschow unter vier Augen besprachen, wird noch in Jahrzehnten in den Archiven verborgen bleiben. Eine deutsche Aufzeichnung (es sei denn, sie wäre von Kohl selbst angefertigt worden) existiert nicht und nach den Regeln der internationalen Diplomatie konnte Kohl von seinem Gesprächspartner verlangen, dass dieses Gespräch geheim blieb, weil nur ein sowjetischer Dolmetscher anwesend war. Gorbatschow hat sich bis heute daran gehalten. Doch da der Ablauf des Gesprächs absurd gewesen sei, konnte sich Kurpakow eine Indiskretion im kleinen Kreise nicht verkneifen. Dies schildert der ehemalige Vorstandssprecher der CDU, Karl Hugo Pruys. Der Zufall wollte es, dass ein enger Bekannter von Pruys, ein deutscher Unternehmer mit engen Kontakten zur sowjetischen Regierung, Zeuge dieser Indiskretion war. Demnach berichtete Kurpakow, dass Kohl und Gorbatschow regelrecht aneinander geraten waren, als Gorbatschow dem deut-

schen Kanzler die Wiedervereinigung angeboten habe. Da Gorbatschow dies mit einer Forderung nach Neutralität der Deutschen verband, habe Kohl dies rundweg abgelehnt. Pruys lies sich diesen Gesprächsinhalt von Kurpakow indirekt bestätigen. Da der Dolmetscher bei einer Preisgabe seines Wissens mit einer Gefährdung seiner Pension rechnen musste, wandte sich Pruys an dessen Nachfolger in Bonn, Andreij Ivanow, um über ihn eine Anfrage an Kurpakow zu richten. Iwanow bezeichnete Pruys' Anfrage als „hochbrisant“. Pruys schilderte in einem Schreiben den ihm zu Ohren gekommenen Vorgang und bat Kurpakow gemäß einem alten lateinischen Juristenspruch – *qui tacet consentire videtur* (wer schweigt, scheint zuzustimmen) – um seine schweigende Zustimmung. Umkehrschluss: Hätte die Schilderung dieses Vorganges nicht gestimmt, hätte Kurpakow ohne weiteres einen solchen Ablauf des Gesprächs bestreiten können.

Einen deutlichen, indirekten Beweis für die Haltung Kohls in dem damaligen Gespräch mit Gorbatschow kann man dessen Memoiren „Wie es war: die deutsche Wiedervereinigung“ von 1995 entnehmen. Darin wunderte sich Kohls Gesprächspartner, dass es der Kanzler mit der Einheit „überhaupt nicht eilig hatte. [...] Am interessantesten ist offenbar die Tatsache, dass Kohl mit der Lösung der Frage in sehr ferner Zukunft rechnete und sie als Aufgabe zukünftiger Generationen bezeichnete. Doch buchstäblich ein Jahr später fiel die Berliner Mauer!“ In einer diesem Treffen folgenden Politbürositzung betonte Gorbatschow, dass zwar noch keine Wende eingetreten sei, er aber einen starken Impuls für Fortschritte auf diesen wichtigen Gebieten der europäischen Politik und der Weltpolitik gegeben habe. Gorbatschow berichtete dem Politbüro, Kohl habe teils unter vier Augen, teils unter Hinzuziehung der Delegationen eine ausweichende Position angenommen. Er prahlte geradezu mit seiner Stabilisierungspolitik gegenüber der DDR: „Was wird mit den Deutschen? Auf diese Frage muss die Geschichte antworten. Man muss ihr die Möglichkeit dazu bieten. Ich wiederhole, dass wir für friedliche Mittel sind. Vor zwei Jahren unternahm ich, trotz harter Kritik bei uns zu Hause, einen großen Schritt in Bezug auf die DDR. Ihr wurde ein hoher Kredit gewährt und danach fand ein Besuch statt. Unsere Beziehungen zur DDR sind wirklich nicht tadellos,

aber viel besser als früher. [...] Honecker weiß, dass ich nicht beabsichtige, ihm das Leben schwer zu machen.“ Ein Delegationsmitglied berichtete später, Gorbatschow habe sich bei diesen Worten verwundert die Augen gerieben.²²¹ Öffentlich jedoch behielt Gorbatschow seine widersprüchliche Haltung zur deutschen Frage bei und äußerte anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers zu den „Ergebnissen der Geschichte“: „Die Versuche, diese umzustößen oder eine unrealistische Politik voranzutreiben, sind ein unberechenbares und sogar gefährliches Unterfangen.“²²²

Wenige Wochen später, im November, unternahm Bonn eingedenk des Wissens um die Vorschläge Gorbatschows einen erneuten, teuren Rettungsversuch in Richtung DDR: Die Transitspauschale wurde um mehr als 300 auf annähernd 900 Millionen D-Mark erhöht. Dieser für Ausbesserungsarbeiten an den Transitstrecken durch die DDR nach West-Berlin gedachte Kredit wurde diesmal überraschend an eine ausdrückliche Zahlungsgarantie für die folgenden zehn Jahre gekoppelt. Diese Zahlungen gaben der SED Sicherheit über einen längeren Zeitraum, sie dienten ausschließlich der Stabilisierung des Regimes. Man wusste schließlich, dass diese Gelder von der DDR ständig veruntreut, das heißt, nur in geringem Maße für die Instandhaltung der Verkehrswege eingesetzt wurden. Die Regierung Kohl hatte sich längst entschieden: Sie unterstützte in einer verdeckten Wendepolitik die Reform der Regierungen in Polen und Ungarn und wollte damit eine Reform des DDR-Regimes erzwingen. Die Reform sollte nicht zur Wiedervereinigung führen, sondern zur Erhaltung der DDR. Man ging davon aus, dass sich durch eine politische und ökonomische Reform der DDR der Drang der Ostdeutschen nach Westdeutschland spürbar abbauen würde. Dies waren ja auch schon die Zielvorstellungen der gescheiterten deutsch-deutschen Geheimverhandlungen vor dem Honecker-Besuch in Bonn gewesen. Bundeskanzler Kohl jedenfalls blieb trotz des internen Vier-Augen-Gesprächs mit Gorbatschow bei seiner Ablehnung einer operativen Deutschlandpolitik: Am 1. Dezember 1988 warnte er vor der Annahme, eine Lösung der deutschen Frage sei näher gerückt. Wenn man die Teilung auch überwinden wolle, müsse man eine Politik führen, die bis dahin den Zusammenhalt der Nation bewahre.²²³

Die DDR entgleitet den Sowjets

Im Dezember 1988 flog Manfred Uschner mit Hermann Axen zu Gesprächen nach Moskau. Auf dem ZK-Treffen, an dem auch Viktor Koptjelzew von der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin und zwei persönliche Berater von Gorbatschow, darunter Jakowlew, teilnahmen, ging es um eine Generalbestandsaufnahme der Beziehungen der KPdSU zu beiden deutschen Staaten. Axen wollte Beschwerden von Honecker über Daschitschew, Portugalow und Schewardnadse loswerden. Er beklagte sich, dass die drei die Einheit Deutschlands herstellen wollten und mit den Westdeutschen zusammenarbeiteten.

„Plötzlich sagt Jakowlew, es wäre gut, wenn jemand rübergehen würde zu den Genossen des Verteidigungsministeriums, die würden sich auch gern informieren. Ich erhielt von Axen den Auftrag. Da springt Koptelzew auf, der hiesige Gesandte und langjährige KGB-Chef für Westeuropa, und sagt: ‚Ich komme mit.‘ Im Ministerium erwarteten uns der stellvertretende sowjetische Verteidigungsminister Lowow und hohe Offiziere. Die wollten nun wissen, wie die Lage in der DDR meiner Meinung nach sei. Ich könne ganz offen reden. ‚Die Lage ist ernst und wie es in einem Jahr aussehen wird, weiß keiner, nicht? Stimmt das, Dr. Uschner?‘, fragte der stellvertretende sowjetische Verteidigungsminister. Ich antwortete: ‚Ich glaube, ja. Aber ich bin kein Militärexperte, ich habe mich nur ein bisschen eingearbeitet, was chemische und atomare Waffen anbelangt.‘

Unsere drei Abrüstungsprojekte mit der SPD waren den Anwesenden bekannt. Dann sagte ich nachdenklich: ‚Alles hängt von Ihnen ab, was wird. Nicht von mir, nicht von uns, nicht von der DDR. Lassen Sie die DDR fallen, dann verspielen Sie den Sieg im Zweiten Weltkrieg, das ist Ihnen wohl klar. Aber ob das aufzuhalten ist, müssen Sie beantworten!‘ Alle nickten und hatten ganz ernste Gesichter. Und als ich spontan sagte, dass ich mir nur eines wünsche: ‚Wenn die Kapitel Zweiter Weltkrieg, Nachkriegszeit und Kalter Krieg beendet sein werden, möchte ich, dass Sie als Vertreter der Sowjetunion gemeinsam mit den Westalliierten ein Haus in Berlin haben, rein repräsentativ, nicht als Kontrollinstanz, aber als Sieger im Zweiten Weltkrieg, von den Deutschen freundlich aufgenommen.‘

Da kullerten dem sowjetischen stellvertretenden Verteidigungsminister die Tränen über das Gesicht. Er ahnte schon, dass es selbst dafür zu spät war.“²²⁴

Ungarn schafft Tatsachen – die Grenze wird geöffnet

Auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen im November 1988 kam es zu einem sehr direkten Gespräch zwischen Außenminister Genscher und Schewardnadse. „Ich habe Schewardnadse erklärt, ich rechnete damit, dass es im Sommer 1989 zu Volksaufständen in der DDR wie 1953 kommen würde. In allem Ernst wollte ich ihm sagen, eine Regierung, der ich angehöre, werde es nicht hinnehmen, wenn wieder, wie damals, sowjetische Panzer gegen Deutsche eingesetzt würden. Das würde die Lage in Europa grundlegend verändern. Wir waren also auf die Entwicklungen 1989 eingestellt.“²²⁵

Es schien so, als wollte Gorbatschow direkt zu dieser Äußerung Stellung nehmen, als er vor der UNO eine sensationelle Rede hielt, in der er einen einseitigen, umfassenden Rüstungsabbau der Sowjetunion ankündigte. Damit hatten sich die Vorstellungen Dschitschews über die Unnötigkeit eines Rüstungsgleichgewichts zwischen Ost und West durchgesetzt. Gleichzeitig verkündete er öffentlich die so genannte Gorbatschow-Doktrin, später satirisch „Sinatra-Doktrin“ genannt wurde (nach Frank Sinatras berühmten Song „I did it my way“), indem er eine Einmischung der Sowjetunion in die Angelegenheiten der Bruderstaaten öffentlich ablehnte. Valentin Falin unterstreicht: „Sie bedeutete in allgemein verständlichen Worten, dass die UdSSR beabsichtigte, sich aus Mittel- und Osteuropa zurückzuziehen.“ Gorbatschow hatte diese Abkehr von der Breschnew-Doktrin zwar schon oft in vertraulichen Sitzungen mit den verbündeten Staatshäuptern besprochen, aber bisher war dies intern geblieben. Die Mehrheit der Mitglieder des Politbüros erhielten von dem fertigen Wortlaut der Rede Gorbatschows erst Kenntnis, als er sich schon auf dem Flug nach New York befand. Die Waffenbrüder erhielten ebenfalls ohne Konsultation erst eine Stunde vor der Rede Gorbatschows die schriftliche Fassung.²²⁶

Eine Woche später flog Außenminister Genscher nach Ungarn und versicherte Parteichef Károly Grósz, Ministerpräsident Miklós Németh und dem damals noch amtierenden Außenminister Peter Varkonyi die Unterstützung Bonns für den Reformprozess. Er forderte dazu auf, den Prozess der systemöffnenden Zusammenarbeit unumkehrbar zu machen.²²⁷ Mit diesem Besuch hatte Genscher eine neue Runde im Wendeprozess in Mitteleuropa eingeläutet.

Ein Zaun macht den Anfang

Am frühen, eiskalten Morgen des 2. Mai 1989 machten sich Bausoldaten der ungarischen Grenztruppen ohne große Zeremonien an die Beseitigung des Grenzzauns zu Österreich. Nach 1956, nach der Versöhnung mit Jugoslawien, hatte man die Minen an den Südgrenzen entfernt. Erst fast zehn Jahre später, 1965, beschloss das Politbüro der KP, die Minen auch an der österreichischen Grenze zu beseitigen, allerdings wurden sie durch andere technische Mittel ersetzt, nämlich ein bis 1971 ausgebautes sowjetisches elektronisches Überwachungssystem, Signalanlage Typ S-100. Sie wurde ein bis zwei Kilometer von der Grenze im Landesinneren 260 Kilometer lang mit 16 bis 20 Volt Strom installiert. Dies geschah in den Staaten des Warschauer Paktes einheitlich. Damit waren alle Grenzen des Paktes dicht abgeriegelt, mit einer einzigen Ausnahme: der Grenze zu Jugoslawien. Laut geheimen, aber offiziellen Statistiken wurden 90 bis 95 Prozent der illegalen Grenzübertritte von der Grenzpolizei vereitelt. 1965 waren nur sechs Prozent dieser „Täter“ aus dem sozialistischen Ausland, 1980 schon mehr als 50 Prozent und acht Jahre später, 1988, schon mehr als 90 Prozent, da die Ungarn im Laufe der Zeit immer großzügigere Ausreiseerlaubnisse bekamen.

Nun wurden die Abschussanlagen für Leuchtstoffraketen und die elektrischen Anlagen für Sirenen und Signalgeber, die schon lange einer teuren Überholung bedurft hätten, einfach kostensparend abgebaut. Die Öffentlichkeit in Ost und West staunte über diesen unverhofften Schritt der ungarischen Regierung. Aber dieses Erstaunen in der politischen Öffentlichkeit musste über-

raschen, denn der Abbau der Grenzzäune hatte sich für politische Beobachter längst angekündigt.

Im März 1989 hatte Ministerpräsident Németh zwar den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow in einem Vier-Augen-Gespräch insgeheim darüber informiert, dass Ungarn plane, die Grenzanlagen abzubauen, aber schon im Herbst 1988 war die Aktion von dem ungarischen Reformpolitiker und Staatsminister Imre Pozsgay in der Tageszeitung *Népszabadság* „für die nahe Zukunft“ angekündigt worden. Wenige Wochen zuvor hatte der Verteidigungsausschuss des ungarischen Parlaments beschlossen, an der Grenze zu Österreich die Sperranlagen zu beseitigen. Damit kam das Land einer Forderung der Vereinigten Staaten nach, um seine zerrütteten Finanzen zu reparieren. Schon die Regierung Reagan hatte stets Wirtschaftshilfe für den Ostblock von politischen Zugeständnissen abhängig gemacht. Das galt für Polen ebenso wie für Ungarn. Gegenüber den westlichen Geldgebern stand Ungarn mit 17 Milliarden Dollar in der Kreide. Bis Ende 1989 rechnete die Regierung mit ihrer Zahlungsunfähigkeit. Das Land war fest im Griff des Internationalen Währungsfonds, der die internationale Zusammenarbeit in der Währungspolitik und im Zahlungsverkehr fördert. Im Währungsfonds haben natürlich die großen Industriestaaten die Mehrheit und so wurde damals auf die sozialistischen Länder, die ebenfalls mit dem Währungsfonds zusammenarbeiteten, politischer und ökonomischer Druck ausgeübt für politische und marktwirtschaftliche Reformen. Schließlich musste man im Sommer neue Kreditverhandlungen mit dem IWF führen.

Die wesentlichen politischen Reformen für ein demokratisches Mehrparteiensystem waren schon im Laufe des Jahres 1988 getroffen worden. Im Mai 1988 war der langjährige Parteichef János Kádár gestürzt worden. Sein Nachfolger wurde Károly Grósz. Es wurde ein Mehrparteiensystem eingeführt. Es entstanden Parteien wie die spätere Regierungspartei Demokratisches Forum und im Herbst 1988 bekamen die Ungarn einen Reisepass, der für die ganze Welt gültig war. Am ersten darauf folgenden Feiertag wurde die österreichische Grenzregion zu Ungarn von etwa 100.000 Besuchern gestürmt, die rund 2,5 Millionen Dollar in den Geschäften der verarmten Grenzregion ließen.

Im November 1988 erklärte Gorbatschows enger Berater Jakowlew in Budapest, die Sowjetunion sei sehr erfreut über die Reformen in Ungarn. Ende Februar 1989 übernahm das Politbüro die Entscheidung des Parlaments und beschloss den Abbau der Grenzanlagen.

Gorbatschow lässt Ungarn freie Hand

Im März 1989, kurz nach dem Treffen Némeths mit Gorbatschow, besuchte US-Außenminister James Baker Budapest. Er wollte Bushs Besuch in Ungarn, der im Juli stattfinden sollte, vorbereiten. Außenminister Horn konnte Baker den bevorstehenden Vollzug der Entmilitarisierung der Grenze mitteilen. Die USA und die Sowjetunion waren also rechtzeitig von diesem Schritt informiert. Den Beschluss des Politbüros über die Abschaffung des elektrischen Überwachungssystems hatte Miklós Németh am 3. März persönlich Gorbatschow mitgeteilt, wobei er ihn an seine nicht lange vorher in Kiew gehaltene Rede erinnerte. Der Generalsekretär hatte in der ukrainischen Hauptstadt verkündet, jedes sozialistische Land würde sich auf seine eigene Art entwickeln und ihre Führungen wären vor allem ihrem eigenen Volk verantwortlich. Németh begründete die ungarische Maßnahme damit, dass der Vorhang keinen Sinn mehr hätte, er diene einzig der Festnahme von Flüchtlingen aus Rumänien und aus der DDR. Er versprach, auch „mit den Genossen der DDR darüber zu sprechen“. Der Generalsekretär nahm die Information ohne jeden Einwand zu Kenntnis. Bei den Verhandlungen mit Károly Grósz, dem ungarischen Generalsekretär, zeigte Gorbatschow am Ende des Monats eher Härte und auch Misstrauen gegenüber dem Westen. Im Grunde genommen war er aber der Meinung, der Westen sei an einer Destabilisierung im Osten nicht interessiert.

Gorbatschow zeigte sich vor seinen unmittelbaren Mitarbeitern gelegentlich unsicher. Sein Sekretär und wichtigster Backchannel für Bonn, Anatoli Tschernajew, schrieb am 2. Mai 1989 in sein Tagebuch, der Generalsekretär spüre, dass ihm die Zügel aus der Hand rutschten, „er hat keine Vorstellung, wohin das führen wird“. Die Perestroika war in der Außenpolitik nicht mehr aufzuhalten. Der Kommandant der sowjetischen Heeresgruppe

Süd gab am 21. April den Abzug von mehr als 10.000 sowjetischen Soldaten und 450 Panzern aus Ungarn bekannt; das sollte vor allem das Grenzgebiet zu Österreich betreffen, wo laut dem Sowjetgeneral eine Friedenszone errichtet werden sollte. Schon zuvor gab es eine Tagung der ungarischen Regierung mit den Ostblockbotschaftern, darunter Gerd Vehres aus der DDR.

„Im März wurden wir Botschafter der europäischen sozialistischen Länder zusammengeholt. Es fehlte der sowjetische Botschafter, was für die anderen Eingeweihten ein Zeichen dafür war, dass er schon informiert worden war. [...] Wir wurden in Kenntnis darüber gesetzt, dass es einen Beschluss der Partei- und Staatsführung gibt, an der Grenze eine Modernisierung vorzunehmen. Die veralteten technischen Einrichtungen, die man eigentlich mit großem Aufwand erneuern müsste, würden nicht erneuert werden, sondern abgebaut. Dies würde aber nicht bedeuten, eine grüne oder freie Grenze zu schaffen, sondern eine ganz normale, den damaligen Bedingungen entsprechende. Es würde eine korrekt gesicherte Grenze mit einem Grenzregime und Grenzübergangsstellen sein und bleiben. Diesen Bericht, der ja geheim und intern war, habe ich dann nach Hause gebracht. Das bestärkte natürlich die Befürchtungen, die es gab. Aber ich kriegte keinerlei Instruktion intern, wie ich mich zu verhalten oder was ich jetzt zu tun habe.“²²⁸

Bonn hält Kontakt zu den Reformern

Auch in Bonn hatte man gespannt auf die Entwicklung an der Donau geblickt. Die engsten Kontakte zum Reformregime in Budapest unterhielt der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Jürgen Sudhoff, der sich seit 1987 regelmäßig mit dem Staatssekretär des Außenministeriums Gyula Horn traf. Hier ein Ausschnitt aus dem Interview, das der Autor mit Sudhoff im April 2005 führte:

Sudhoff: „Gyula Horn war, als ich Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, Staatssekretär seines Außenministeriums und in dieser Eigenschaft kam er zweimal im Jahr zu mir nach Bonn, was man so schön Staatssekretärskonsultation nennt. Diese Veranstal-

tung lief wie folgt ab: Herr Horn trug mir eine Agenda vor, die die ungarische Regierung für die Zukunft umzusetzen gedachte. Sie beinhaltete in erster Linie Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich, Lockerungen in Bezug auf das Reisen und die vermehrte Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft. Ich habe dann Genscher davon berichtet und es wurden diese Punkte vermerkt. Dann kam Gyula Horn nach einem halben Jahr wieder und erzählte, was er abgearbeitet hatte und was in Zukunft noch zu tun sein würde. Und unsere Antwort war: Ganz egal, was Sie machen, wir können Ihnen im politischen Bereich nicht viel helfen, das ist jenseits unserer Möglichkeiten. Aber wo Sie meinen, unsere wirtschaftliche Hilfe, unseren „good will“ in der Europäischen Gemeinschaft nutzen zu können, werden wir für Sie da sein. Wir werden unsere Möglichkeit nutzen, Ungarn wirtschaftlich zu helfen und die verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Dafür setzen wir uns auch in der Europäischen Gemeinschaft ein. Diese Botschaft habe ich Horn jedes Mal mitgegeben. Und wenn er wieder kam, berichtete er voller Stolz, was er geschafft hatte. [...] Das heißt: Die Bundesregierung war über die Reformbestrebungen der Ungarn voll informiert. Daraus hat sich ein Vertrauensverhältnis zwischen Horn und mir entwickelt, das ich dann nutzen konnte, als er inzwischen Außenminister geworden war und ich im August 1989 diese berühmten Reisen zu ihm unternahm.“

Kroh: „Das heißt, im Außenamt war sehr früh klar, dass die Ungarn etwas planen, was der DDR in die Knie zwingen würde?“

Sudhoff: „Richtig, das war uns klar. Das haben wir gefördert. Wir konnten ja nicht direkt einwirken. Aber wir haben gesagt, wenn ihr intern und im COMECON-Bereich durchsetzt, dass ihr größere Manövrierfreiheit kriegt nach Westen, sind wir die Ersten, die euch helfen. Wir konnten ja nicht mit Lastwagen erscheinen und den Wagen vor der Tür abladen, wir konnten ihnen lediglich sagen: Wenn ihr die inneren Verhältnisse im COMECON, im Warschauer-Pakt-Bereich so herstellt, dass ihr ohne Intervention der Sowjets eure Maßnahmen durchsetzen könnt – da wusste man ja noch nicht, wie sich das entwickeln würde –, dann werden wir, was Europa und uns angeht, zur Sache stehen. Wir sind dabei.“

Da große politische Aktionen ihre Symbolik benötigen, der Grenzanlagenabbau aber unspektakulär erfolgt war, mussten der österreichische Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Kollege Gyula Horn sechs Wochen später selbst ans Werk. Im Wald bei Klingenbach bekamen beide von den Grenzwachen eine Drahtschere in die Hand gedrückt und schnitten in den dort noch vorhandenen Stacheldraht ein „Fenster der Freiheit“. Horn verriet zehn Jahre später, dass ausgerechnet seine Schere äußerst stumpf gewesen war und er Schwierigkeiten hatte, den Zaun zu durchtrennen.

Ministerpräsident Németh hatte den Abbau für selbstverständlich gehalten und die Grenzanlagen einen grausamen Anachronismus genannt. Für ungarische Bürger bestand nun Reisefreiheit – für DDR-Bürger nicht. Sie wurden nach wie vor zurückgewiesen, wenn sie an der Grenze zum Westen erwischt wurden. Niemand rechnete angeblich damals damit, dass die Grenzöffnung in Ungarn der Anfang vom Ende der DDR war. Die DDR-Regierung erfuhr am 3. Mai aus dem Fernsehen von der Grenzöffnung der Ungarn. Erich Honecker und sein späterer Nachfolger Egon Krenz befanden sich im Flugzeug auf dem Weg nach Prag. Krenz wunderte sich über die Gelassenheit des Generalsekretärs, als er die Meldung ausgehändigt bekam. Honecker wiegelte ab: „Öffnen die Ungarn die Grenze oder wir?“ Auch Ungarns Mehrparteiensystem beunruhigte Honecker nicht, die Ungarn würden ein Blockparteiensystem einführen, wie es die DDR schon immer hatte.

Krenz aber ließ nicht locker und schlug seinem Chef einen Arbeitsbesuch in Budapest vor, als Jagdausflug getarnt, um mit der ungarischen Regierung mögliche Probleme zu klären. Schließlich sei das Donauland das wichtigste Urlaubsziel für die DDR-Bürger. Aber Honecker wollte nicht, er verließ sich auf die Verträge, die Ungarn mit der DDR geschlossen hatte und eine Flucht über Ungarn unmöglich machten. Flüchtlinge aus der DDR bekamen einen besonderen Stempel in ihre Pässe und wurden sofort nach Hause transportiert, die übrige „Arbeit“ wurde dann der Stasi in Berlin überlassen. Diese Praxis beruhte auf einem bilateralen Abkommen über den Reiseverkehr aus dem Jahre 1969, genauer auf einer Geheimklausel dieses Vertrags.²²⁹

Noch im Mai hielt Otto von Habsburg in Ungarn einen Vortrag über die Paneuropa-Union. Die Diskussion wurde wie üblich in einer Kneipe fortgesetzt. Dort soll Habsburgs Tochter, Walburga von Habsburg, in bierseliger Laune die Idee für ein Picknick an der Westgrenze gehabt haben. Eine Teilnehmerin war so begeistert, dass sie umgehend in die Grenzstadt Sopron fuhr und dort den Vertretern des Demokratischen Forums vorschlug, eine Veranstaltung direkt an der Grenze zu organisieren. Noch dachte niemand an die Touristen aus der DDR. Oder doch? Schließlich sollte das Picknick Mitte August stattfinden, zur Hochsaison der Sommerferien.²³⁰ Wie wir später sehen werden, wurde dieses Picknick zu der zentralen Veranstaltung, zu jenem Kulminationspunkt, der zur Öffnung der ungarischen Grenze für die DDR-Flüchtlinge führen sollte. Purer Zufall? Oder gab es politisch und geheimdienstlich gesteuerte Aktivitäten im Hintergrund?

Das erste Indiz dafür ist ein Erlebnis des MfS-Offiziers Gerd Dreyer. Seit Jahren fuhr der leitende MfS-Offizier in der Hauptabteilung XVIII, mitverantwortlich für den Embargobrush, beruflich und privat nach Ungarn. Er traf dort westliche Partner, um mit ihnen illegale Geschäfte abzusprechen und er machte dort jedes Jahr mit seiner Familie Urlaub. Auch dieses Jahr wollte er in den Schulferien an den Plattensee fahren. Doch als er frühzeitig, um seinen Kollegen zuvorkommen, seinen Urlaub anmelden wollte, erfuhr er Erstaunliches:

„Im Februar 1989 hab ich den Antrag gestellt, um im Sommer nach Ungarn fahren zu können. Da sagte mir mein Abteilungsleiter, dass daraus nichts wird. Ich fragte: ‚Wieso kann ich nicht mehr nach Ungarn fahren?‘ Er antwortete: ‚Im Sommer wird es in Ungarn Probleme geben, von denen wir alle noch gar nichts ahnen.‘ Ich sagte: ‚Was soll das jetzt?‘ Er meinte: ‚Da werden aus Anlass des 40. Jahrestags gegen die DDR Maßnahmen stattfinden und dann kannst du nicht nach Ungarn fahren.‘ Das hab ich im Februar von meinem Abteilungsleiter gehört. Wir wussten aber, dass diese Maßnahmen nicht die BRD und nicht der BND organisiert hatten, sondern dass sie von anderer Seite vorbereitet waren. Diese Ausreisewelle war nicht eine spontane, sondern eine langfristig vorbereitete nachrichtendienstliche Aktion.“²³¹

Honeckers Rache – die Denunziation des Manfred Uschner

Am 17. Februar 1989 fand ein Treffen zwischen Axen und Bahr im Büro des Politbüromitglieds statt. Axen war extra für dieses Gespräch aus seinem Feriendomizil in Born auf dem Darß nach Berlin gekommen. Der Meinungsaustausch unterschied sich deutlich von den bisherigen, denn Bahr sprach nicht über Außenpolitik und Projekte, sondern brachte die tiefe Sorge von Willy Brandt und der SPD-Führung über die innere Lage in der DDR zum Ausdruck. Außerdem kritisierte er die Innenpolitik der DDR heftig. Nach dem Gespräch ging man auf die Toilette. Uschner, der zu diesem Zeitpunkt im Politbüro war, erinnert sich an eine Begebenheit:

„Vor der Toilette stand einer der Bodyguards von Honecker. Er stand im Dunkeln, das Licht war ausgeschaltet auf dem Weg zur Toilette. Ich hatte den Schalter nicht gefunden. Ich komme also auf die Toilette zu Bahr und dann steht doch der Honecker da. Freitagabend um halb acht war der noch nie da. Er wäscht sich die Hände und sagt: ‚Ist ja merkwürdig, wen man hier freitagabends noch alles trifft. Komisch.‘ Er sagte nicht guten Tag, gar nichts. Ich hab das ja zunächst nicht so ernst genommen. Zu Bahr war er sehr freundlich.“²³²

Als Uschner ins Büro zurückkam, wollte er für Honecker noch einen Vermerk über das Gespräch anlegen, aber Axen schickte ihn ins Wochenende, was Uschner verwunderte. Er fertigte dennoch den Vermerk an und schickte ihn per Kurier zum Generalsekretär nach Wandlitz. Axen übernachtete in der Politbürosiedlung, um am nächsten Tag wieder auf den Darß zurückzukehren. Am Sonnabend aber klingelte morgens um neun Uhr bei Axen das Telefon. Axen hat dieses Gespräch später Uschner geschildert.

„Honecker sagt: ‚Es reicht jetzt. Dein Mitarbeiter Uschner arbeitet gegen uns, steht auf der anderen Seite. Es gibt nur noch eins: Mielkes Leute haben gesagt, Inhaftierung. Noch heute.‘ Und da hat Axen – und das hat auch die Familie bestätigt – geantwortet, man könne so nicht vorgehen, denn wie würden die SPD und die Öffentlichkeit reagieren? Uschner war ja nun in allen Zeitungen, auf allen Fernseh-

stationen, über Jahre hinweg. Da war eine lange Pause am Telefon. Dann hat er gesagt: ‚Na gut, dann werd ich mit denen reden und ihr macht die übliche Lösung, aber schnell. Das heißt, sucht euch was aus, Liga für Völkerfreundschaft oder Akademie oder irgendwas, aber auf unserem Gebiet nichts mehr. Und macht es schnell. Wir haben schon genug Leute, die uns Ärger bereiten. Dann ist Axen hochgefahren nach Born und hat dort geheult. Und hat Samstag und Sonntag nur Wasser getrunken und nichts gegessen.“²³³

Am Montag kam Uschner wie immer um 20 Minuten vor acht zur Arbeit. Zu seiner Verwunderung stellte er fest, dass in seinem Postfach nicht wie sonst seine Zeitungen liegen. Als er deshalb vom Büro aus telefonieren wollte, war das Telefon tot. Ihn beschlichen diffuse Ahnungen. Da kam Axen zu Uschner ins Zimmer. Das war noch nie vorgekommen, normalerweise klingelte es immer bei Uschner und dann musste er zu Axen kommen. Was dann geschah, daran erinnert sich Uschner noch genau:

„Axen sagte: ‚Manfred, um 15 Uhr findet eine wichtige Beratung statt, eine geheime. Du hast so was ja schon öfter mitgemacht, aber sprich mit niemandem drüber, sei pünktlich um 15 Uhr in meinem Zimmer.‘ Ich wollte ihm sagen, dass meine Zeitungen nicht in meinem Fach liegen und mein Telefon tot war. ‚Ja, alles nachher,‘ war seine Antwort. Das war ein Tag. Den würde ich gern aus meinem Leben streichen. Nicht aus Angst, ich hab fast danach gegiert, dass es endlich so weit ist, aber das Warten auf die Entscheidung war teuflisch. Er hätte mir doch sagen können, komm um ein oder zwei Uhr rüber. Aber mich von kurz vor acht Uhr bis zum Mittag warten lassen! Da sah ich den Kaderchef des ZK der SED, Müller, der Vertraute der Stasi im Hause und ein früherer Nazi. Der rannte immer wieder in das Zimmer von Axen. Axens Sekretärin, die ich auf dem Flur traf, sagte: ‚Da ist was im Gange. Wir sind für zehn nach drei bestellt worden.‘ Auch der andere Mitarbeiter und beide Sekretärinnen sollten zu diesem Termin erscheinen. Ihnen sei nur gesagt worden, dass Manfred Uschner aus bestimmten Gründen aus dem Hause entfernt werden müsse und sie nicht darüber reden dürften. Dann kam ich um 15 Uhr und wer saß da am Tisch? Der Müller. Links von mir saß Axen. Mit rot-weiß gesprenkeltem, fleckigem Kopf.

Die Stimmung im Raum war geladen. Ich saß da, eiskalt, und dachte innerlich, ihr Scheißer. Lange geht's mit euch sowieso nicht mehr. Aber was würde jetzt kommen? Ich wusste ja nicht, was sie mit mir machen würden. ‚Also, Manfred‘, sagte Axen stotternd, ‚wir müssen dir etwas mitteilen, was ganz Schlimmes. Du hast gegen die führenden Genossen der Partei öffentlich und auch sonst geredet, du hast sie kritisiert. Dir müssen die Abrüstungsverhandlungen total in den Kopf gestiegen sein, anders kann ich mir das nicht erklären. Hier gibt es Unterlagen. Jedenfalls wird festgelegt: Du bist fristlos entlassen, noch in dieser Minute. Du hast mir sofort die wichtigsten Unterlagen rüberzubringen und das Haus zu verlassen.‘ Da hab ich dann noch gesagt: ‚Ich hätte gern eins gewusst, was habe ich konkret getan? Nur ein Beispiel möchte ich von euch. Habe ich für den Gegner gearbeitet? Habe ich gegen den Sozialismus gesprochen? Ein Beispiel möchte ich.‘ Und da explodierte Fritz Müller und sagte: ‚Wir könnten dir tausend Sachen um die Ohren hauen!‘“²³⁴

Der Verrat war vorhersehbar

Uschner hatte Glück. Statt in den berüchtigten Stasi-Knast in Hohenschönhausen kam er an die Akademie. Kader-Müller stellte klar, dass Hermann Axen ihn kein zweites Mal würde retten können, wenn wieder etwas gegen ihn vorlag. Doch man hatte nicht mit Uschners Hartnäckigkeit gerechnet. Seine Zusammenarbeit mit Luch setzte Uschner fort. Nun konnte er zwar keine internen Berichte aus dem Politbüro mehr abliefern, aber der sowjetische Geheimdienst schätzte auch seine Stimmungsberichte aus dem Arbeiter- und Bauernstaat. Es bleibt die Frage, wer Manfred Uschner, einen der wichtigsten Informanten von Luch – und damit einen der Hauptdrahtzieher im Wendemanöver – denunziert und verraten hat. Uschner selber bekennt, dass er seit Herbst 1988 mit einem Einschreiten des MfS gerechnet hatte. Zu dieser Zeit, im September, fand jene schon erwähnte Tagung des Stockholmer Friedensinstitutes SIPRI statt. Axens Sekretär war eng befreundet mit dem DDR-Botschafter in Schweden, Erich Wetzels. Er hatte mit ihm in Babelsberg studiert. Die beiden wohnten im ersten Studienjahr in einem gemeinsamen Zimmer. Auch Wetzels spätere Frau war eine Kommilitonin von Uschner gewe-

sen. Als Uschner als Teilnehmer dieser SIPRI-Tagung in Stockholm angekommen war, holten ihn die Wetzels vom Flughafen ab und luden ihn zum Abendessen in die DDR-Residenz:

„Die haben ein festliches Essen für mich alleine gemacht. Ich habe gleich über Günter Mittag geredet, seine Rolle und die Lage in der DDR. Ich habe gesagt, dass die Sache bald baden geht. Und abends sind wir bei ihm in die Sauna gegangen. Und da kam plötzlich sein Konsul dazu. Ich habe das Gespräch fortgesetzt, und das hat er mitgekriegt. Nach der Sauna hat er drei Stunden oben im Chiffrierraum gegessen und nach Berlin ins Ministerium für Staatssicherheit einen Bericht geschickt. Da hat mir der Wetzel sofort, als er aus Stockholm zurückkam, gesagt: ‚Das war ein riesengroßer Fehler von dir. Du hast in kompromittierender Form gesagt, dass der Honecker ein blödes Arschloch ist, der Mittag den Laden am Laufen hält und die DDR bald zusammenbricht.‘ Das deckte sich in etwa mit den Worten von Axen beim Rausschmiss.“²³⁵

Aber es gab da noch ein anderes Ereignis, das Uschners Denunziation erklären könnte:

„Eines Abends saß ich in der Wohnung von Dr. Stützle mit Professor Lohs und Egon Bahr zusammen und äußerte mich kritisch über die Lage in der DDR und Osteuropa. Und ich schütte mich da aus, wie die Lage bei uns zu Hause ist, und sage, dass es bald zu Ende geht. Lohs hat meine Haltung unterstützt. Bahr begleitete mich und Lohs ins Hotel Lady Hamilton. Dabei raunte Bahr mir im Taxi zu, dass die Stasi hinter mir her sei, wie er erfahren habe. Ich sollte mir überlegen, lieber in Stockholm zu bleiben. Lohs und ich haben danach die ganze Nacht darüber geredet.“²³⁶

Wer alles Manfred Uschner letztlich denunziert hat, ist nie schlüssig geklärt worden. Vermutungen führen auch zum inneren Kreis der SPD-Verhandler, die im Rahmen ihrer Abrüstungsgespräche mit der SED ständigen Kontakt hatten. Im Falle des prominenten Sozialdemokraten Egon Bahr liegt sogar eine so genannte eidesstattliche Erklärung vor, in der behauptet wird, Bahr habe Uschner (und Professor Reißig) bei Honecker als „Sozialdemo-

kraten“ angeschwärzt. Dies habe Honecker dem Zeugen ver-
raten.²³⁷ Egon Bahr hat alles entschieden dementiert. Da die
„eidesstattliche Erklärung“ außerhalb eines gerichtsrelevanten Ver-
fahrens erstellt wurde, hat sie keinerlei juristische Beweiskraft.
Man muss das Dementi Bahrs zur Kenntnis nehmen. Zu einer
juristischen Klärung seitens Bahrs kam es nie. Allerdings hat der
Autor Egon Bahr in einem Interview im April 2005 gefragt, wo-
her er wissen konnte, dass das MfS Manfred Uschner im Visier
hatte. Überraschenderweise bestritt Bahr, Uschner in diesem Sinne
in Stockholm gewarnt zu haben:

Kroh: *„Woher hatten Sie die Informationen, dass Uschner gefähr-
det ist?“*

Bahr: *„Ich hatte überhaupt keine Informationen, null.“*

Kroh: *„So schildert er das.“*

Bahr: *„Stimmt nicht. [...] Ich habe ein bisschen Angst um Uschner
gehabt, aus einem ganz einfachen Grund: Der Junge hatte ein loses
Maul. Auch in Gegenwart seines Chefs – das kann er sich unter
vier Augen erlauben –, aber wenn andere, insbesondere ‚Klassen-
feinde‘ dabei sind, habe ich das für gefährlich gehalten, denn die
müssen sich ja sagen: ‚Was ist das für einer, wieso kann der sich das
erlauben?‘ Das war [...] aber auch ein Zeichen dafür, was er glaub-
te, sich erlauben zu können. Ich hatte keine konkreten Hinweise.“*

Dem Autor liegt jedoch ein Schreiben Bahrs vor, das er im Februar
1998 verfasst hat, um dem ehemaligen Verhandlungspartner der
SPD in einer Rentenangelegenheit zu helfen. Bahr schrieb: „Ich
hatte *Grund* [hervorgehoben durch den Autor], ihn 1988 in Stock-
holm vor einer Überwachung durch das MfS zu warnen.“ Das
klingt nach mehr als nur nach einer gefühlsmäßigen Vermutung.
Über welche Kontakte verfügte der langjährige Geheimverhandler
Willy Brandts wirklich?

Bonn zögert und zaudert – Bush ergreift die Initiative

Die Regierung Bush begriff schnell, dass sie handeln musste. Hatte Präsident Reagan auf hoher, weiter See großräumige Wendemanöver vollziehen können, so musste die Regierung Bush nun, nahe am Ziel, im flachen Küstengewässer mit drohenden Untiefen waghalsigere Manöver fahren. Der Nationale Sicherheitsrat bestimmte den neuen Kurs mit einem geheimen Memorandum im März:

„Heutzutage sollte das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland oberste Priorität für die amerikanische Außenpolitik in Europa haben. [...] Selbst wenn wir große Schritte unternehmen, die Teilung Europas durch größere Offenheit und Pluralismus zu überwinden, können wir keine Vision für Europas Zukunft vertreten, die auf eine Strategie für eine Lösung der deutschen Frage verzichtet. Wir können hier zwar keine unmittelbar bevorstehende politische Wiedervereinigung versprechen, sollten aber doch einige Veränderungen zusichern.“²³⁸

Dem war ein geheimes Fernschreiben des US-Botschafters in der Sowjetunion, Jack Matlock, vorausgegangen. Er kabelte am 12. Februar:

„Wir stehen vor der historischen Möglichkeit, das Ausmaß zu testen, in dem die Sowjetunion bereit ist, neue Beziehungen zum Rest der Welt aufzubauen, und günstige Tendenzen in der Sowjetunion zu unterstützen, um die Wirtschaft zu zivilisieren und die Gesellschaft zu pluralisieren. Die Einflussmöglichkeit der USA, obwohl sicher nicht unbegrenzt, war niemals größer. Sie sollte aber nicht genutzt werden, um Gorbatschow oder der Sowjetunion zu helfen, sondern um die Interessen der USA zu verfolgen.“²³⁹

Freie Wahlen in Polen

In Polen wurden 1989 bei Verhandlungen zwischen den kommunistischen Machthabern, Solidarność und anderen gesellschaftlichen Gruppen freie Wahlen vereinbart; die Regierungsseite sollte aber für eine Übergangszeit von vier Jahren 65 Prozent der Sitze

im Sejm, dem polnischen Parlament, behalten. Neu geschaffen wurde das Amt eines Staatspräsidenten. Solidarność wurde wieder zugelassen und eine offizielle Opposition damit akzeptiert. Nach der deutlichen Niederlage der Regierungsseite bei den Wahlen im Juni 1989 einigte man sich auf einen kommunistischen Präsidenten – General Wojciech Jaruzelski – und den nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki.

Gorbatschow und der Papst trafen sich bald in beidseitiger Anerkennung. Im Dezember 1989 wurde Gorbatschow als erster und einziger Generalsekretär der KPdSU zu einer Audienz im Vatikan empfangen. Drei Jahre später würdigte Gorbatschow die Rolle des Papstes mit den Worten: „Alles, was in diesen Jahren in Osteuropa geschehen ist, wäre ohne die Gegenwart dieses Papstes nicht möglich gewesen.“

Washington will die Fäden in der Hand behalten

Die amerikanische Politik hatte „Westeuropa in Reih und Glied zu peitschen und dann die Aufmerksamkeit aller auf Ostmitteleuropa zu lenken“. Der Stabschef des Weißen Hauses John Sununu hatte diese Devise ausgegeben, um Präsident Bushs große Europareise vorzubereiten, die der Anpfiff des Endspiels, sozusagen das politische Europafinale werden sollte. Doch diejenigen, von denen es am wenigsten zu erwarten war, stellten sich quer – die Deutschen. Dies geht aus einem Positionspapier des Ausschusses zur Koordinierung der amerikanischen Europapolitik hervor. Die Ausschussvorsitzende Rozanne Ridgeway, zuvor Botschafterin der USA in Ost-Berlin, war der Meinung, dass die Frage der deutschen Wiedervereinigung stets unter der Oberfläche gäre, aber „die Deutschen selbst das Thema zu diesem Zeitpunkt nicht weiter in den Vordergrund rücken“ wollten. Es liege nicht im US-Interesse, wenn Washington die Initiative ergreife.

Der erste Teil dieser Aussage traf zu, der zweite aber widersprach den Ansichten der Präsidentenberater. Scowcroft ließ ein neues Papier ausarbeiten. Die Autoren waren Condoleezza Rice, Mitarbeiterin im Weißen Haus, und Philip Zelikow, ein hoher Berufsdiplomat im Weißen Haus, der wie seine Kollegin Rice Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat war, dem NSC. In dem

Papier heißt es: „Heute sollte die oberste Priorität der amerikanischen Europapolitik das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland sein.“ In Washington erkannte man sehr viel früher als in Bonn, dass eine operative Deutschlandpolitik die Wahlchancen Helmut Kohls verbessern konnte. Man kannte die Meinungs-umfragen aus Deutschland, die in diesen Monaten nicht sehr gut aussahen: 73 Prozent der Bevölkerung hätten zu jenem Zeitpunkt den württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth dem amtierenden Kanzler vorgezogen; 42 Prozent hätten den SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel gewählt und nur 36 Prozent Helmut Kohl.

Die Verfasser wussten, dass Bush seine Politik gegenüber der Sowjetunion nur mit Helmut Kohl als Bundeskanzler durchsetzen konnte. Die Sozialdemokraten waren in den Augen der USA längst in eine Appeasement-Politik gegenüber dem Ostblock verfallen. Die Union allerdings würde ebenfalls der nuklearen Abschreckung als auch der konventionellen Verteidigung zu wenig Beachtung schenken. Ziel der amerikanischen Politik in Europa müsse es sein, auf dem Wege der Durchsetzung gemeinsamer demokratischer Werte die Teilung des Kontinents zu überwinden. Eine solche neue politische Ordnung in Europa nannten die Verfasser nicht das „gemeinsame Haus Europa“, wie Gorbatschow es formuliert hatte, sondern „Commonwealth freier Nationen“. Weiter wurde in diesem Papier betont:

„Selbst wenn wir bei der Überwindung der Teilung Europas durch mehr Offenheit und Pluralismus Fortschritte machen, ist keine Vision des künftigen Europas denkbar, die nicht auch eine Stellungnahme zur deutschen Frage enthielte. In dieser Hinsicht können wir zwar keine sofortige politische Wiedervereinigung versprechen, sollten aber ein Angebot der Veränderung, der Bewegung abgeben. [...] Obwohl so gut wie kein Westdeutscher damit rechnet, dass es noch in diesem Jahrhundert zur Wiedervereinigung kommt, gibt es keinen Deutschen, gleich welchen Alters, der nicht in seinem tiefsten Inneren davon träumen würde. [...] Die offizielle alliierte Position ist seit langem, dass wir den Wunsch haben, dass das deutsche Volk seine Einheit in Selbstbestimmung wiedererlangt. Ich denke, wir können in Zusammenarbeit mit Bonn diese Formel verbessern, so dass sie pointiert ist und

ein klares Signal an die Deutschen darstellt, dass wir bereit sind, mehr zu tun, sobald es die politische Großwetterlage erlaubt.“²⁴⁰

Bush schickt seinen schärfsten Kettenhund nach Bonn

Für die Umsetzung dieser Pläne benötigten die USA einen neuen „Oberbefehlshaber“ im Wendemanöver in Deutschland. Die Wahl entsprach der Dimension der Aufgabe. Berufen wurde Vernon A. Walters, ehemaliger stellvertretender Chef der CIA, den Bush zu schätzen gelernt hatte. Walters war ein erfahrener Geheimdienstmann, der überall dort seine Finger im Spiel gehabt hatte, wo es lichterloh brannte: 1953 im Iran zur Zeit des Umsturzes gegen Mohammed Mossadegh (Codename „Operation Ajax“) oder 1973 in Chile beim Sturz des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende und der Errichtung einer Militärdiktatur. Er war der „Geheimdienstgeneral des Kalten Kriegs“ – wo immer es kommunistische Regime zu verhindern oder Militärputsche zu unterstützen gab, war Walters nicht weit.²⁴¹ Kurz vor Neujahr 1989 hatte Präsident Bush seinen sich inzwischen im Ruhestand befindlichen ehemaligen CIA-Kollegen angerufen und ihn gefragt, ob er als Botschafter in die Bundesrepublik gehen würde. Bush: „Dort wird es ums Ganze gehen. Willst du mir helfen oder wirst du mich im Stich lassen?“ Die Begründung für diesen Hilferuf lieferte Vizepräsident Dan Quayle kurz darauf nach: Deutschland sei von grundsätzlicher Bedeutung für die Sicherheit der USA.²⁴² Walters sollte also dafür sorgen, dass es so blieb und die Deutschen nicht aus dem Ruder liefen. Dies betraf vor allem die NATO-Zugehörigkeit. Als die Sowjets Ende 1989 durchblicken ließen, sie würden einer Wiedervereinigung nur zustimmen, wenn die Bundesrepublik aus der NATO austräte, warnte Walters in einer Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung mit klaren Worten: Er bezweifle, dass der amerikanische Kongress zustimmen könne, Truppen in Europa unter einem anderen Dach als dem der NATO zu belassen.²⁴³

Am 22. April 1989 bezog der ehemalige CIA-General seine Feldherrenposition in Bonn. Sich selbst hatte der Experte für Subversion, Sabotage und Putsche²⁴⁴ einst mit den Worten charakterisiert: „Ich werde nicht geschickt, wenn ein Erfolg wahr-

scheinlich ist. Eine meiner Hauptaufgaben ist es, die Letzte Ölung zu geben, kurz bevor der Patient stirbt.“²⁴⁵ Walters Aufgabe war es also, das Sterben der beiden deutschen Teilstaaten im Interesse der USA in die richtige Richtung zu lenken. Dies fiel ihm keineswegs leicht, denn die DDR mochte ihr Ableben zwar vor Augen haben, aber die Bonner Politik hoffte noch immer auf lang andauernde paradiesische Zustände an der Nahtstelle der beiden Blöcke. Walters musste also Regierung wie Opposition auf die bevorstehende Wiedervereinigung einstimmen. Er nahm von Anfang an kein Blatt vor den Mund und konfrontierte alle westdeutschen führenden Politiker mit seiner These, vor Ablauf seiner Amtszeit in Bonn sei Deutschland wiedervereinigt. Keiner wollte ihm glauben. Der Staatssekretär im Außenministerium, Jürgen Sudhoff, sagte, da müsse man sich wohl noch einige Jahre gedulden – und damit gab er die allgemeine Auffassung in Bonn wieder.²⁴⁶

Außenminister Baker traf am 11. Mai in Moskau auf seinen sowjetischen Kollegen Schewardnadse. Es ging um Abrüstung und die Lage in Osteuropa, vor allem um die unterschiedlichen Positionen zur Politik Gorbatschows in den Bruderländern. Schewardnadse stellte klar, das neue Denken im Moskau basiere auf der Wahlfreiheit eines jeden Landes; jede Nation habe das Recht, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen oder ihr sozialpolitisches System zu wählen.²⁴⁷

Am 15. Mai gab Präsident Bush in einem Interview mit der *Washington Times* die Zielsetzung seiner kommenden Außenpolitik bekannt, die den Beginn des letzten Wendemanövers mit seiner bevorstehenden Europareise einläutete. Die *Washington Times* titelte: „Bush would ‚love to see‘ West and East Germany reunited.“ Der Präsident erklärte dem Herausgeber des Blattes, Arnaud de Borchgrave, wenn man die Wiedervereinigung auf einer „angemessenen Grundlage“ erlangen könnte, also dem Selbstbestimmungsrecht, dann „wäre das perfekt“. Allerdings zweifelte er daran, dass dies bei einer weiteren Verweigerung Ost-Berlins gegenüber den notwendigen Reformen schnell passieren könnte.

Am 19. Mai kam der französische Präsident François Mitterrand in die USA. Mit Bush führte er eine sehr ernsthafte Diskus-

sion über die Wiedervereinigung. Er warnte den amerikanischen Präsidenten, für die Sowjetunion würde das deutsche Problem von zentraler Bedeutung sein. Die Sowjets würden sich einer Wiedervereinigung mit aller Macht widersetzen. „Es gibt in Europa überhaupt nur zwei denkbare Kriegsgründe: Wenn die Bundesrepublik sich mit Atomwaffen bewaffnet und wenn eine Volksbewegung zur Wiedervereinigung der beiden Deutschland den Anstoß gibt.“²⁴⁸

Am selben Tag traf sich in der DDR der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth mit Alexander Schalck-Golodkowski. Aus der Niederschrift Schalck-Golodkowskis geht hervor, dass Späth sich dem Honecker-Regime anbot und die demokratischen Anliegen der Opposition unter dem Dach der evangelischen Kirche ignorierte. Schalck-Golodkowski notierte: „Späth bemerkte [...], dass die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Staat und evangelischer Kirche in der DDR vielen Politikern und kirchlichen Würdenträgern Sorgen bereiten. Er selbst und gleich gesinnte Kräfte sind sich darüber im Klaren, dass diese Beziehungen im entscheidenden Maß durch die Haltung einzelner Würdenträger in der Kirche in der DDR belastet werden. Das gilt vor allem in Bezug auf die Wahrnehmung von Interessen oppositioneller Kräfte in der DDR, die ansonsten mit der Kirche wenig zu tun haben.“ Er sprach die politische Krise der Union in der Bundesrepublik an und hob hervor, dass es Kräfte in der CDU gäbe, die ihm die Kanzlerschaft anvertrauen wollten. Der Sturz Kohls wurde auf dem nächsten Parteitag im Herbst in Bremen geplant. Lothar Späth interessierten nicht die Anliegen der Oppositionskräfte in der DDR, sondern mögliche Kooperationen zwischen den hoch entwickelten High-Tech-Kombinaten der DDR mit baden-württembergischen Betrieben.²⁴⁹ Nicht zufällig wurde Lothar Späth nach seinem eigenen Sturz wegen der „Traumschiff-Affäre“ Chef von Carl Zeiss Jena. Die Beziehungen zu den durch Embargobbruch aufgepöppelten Betrieben im Süden der DDR waren längst geknüpft.

Selbst ein halbes Jahr später, als die DDR am Abgrund stand und mit der vermeintlichen „Lösung“ Egon Krenz die Lage vergeblich zu beruhigen versuchte, beschworen bundesdeutsche Politiker den Bestand der DDR: Auf einer Tagung des Instituts

für Ost-West-Sicherheitsstudien in Frankfurt am Main stieß der Chef des IPW, Professor Max Schmitt, auf verschiedene Politiker der Bundesrepublik, darunter Späth, Biedenkopf, Leisler Kiep, Engholm und Voigt. Er informierte Egon Krenz über seine Gespräche und teilte dabei mit, dass „Erleichterung darüber (bestehe), dass die Parteiführung der DDR zur Handlungsfähigkeit zurückgefunden habe. Das entspreche auch dem grundlegenden Interesse der meisten Politiker der BRD an der Stabilisierung der Lage in der DDR. [...] Im Grunde sei man – so Späth und Kiep – aufeinander angewiesen, um die Dinge in Mitteleuropa im Griff zu halten (sic).“ Die Gesprächspartner betonten, man interessiere sich weniger für Wiedervereinigungsfragen, sondern mehr für Stabilität der DDR, um ein neues Beziehungsgeflecht beider Staaten zu entwickeln.²⁵⁰

Während sich westdeutsche Politiker immer noch dem SED-Regime anbiederten, stand Bushs Position längst fest. Er hatte sich zwei Tage zuvor mit seinem Außenminister beraten. Der hatte dem Präsidenten empfohlen, sich an die Spitze der Wiedervereinigungspolitik zu setzen, bevor dies die Sowjets tun würden. Um kein Öl ins Feuer zu gießen, schlug er vor, statt des Begriffs „Wiedervereinigung“ das Wort „Normalisierung“ zu benutzen. Bush schlug spontan vor, an die Rede Reagans vor dem Brandenburger Tor zwei Jahre zuvor anzuknüpfen und die Wiedervereinigung zu einem zentralen Thema seiner Europareise zu machen.²⁵¹

Am 31. Mai hielt Präsident Bush in der Rheingoldhalle in Mainz eine richtungsweisende Rede, vielleicht die wichtigste für die Geschehnisse der kommenden Monate in Europa. Diese Rede befindet sich nicht in den Archiven der Bundesregierung, obwohl sie öffentlich gehalten wurde: „Der Kalte Krieg begann mit der Teilung Europas. Er kann nur beendet werden, wenn die Teilung Europas aufgehoben ist. [...] Es kann kein europäisches Haus geben, wenn sich nicht alle seine Bewohner von Raum zu Raum frei bewegen können. [...] Wir streben das Selbstbestimmungsrecht für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas an.“ In dieser Rede ging der amerikanische Präsident weit über das hinaus, was ihm seine Redenschreiber formuliert hatten. Diese befürchteten, dass der amerikanische Präsident in Bezug auf die

deutsche Frage zu radikaleren Lösungen aufrufen könnte als die Deutschen selber. So forderte Bush: „Wie in Ungarn müssen überall in Osteuropa die Grenzen fallen.“ Der nächste Ort für eine Grenzöffnung müsse Berlin sein: „Let Berlin be next!“, rief er zweimal beschwörend auf, an die Worte von Präsident Reagan anknüpfend, die dieser 1987 vor dem Brandenburger Tor ebenso emphatisch ausgerufen hatte. Bush betonte, nirgendwo würde die Trennung zwischen Ost und West deutlicher als in Berlin. „Dort trennt die brutale Mauer Nachbar von Nachbar, Bruder von Bruder. Diese Mauer ist ein Momentum des Versagens des Kommunismus. Sie muss fallen.“²⁵² Bushs Rede in Mainz muss den deutschen Politikern in den Ohren geklungen haben. Keine zehn Wochen zuvor hatte Kohls Kanzlerberater erklärt: „Auf absehbare Zeit ist eine Lösung der deutschen Frage [...] nicht erkennbar. Eine Vereinigung beider Staaten unter westlichen oder östlichen Vorzeichen kann nicht in Betracht kommen.“²⁵³

Gorbatschow gibt grünes Licht – die Mauer darf fallen

Kurz vor Gorbatschows Visite in Bonn besuchte der KGB-General Sergej Kondratschow, der damals Berater des sowjetischen Auslandsgeheimdienstchefs Krjutschkow war, anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der Befreiung die DDR. Im Gästehaus rief ihn Mielke an und bat ihn zu einem wichtigen vertraulichen Gespräch in seine Residenz. Am nächsten Tag trafen sich die beiden unter vier Augen. Mielke sagte, dass Gorbatschows Politik gegenüber Westdeutschland alles zerstöre, was in der DDR für den Aufbau des Sozialismus getan wurde, doch der Dummkopf Honecker erkenne nicht, dass das Regime auf den Abgrund zutreibe. Der Fall der Mauer sei nur noch eine Frage von Monaten, betonte Mielke. Wenn sie falle, dann verliere die UdSSR alles, was sie politisch und militärisch in Osteuropa errungen habe. Vorstöße beim sowjetischen Botschafter blieben ohne Folgen, niemand wolle dieses Thema erörtern. Mielke bat Kondratschow, den er seit vielen Jahren kannte, der sowjetischen Führung mitzuteilen, dass man Honecker ablösen müsse, solange es noch nicht zu spät sei. Die beste Lösung sei eine Machtübernahme durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, um

den für Ostdeutschland verhängnisvollen Prozess zu stoppen. Nach seiner Rückkehr nach Moskau schrieb Kondratschow unter Umgehung von Krjutschkow einen Bericht an KGB-Chef Tschebrikow, der als ZK-Sekretär für die bewaffneten Organe zuständig war. Tschebrikow versprach, Gorbatschow in Kenntnis zu setzen, aber dieser reagierte nicht darauf. Doch einige Zeit später, kurz vor Gorbatschows Besuch in Berlin, sprach Kondratschow mit Markus Wolf. Auch Wolf bestätigte, dass die Staatssicherheit bereit sei, die Macht zu übernehmen.²⁵⁴ Von Bedeutung für Mielkes Standpunkt dürfte eine weitere geheime Meinungsumfrage gewesen sein, die er Anfang Juni Egon Krenz vorlegte.

*„Viele Bürger glauben nicht mehr, dass in der DDR positive Veränderungen möglich sind. Immer häufiger ist zu hören, dass der Sozialismus sich als unfähig erweist, seine ökonomischen Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Das Leistungsprinzip wird verletzt. Viele Grundmittel sind technisch und moralisch verschlissen. Ökonomische Unzulänglichkeiten werden durch Stoßarbeit an Wochenenden kompensiert. Fehlende Ersatzteile stören den Produktionsablauf. Dem Leistungskader fehlt das notwendige Engagement. Es gibt Anzeichen von Ermüdung und Resignation.“*²⁵⁵

Egon Krenz forderte Erich Mielke auf, diese brisante Umfrage sofort Erich Honecker vorzulegen, damit sie auf die Tagesordnung des Politbüros kommt. Doch aus Feigheit vor dem Parteivorsitzenden unterschlug der Staatssicherheitschef diese Meinungsumfrage.²⁵⁶

Gorbatschow setzt Zeichen

Acht Wochen vor dem Besuch Gorbatschows in Bonn fand in der Nähe von Uelzen in der Nähe der innerdeutschen Grenze eine Jagd statt. Gastgeber und Jagdherr war ein westdeutscher Unternehmensberater namens Hartesaul, der für die sowjetische Regierung unter Ministerpräsident Ryschkow arbeitete. Der Jagdherr erzählte der erstaunten Männerrunde am abendlichen Lagerfeuer geradezu Unglaubliches über den geplanten Besuch von Gorbatschow in Bonn: Der Generalsekretär komme mit einem

Angebot an den Rhein, das kein deutscher Bundeskanzler ablehnen könne. Ryschkow habe ihm den Grund genannt: Gorbatschow wünsche eine ausschließlich auf der D-Mark beruhende Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion. Solange Erich Honecker regiere, könne er aber nicht damit rechnen. Honecker wisse von den Plänen in Moskau und versuche händeringend vor Gorbatschows Bonnbesuch einen Termin in Moskau zu bekommen. Dies würde aber vergeblich sein.²⁵⁷

Über die Zeitschrift *stern* wurde bei dem stets gut informierten sowjetischen Journalisten Nikolai Portugalow, der schon lange zwischen Bonn und Moskau als Backchannel agierte, nachgefragt. Dieser bestätigte den vergeblichen Reisewunsch von Honecker, relativierte aber die Frage der Wiedervereinigung, da denke man in Moskau eher in Jahrzehnten.²⁵⁸ Nun ging es mit Sicherheit zu jener Zeit noch nicht um den Vollzug der deutschen Einheit. Aber es drehte sich alles um den Fall der Mauer als Voraussetzung für die Beendigung des Kalten Kriegs und die Lösung der deutschen Frage. Ob entsprechende Überlegungen seitens des Kreml zum Zeitpunkt des Bonnbesuchs öffentlich gemacht worden wären, wenn es nicht zu den Vorfällen auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking gekommen wäre, ist nicht zu beantworten. Auf alle Fälle hat die deutsche und internationale Öffentlichkeit nichts wirklich Sensationelles aus dem Besuch des Generalsekretärs in Bonn herauslesen können. War also die Information von Ryschkow falsch? Nein! Gorbatschow bot in Bonn nicht die Wiedervereinigung, sondern nicht mehr und nicht weniger als die Lösung der deutschen Frage an. Dies offenbart ein Interview, das Horst Teltschik am 5. Juli 1989 dem *Bonner Generalanzeiger* gab: „Es gibt entscheidende, grundlegende Veränderungen. Wir erleben die revolutionäre Umgestaltung der sowjetischen Politik in Richtung auf mehr Gewaltenteilung, mehr Menschenrechte, mehr Rechtssicherheit, mehr Pluralität. Eine solche Entwicklung haben wir immer als Voraussetzung angesehen für entsprechende Änderungen auch in der DDR.“ Gorbatschows Reformpolitik könne nur zum Erfolg führen, wenn er sein Land öffne und die Zusammenarbeit mit dem Westen suche. Dies hätte auch Auswirkungen auf das Verhältnis der Sowjetunion zu allen ihren Partnern. Hinzu käme, dass Gorbatschow eine Politik als

nachteilig für die Interessen seines Landes erkannt hätte, die darauf gerichtet war, die Sowjetunion militärisch stärker zu machen als alle denkbaren gegen sie gerichteten Bündnisse. Er müsste nach neuen Koalitionen suchen und erkennen, dass neben den USA die Westeuropäer und vor allem die Bundesrepublik Deutschland in Frage kämen. Teltschik erklärte weiter:

„Damit ist zum ersten Mal Bewegung in das Gefüge Gesamteuropas gekommen und damit stellt sich auch die deutsche Frage neu. [...] Ich bin überzeugt, dass die deutsche Frage künftig verstärkt auf der Tagesordnung der West-Ost-Gespräche stehen wird. Gorbatschow und eine Reihe seiner Berater haben über sie ja schon beim Besuch in Bonn überraschend unbefangen in einem ganz neuen Stil gesprochen. Dabei wird deutlich, was immer zu erwarten war: Die Sowjetunion hat erkannt, dass dieses Kapitel der europäischen Geschichte noch nicht zum Abschluss gekommen ist. Die gemeinsame Erklärung von Bonn hat Gorbatschow ja als eine Fortentwicklung des Moskauer Vertrags bezeichnet. Ich interpretiere das so, dass der Moskauer Vertrag von 1970 mehr oder weniger die Festschreibung des europäischen Status quo beinhaltete, während jetzt ein dynamisches Element einsetzt.“

Es fällt auf, dass der Berater des Kanzlers in diesem Interview seine Worte sehr gut abwog: Er gab die Äußerungen der Sowjets wieder, die ausschließlich vom Selbstbestimmungsrecht der Europäer sprachen, Deutschland aber mit keinem einzigen Wort erwähnten. Diese Sprachregelung war offensichtlich als Irreführung für den Rest der Welt gedacht, um wegen der anstehenden Lösung der deutschen Frage keine Unruhe aufkommen zu lassen. Teltschik las jedoch zwischen den Zeilen und kam zu dem Schluss:

„[...] Der sowjetische Partner weiß genau, dass solche Aussagen in einem so einzigartigen zweiseitigen [Anmerkung des Autors: nämlich deutsch-sowjetischen] Dokument für die deutschen Interessen in Anspruch genommen werden. Das Selbstbestimmungsrecht, das hier für alle Staaten und Völker gefordert wird, muss selbstverständlich auch für die Deutschen gelten. Dazu kommt die Aussage, dies alles müsse auf der Grundlage des Völkerrechts geschehen und es müsse Vorrang haben nach innen und nach außen. Auch das Selbstbestim-

mungsrecht ist Bestandteil des Völkerrechts, und das wird nicht in der Sowjetunion interpretiert und entwickelt, sondern vor allem in den Vereinten Nationen. Das ist schon ein bedeutender substanzieller Fortschritt. Und deshalb besteht jetzt die Chance, anknüpfend an diese Aussagen und im Kontext zum KSZE-Prozess, auch in der deutschen Frage weiterzukommen.“

Teltschik räumte ein, dass das Selbstbestimmungsrecht natürlich auch die Möglichkeit beinhalte, dass sich die DDR-Bevölkerung in freier und unabhängiger Abstimmung für das Weiterbestehen ihres Staates entscheiden könnte. Deshalb würde Bonn keinen Druck ausüben auf eine so genannte territoriale Lösung der deutschen Frage. Aber er forderte zum ersten Mal öffentlich im Widerspruch zum Kanzler eine operative Deutschlandpolitik. Allerdings sah er die Möglichkeit einer Wiedervereinigung noch in weiter Ferne. Auf ein persönliches Lösungsmodell angesprochen, antwortete er:

„Im Augenblick halte ich die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt für die entscheidende Grenze der Reformprozesse in den osteuropäischen Staaten und die wird in Kürze nicht fallen. Die Sowjetunion könnte sich aber, wenn sie ihre Sicherheit garantiert sieht, eines Tages entscheiden, ihren Partnern wirklich Eigenständigkeit gegenüber Westeuropa einzuräumen. Dies könnte dann dazu führen, dass sich die mittel- und südosteuropäischen Staaten, die heute schon weit reichende Verträge mit Brüssel verhandeln oder bereits abgeschlossen haben, sich nach dem Vorbild der EFTA-Staaten mit einem Sonderstatus der EG anschließen. Am Ende könnte so vom Atlantik bis zum Bug ein geeintes Europa mit einer föderalen Struktur entstehen, ein europäisches Haus, in dem die USA und die Sowjetunion ständige, gern gesehene Gäste wären.“

Anderthalb Jahrzehnte später verrät Horst Teltschik, dass er wegen dieses deutlichen, aber dennoch moderaten Interviews einen fürchterlichen Ärger bekam: „Alle haben mich zur Entlassung aufgefordert – alle. Kohl hat mich angerufen: ‚Wie können Sie so etwas sagen?‘ Ich sagte: ‚Weil es richtig ist.‘ Die SPD hat mich zur Entlassung aufgefordert. Genscher hat den Mischnik auf den

Kohl gehetzt, er soll mir endlich das Maul stopfen. Es wollte keiner wahrhaben.“²⁵⁹ Der ehemalige sowjetische Diplomat und Botschafter Julij Kwizinskij schildert in seinen Memoiren den Standpunkt Bonns in der deutschen Frage folgendermaßen:

*„[...] Auf jeden Fall kam man in Bonn zu folgendem Schluss: Auf das Honecker-Regime, das seine Abneigung gegen den von Gorbatschow eingeschlagenen Kurs der Perestroika und der inneren Reformen offen demonstrierte, könne nun erheblich größerer Druck ausgeübt werden. Möglicherweise hatte die damalige ungarische Führung ihren Anteil daran, dass man in der Bundesrepublik zu dieser Auffassung kam. Sie erhoffte sich offensichtlich aus der Bundesrepublik mehr Wirtschaftshilfe, wenn sie der Führung des Bruderlandes DDR Schwierigkeiten bereitete. Alexander Jakowlew fragte mich einmal während seines Besuches in der Bundesrepublik auf der Fahrt im Wagen ganz unerwartet und ohne Umschweife, ob die Berliner Mauer überhaupt notwendig sei. Ich erinnere mich, dass ich ihm antwortete, die Mauer sei natürlich eine unangenehme Sache, aber sie zu Fall zu bringen bedeute, die DDR aufzugeben. [...] Würden die Grenzen geöffnet, so werde sie sich angesichts des wirtschaftlichen Gefälles gegenüber der Bundesrepublik nicht lange halten können.“*²⁶⁰

Nach Einschätzung des Sekretärs von Gorbatschow, Anatoli Tschernajew, legte der Besuch den Grundstein für die Wiedervereinigung. „Auch in der DDR wurde oben und unten verstanden, dass in der sowjetischen Deutschlandpolitik jetzt die Bundesrepublik Priorität haben würde. Sie würde auch die wichtigste Partnerin beim Aufbau eines neuen Europas werden. Das Fazit für die Ostdeutschen lag auf der Hand: Die Sowjetunion verhindert die Einigung nicht mehr, also kann man handeln, was die Menschen in der DDR alsbald taten.“²⁶¹

Honecker läuft ins Leere

Die Frage der aktuellen Tagespolitik war nun: Wie konnte man die Lösung der deutschen Frage vorantreiben? Erich Honecker hatte zwar bei Gorbatschow vor dessen Besuch in Bonn keinen Termin bekommen, aber er traf am 9. Juni, drei Tage vor Gorba-

tschows Visite, Eduard Schewardnadse. Erich Honecker warnte vor der Gefahr einer neuen Konterrevolution. Laut der deutschen Aufzeichnung hat Schewardnadse diese Beurteilung ohne Kommentar zur Kenntnis genommen – beredtes Schweigen. Von viel größerer Bedeutung aber war drei Tage später das Gespräch unter vier Augen zwischen Gorbatschow und Kohl in Bonn. Wir kennen zwar nur jene Passagen, die für die Öffentlichkeit freigegeben wurden, aber die sprechen eine deutliche Sprache: „Wir sind der Meinung“, erläuterte der Bundeskanzler dem Generalsekretär, „dass die Ungarn selbst entscheiden sollten, was für sie richtig ist. Niemand soll sich in ihre Angelegenheiten einmischen.“ Wie die Aufzeichnungen von Anatoli Tschernajew über das Gespräch zeigen, war Gorbatschow derselben Meinung.²⁶²

Nach seinem Besuch in Bonn gewährte der sowjetische Generalsekretär dem SED-Vorsitzenden seine lang erflachte Audienz. Doch sie ging anders aus, als Honecker es erhofft hatte. Gorbatschow erklärte dem SED-Generalsekretär, die Sowjetunion verändere sich, was nicht allen, gerade auch in der DDR, gefalle. Aber es gäbe keinen anderen Weg: „Dies ist das Schicksal der Sowjetunion, aber nicht nur ihr Schicksal, sondern unser gemeinsames Schicksal.“²⁶³

War intern seitens der Sowjets die Marschrichtung in der deutschen Frage längst festgelegt, so fuhren Gorbatschow und sein Außenminister in der Öffentlichkeit einen unbestimmten Kurs. Der französische Staatspräsident Mitterrand stellte anlässlich Gorbatschows Besuch Anfang Juli fest, dass die Sowjets der Perspektive einer Wiedervereinigung feindlich gegenüberstanden und sogar mit einem Veto drohten. Gorbatschow kannte natürlich die skeptische Haltung der Franzosen und so erschien es ihm wohl gerade an der Seine opportun, in dieser Frage zu pokern. Der sowjetische Parteichef wusste, dass ein immer wieder geäußertes Njet zur Wiedervereinigung den Preis für ein Einlenken seitens der Sowjets nur hochtreiben konnte, zumal man in allen politischen Kreisen diesseits und jenseits des Atlantiks offiziell davon ausging, dass die deutsche Wiedervereinigung das Resultat eines mehrjährigen Wendeprozesses in Europa sein würde – und nicht ein revolutionärer Akt, der binnen eines Jahres besiegt sein würde.²⁶⁴

Bush bezahlt für die Reformen

Die wichtigsten Stationen im letzten, groß angelegten Wendemanöver des amerikanischen Präsidenten waren seine Besuche in Polen und Ungarn im Juli 1989. Bevor das letzte Gefecht im Kalten Krieg begonnen werden konnte, mussten die Preise für den Abfall der Abtrünnigen bezahlt werden. Schon vor seinen Besuchen hatte Bush die Entwicklungen in Polen und Ungarn als Beginn eines historischen Prozesses bezeichnet, an dessen Ende die Aufhebung der Teilung Europas und dessen Vereinigung in Freiheit stehen würden.

An dem Tag, als auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking Tausende von protestierenden Studenten, die für Reformen im Sinne Gorbatschow demonstrierten, von den Panzern der chinesischen Volksarmee niedergewalzt wurden, hatten in Polen die ersten halbwegs demokratischen Wahlen stattgefunden. Die Kommunisten erlitten eine vernichtende Niederlage. Im Parlament durfte Solidarność nur für 35 Prozent der Sitze Kandidaten aufstellen, das betraf 161 Sitze. Von diesen errang die Gewerkschaftspartei 160. Die übrigen 299 waren für die Kommunistische Partei und ihre Verbündeten reserviert. Anders war die Situation dagegen im Senat, dem Oberhaus: Von 100 Sitzen gewann Solidarność 98. Der bisherige polnische Präsident Jaruzelski wusste, dass die Sowjets zu seinen Gunsten nicht mehr eingreifen würden. Deshalb war er gezwungen, mit Solidarność und der katholischen Kirche zu verhandeln. Er bot Walesa eine Koalitionsregierung mit den Kommunisten an. Der Arbeiterführer lehnte ab. Jaruzelski kapitulierte. Walesa setzte als ersten nicht-kommunistischen Präsidenten Tadeusz Mazowiecki ein.

Nun musste der amerikanische Präsident seine Versprechungen für die Reformpolitik in Osteuropa einlösen. In Warschau vereinbarte er die Konsolidierung und Umschuldung polnischer Auslandsverbindlichkeiten. Schuldentrückzahlungen wurden um fünf Jahre aufgeschoben. Er versicherte in Warschau: „Ich möchte [...] betonen, dass Polen nicht alleine ist. Aufgrund der enormen Tragweite dieser Stunde sind die Vereinigten Staaten bereit, ihnen in dem Maße zu helfen, wie sie sich selbst helfen.“ Das beinhaltete den vereinfachten Zugang polnischer Exporte auf den

US-amerikanischen Markt und die Erlaubnis für finanzielle Transaktionen amerikanischer Investoren in Polen. 100 Millionen Dollar sollten zur Ankurbelung des polnischen Privatsektors bereitgestellt werden und Bush versprach, die Weltbank aufzufordern, den Polen einen Kredit von 325 Millionen Dollar zu gewähren.

Nach einem umjubelten Besuch in Danzig reiste Präsident Bush am Abend des 11. Juli nach Budapest. Vor Bushs Reise nach Ungarn hatte Außenminister Horn erklärt, Ungarn erwarte für sein reformerisches Handeln Zugeständnisse im Warenverkehr, insbesondere im Technologietransfer, und Garantien der US-Regierung für amerikanische Investoren. In einer Rede des amerikanischen Präsidenten in der Karl-Marx-Universität von Budapest lobte er den ungarischen Reformprozess. Es gäbe für diesen keinen besseren Beweis, als dass das „Kapital“ von Karl Marx von der Liste der Pflichtlektüre gestrichen worden sei. Er betonte, dass der Abbau des Stacheldrahts an der Grenze zu Österreich nur möglich geworden sei, „weil die politisch Verantwortlichen in Ungarn das Äußerste an politischem Mut zeigten.“ Er versprach, sich auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Paris für eine konzertierte Aktion des Westens einzusetzen und für Ungarn im amerikanischen Kongress einen Fonds von 25 Millionen Dollar zu bewilligen. Ungarn werde das erste Land sein, dem der freieste Zugang zum amerikanischen Markt für den längsten Zeitraum, der nach amerikanischen Gesetzen möglich sei, gewährt würde.²⁶⁵ Am 13. Juli verließ der Präsident Ungarn. Das Manöverfeld war freigegeben.

Nun zeigte auch der französische Ministerpräsident Mitterrand Ende Juli zum ersten Mal öffentlich Verständnis für die Wiedervereinigung. In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* bezeichnete er zum einen die Vereinigung als ein berechtigtes Anliegen aller Deutschen. Er sei überzeugt, dass es einen Anlauf zur Wiedervereinigung geben werde. Er ließ durchblicken, dass es in dieser Frage eine Abstimmung mit der sowjetischen Regierung gegeben habe, indem er der Beantwortung auf die entsprechende Frage seitens der Zeitung auswich und stattdessen betonte, die Vereinigung müsse friedlich und demokratisch vonstatten gehen. Auch betonte der Präsident ein notwendiges

Einverständnis der für Deutschland verantwortlichen Mächte. Er warnte vor einer Zangengeburt und interpretierte das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, dass eine Wiedervereinigung die Zustimmung beider deutscher Regierungen voraussetzen müsste.²⁶⁶

Damit dieser Einigungsprozess in dem von Mitterrand gesteckten Rahmen ablaufen konnte, vereinbarten die Sowjets und die Amerikaner Ende Juli bei einem Besuch von Marschall Sergej Achromjew in Washington, ein neues Gipfeltreffen zwischen Bush und Gorbatschow durchzuführen. Da Gorbatschow für November einen Besuch in Italien plante, wollte man sich im Anschluss im Mittelmeer vor der Küste Maltas treffen. Bei der Terminplanung dürfte eine Rolle gespielt haben, dass die DDR im Oktober, also vor dem geplanten Zusammentreffen, ihren 40. Jahrestag begehen würde. Ein Ereignis, das – wie wir vom Zeitzeugen Manfred Uschner wissen – von Teilen des State Department mit gespanntem Interesse erwartet wurde. Es lag auf der Hand, dass es zu diesem Zeitpunkt in der DDR zu Unruhen kommen musste, was auch Valentin Falin schon im Frühjahr des Jahres vorausgesehen hatte.²⁶⁷

Bild-Zeitung & Co. – wie die Medien eine Fluchtwelle inszenieren

Die DDR befand sich in einer tiefen Krise. Die Frucht, von der Falin in seinem Memorandum an Gorbatschow gesprochen hatte, war reif. In Polen und in Ungarn waren die Demokratisierungsprozesse unumkehrbar geworden. In der DDR wütete die Wirtschaftskrise, worunter die ganze Bevölkerung litt. Eine Demokratisierung war nicht in Sicht, was vor allem die gebildeteren Schichten in die innere Emigration trieb. Der spätere Ministerpräsident Lothar de Maizière verspürte schon seit Mitte der 80er Jahre eine Abkehr der mittleren Funktionärsschicht in der Partei der Arbeiterklasse, was den Nerv des Arbeiter- und Bauernstaates treffen musste.²⁶⁸

Damit Bonn beziehungsweise der Westen am Pflaumenbaum schütteln konnte, erfüllte Ungarn die letzte Voraussetzung: Am 12. Juni trat es der Genfer Flüchtlingskonvention bei. Wieder

wurde eine Forderung der USA für Wirtschaftshilfe erfüllt. Damit war Ungarn gezwungen, keine Flüchtlinge gegen ihren Willen abzuschieben, wenn sie Asyl beantragten. Die einfachste Methode war nun, eine Flüchtlingswelle zu provozieren. Fluchtversuche in die bundesdeutschen Vertretungen kamen immer wieder vor, sie bewegten sich im Rahmen von zehn bis 20 Personen und wurden vor der Öffentlichkeit geheim gehalten. Denn seit 1987 galt eine Absprache zwischen Bonn und Ost-Berlin, Fluchtversuche von DDR-Bürgern in die Vertretungen der Bundesrepublik nicht an die Öffentlichkeit weiterzugeben, sondern diskret zu behandeln. Der DDR-Rechtsanwalt Vogel würde diese Fälle humanitär außerhalb der Öffentlichkeit lösen. Die Bundesrepublik hatte sich weitgehend daran gehalten. Dies war eine der bundesdeutschen Gegenleistungen für die Schließung des Asylantenschlupflochs an der Berliner Sektorengrenze durch die DDR gewesen.

Im Fokus der Presse – die Flüchtlinge

Angeregt durch die Bilder von der Entschärfung der ungarisch-österreichischen Grenze machten sich schon im Mai und im Juni die ersten Ausreisewilligen auf den Weg nach Ungarn. Die Berichterstattung des deutschen Fernsehens und der Presse, vor allem der *Bild* wurde zum Katalysator der Fluchtbewegung, führte zu wachsendem Druck innerhalb der DDR und damit direkt zur Wiedervereinigung. Schon mit den allerersten Botschaftsflüchtlingsen am 26. Juni hielt sich Bonn offensichtlich nicht an die Diskretionsabsprachen mit der DDR. Allerdings wurde – wahrscheinlich um von den Westdeutschen als Quelle abzulenken – kein deutsches Medium unterrichtet, sondern die französische Nachrichtenagentur AFP.

Der Blick der Presse war nun auf die Botschaft in Ungarn gerichtet. Mit dem Beginn der Ferienzeit in der DDR wuchs die Welle der Flüchtlinge schnell an. Zum Ende der ersten Augustwoche wurden die Medien aus der Botschaft heraus mit genauen Zahlen der schon hereingelassenen Flüchtlinge versorgt, wer sonst hätte den Flüchtlingsstand im Hause mitteilen können? Gleichzeitig wurde die Befürchtung geschürt, die DDR könnte den Weg

nach Ungarn, dem beliebtesten Urlaubsziel der DDR-Bürger, schließen. Das führte zum sofortigen Anschwellen des Exodus nach Budapest. Die Abmachung mit der DDR war gebrochen, der Rest wurde zum Selbstläufer. Bis heute leugnet Bonn, auf die Fluchtbewegung Einfluss genommen zu haben. Zwar gab es Versuche, die Entwicklung zu bremsen. Doch die kamen zu einem Zeitpunkt, als es nichts mehr zu bremsen gab. Die Fakten waren geschaffen. Hier wird zum ersten Mal eine verdeckte strategische operative Deutschlandpolitik seitens Bonns sichtbar, die aber bis heute nicht zugegeben wird. Denn sie würde Verwicklungen zwischen Bonn und Budapest offen legen, die auf einen Zusammenbruch der DDR abzielten. Der ehemalige DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, meint:

„Was mir heute noch immer nicht klar ist: Warum kam in der Bild-Zeitung und damit auch in Rundfunk und Fernsehen [...] diese Meldung, dass da zwölf DDR-Bürger sitzen? Das war ja eigentlich ganz normal. In allen bundesdeutschen Botschaften war immer mal Bewegung, in Sofia, in Warschau, in Prag. Auch in Budapest hatten wir ständig Bewegung, aber in der Größenordnung von acht bis zehn Leuten. Ich höre also, dass da zwölf Flüchtlinge sind, und wundere mich. Wie kommt das? Bisher war das immer geräuschlos gelaufen. Gewöhnlich haben die dann in Bonn Bescheid gesagt. Die Bonner haben Kontakt zu Rechtsanwalt Vogel aufgenommen, Rechtsanwalt Vogel hat das abgeklärt und garantiert, dass sie rauskommen. Die sollten nur einen ordentlichen Antrag stellen. [...] So ist das die ganzen Jahre gelaufen. Ich war damals in der DDR auf Urlaub und fragte mich, was plötzlich los ist. Und denke noch bei mir: ‚Ich muss Dr. Arnot, den bundesdeutschen Botschafter, mal fragen, wo bei ihm die undichte Stelle ist.‘“²⁶⁹

Doch Dr. Arnot ging jedem Treffen mit dem DDR-Botschafter aus dem Weg. Die Absprache zwischen Schalck-Golodkowski und Schäuble war jedenfalls von bundesdeutscher Seite hinfällig, was Außenamtsstaatssekretär Sudhoff sehr begrüßte:

„[...] Von uns stammte die Information in der Bild-Zeitung nicht. Das wusste die Botschaft, das wussten die Lokalen in Ungarn, das

wusste das Auswärtige Amt, das wusste der Rest der Bundesregierung, auch das Ministerium. Das war ja alles kein Geheimnis in Bonn. Dass das irgendwann dann auch an die Bild-Zeitung kam, ist eigentlich der natürliche Gang der Dinge. Jetzt gab es einen richtigen Sog. Dass die Bild-Zeitung diese Meldung gebracht hat, förderte die Entwicklung. Die Idee hätte uns selber einfallen sollen, aber sie stammte nicht von uns. Der Druck im Kessel stieg. [...] Es war gut, dass die Leute mitkriegten, dass unsere Botschaften voll liefen. Wir waren zum Beispiel im Amt auch strikt dagegen, unsere Botschaften gegenüber den Flüchtlingen zu schließen. Da gab es eine Differenz mit dem Kanzleramt. Was die Ständige Vertretung in Ost-Berlin angeht, das war eine Sache des Kanzleramtes, das ging uns nichts an, denn wir waren ja dafür nicht zuständig. Aber eine Schließung haben wir nie für richtig gehalten. Das war nicht unsere Einstellung. Wir dachten in Richtung Druck, Druck, Druck.“²⁷⁰

Die Lady bleibt eisern

In Paris hatte man sich inzwischen mit dem Thema Wiedervereinigung angefreundet, nicht aber in London: Auf ihrer Rückreise von einem Staatsbesuch in Tokio im Oktober 1989 machte Margaret Thatcher einen Zwischenstopp in Moskau. Die auf den Zusammenbruch der DDR zulaufende Lösung der Flüchtlingsfrage in Ungarn beunruhigte sie. Die Eiserne Lady lehnte im Gegensatz zu den Amerikanern eine Wiedervereinigung ab. Damit knüpfte sie – entgegen allen öffentlichen Bekundungen seit der Gründung der Bundesrepublik – an eine weitgehend anti-gesamtdeutsche Politik in der Downing Street an. Schon 1946 und 47 hatte London mit Phantasie und Umsetzungswillen zur Bildung eines separaten, westdeutschen Staates beigetragen. Im Laufe der folgenden Jahre erklärte man zwar immer wieder, man sei für eine Wiedervereinigung. Aber der ehemalige britische Premier Edward Heath wusste, was man davon zu halten hatte: „Wir haben natürlich gesagt, dass wir an die deutsche Wiedervereinigung glauben, weil wir wussten, dass sie nicht passieren würde.“²⁷¹

Wieder nutzte Michail Gorbatschow die Position seines Gesprächspartners, um den Preis für sein eigenes absehbares Einlenken heraufzuschrauben. Als Frau Thatcher ihm darlegte, „dass

uns in der NATO diese Aussicht nun doch recht bedenklich stimmte“, versicherte ihr der Generalsekretär, auch Moskau wünsche keine Wiedervereinigung.²⁷² Die gegen eine Wiedervereinigung gerichtete Haltung der britischen Regierungschefin war allgemein bekannt, wie auch die Position von verschiedenen britischen Regierungsmitgliedern und vor allen Dingen der Presse, die immer wieder mit dem Schreckgespenst eines „Vierten Reiches“ drohte. Was jedoch allgemein unbekannt ist, verriet Botschafter Meyer-Landrut: „Um die Wiedervereinigung zu verhindern, hatte Margaret Thatcher eigens eine besondere Regierungskommission bilden lassen.“²⁷³

Bild schreibt eine Fluchtwellen herbei

Obwohl es noch zu gar keinen Asylanträgen von DDR-Bürgern in Ungarn gekommen war, meldete *Bild* am 4. August: „Sensationelle Entwicklung in Ungarn: Die Regierung in Budapest wird möglicherweise als erstes Land des Warschauer Paktes DDR-Bürgern politisches Asyl gewähren.“ Im selben Artikel wurden genaue Zahlen über die DDR-Flüchtlinge genannt: 150 in Budapest, 80 in Ost-Berlin und 70 in Prag. Die ungarische Regierung wies darauf hin, dass für DDR-Bürger Flüchtlingslager bereitstünden. Man musste also keine Angst mehr davor haben, dass die bundesdeutsche Botschaft ihre Tore wegen Überfüllung schließen könnte.

Am 7. August 1989 meldete die „Tagesschau“ eine zunehmende Zahl von Flüchtlingen in der Botschaft und setzte dies in Zusammenhang mit einer stark wachsenden Zahl an endgültigen Ausreiseanträgen. Gleichzeitig schürte man im deutschen Fernsehen die Angst, die Fluchtbewegung könne seitens der DDR unterbunden werden, indem man betonte, „bisher“ sei keine Behinderung der Reisen nach Ungarn im Gespräch. Genauere Zahlen nannte *Bild* für diesen Tag: 220 Flüchtlinge in der Budapester Botschaft, drei Millionen wollten die DDR verlassen, eine Million hatte schon Ausreiseanträge gestellt. Bonn forderte die Ausreise der Flüchtlinge direkt über Österreich in die Bundesrepublik und verkündete, dass man bei einer positiven Reaktion der Ungarn mit einem Reiseverbot für DDR-Bürger nach Ungarn rechnete. Damit wurde der Druck in der DDR täg-

lich angeheizt. Der ehemalige DDR-Botschafter in Ungarn, Gerd Vehres, erinnert sich:

„Die Entscheidungen zum ungarischen Vorgehen wurden im engsten Kreis getroffen, das betraf besonders den Außenminister, den Innenminister und den stellvertretenden Abteilungsleiter Internationale Parteibeziehungen, den Parteivorsitzenden und den Ministerpräsidenten. Hier erfolgte die Abstimmung der Grundlinie. Die ungarischen Sicherheitsdienstpartner unseres MfS wurden fast permanent aus den Entscheidungsprozessen herausgehalten. Es gab ja eine Gruppe der Hauptverwaltung Aufklärung, die dort ihr Büro hatte, aber nicht in der Botschaft, wie eine konspirative Wohnung, und die haben von ihren Partnern, mit denen sie jahrelang zusammengearbeitet haben, immer gehört: ‚Mensch, wir wissen auch nichts. Ihr wisst mehr als wir. Wir dürfen da nicht mit rein, das machen die da ganz oben.‘“²⁷⁴

Doch die ungarische Regierung hatte sich umsonst Mühe gegeben, Diskretion gegenüber der DDR zu wahren. Die DDR war über jeden Schritt, den die Ungarn planten und in den die Westdeutschen involviert waren, informiert. Die HVA-Mitarbeiter im Auswärtigen Amt waren nicht auszuschalten. Anfang August beschloss das ungarische Kabinett, die Flüchtlinge nicht an die DDR auszuliefern. Ministerpräsident Németh beauftragte Außenminister Horn, die Möglichkeit der Grenzöffnung auszuarbeiten. Horn berichtete kurz darauf offiziell dem sowjetischen Gesandten. Wladimir Puntus erwiderte kurz: „Sie müssen wissen, was Sie tun.“²⁷⁵

„Anfang August waren die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des räumlich beschränkten Botschaftsgebäudes erreicht. Die Leute saßen und lagen auf jedem freien Fleckchen Erde. Gott sei Dank spielte das Wetter mit, der kleine Hof und der Garten konnten mitgenutzt werden. Wie es um die sanitären, hygienischen Verhältnisse bestellt war, kann man sich leicht vorstellen. Diejenigen, die in der Vertretung wegen der totalen Überfüllung keinen Platz mehr fanden, konnten bei der toleranten Haltung der ungarischen Behörden ohne Angst an anderen Orten Unterschlupf finden. Es waren Tausende, die in den Ferienlagern und -orten außerhalb der Hauptstadt warteten. In die-

ser Situation schickte mich Außenminister Genscher nach Budapest, um mit der Regierung Ungarns zu verhandeln. Das Ziel war klar: die Ausreisezusage.“²⁷⁶

Die Zahl der Flüchtlinge in Budapest nahm von Tag zu Tag zu. Die Botschaft war überfüllt, ebenso die schnell eingerichteten Lager der Malteser. Tausende zelteten auf den Campingplätzen. Das große Pionierlager in den Bergen von Budapest wurde für die Flüchtlinge geöffnet, aber binnen zehn Tagen war auch dies überfüllt; die Neuankömmlinge wurden nun zum Pionierlager am Balaton transportiert. Schließlich schloss man die Botschaft. Nun waren die Flüchtlinge den Einsatzgruppen des MfS in den Straßen Budapests ausgeliefert, die Jagd auf DDR-Bürger machten und sie bedrängten. Sie versprachen ihnen das Blaue vom Himmel, wenn sie freiwillig in die DDR zurückkommen würden, und drohten im Weigerungsfall mit Repressalien gegenüber Verwandten, die in der DDR zurückgeblieben waren.

Nach der Schließung der Botschaft in Budapest verschoben sich die Belagerungen zum bundesdeutschen Konsulat in der Nogradistraße. Aber auch dort blieben die Türen verschlossen. Die Diplomaten ließen ihre ostdeutschen Brüder und Schwestern auf der Straße auf Luftmatratzen und Pappkartons übernachten. Ganze Familien versuchten, in ihren kleinen Trabis zu schlafen. Viele hatten kaum noch Geld und Kleidung und tagelang nichts gegessen. Immerhin hängten die westdeutschen Konsulatsangestellten einen Gartenschlauch für Trinkwasser über den Zaun und verteilten am vergitterten Eingangstor Klopapierrollen. Als Fernsehteams diese skandalöse Situation filmten, organisierte das Konsulat einen mobilen Toilettenwagen. Für den ungarischen Ministerpräsidenten Németh war es ein schockierendes Erlebnis, als er abends in der Straße des deutschen Konsulats einen Freund besuchte. „Da sah ich zum ersten Mal die DDR-Flüchtlinge auf der Straße [...], darunter viele Kinder [...]. Es war für mich ein persönlicher Schock. [...] Damals fühlte ich: Da gibt es nichts mehr zu verhandeln, diese Leute sind zu jedem Opfer bereit, um aus der DDR herauszukommen.“²⁷⁷

Am 10. August rief Ministerpräsident Németh eine Geheimsitzung mit drei Ministern ein, um eine definitive Lösung zu

finden. Es gab mehrere Vorschläge. Einer davon betraf eine heimliche Öffnung der Grenze für die DDR-Flüchtlinge. Es kam zu einer Diskussion über die Möglichkeit, die Bruderparteien zu unterrichten. Daraufhin fragte der Außenminister, ob es jemanden am Tisch gäbe, der in einem System wie der DDR leben wolle. Németh verneinte das ebenso wie der Fragesteller. Horn stellte fest: Ein System, in dem die Bürger nicht leben wollten, habe für Ungarn keinen Sinn. Damit war die Entscheidung gefallen.

Den Flüchtlingen vor Ort war hiermit aber noch nicht unmittelbar geholfen. Erst als die *Bild*-Zeitung über den Rausschmiss von schutzsuchenden DDR-Bürgern aus der bundesdeutschen Botschaft berichtete und gleichzeitig für 200 DDR-Bürger ein ganzes Hotel anmietete, schickte Bonn überraschend den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Sudhoff nach Budapest. Vor seiner Ankunft wurde unter den Flüchtlingen in der Botschaft eine Unterschriftensammlung veranstaltet, in der sie sich für eine korrekte Behandlung durch das Botschaftspersonal bedanken sollten.

Inzwischen hatten sich auch schon bundesdeutsche Politiker negativ über die fluchtbereiten DDR-Bürger mokiert. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke behauptete, die Politik der Bundesregierung – „Näher, meine Deutschen in aller Welt, zu mir!“ – werde dem künftigen Reiseverkehr zwischen der DDR und der Bundesregierung nur Schaden zufügen. Die Grünen-Sprecherin Antje Vollmer warf dem CDU-Staatssekretär Ottfried Hennig vom gesamtdeutschen Ministerium „großdeutsche Einstaatentheorie“ vor.²⁷⁸ Der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr sprach von einer „Gefährdung des Entspannungsprozesses“. Hildegard Hamm-Brücher, die außenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, nannte die Botschaftsflüchtlinge „Geister, die wir nicht mehr so schnell loswerden“, und forderte ein Zutrittsverbot für die DDR-Bürger in die Botschaft. Selbst Kanzleramtsminister Rudolf Seiters warnte davor, den Weg zur Ausreise in die Bundesrepublik über die Botschaften zu nehmen.²⁷⁹

Geheimes Fluchtmanagement – die Ungarn kooperieren mit Bonn

Am 13. August 1989 kam Jürgen Sudhoff für die Ungarn unerwartet nach Budapest. Er traf sich mit Außenminister Horn, zu dem er über die beiden vergangenen Jahre hinweg mit regelmäßigen Treffen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut hatte. Beide hatten ihre Karriere als Staatssekretäre im jeweiligen Außenministerium zur selben Zeit begonnen. Auf Sudhoffs Wunschliste standen: „Keine Abschiebung oder Ausweisung in die DDR, keine Stempel in die Pässe, keine Datenübermittlung an die DDR, keine Gewaltanwendung an der Grenze, Duldung des Aufenthalts auch nach Ablauf des Visums und schließlich Mitwirkung an oder wenigstens Duldung der Ausreise.“²⁸⁰ Konkret schlug er aufgrund der UN-Flüchtlingskonvention, die Ungarn im April unterschrieben hatte, die Einschaltung des Hohen Flüchtlingskommissars oder aber die Einschaltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf vor, nachdem Horn eine Anerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für die DDR-Bürger aus außenpolitischen Gründen abgelehnt hatte. Sudhoff sagte dazu: „Sagen Sie Ihren Leuten: Lasst die Menschen ziehen! Macht die Augen zu und die Tore auf!“ Horn ließ durchblicken, er favorisiere die heimliche Ausreise jener DDR-Flüchtlinge, die sich in der Botschaft aufhielten, unter Mitwirkung des Roten Kreuzes. Er wollte dazu eine Entscheidung mit seinen Kollegen herbeiführen. Zwei Tage später traf man sich wieder. Horn hatte einen Plan für den Abtransport der Flüchtlinge aus der Botschaft.

„Er schickte seine Mitarbeiter und meine Begleitung aus dem Zimmer, stand auf, zog mich am Arm zum Fenster, das auf die Donau hinausging, öffnete es und sprach auf Englisch durch das geöffnete Fenster hinaus – vielleicht, weil er der Vertraulichkeit des eigenen Dienstzimmers nicht traute: ‚Fahren Sie nach Hause und sagen Sie dort, die ungarische Regierung wird einen Weg finden, um den Menschen zu helfen.‘“²⁸¹

Horn wollte mit Németh die Bundesrepublik besuchen, um gemeinsam mit Kohl und Genscher das weitere Vorgehen bespre-

chen zu können. Sudhoff war begeistert. Am nächsten Tag kam schon die Bestätigung aus Bonn.²⁸² In den nächsten Tagen regelte Sudhoff in Geheimgesprächen mit dem Präsidenten des Roten Kreuzes und der österreichischen Regierung die notwendigen Modalitäten. Die Räumung der Botschaft war eingefädelt. Der Besuch von Sudhoff hatte in Budapest in den Aktivitäten der Bundesregierung eine Wende hervorgerufen. Der Malteser Hilfsdienst hatte nach der Schließung der Botschaft Flüchtlingslager in Budapest errichtet, das erste befand sich neben der katholischen Kirche „Zur heiligen Familie“. Nun begannen westdeutsche Diplomaten auf Anweisung Genschers damit, den DDR-Flüchtlingen heimlich Bundespässe auszustellen. Da dies nicht in der Botschaft, sondern in der Sakristei passierte, war dieser Hoheitsakt auf ungarischem Boden nach ungarischen Gesetzen illegal. Er wird aber wohl abgesprochen gewesen sein. Die Beamten waren aus der bundesdeutschen Botschaft in Wien gekommen und mit Malteser-Uniformen getarnt. Die Flüchtlinge waren begeistert von dieser wohltätigen Aktion, obwohl sie von den Beamten gewarnt wurden, dass in der DDR darauf mindestens zwei Jahre Haft drohten. Außerdem fehle den Pässen der ungarische Einreisestempel, so dass sie damit auch nicht legal ausreisen könnten. Dennoch bedeutete dieses Dokument für die Hilfesuchenden, dass sich die Bundesrepublik endlich als Schutzmacht zu ihnen bekannt hatte. Die Diplomaten gaben den Fluchtbereiten sogar Tipps, wo man die Grenze am besten überwinden konnte; und versorgten sie mit einem Reisegeld von 100 D-Mark.²⁸³

Das Picknick von Sopron

Drei Tage später fand das lange vorbereitete und mit Sicherheit von Geheimdiensten verdeckt gesteuerte Picknick in Sopron statt. Schon Tage zuvor waren am Budapester Ostbahnhof, wo die „Urlauber“ aus der DDR ankamen, Flugzettel verteilt worden. Wenn man über die Grenze wolle, solle man am 19. August nach Sopron kommen. Die Leute, die an dem Picknick teilnehmen wollten, bekamen die Empfehlung, nur leichtes Gepäck mitzunehmen, die restlichen Koffer würden nach Österreich nachgeschickt werden. Der angeblich spontane Grenzübertritt war von

langer Hand vorgeplant, ob mit Wissen der von Habsburgs und der Paneuropa-Union, muss dahingestellt bleiben.²⁸⁴

Die demokratischen Parteien in Sopron, die das Happening organisierten, allen voran das Ungarische Demokratische Forum (MDF), gaben ein Manifest auch auf Deutsch heraus: Am 19. August würden sie „all diejenigen erwarten, die mit dieser Geste demonstrieren möchten, dass der Wunsch des kleinen Mannes ein freies, friedliches Europa ist“. Sie sprachen wahrheitswidrig von einer offenen Grenze. Selbst der Schießbefehl war noch nicht außer Kraft gesetzt. Doch die Regierung hatte in weiser „Voraussicht“ dessen, was passieren würde, rund um Sopron weiträumig die Grenztruppen abziehen lassen, so dass es zu keinen bewaffneten Zwischenfällen kommen konnte. Die Grenzpolizei gab noch in der letzten Minute ein Dementi heraus, nur diejenigen könnten beim Picknick die Grenze übertreten, die über ein „gültiges Reisedokument“ verfügten. Nur wenige Tage vorher hatte ein ungarischer Grenzpolizist, der sich bedroht fühlte, ein deutsches Ehepaar beim Versuch des illegalen Grenzübertritts erschossen.

Die ungarischen Veranstalter bekamen erst auf ihrer Pressekonferenz mit, dass sie im Begriff waren, Weltgeschichte zu schreiben. Einer von ihnen berichtete später: „Mit solch einem Interesse hatten wir nicht gerechnet. Aus allen Teilen der Welt, sogar aus Japan waren Fernsehgesellschaften und Journalisten anwesend. Selbstverständlich waren die meisten von ihnen Deutsche. Es erschienen auch Otto Habsburg und seine Tochter Walburga, die dann bei der Großveranstaltung die Botschaft ihres Vaters verlas.“²⁸⁵

Das Picknick verzögerte sich, denn alle Straßen nach Sopron waren durch die vielen abgestellten Wartburgs und Trabbis verstopft. Als Höhepunkt sollte ein 40 Jahre lang geschlossenes Tor nach Österreich für diejenigen geöffnet werden, die über ein „gültiges Reisedokument“ verfügten. Der Bürgermeister der österreichischen Nachbargemeinde wartete schon aufgeregt mit seinen Honoratioren. Doch dann brach das geplante Chaos aus. Ein Grenzer erinnert sich:

„Einige Minuten vor der geplanten Grenzöffnung konnten wir bemerken, dass sich die Leute circa 100 Meter von der Stelle entfernt

schon in geordneten Reihen – fast in geschlossener Formation – in Richtung Tor in Bewegung setzten. Wir fühlten, hier gibt es einen Fehler, denn die Leute waren nicht im weißen Hemd mit gebügelter Hose gekommen, sondern zerzaust, verletzt, abgehetzt. Da war auch schon zu sehen, dass eine Gruppe zielbewusst Richtung Grenze ging. [...] Und tatsächlich, schnell wie ein D-Zug wurden die Passkontrolleure von der Menge überrannt, war das Tor in einem Schwung durchbrochen. Waffen hatten wir zwar, aber der Schießbefehl war schon außer Kraft. Ich weiß nicht, ob jemand in der Lage gewesen wäre, etwas zu tun.“²⁸⁶

Über 1.400 DDR-Bürger flüchteten in den nächsten Tagen im Raum Sopron nach Österreich. Nach dem Zwischenfall wurde die Grenze sofort wieder geschlossen. Damit hatte sich dort die Flüchtlingszahl verdoppelt. Mit dem Soproner Picknick und der sich anschließenden größten Massenflucht von Ostdeutschen seit dem Mauerbau war der Eiserne Vorhang weltpolitisch nicht mehr zu halten. Erich Honecker gab wenig später, zum 40. Jubeltag der SED, seinem Freund, dem Verleger Robert Maxwell, im *Daily Mirror* ein Interview. Nach Ansicht des greisen Diktators hätte ein gewisser Otto Habsburg mit seinen Helfern ahnungslose DDR-Touristen übertölpelt, indem sie diese mit Geldgeschenken und Schokolade an die Grenze und durch falsche Versprechungen in den Westen gelockt hätten.²⁸⁷

Ungarn sichert Kohl Hilfe zu

Bundeskanzler Kohl war im Begriff, seinen Urlaub in St. Gilgen abubrechen, um zum Geheimtreffen mit Ministerpräsident Horn und Begleitung nach Bonn zurückzukehren, als ihn der ungarische Ministerpräsident anrief. Er versicherte dem Kanzler, er versuche, keinen Deutschen gegen seinen Willen in die DDR zurückschicken. Németh sprach im Konjunktiv, denn immer noch war Ungarn Mitglied des Warschauer Paktes und die Reaktionen einiger Mitglieder des Paktes erschienen unberechenbar, so die von Rumänien, der ČSSR und natürlich der DDR. Sudhoff schildert, wie die Ausreisewilligen weiterbefördert wurden:

„Vier Tage später, in der Nacht vom 23. auf den 24. August, erschienen in der Botschaft Budapest Mitarbeiter des Roten Kreuzes. Unvorstellbar groß war die Freude. Meine Mitarbeiter aus dem Auswärtigen Amt, die wir zur Hilfestellung nach Ungarn entsandt hatten, berichteten mir laufend nach Bonn über die Entwicklung vor Ort. Ihrer Stimme war anzumerken, mit welcher Mühe sie die eigene innere Bewegung beherrschten. In Bonn saß ich in jenen Stunden am Telefon, um die Aktion mit unseren Kollegen in Österreich zu koordinieren. Das Rote Kreuz befragte jeden Einzelnen der Flüchtlinge und stellte Ausreisepapiere aus. Dann fuhren Busse vor und brachten unsere Schutzbefohlenen zum Flughafen. Der Flug ging nach Wien. Dort standen drei Busse bereit zur Weiterfahrt nach Passau.“²⁸⁸

Die Botschaft blieb geschlossen. Gleichzeitig unterband die DDR nun Reisen nach Ungarn. Der ungarische Außenminister behauptete noch am selben Tag bei einer internationalen Pressekonferenz, in Ungarn würden sich 200.000 Bürger der DDR aufhalten, von denen 20.000 nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollen. Die Dinge mussten also endgültig geregelt werden.

So flogen am 25. August der ungarische Ministerpräsident, der Außenminister und der Botschafter heimlich in die Bundesrepublik. Sie wurden auf Schloss Gymnich von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher empfangen. Die Verhandlungen dauerten von 10.30 bis 13 Uhr und wurden dann am Mittagstisch fortgesetzt. Es wurde absolute Vertraulichkeit vereinbart; Thema: Öffnung der ungarischen Grenze. Horn versicherte auf Schloss Gymnich seinen deutschen Gesprächspartnern, Ungarn werde niemals die Flüchtlinge an die DDR ausliefern, und Németh erklärte, Ungarn werde seine Grenzen für die Flüchtlinge öffnen. Doch die Vertraulichkeit hätten sie sich sparen können. Ost-Berlin wurde umgehend von Agenten des MfS über das Treffen im Schloss informiert. „Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, dass Németh und Horn vor einer Woche in Bonn zu geheimen Gesprächen mit Kohl und Genscher waren. Németh soll das Gespräch mit den Worten eröffnet haben: ‚Herr Bundeskanzler, Ungarn hat sich entschlossen, den DDR-Bürgern die freie Ausreise zu erlauben.‘ Kohl hat das honoriert.“ Die Nach-

richt kam zu Honecker über einen Vertrauten in Bonn.²⁸⁹ Horn bekam wenige Wochen später im September vom ungarischen Staatssicherheitsdienst die kompletten Aufzeichnungen der Bundesregierung über dieses auf höchster Geheimhaltungsstufe erfolgte Treffen. Das MfS verfügte über alle Geheimprotokolle. Was zu der für Bonn peinlichen Aufforderung Horns führte, in Zukunft keine Aufzeichnungen mehr von den ungarisch-deutschen Treffen anzufertigen.²⁹⁰

Aber auch Helmut Kohl persönlich brach sein Versprechen der Vertraulichkeit gegenüber den Ungarn. Offensichtlich hatte ihn der Mut verlassen und er wollte testen, wie Gorbatschow auf eine mögliche Grenzöffnung reagieren würde. Kurze Zeit nach den Verhandlungen im Schloss rief Kohl Gorbatschow an: „Ich berichtete ihm, was ich mit Miklós Németh und Gyula Horn besprochen hatte und fragte, ob sie seine Unterstützung hätten. Gorbatschow schwieg zunächst. Dann antwortete er: ‚Die Ungarn sind gute Leute‘ – nicht mehr und nicht weniger. Für mich war damit klar, dass der ungarische Ministerpräsident und sein Außenminister nicht auf eigene Haut handelten, sondern dass sie sich des ‚Segens‘ aus Moskau sicher waren.“²⁹¹ Doch hier irrte Kohl. Gyula Horn korrigierte 15 Jahre später in einem Interview die Darstellung Helmut Kohls:

„Nein, das ist überhaupt nicht wahr. Kohl beging eine große Indiskretion, die uns in große Schwierigkeiten hätte bringen können. Wir vereinbarten in Gymnich absolute Geheimhaltung. Kohl hielt sich nicht daran und rief ein paar Stunden später Michail Gorbatschow an. Kohl hat uns bei Gorbatschow verraten. Aber das haben wir erst viel später erfahren und es hat uns natürlich sehr geärgert. Er hat damit sehr viel riskiert. Wenn in Ungarn nicht diese Reformführung gewesen wäre, wäre das nicht möglich gewesen, das steht 100-prozentig fest. Viel später hat Gorbatschow gesagt, dass der Dominoeffekt eigentlich durch die Öffnung der ungarischen Grenzen Richtung Österreich ausgelöst wurde. Das führte zum Zusammenbruch des DDR-Regimes und übertrug sich auf die Tschechoslowakei, Rumänien und später Bulgarien.“²⁹²

Der Preis der Freiheit – was kostete die ungarische Grenzöffnung?

Was hat die Grenzöffnung in Ungarn gekostet? Genscher und Kohl schweigen sich in ihren Erinnerungen aus. Staatssekretär Sudhoff will auch nichts von Zahlungen oder Krediten wissen. Kohl schreibt in seinen Memoiren, er habe mehrmals gefragt, was die Grenzöffnung kosten würde und Németh habe geantwortet, Ungarn verkaufe keine Menschen.²⁹³ Aber aus einem Vermerk von Bundesaußenminister Genscher über das deutsch-ungarische Geheimgespräch geht hervor, dass die wirtschaftlichen Probleme Ungarns eine zentrale Rolle bei der Lösung des Flüchtlingsproblems spielten.

„Németh sagte, man sei in einer schweren ökonomischen Krise in Ungarn. Gleichzeitig müsste man die Umstellung zur Marktwirtschaft bewirken und es würden auch sofortige Ergebnisse erwartet. Die Zahnräder dieses Prozesses fügten sich noch nicht richtig ineinander. [...] (Ungarn) habe 5,6 Milliarden Schulden, von denen drei Milliarden nicht eintreibbar seien. Zwei Millionen Ungarn lebten unter dem Existenzminimum. [...] Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, können wir mit Ihrer Unterstützung rechnen? Ich meine nicht nur die Bundesrepublik, sondern den ganzen Westen.“ Bei deutschen Banken habe man, insgesamt vier bis fünf Großbanken, je 400 bis 500 Millionen Schulden. [...] Der BK erklärt, das übersteige die Kompetenz der Bundesregierung. Er werde Herrn Herrhausen von der Deutschen Bank bitten, zur Erörterung dieser Frage nach Ungarn zu reisen.“ Die wichtige Rolle, die der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, im Wirtschaftskonzept für Osteuropa spielte, zeigt sich auch in der Anmerkung des Ministerialdirigenten Hartmann, der diesen Vermerk für den Bundeskanzler verfasste: „Da ich den ungarischen Botschafter am Freitag nicht mehr erreichen konnte, habe ich auch noch nicht Ihren Vorschlag übermitteln können, sich mit Herrn Herrhausen von der Deutschen Bank in Verbindung zu setzen. [...] Dabei wäre es wichtig für mich, zu wissen, ob Sie selbst vorher noch mit Herrn Herrhausen sprechen.““²⁹⁴

Der ungarische Rundfunk meldete, dass sich die Öffnung der Grenze verschoben hätte, weil Ungarn mehr Geld haben wollte.²⁹⁵ Ungarn bekam schließlich einen Kredit in Höhe von 500 Millionen D-Mark, der schon länger zwischen beiden Staaten verhandelt worden war. Bonn strich außerdem den Visazwang und unterstützte Ungarn bei seinem Beitritt zur EU.

Im Sommer hielt sich eine Delegation aus den Bundestagsparteien in Budapest auf, um mit den ungarischen Kollegen über die Öffnung der Grenze zu verhandeln. Auch hier ging es schon um den 500-Millionen-Kredit.²⁹⁶ Zwei ranghohe Bundespolitiker waren ebenfalls – so schilderte es einer der Beteiligten gegenüber einem glaubwürdigen Zeitzeugen des Autors – mit einer Million D-Mark in Ungarn, um sie einem hochrangigen ungarischen Politiker zu übergeben.²⁹⁷

Die DDR will Flüchtlinge zurücklocken

Seitens der DDR lief nun eine wütende Kampagne gegen Ungarn. Ost-Berlin hoffte auf Schützenhilfe aus Moskau, doch die entsprechenden Mitteilungen der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin blieben in Moskau unbeachtet. Die sowjetische Regierung schwieg.²⁹⁸ Schweigen und Aussitzen waren nun die Hauptstrategien im Kreml. Der für Gesamtdeutschland zuständige KGB-General Kondratschow berichtete, er habe mehrmals aus der DDR an Gorbatschow berichtet, dass sich die Lage in der Republik seit 1988 ständig zuspitzte. Dies betraf auch geheime Meinungsumfragen unter der Bevölkerung, die klar aussagten, dass die DDR-Bürger für eine Wiedervereinigung waren. Aber er habe aus dem Kreml nicht einmal eine Eingangsbestätigung bekommen.²⁹⁹

So blieb dem SED-Regime nichts weiter übrig, als die Flucht aus Ungarn zu behindern. In der Anweisung des Stasi-Chefs Mielke an die Leiter seiner Dienstseinheiten heißt es: „Die operativen Kräfte und Mittel sind verstärkt und zielgerichtet zum rechtzeitigen Erkennen sich abzeichnender Auswirkungen [...] zum Einsatz zu bringen. Über Stimmung und Reaktion der Bevölkerung ist die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe ständig zu informieren. [...] Es sind alle erforderlichen Maßnahmen

zur Verstärkung der vorbeugenden Arbeit, insbesondere zur vorbeugenden Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR [...] einzuleiten. Mit dem Ziel, die Rückkehr der in den Botschaften der BRD befindlichen Erpresser beziehungsweise sich in (Ungarn) befindlichen Bürger der DDR in ihren Wohnorten zu erreichen, sind geeignete Familienangehörige/Verwandte beziehungsweise Personen aus dem Umgangskreis dieser DDR-Bürger auszuwählen und für entsprechende Maßnahmen der zielgerichteten Einflussnahme vorzubereiten.“³⁰⁰

Nachdem alle Zahlungen und Zusagen ihre Adressaten erreicht hatten, kam es dennoch zu einer letzten Konfusion. Außenminister Horn flog, wohl um die Form zu wahren, am 31. August 1989 nach Ost-Berlin, um sich dort mit Außenminister Fischer und Günter Mittag zu treffen, die längst über die geheimen Abmachungen zwischen Bonn und Budapest informiert waren. Wie vorhersehbar war, rückte die DDR nicht von ihrem Standpunkt ab, den sie stets verfochten hatte: Eine Ausreise der Flüchtlinge komme nur über das Gebiet der DDR in Frage, Rechtsanwalt Vogel würde alle Fälle im humanen Sinne regeln. Die ungarischen Zeitungen meldeten am gleichen Tag, bisher seien etwa 6.000 DDR-Bürger nach Österreich geflüchtet. Der ungarische Außenminister sagte klipp und klar, seine Regierung werde – zwar nur provisorisch – die Geheimklausel, das heißt das Zusatzprotokoll von 1969 kündigen und am 3. September die Grenzen öffnen. Drohungen und Protest der DDR-Genossen konnten an der schon beschlossenen Tatsache nichts mehr ändern. Immerhin erreichten sie einen Aufschub um eine Woche, um eine letzte Chance seitens des MfS wahrnehmen zu können, die Leute zur Rückkehr in die DDR zu überreden. Hierüber soll im Anschluss in Ost-Berlin der ungarische Staatssicherheitschef mit Erich Mielke verhandelt haben.³⁰¹

Am nächsten Tag, dem 1. September 1989, hat der Außenminister vor dem Plenum des ZK über die Flüchtlingsfrage und über seine ergebnislosen Verhandlungen in Berlin berichtet. Die geplanten Maßnahmen, die er nicht näher beschrieb, sollten innerhalb von zehn Tagen in Kraft treten. Das Kabinett soll dann den Termin auf den 7. September festgelegt, aber die Deutschen nicht informiert haben.

Für eine Wiedervereinigung mochten sich auch zu diesem Zeitpunkt – bis auf den schrill zurückgepfiffenen Teilschick – öffentlich keine bundesdeutschen Politiker aussprechen. Dies übernahm für sie der amerikanische Botschafter in Bonn, Vernon Walters. Am 4. September forderte er im Deutschlandfunk die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten „in Frieden und freier Wahl“. Die Existenz zweier deutscher Staaten sei „nicht normal“.

Am gleichen Tag steuerte der sowjetische Außenminister Schewardnadse ein besonderes Wendemanöver: Er streute der DDR über die wahren Absichten der Sowjets Sand in die Augen, indem er dem DDR-Außenminister Fischer einen verständnisvollen Brief schrieb. Darin spricht er von „Exzessen in der letzten Zeit, [...] die durch die Versuche von DDR-Bürgern, illegal in die BRD zu gelangen, hervorgerufen wurden“. Er bezeichnet nicht etwa das starre, nicht reformbereite SED-Regime als Quelle der entstandenen Schwierigkeiten, sondern den Anspruch der Bundesrepublik auf das „Obhutsrecht für alle Deutschen“. Die zentrale Frage sei deshalb die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch Bonn. Er empfiehlt der DDR, das Problem der „Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR seitens der BRD“ in internationalen Gremien zu behandeln. „[...] Wenn man [...] dem Kanzler vertraulich mitteilen würde, dass im Fall der Fortsetzung der entfachten Anti-DDR-Kampagne und der Aufnahme von Flüchtlingen durch die Botschaften der BRD die Behörden der DDR gezwungen sein würden, die Zahl der Übersiedler in diesem und im nächsten Jahr spürbar zu verringern, würde eine solche Warnung vor den Bundestagswahlen [...] Bonn zumindest zum Überlegen bringen.“³⁰²

Kohl nutzt Terminchaos vor der Grenzöffnung für seine PR aus

Am 2. September 1989 erschien Karsten Voigt von der SPD in Budapest. Horn und sein Staatssekretär teilten ihm den jüngsten Beschluss vertraulich mit, die Flüchtlinge könnten innerhalb einiger Tage Ungarn verlassen. Voigt brach die Diskretion und teilte den Termin den ungarischen Medien mit. Daraufhin gaben am 3. September Bonner Regierungskreise bekannt, Ungarn öffne am nächsten Tag seine Grenzen. Die Nachricht wurde in Budapest

sofort dementiert. Die ungarischen Politiker befanden sich wegen der Indiskretion plötzlich in einer peinlichen Lage, einerseits gegenüber Bonn, da sie einen Oppositionspolitiker über den Zeitpunkt eher informierten als die offiziellen Stellen, andererseits gegenüber der DDR, wo sie mit dem 10. September im Wort standen. Am 6. September erfuhr die Bundesregierung von Botschafter István Horváth, dass eine Regelung „bis zum 10. September“ zu erwarten sei. Helmut Kohl, der ebenso wie Gorbatschow etwas von PR verstand, reagierte sofort. Er bat die Ungarn, den 10. September zu nehmen, damit er die ungarische Grenzöffnung vor dem am 11. September beginnenden Parteitag verkünden konnte. Man würde ihm damit sehr helfen, denn er erwarte auf dem Parteitag große Unannehmlichkeiten. So wurde schnell beschlossen, doch beim 10. September zu bleiben. Am 9. September unternahm Honecker noch einen letzten Versuch: DDR-Botschafter Vehres übergab dem Vorsitzenden der ungarischen Regierungspartei USAP, Károly Grósz, einen Brief, in dem Honecker wieder eine Vermittlung durch den Rechtsanwalt Vogel forderte, der das Problem ähnlich lösen könne wie im Falle der Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Dort hatten die Botschaftsbesetzer freiwillig das Haus geräumt, um sich der bisherigen Ausreiseprozedur zu unterwerfen. Die Ungarn hatten schon seit Wochen diese für sie nicht ganz verständliche Form, die so genannte Vogel-Lösung, konsequent zurückgewiesen, so nun auch in ihrem Antwortbrief, der am 10. September in Namen des Präsidiums der ungarischen Regierungspartei formuliert wurde. Für die konkrete Situation – hieß es in der Antwort – trüge Ungarn keine Verantwortung, man strebe nach einer Lösung, die „am wenigsten die Interessen sowohl der DDR als auch Ungarns verletzt“. So sehe sich Ungarn gezwungen, den 6. und 8. Artikel sowie das vertrauliche Zusatzprotokoll des Reiseverkehrsabkommens zwischen der DDR und der Volksrepublik Ungarn von 1969 zurückzuziehen.³⁰³

In der Öffentlichkeit war die mögliche Wiedervereinigung nun das große Thema. Sofort begann Kohl, Hoffnungen in dieser Richtung zu dämpfen. Während sich alle Welt fragte, wie denn nun die Lösung der deutschen Frage erfolgen musste, erklärte der Kanzler am 5. September 1989: „Das Verhältnis der

beiden deutschen Staaten in Deutschland zueinander ist ein wesentliches Element der Stabilität in Europa. Angesichts mancher Stimmen kann ich nur warnend sagen: Wer diese Stabilität gefährdet, muss wissen, welche Folgen dies für alle Beteiligten hätte.“ Spricht so ein Kanzler der Einheit? In der gleichen Bundestagssitzung pflichtete ihm der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel bei, dessen Partei schon lange eine Anerkennungs-politik gegenüber der DDR betrieb: „Wir respektieren unverändert die Staatlichkeit der DDR.“³⁰⁴

Endlich war es so weit. Am 10. September 1989 um 19 Uhr wurde in Budapest bekannt gegeben, die Grenzen würden für die Bürger der DDR ab Mitternacht offen stehen. Zur gleichen Zeit konnte Helmut Kohl auf der traditionellen Vorabend-pressekonzferenz für den Parteitag die ersten Punkte sammeln. Dementsprechend ging der Putschversuch gegen Kohl schief. Der Möchtegernkanzler Späth und seine Mitverschwörer, darunter Heiner Geißler, Kurt Biedenkopf und Rita Süßmuth, mussten die Segel streichen. Kohl war auf dem Parteitag siegreich auf einer losgetretenen Welle des Patriotismus geschwommen. Bis zum Fall der Mauer verließen von ursprünglich 200.000 Urlaubern 60.000 DDR-Bürger auf diesem Weg die verhasste Republik.

Neue Flüchtlinge in Prag – Genschers Kampf um ihre Ausreise

Inzwischen hatte sich mit dem Verbot von Ungarnreisen für nicht systemtreue Bürger und entsprechenden scharfen Grenzkontrollen an der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze ein neuer Brandherd gebildet: die bundesdeutsche Botschaft in Prag. Statt die Situation zu entspannen, verschärfte die DDR den Druck in ihrem Kessel. Da die DDR-Bürger über die offensive Flucht-berichterstattung bestens informiert waren, ergoss sich nun ein Flüchtlingsstrom nach Prag. Der damalige deutsche Botschafter in Prag, Hermann Huber, hat seine Erinnerungen daran ins Internet gestellt³⁰⁵:

„Als ich am 17. Dezember 1988 dem damaligen Staatspräsidenten Husák mein Beglaubigungsschreiben überreichte, gab es keine DDR-

Flüchtlinge in der Botschaft. Erst im Februar/März 1989 stellten sich die ersten Zufluchtsuchenden ein, die entweder über den rückwärtigen Botschaftszaun auf unser Gelände gekommen waren oder denen es auf andere Weise gelang, die strenge Wache der tschechoslowakischen Miliz zu überlisten, die jeden Besucher kontrollierte. Wir brachten sie im Dachgeschoss der Botschaft unter, das als Notquartier ausgebaut worden war, versorgten sie mit Lebensmitteln und schalteten, wie üblich, das BMB [Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, d. Verf.] ein. In den folgenden Monaten bewegte sich die Zahl der Zufluchtsuchenden, die sich gleichzeitig in der Botschaft aufhielten, zwischen etwa fünf und 30 Personen, je nachdem, wie schnell und gut die Verhandlungen zwischen BMB und Rechtsanwalt Vogel liefen. Im Einzelnen bedeutete dies für die Flüchtlinge, dass sie, versehen mit gewissen Zusagen von Vogel, die Rückreise in die DDR antraten und dort einen regulären Ausreiseantrag stellen konnten, der ihnen in der Regel die Ausreise in die Bundesrepublik nach mehreren Monaten ermöglichte. Mit dieser Situation, das heißt einer ständig wechselnden Anzahl von Zufluchtsuchenden, die sich aber im Rahmen dessen hielt, was wir mit Bordmitteln gut bewältigen konnten, mussten wir leben.“

Am 4. August 1989 meldete *Bild* 20 Flüchtlinge in der Prager Botschaft und brach auch in diesem Fall damit die Diskretion, mit der bisher die Flüchtlingsangelegenheiten behandelt worden waren. Am 17. August erhielt Huber im Urlaub einen Rückruf vom Auswärtigen Amt, da sich in der Botschaft etwa 70 Flüchtlinge aus der DDR aufhielten. Als Huber zwei Tage später eintraf, waren es bereits 123 Personen, „die offenbar ohne allzu große Schwierigkeiten den Botschaftszaun überwunden hatten. Dies war erstaunlich und stand in gewissem Gegensatz zu dem, was wir von früher gewohnt waren. Offensichtlich waren die strengen Anweisungen der ČSSR-Miliz gelockert worden. Wie war das möglich geworden?“³⁰⁶ Anfangs kamen täglich 20 bis 50 Flüchtlinge dazu. Die ČSSR-Behörden taten nichts, diesen Zustrom zu beenden. Die bundesdeutsche Botschaft war nicht dermaßen abgeriegelt, wie zum Beispiel die amerikanische oder britische. Huber notierte in seinem Bericht:

„Mehr und mehr zeigte sich die qualitative Änderung in der Zusammensetzung der Flüchtlinge. Während früher bei vielen die Bereitschaft bestand, gegen Zusagen von Rechtsanwalt Vogel die Botschaft zu verlassen, zeigte sich jetzt mehr und mehr eine militante Haltung, die darauf abzielte, das DDR-Regime zu Zugeständnissen zu zwingen. Sie wollten unmittelbar in die Bundesrepublik ausreisen. Da sich nichts in dieser Hinsicht bewegte, drohten einige mit Hungerstreik. In aller Höflichkeit entschuldigten sie sich bei mir, dass sie mir dies antun müssten, aber sie wollten auf diese Weise die Weltöffentlichkeit auf ihr Schicksal aufmerksam machen. Der Zeitpunkt der Leipziger Messe scheint ihnen geeignet zu sein. Es gelang mir nach langer Diskussion, sie von ihrem Vorhaben abzubringen. Aber ich war mir natürlich über die Brisanz der sich immer mehr zuspitzenden Situation im Klaren. Anfang September schlug das Wetter um, es regnete in Strömen und der Botschaftspark verwandelte sich in eine Schlammwüste.“³⁰⁷

Jürgen Sudhoff, der in die ČSSR reiste, erinnert sich noch gut an den unangenehmen Empfang durch den Außenminister:

„Daraufhin wurde ich nach Prag geschickt, um mit den dortigen Leuten zu verhandeln, wie wir diese Frage lösen können. In Prag waren Mitte September 89 bereits 1.000 bis 1.500 Menschen in der Botschaft und auf dem Gelände. Ich habe mit dem dortigen Außenminister beziehungsweise seinem Stellvertreter versucht zu verhandeln, eine Lösung zu erreichen, die der ungarischen Lösung entsprach. Daraufhin hat mich der Kerl sozusagen rausgeschmissen.“³⁰⁸

Am 12. September 1989 trafen aus der DDR Rechtsanwalt Vogel mit seiner Frau, Rechtsanwalt Dr. Gregor Gysi und ein weiterer Anwalt aus der DDR in der Botschaft ein, um den Flüchtlingen Ausreiseangebote zu unterbreiten. Jürgen Sudhoff schilderte dem Autor in einem Interview im April 2005, wie aufgeladen die Atmosphäre war:

„Auf der einen Seite des Tisches [...] saßen der Botschafter Huber, Herr Vogel und Herr Gysi – die haben Gysi als Präsidenten der Rechtsanwaltskammer mitgeschickt, um das Team zu verstärken –,

auf der anderen Seite saßen ich und Herr Bertele. Und dann saßen und standen da etwa 20 bis 25 Leute, die unter den Flüchtlingen im Hause und im Garten ausgewählt worden waren. Und ich habe ihnen nun vorgetragen, was ich gerade von der tschechoslowakischen Regierung habe hören müssen: dass eine Lösung wie in Ungarn hier nicht in Frage käme. Ich habe ihnen sagen müssen, dass ich als Vertreter der Bundesregierung nicht in der Lage sei, sie herauszuholen. [...] Und dann hat Vogel dieser Runde folgenden Vorschlag gemacht: Die in der Botschaft befindlichen Flüchtlinge könnten in die DDR zurückkehren und innerhalb von sechs Monaten die Ausreisegenehmigung erhalten. Das war, gegenüber früheren Exerzitien dieser Art, ein Rückschritt, denn früher waren die DDR-Flüchtlinge, die in unseren Botschaften waren, nach Hause gegangen und sofort ausgereist. [...] Daraufhin haben sie nur höhnisch gelacht und gesagt, dass das überhaupt nicht in Frage kommt. Während wir da am Tisch saßen, kletterten weitere Leute über den Zaun und die tschechoslowakischen Polizisten haben sie auch nicht weiter abgehalten. Sie hätten ja weiträumig absperren können, aber das haben sie nicht getan. [...] Ich habe danach in Gesprächen mit Flüchtlingen erklärt, dass sie mit ihrem Bleiben einen Druck erzeugen, den die tschechoslowakische Regierung nicht ertragen wird. „Ich würde euch nicht empfehlen, abzureisen, aber das ist meine persönliche Meinung.“

Genschers Sieg in Prag

In dem dreistündigen Gespräch mit den Flüchtlingen erweiterte Vogel daraufhin seine bisherigen Zusagen um wesentliche Punkte, bestand jedoch weiterhin auf Rückkehr in die DDR zur Bearbeitung der jeweiligen Ausreiseanträge. Daraufhin verließen etwa 280 Flüchtlinge die Botschaft und kehrten in die DDR zurück. Allerdings befanden sich am 24. September schon wieder 865 DDR-Bürger in der deutschen Vertretung. Botschafter a. D. Hermann Huber notierte in seinem Bericht: „Langsam wurde uns in der Botschaft klar, dass es nicht mehr darum geht, das Überquellen der Botschaft zu verhindern. Der durch den Zustrom der Flüchtlinge erzeugte Überdruck konnte ein sehr viel größeres geschichtliches Rad in Bewegung setzen. Mit anderen Worten: Es ging nur darum, durchzuhalten.“ Staatssekretär Sudhoff han-

delte entsprechend und heizte das Klima über die Presse noch an,

*„weil ich der Meinung war, je mehr Leute in die Botschaft gehen, je mehr Menschen da drin sitzen, umso größer wird der Druck. Das war auch der Grund, warum ich nach meiner Reise nach Prag am selben Abend noch sämtliche Weltmedien angerufen und gesagt habe: Fahrt nach Prag, da verändert sich die Welt. Ich habe nie etwas Gutes daran gefunden, die Sache unter der Decke zu halten, weil ich sie als ein Vehikel empfunden habe, den Druck auf die DDR zu erhöhen.“*³⁰⁹

Man konnte getrost darauf spekulieren, dass die DDR bis zu den Jubiläumsfeierlichkeiten am 7. Oktober 1989 dieses Problem vom Tisch haben wollte. Die Druckkesselpolitik Bonns in Bezug auf die deutsche Botschaft in Prag führte auf der UN-Vollversammlung Ende September 1989 zur Lösung. Außenminister Genscher mobilisierte die verbündeten Außenminister und Eduard Schewardnadse, auf die ČSSR und Ost-Berlin Druck auszuüben, um einen Weg für die Ausreise der DDR-Flüchtlinge aus der Prager Botschaft und der Botschaft in Warschau zu finden. Schließlich willigte Ost-Berlin in eine Ausreise der Flüchtlinge über das Gebiet der DDR ein. Es wurde vereinbart, dass der Zug aus Warschau von Staatssekretär Sudhoff und der Zug aus Prag von Rudolf Seiters und Hans-Dietrich Genscher begleitet würden, damit sich die Flüchtlinge sicher fühlen konnten. Botschafter a. D. Huber schildert die Lage in Prag zu dieser Zeit:

*„In Prag wussten wir von all dem noch nichts. Bei uns stieg inzwischen die Zahl der Zufluchtsuchenden rapide weiter an. Schon waren sämtliche Stufen des großen Treppenhauses belegt. Jeweils zwei Personen schlieften auf einer Treppe. Am 29. September erfuhr unsere Delegation in New York, dass die DDR am 30. September einer Lösung entsprechend Genschers Vorschlag zustimmen will. Die Delegation flog noch am selben Tag zurück nach Bonn, kam dort am 30. September um 8 Uhr an und flog um 16 Uhr weiter nach Prag. Jetzt erfuhren auch wir, dass sich etwas bewegte. Ich holte den Minister am Flughafen ab.“*³¹⁰

Mit einer Polizeieskorte raste das Trio zum Palais Lobkowitz. Als die 5.000 Flüchtlinge unerwartet Genscher erblickten, brach ein unbeschreiblicher Jubel los. Sprechchöre erschallten: „Genscher, Genscher!“ Ein Mitglied der Botschaft kündigte eine Rede des Außenministers vom Balkon der Botschaft aus an. Kurz davor erfuhr die deutsche Delegation, dass es die DDR ablehnte, den Prager Zug durch Genscher und Seiders begleiten zu lassen. Jetzt stellte sich die Frage, ob die Flüchtlinge bereit sein würden, unter diesen Voraussetzungen durch das Gebiet der DDR zu fahren. Um 18.58 Uhr trat Genscher auf den Balkon. „Liebe Landsleute!“, rief er. Ein Aufschrei der Begeisterung kam aus der 5.000-köpfigen Menge. Doch als er den Menschen erklärte, dass die Züge durch das Gebiet der DDR fahren werden, ertönten Pfiffe. Behutsam erklärte der Außenminister, dass er sich für ihre Sicherheit verbürge. Statt seiner und Seiders würden hohe Beamte der Bundesregierung in dem Zug sitzen. Die Leute fügten sich den angekündigten Modalitäten.³¹¹ Botschafter a. D. Huber schilderte den Aufbruch der Flüchtlinge in den Westen:

„Wenig später beginnt bereits der Abzug der ersten Flüchtlinge zu den Bussen, die von der Botschaft der DDR bereitgestellt worden waren. Die Flüchtlinge sind überglücklich. Die Züge werden von hohen Beamten des Auswärtigen Amts, von Staatssekretär Priegnitz und Botschaftsangehörigen begleitet. Um 7 Uhr morgens des nächsten Tages verlässt der letzte Zug Prag. Ich bin die ganze Nacht auf den verschiedenen Bahnsteigen. Um 8 Uhr lege ich mich schlafen. Schon lange weiß ich nicht mehr, was das eigentlich ist, Schlaf. Aber schon um 10 Uhr stehe ich wieder auf und schaue mir den Hof, den Park, das Gebäude an. Eine gespenstische Stille liegt über dem infernalischen Chaos, das sich mir darbietet. Irgendwie fehlten mir die Flüchtlinge, aber das ist sicher schwer zu verstehen. Es war vielleicht auch die innere Leere, die man nach all den Wochen der Anspannung fühlte. DRK-Helfer laden meine Frau und mich ein, im Hof mit ihnen eine Gulaschsuppe zu essen. Wir waren dankbar dafür. Sie hatten wohl unsere seelische Verfassung erkannt. Gegen Mittag hatten sich schon wieder an die 200 Menschen vor dem Tor der Botschaft versammelt und begehrten Einlass. Sie waren zu spät für die Ausreiseaktion gekommen. Nach Rücksprache mit dem AA [Anmer-

kung des Autors: Auswärtiges Amt] versuchte ich, ihnen klar zu machen, dass sich diese außergewöhnliche Ausreise wohl nicht wiederholen ließe. Gegen 17 Uhr öffnete ich das Tor und die inzwischen 300 Menschen stürmten an mir vorbei in den Park. In Kürze hatten sie aus dem Chaos wieder ein ordentliches Zeltlager gemacht. Am Abend des nächsten Tages meldete ich bereits 1.622 und am 3. Oktober 3.800 bis 4.000 Flüchtlinge. Dieser zweite Akt des Dramas dauerte nur bis zum 4. Oktober, war in seinem Ablauf allerdings fast schwieriger zu handhaben als die erste Welle. Die Flüchtlinge strömten von allen Seiten in die Botschaft.

Wir konnten kaum mehr zählen. Als ich in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober die Weisung erhielt, die Botschaftspforte definitiv zu schließen, waren über 5.000 Menschen in der Botschaft und im Park und über 2.000 noch auf dem Vorplatz. Gegen 16.30 Uhr des 3. Oktober habe ich gegen den dringenden Rat der Ärzte beschlossen, das Tor noch einmal für Frauen und Kinder zu öffnen, da die Temperaturen inzwischen empfindlich gefallen waren. 600 Frauen und Kinder strömten daraufhin auf das völlig überfüllte Terrain. Ich musste sie im Heizungskeller unterbringen, dem einzigen verbliebenen Raum. Als die Ausreise dieser Menschen schließlich am 4. Oktober um 18.30 Uhr begann, waren die hygienischen Verhältnisse katastrophal geworden. Versorgung und Entsorgung waren kaum mehr möglich. Dennoch: Es war zu keinerlei Panik gekommen. Die Zusammenarbeit auch mit der Botschaft der DDR und den Sicherheitskräften der ČSSR war pragmatisch und effizient. Die Weltpresse hat diese zweite Ausreiseaktion kaum zur Kenntnis genommen.“³¹²

Während die Befreiungsaktion in der Prager Botschaft lief, war Staatssekretär Sudhoff nach Warschau geflogen. Im April 2005, 15 Jahre nach dem Ereignis, schilderte er dem Autor seine Erlebnisse:

„Ich bin in die Botschaft gegangen. [...] Ich habe den Flüchtlingen erklärt, dass ich als Vertreter Bonns zu ihnen spreche und wir in der Nacht zusammen mit dem Zug nach Westdeutschland fahren. [...] Ich habe gesagt: ‚Ich bin Jürgen Sudhoff. Ich vertrete als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Bundesregierung. Wir fahren heute Abend mit dem Zug nach Westdeutschland.‘ Da ging das gleiche

Jubeln los wie in Prag. Und dann sagte ich: ‚Wir fahren mit dem Zug durch die DDR.‘ Da wurde es leichenstill im Saal. Da hab ich erklärt: ‚Ihr braucht keine Angst zu haben. Herr Bertele und ich garantieren, dass jeder, der in Warschau in den Zug steigt, in Helmstedt aussteigt. Da wird keiner ausgenommen.‘ Die unglaublichen Szenen, die sich dann ereignet haben, können Sie sich vorstellen. Wir haben mitgeheult. Es war eine unglaubliche Situation. Die Polen hatten inzwischen einen Bus organisiert, mit dem wir in der Nacht zum Warschauer Bahnhof fuhren. Da stand der Zug von der Deutschen Reichsbahn. Wir sind in den Zug gestiegen und stellten fest, dass es kein Wasser gab und die Heizung aus war. Zu essen gab es auch nichts. [...] Ich bat diese vielen Menschen, Ruhe zu bewahren, bis wir die DDR verlassen hätten. Ich wollte der Stasi keinen Vorwand bieten. [...] In dieser Nacht machten sich DDR-Bürger auf den Weg über die Oder, die Grenze war noch nicht zu. Sie wussten, wo der Zug entlangfahren würde. Da standen sie an Bahnhöfen und zum Teil auch auf dem freien Feld. Sie ließen einfach ihren Trabi stehen, nahmen ihre Koffer, Kinder im Arm, liefen über das Feld und fragten: ‚Können wir noch mitfahren?‘ Wir haben sie durchs Fenster in den Zug gezogen. Dann fuhr der Zug wieder an. Wir kamen über die Brücke in Frankfurt an der Oder und dort war das Gleis rechts und links abgedeckt durch Güterwagen, damit keiner Einblick hatte. Da fuhr der Zug am Bahnhof ein. Auf dem Bahnsteig sah ich ein paar Männer stehen, in halblangen Lederjacken mit kleinen Attachéköffern in der Hand. Ich wusste gleich, wer da kam. Ich bin aus dem Zug ausgestiegen [...] und habe gesagt: ‚Es gibt eine Vereinbarung zwischen Ihrer Regierung und der Bundesregierung, wonach alle Leute, die in diesem Zug sitzen, in Helmstedt aussteigen dürfen. Ich möchte Sie daran erinnern und Sie darauf aufmerksam machen, dass ich der Garant für die Einhaltung dieser Vereinbarung bin.‘ Dann sind die Männer von Wagen zu Wagen gegangen und haben den Leuten die Ausweispapiere abgenommen. [...] Anschließend fuhren wir durch die DDR. Überall, wo der Zug über Bahn- und Straßenkreuzungen oder unter Brücken hindurchfuhr, standen die Menschen und schwenkten weiße Taschentücher. Es war das Zeichen dafür, dass sie auch ausreisen wollten. Da stand die halbe DDR an den Gleisen! [...] Dann fuhren wir um Berlin herum, nach Marienborn. In Marienborn hielt der Zug. Die Herrschaften

in ihren Lederjacken stiegen aus, der Zug setzte sich in Bewegung und fuhr durch den offenen Zaun. Wir haben uns in den Armen gelegen. Wir haben geweint wie die Schlosshunde. Dann fuhr der Zug in Helmstedt auf den Bahnhof und da stand Herr Albrecht mit seinem Kabinett und einer großen Blaskapelle und spielte ‚Nun danket alle Gott‘.“

Der Aufstand der DDR-Bürger – Moskau greift nicht ein

Mitte 1989 gab es etwa 500 Oppositionsgruppen, die unter dem Schutz der evangelischen Kirche standen. Ihre Rundschreiben, die offiziell nur für den innerkirchlichen Gebrauch bestimmt waren, erreichten eine wesentlich breitere Leserschaft. Die Korrespondenten der westdeutschen Medien sorgten dafür, dass sie in der ganzen DDR-Bevölkerung bekannt wurden. Nach den gefälschten Kommunalwahlen im Mai verließen viele Oppositionelle das schützende Kirchendach und begannen, in Dresden und Leipzig zu demonstrieren. Aber es waren nur wenige, die den oppositionellen Weg für eine Reform der DDR suchten. Ein großer Teil der DDR-Bevölkerung schwieg entweder und wartete ab, wie sich die Dinge entwickeln würden, oder hatte Ausreiseanträge gestellt und nun zum Teil versucht, über Ungarn in den Westen zu kommen. Rechtsanwalt de Maizière, engagierter Kirchenpolitiker und Rechtsbeistand der Ausreisewilligen, zeigte dem Autor während eines Interviews seine Arbeitskalender aus jener Zeit. In der DDR musste ein Rechtsanwalt kostenlose Beratungen durchführen. An diesen Tagen waren seine Arbeitskalender voll mit Terminen für Ausreisewillige. In einem Interview mit dem Autor im März 2005 erklärte er, dass mehrere Millionen DDR-Bürger Ausreiseanträge gestellt hatten.

„Gegen Ende der DDR lagen 750.000 Anträge bei der Abteilung für Innere Angelegenheiten zur Bearbeitung. Und an diesen Anträgen hingen zum Teil zwei bis drei Personen, zum Teil ganze Familien dran. Das heißt, ein Viertel der Bevölkerung saß auf gepackten Koffern. Es gab zum Beispiel Anfang 1987 eine Studie der Humboldt-Universität von Professor Dr. Niederländer, sie war die führende

Soziologin für den Bereich des inneren Zustands der DDR. Und diese Studie endet mit der Aussage, dass die DDR an ihren Randgruppen zerbrechen würde. Das wurde dann sofort auch geheime Verschlussache. Zu den Randgruppen gehörten nach ihrer Auffassung die Punks und die Skins auf der einen Seite und die Ausreisearbeitgeber auf der anderen Seite.“

Eine Protestbewegung formiert sich

Nur wenige waren bereit, sich für den Aufbau eines reformierten Sozialismus zu begeistern. Über Mund-zu-Mund-Propaganda war von der Gründungsgruppe des „Neuen Forums“ am 19. September in die Ost-Berliner Gethsemane-Kirche eingeladen worden, die zu einem Hort der Opposition geworden war. Die kirchliche und nichtkirchliche Opposition außerhalb der SED sollte unter dem Dach des Neuen Forums organisiert werden. 20 Erstunterzeichner hatten sich in der Wohnung des verstorbenen Regimekritikers Robert Havemann eingefunden, um zusammen mit seiner Witwe Katja das Erbe des oppositionellen Wissenschaftlers anzutreten. Die Malerin Bärbel Bohley, der Physiker Sebastian Pflugbeil, der Jurist Rolf Henrich, der Mediziner und Wissenschaftler Professor Jens Reich und der Betonfacharbeiter Reinhard Schult wurden zu den Aushängeschildern dieser Protestbewegung. An jenem 19. September stellten sie in den meisten Bezirken der DDR den Zulassungsantrag, der postwendend mit der Begründung abgelehnt wurde, es bestehe keine gesellschaftliche Notwendigkeit für eine derartige Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt entsprach dies, zynisch gesehen, wohl auch den Realitäten. Denn der Aufruf war nur von 3.000 Bürgern unterzeichnet worden, der Zulauf war gering. Deshalb war die Enttäuschung ziemlich groß, als diese Veranstaltung in Berlin nur von etwa 200 Personen besucht wurde. Ziel des Neuen Forums war nach den Worten der Veranstalter, gegen Verkrustung und Hilflosigkeit anzugehen. Der Gründungsauf Ruf war bewusst allgemein gehalten worden, um für alle offen zu sein. Genau dies aber wurde von zahlreichen Anwesenden bemängelt, die die Richtungslosigkeit des Neuen Forums kritisierten. Am Ende dieser Veranstaltung stellte sich noch eine andere Oppositionsgruppe vor: Die Ver-

einigung „Demokratie jetzt“. Sie präsentierte sich wesentlich konkreter und kündigte an, bei den nächsten Volkskammerwahlen eigene Kandidaten aufzustellen.

Auf dieser Veranstaltung befand sich der Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Staatssekretär Bertele. Er telegrafierte am nächsten Tag: „Die Veranstaltung zeigte, dass die Arbeit neuer und alter Gruppen in der DDR weit entfernt ist von effektiver Oppositionsarbeit. Die in unserer Presse veröffentlichten Berichte über die ‚Opposition‘ in der DDR sind übertrieben und aufgebauscht. Bärbel Bohley konnte keine Orientierung geben, ihr amateurhaftes Auftreten zeigte deutlich die Schwierigkeiten bei inhaltlicher und organisatorischer Umsetzung ihrer Ziele. Der Teilnehmerkreis bestand [...] ausschließlich aus Intellektuellen, unter denen keine politischen Talente sichtbar wurden, die eine solche Versammlung zu einheitlicher Willensbekundung führen könnten. [...] Die Arbeit des Staatssicherheitsdienstes wird auch weiterhin dafür sorgen, dass die Aufbruchstimmung nicht zu einem tatsächlichen Aufbruch wird.“³¹³ Ministerialrat von Studnitz kabelte am 22. September 1989, dass sich die DDR zum ersten Mal in einer Krise befinde, in der sie weitgehend isoliert sei; die

„Gorbatschow’schen Reformen und ihre Auswirkungen auf das ganze kommunistische Europa haben die DDR am Vorabend der Feierlichkeiten zu ihrem 40. Jahrestag in eine tiefe Krise gestürzt. [...] Die Einsicht, die Notwendigkeit von Reformen gewinnt allenthalben, nur nicht in der obersten Führung, weiteren Raum. Aus der SED hört man wiederholt, dass die unteren Parteiebenen von großer Unruhe erfasst seien. [...] Die Aussichten für eine erfolgreiche Wende aus der gegenwärtigen Krise sind düster. [...] Das Regime wird weder durch die Kritik der Kirchen noch durch die oppositionellen Gruppierungen [...] gefährdet. Die Kirche versteht ihre Rolle nicht primär politisch, sondern eher diakonisch. [...] Die oppositionellen Gruppen setzen sich zu allermeist aus Intellektuellen zusammen, die über wenig oder gar keine politische Erfahrung verfügen. Ihre Gefahr liegt allenfalls in der langfristigen, zersetzenden Wirkung einer systemkritischen Diskussion. Sie würden erst dann gefährlich werden, wenn ein wirkliches politisches Talent vom Schlege eines Walesa aufträte. Besorgt sein muss die Führung aber um die Stimmung in der Arbei-

terschaft, die durch die allgemein bekannten Mängel in der Versorgung gereizt ist.“³¹⁴

Immerhin schaffte es das Neue Forum, bis Ende des Jahres 10.000 feste Mitglieder und 200.000 Unterschriften zu sammeln. Auch das war angesichts einer Bevölkerung von 18 Millionen nicht umwerfend. Allein die Montagsdemonstrationen wuchsen über die Wochen bis zum Jahresende auf ein Zigfaches an. Für den Wendeprozess wesentlich wichtiger wurden die bisherigen Blockparteien, verbündete Neugründungen wie Demokratie jetzt und „Demokratischer Aufbruch“ sowie das Entstehen einer Sozialdemokratie, die allerdings nichts mit einer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sondern eher etwas mit einer kirchlichen Sozialbewegung zu tun hatte.

Das MfS unterwandert die Opposition

Zu Zeiten der Entstehung einer Opposition unter den DDR-Intellektuellen aus Anlass der Vorgänge um Wolf Biermann entwickelte die Hauptabteilung XX des MfS Ende der 70er Jahre ein Strategiepapier zur Bildung einer vom Staat gesteuerten Opposition. Die Hauptabteilung XX war bis zum Zusammenbruch der DDR für die Beobachtung so genannter staatsfeindlicher Aktivitäten zuständig. Diese Idee des Spitzenauswerter der Hauptabteilung XX, Oberst Wolfgang Schmidt, wurde jedoch von der Führung des MfS nie aufgegriffen. Man beließ es bis zum Ende der DDR bei der flächendeckenden Infiltrierung der Oppositionsgruppen durch das MfS. Die Sicherheitsdienstler waren der Meinung, dass man die Aktivitäten der Opposition lediglich kennen musste, um gegensteuern zu können. Auf diese Art und Weise konnten sie immerhin in sämtlichen Spitzenpositionen der Friedensbewegung und der späteren Oppositionsgruppen und -parteien ihre Leute installieren wie den Rechtsanwalt Wolfgang Schnur im Demokratischen Aufbruch, Ibrahim Böhme in der SDP/SPD sowie bisher nicht genannte Informanten im Neuen Forum. Das MfS hatte damit die Chance, zur Wendezeit gesteuert Einfluss auf die Strategien der Opposition zu nehmen und sie in eine ihr genehme Richtung zu lenken. Aber inwieweit dies im

Sinne der Reformwilligen aus dem Machtapparat für den Aufbau einer neuen DDR genutzt wurde, ist unbekannt. Die Spitze des MfS jedenfalls besaß nicht mehr die Kraft und den politischen Willen, diese Möglichkeit für sich umzusetzen.³¹⁵

Aber nicht nur das MfS, sondern vor allem der KGB hatte seine Leute in den Oppositionsgruppierungen. Von Bärbel Bohley ist bekannt, sie sei sehr beunruhigt gewesen über die Tatsache, dass so viele Leute aus dem Führungszirkel des Neuen Forums Anbindungen an die Sowjets gehabt hätten. Allerdings haben die Anbindung an die Sowjets sowie die Kontrolle der Opposition durch jene Kräfte, die der Perestroika nahe standen, dazu geführt, dass sie nahezu unbehindert während der Wendezeit agieren konnten. Wie sonst wäre es überhaupt denkbar gewesen, dass westdeutsche Korrespondenten über oppositionelle Bewegungen in der DDR berichten konnten und diese Informationen via Westfernsehen in die ostdeutschen Wohnstuben gelangten? Ohne den KGB hätten Erich Mielke und Innenminister Friedrich Dickel schon 1987 ganz andere Seiten aufgezogen. Eine perestroikianische Opposition hätte sich in der DDR ihrer Meinung nach nie herausbilden dürfen. Da die Staatssicherheit aber stets ein Kind des KGB war, traute man sich nicht, offen gegen die Interessen der Sowjets vorzugehen.

Amerikaner kooperieren mit Oppositionellen

Lediglich unter Beobachtung, ohne dass das MfS aktiv eingriff und solche Kontakte etwa unterbunden hätte, standen die Aktivitäten der US-Botschaft mit der Opposition. Mit der Anerkennung der DDR durch die USA begann auch die „offizielle“ Arbeit des amerikanischen Geheimdienstes in der DDR. Doch das Agentennetz, das die Chiefs of Station seit 1974 aufgebaut hatten, war weitgehend enttarnt. Allzu oft hatte die CIA Spione geworben, die doppeltes Spiel trieben und für das MfS arbeiteten. Ähnliche Probleme hatte der BND. Eine Unterwanderung durch Agenten im herkömmlichen Sinn war in der DDR aufgrund der effektiven Arbeit der Staatssicherheit weit schwieriger als in der Sowjetunion. Deshalb verlegte man sich in Lengley auf das Anwerben von informellen Mitarbeitern. Schon 1988 sollen die

Amerikaner auf diesem Gebiet über etwa 900 erstklassige Quellen verfügt haben, die aus allen Bereichen der Gesellschaft kamen. Bis auf den Coup von Teufelsberg ist es dem MfS nie gelungen, für seine Abwehrarbeit Quellen in der CIA auf diese Weise zu installieren. Dennoch konnte die Staatssicherheit bis 1989 etwa 200 Quellen der Amerikaner abschöpfen. Etwa 30 von ihnen waren aktive Oppositionelle. Mit Beginn der 80er Jahre versuchten Oppositionelle aus der DDR, Verbindungen zu westlichen Botschaften und ausländischen Medien aufzubauen. Die Amerikaner setzten jetzt dafür nachrichtendienstlich ausgebildete Gesprächspartner ein, die im Auftrag der Botschaft die Kontakte zu diesen DDR-Bürgern pflegten. Die CIA erfuhr auf diesem Wege, welche Bedeutung die oppositionellen Gruppen überhaupt hatten. Sie erkannte den Grad des Dialoges mit der DDR-Führung, sie lernte die Köpfe der Opposition kennen und deren politische Ziele. Sie erfuhr von der Rolle, die Kirchenführer wie Konsistorialpräsident Manfred Stolpe spielten und inwieweit sie die oppositionellen Gruppen in der DDR unterstützten. Von besonderem Interesse war natürlich die Frage, ob die Opposition zur Nachfolge Erich Honeckers Vorstellungen entwickelt hatte. Über die geheimdienstliche Zusammenarbeit der Amerikaner mit der DDR-Opposition ist nicht viel bekannt. Das Tuch des Schweigens soll darüber ausgebreitet werden, denn die Destabilisierung eines Staates passt nicht zu den Zielen der US-Regierungs-PR. Dennoch bestätigte Jerry Bindenagel, damals Gesandter der USA in der DDR, im Gespräch mit dem Autor im April 2005 diese Wühlarbeit der Amerikaner mit den Oppositionellen:

„Eppelmann war Gesprächspartner. Thomas Krüger war wichtiger. Er und sein Kreis waren die wichtigsten Leute, außerdem Misselwitz und seine Leute. Sie waren die wichtigsten in den ersten Tagen. Eppelmann, Böhme und die anderen kamen später. Gregor Gysis Vater hat auch lange Kontakt mit uns gehabt und dadurch hatte dann auch sein Sohn Kontakt mit uns, aber der war kein Reformier, der war dann ein Nachfolger im Sinne der SED-Leute.“

40. Jahrestag – die Revolte beginnt

Es herrschte eine fröhliche Stimmung unter den FDJlern, die zu Tausenden jubelnd an der Ehrentribüne vorbeimarschierten, auf der auch Michail Gorbatschow stand. Vielleicht war die Stimmung so fröhlich, weil sie ihren „Gorbi“ da oben stehen sahen und dabei an einen Witz dachten, der überall die Runde machte: Warum feiert die DDR ihren 40. Jahrestag so außergewöhnlich? Weil sie den 50. nicht erlebt!

Ursprünglich hatte der sowjetische Parteichef erwogen, Honecker zu brüskieren und gar nicht zum 40. Jahrestag in Ost-Berlin zu erscheinen. Schließlich nutzte er in zwei Vier-Augen-Gesprächen mit dem SED-Generalsekretär ein letztes Mal die Möglichkeit, ihn von der Notwendigkeit der Perestroika in der DDR zu überzeugen. Stocksauer verließ er dieses Treffen und sprach zum Schluss den Satz, der später in verkürzter Form immer wieder gern zitiert wurde: „Es gibt historische Entwicklungen, die muss ein Politiker zur Kenntnis nehmen, denn wenn er sie nicht zur Kenntnis nimmt und so tut, als wären sie nicht passiert, dann wird er durch den Fortgang des Lebens bestraft.“

Vor seinem Abflug am Abend des 7. Oktober teilte Gorbatschow seinem Ost-Berliner Botschafter Kotschemassow seine Eindrücke mit. Botschaftsrat Igor Maximyschew protokollierte die Worte des Generalsekretärs: „Die Republik steht auf der Kippe. Erich Honecker hat nicht wahrgenommen“, was ihm Gorbatschow zweimal klar sagte. Beide Unterredungen hatten nur eins zum Thema: Was tun? Gorbatschow erklärte seinem Botschafter: „Das sowjetische Volk wird uns den Verlust der DDR nicht vergeben.“ Gorbatschow war klar geworden, dass in der DDR nur Demokratisierung oder Erweiterung der Menschenrechte diesen Verlust verhindern konnte. Gorbatschow warnte Honecker. Falls die SED keinen Ausweg fände, würde die Situation außer Kontrolle geraten und die Initiative zur Veränderung von anderen Kräften ergriffen.³¹⁶ Dies geschah schon in den nächsten Stunden.

Gorbatschow lässt die SED im Stich

Als Gorbatschow zum Flughafen gebracht wurde, musste man Schleichwege fahren, denn in der Innenstadt tobten die ersten Straßenschlachten mit Mielkes polizeilichen Einsatzkräften, die er wie ein Feldherr mitten im Getümmel aus seinem gepanzerten Spähwagen heraus befehligte. Es gab auf beiden Seiten Verletzte und es kam zu Hunderten von Verhaftungen. Schlimmste Befürchtungen kamen für die kommende Montagsdemonstration in Leipzig auf. In der Öffentlichkeit war nicht bekannt, dass Gorbatschow die SED-Führung hinter verschlossenen Türen eindringlich gewarnt hatte: Falls Unruhen ausbrechen sollten, würden die sowjetischen Truppen keinen Finger rühren.

Als Manfred Uschner am 8. Oktober 1989 nachmittags aus der Akademie nach Hause kam, eilte sein Nachbar auf ihn zu. Er war der Typ Stasi-Offizier, mit dem man reden konnte, und der Uschners kritische Einstellung kannte. Er berichtete ihm aufgeregt von einem Anruf seiner Schwiegertochter, die beim Wachregiment Felix Dzierzynski im Büro arbeitete. Uschner erinnert sich:

„Ich kriegte drei Mitteilungen nacheinander. Die erste vom Nachbarn aus dem MfS-Wachregiment Felix Dzierzynski: Die Funkstreifenwagen würden mit Langlaufwaffen ausgestattet und die Panzer mit Munition bestückt. Und kurze Zeit später kam er wieder gerannt und sagte, sein Bruder habe ihn aus dem Lagezentrum des MfS angerufen, da liege der Schießbefehl auf dem Tisch. Der Parteichef Fellhorn sei schon abgehauen – der vorher noch alle zum Dableiben aufgefordert hatte! – und sie wüssten nicht, was sie tun sollen. Aber es war eine ganz angespannte Situation nach den Vorgängen am 7. Oktober. Und in Erfurt, Magdeburg und Leipzig würden sich große Menschenmassen zusammenballen. Die dritte Information kam von meinem Freund Karl Heinz Wagner. Der saß als Mitarbeiter in der Westabteilung des ZK und wusste, dass mein Telefon abgehört wird. Weil er mich trotzdem angerufen hatte, war klar: Die Kacke ist am Dampfen. Er sagte zu mir: ‚Manfred, die Kriegskasse der Partei wird in den Bunker geschafft durch NVA-Truppen.‘ Also diese drei Nachrichten erreichten mich. Dann hab ich Anatoli Kowrigin

in der Leipziger Straße angerufen, obwohl wir ausgemacht hatten: nur im äußersten Notfall.“³¹⁷

Anatoli Kowrigin war der zweite Kontaktmann der Sowjets für Manfred Uchner. Der Journalist Kowrigin arbeitete vermutlich für die sowjetische Geheimdienstorganisation Luch. Um 18.20 Uhr traf Uchner seinen Kontaktmann in einem kleinen Wäldchen hinter seinem Haus am Stadtrand von Berlin und übergab ihm alle Informationen. Kowrigin sprang daraufhin in seinen Moskwitsch und raste nach Karlshorst zum sowjetischen Hauptquartier. Den Rest erfuhr Uchner nach eigener Schilderung wenige Tage nach dem Mauerfall vom Gesandten der US-Botschaft in Ost-Berlin, Jerry Bindenagel.

*„Über die Standleitung der Sowjets ließ sich Kowrigin mit dem Berater Gorbatschows Tschernajew verbinden. Tschernajew hat weiterverbunden, weil er die Bedeutung dieser Mitteilung richtig einschätzte. Und da hat Gorbatschow zu Kowrigin gesagt: ‚Teilen Sie Ihren Partnern in der DDR mit, wir werden diesmal nicht eingreifen, wenn militärisch etwas passiert. Es wird sich nicht wiederholen, was mal war.‘ Und das haben die Amis abgehört. Und Bindenagel sagte mir: ‚Nun konnten wir noch in der Nacht des 8. Oktober der Bürgerbewegung zukommen lassen, dass die Sowjets nicht eingreifen.‘“*³¹⁸

Zum Dank erhielt Uchner von seinem sowjetischen Kontaktmann einige Tage später eine Flasche Whisky und Uchners Sohn ein Paar Boxhandschuhe.

Der Realitätsverlust des Egon Krenz – ein Putschversuch scheitert

Die Putschpläne waren längst gefasst, nur stand nicht fest, wann es zu ihrer Ausführung kommen sollte. Sehr früh schon hatte Krenz einen seiner Gefolgsleute aus FDJ-Zeiten, den Leiter der Sicherheitsabteilung im SED-Zentralkomitee, Wolfgang Herger, in die Verschwörung eingeweiht. Ministerpräsident Stoph hatte sich bereit erklärt, am Tag der Entscheidung den Rücktritt Honeckers zu fordern. Schabowski fungierte als Organisator hin-

ter den Berliner Kulissen, Mielke und Tisch waren informiert, ebenso die Politbüromitglieder Werner Jarowsky und Siegfried Lorenz, der Vorsitzende der Zentralen Plankommission Gerhard Schürer, der Devisenbeschaffer und Herr der geheimen Partiekasse Alexander Schalck-Golodkowski sowie Bauminister Wolfgang Junker.

Schon am 8. Oktober 1989 hatte sich Krenz von den führenden Generälen des Ministeriums für Staatssicherheit bei einem Geheimgespräch die Zustimmung für sein „Wendekonzept“ geholt. Am Freitag, dem 13. Oktober, brachte die *Berliner Zeitung* einen Aufsatz vom ZK-Mitglied und Akademiechef Professor Otto Reinhold mit der hellsichtigen Folgerung, nur eine sozialistische DDR habe eine staatliche Existenzberechtigung. Am selben Tag meldete die Berliner Ausgabe der *Bild* in dicken Lettern, der kommende Mittwoch, 18. Oktober, werde Honeckers „letzter Arbeitstag“ sein. Also blieb Krenz nichts weiter übrig, als am Freitag, dem 13. Oktober, die drei für die innere Sicherheit verantwortlichen Generalobersten gesprächsweise darauf vorzubereiten, dass er in ein paar Tagen ihr neuer Oberbefehlshaber sein werde.

Bild ist bestens informiert

Die entscheidende Frage war in jenen Tagen, wie viel reale Selbstbestimmung die Gorbatschow-Führung den DDR-Deutschen nach Honeckers Abgang einräumen würde. Galt wirklich eine Selbstbestimmungsdoktrin oder hielt sich der Kreml in den nächsten Tagen und Wochen wieder an die Breschnew-Doktrin? Aber auch die Frage, woher *Bild* schon am Abend des 12. Oktober 1989 den Termin des Honecker-Rücktritts wusste, ist durchaus von zeitgeschichtlicher Bedeutung. Denn es geschah erst am Abend des 15. Oktober, dass Egon Krenz und Günter Schabowski in der Wandlitzer Waldsiedlung, wo das gesamte Politbüro wohnte und lebte, im Wohnhaus des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch zum entscheidenden konspirativen Treffen zusammentraf, um den Termin und weitere Vorbereitungen für die Absetzung Erich Honeckers als Generalsekretär der SED zu besprechen: Tisch sollte am kommenden Montag nach Moskau fliegen und Michail Gorbatschow in den Plan einweihen. Auf der Sitzung des Polit-

büros am 17. Oktober sollte Honeckers letzte Stunde als Partei- und Staatschef schlagen.

Die Verschwörer, die erst am 15. Oktober entschieden hatten, am folgenden Dienstag auf der Politbürositzung und am Mittwoch im ZK den entscheidenden Schritt zu Honeckers Entmachtung zu tun, kommen als Informanten von *Bild* kaum in Frage, da sie kein Interesse hatten, im Vorfeld des Putsches Unruhe zu stiften. Dagegen hatten der KGB wie auch die Moskaufraktion im MfS, die auf der Seite von Markus Wolf standen, ein Interesse daran, die Situation mit Spekulationen anzuheizen: Sie wollten die Chancen eines Kandidaten, der nicht im Politbüro saß, wie Modrow oder Wolf, vergrößern. Wolf sah in diesem Stadium, da er nicht einmal im ZK saß, keine großen Chancen für die unmittelbare Honecker-Nachfolge, obwohl die *Pravda* vom 15. September einen ungewöhnlich groß aufgemachten, überlangen Beitrag mit dreispaltigem Porträtfoto über Markus Wolf veröffentlicht hatte, was als eindeutige Parteinahme zu verstehen war.

Vielleicht war Stoph die Ursprungsquelle für die Meldung der *Bild*, denn er informierte den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Kotschemassow, von dem bevorstehenden Wechsel. So war Gorbatschow vermutlich längst vor dem 16. Oktober auf dem Laufenden, als Tisch ihm die Mitteilung überbrachte, Honecker solle am folgenden Tag durch Krenz ersetzt werden. Tisch versprach Gorbatschow in Krenz' Auftrag, die SED beabsichtige nach Honeckers Ausschaltung rasch wieder „den Schulterchluss zwischen der KPdSU und der SED, zwischen der UdSSR und der DDR zu erneuern, um die Politik der sozialistischen Umgestaltung, die wir als eine politische Wende bezeichnen wollen, konsequent durchzuführen“. Gorbatschow zeigte sich zufrieden und wünschte Tisch und seinen Mitverschwörern viel Erfolg.

Ost-Berliner Künstler hatten nach den polizeilichen Übergriffen auf Demonstranten während der Feierlichkeiten zum 40. Gründungstag der DDR damit begonnen, die Ausschreitungen von Mielkes Polizeitruppen zu dokumentieren. Am 15. Oktober fand hierzu eine Veranstaltung mit 400 Theaterleuten im Deutschen Theater statt, darunter zahlreiche Mitglieder des Neuen

Forums. Inmitten der Diskussion erhob sich die 40-jährige Schauspielerin Jutta Wachowiak und schlug eine Protestdemonstration für den 4. November auf dem Alexanderplatz vor. Als hätte man schon lange darauf gewartet, zeigten sich alle begeistert. Dabei war es gar nicht Jutta Wachowiaks Idee gewesen, sondern die von Bärbel Bohley. Sie wollte den Protestvorschlag durch eine Schauspielerin in die Versammlung einbringen, damit die geplante Veranstaltung ein breites Spektrum an Beteiligung gewinnen konnte. Die Initiative von Künstlern schien ihr dafür vielversprechend. Sofort gründete sich eine Aktionsgruppe zur Vorbereitung dieser Demonstration. Es schien zunächst fraglich, ob man so schnell eine Genehmigung bekommen könnte. Am 17. Oktober wurde der Genehmigungsantrag gestellt, während das Politbüro Erich Honecker stürzte und Egon Krenz in den Sattel hob.

Der neue Generalsekretär war natürlich nicht zur Lösung des Reformstaus in der DDR gewählt worden. Die Mehrheit im Politbüro sah in ihm eine Übergangslösung bis zum kommenden Parteitag im Frühjahr 1990. Er sollte für Ruhe sorgen, damit sich der Reformprozess nach der großen Demonstration ungestört entwickeln konnte. Horst Teltschik erinnert sich: „Die Sowjets haben uns wissen lassen, dass wir mit Krenz nicht reden sollen, weil er den SED-Parteitag nicht überlebt. Ist doch sensationell – der Krenz hoffte jeden Tag auf ein Gespräch mit Kohl und wir haben es abgelehnt, weil wir von den Sowjets hörten: Lasst die Finger von Krenz, da kommt ein anderer.“³¹⁹ Aber wer würde kommen? Modrow? Wolf? Wer konnte für Moskau und Bonn die Lösung bringen? Nicht einmal die Bürgerbewegung und die protestierenden Menschen hatten eine Idee!

Krenz sucht die Nähe zur Opposition

Polizeipräsident Friedhelm Rausch bewilligte am 26. Oktober den Aufmarsch für den 4. November. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte schnell die Chance erkannt, die sich aus dieser Veranstaltung ergab: Hier konnten zum ersten Mal öffentlich, vereint mit den Systemkritikern, jene Kräfte auftreten, die aus dem Machtapparat heraus für eine gewendete, demokratischere,

aber dennoch sozialistische DDR eintraten und für entsprechende Regierungspositionen intern zur Diskussion standen. Im Gegenzug für die schnelle Genehmigung nahm das Ministerium für Staatssicherheit Einfluss auf die Redner der Liste. Bezeichnenderweise durfte die Ideengeberin für diese Demonstration, Bärbel Bohley, nicht reden. Dafür wurden auf die Liste gesetzt: Manfred Gerlach, Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands in der DDR (LDPD), eine der wenigen „Blockflöten“, die als Perestroikianer galten, Lothar Bisky von der SED (später im neuen Parteivorstand), Markus Wolf, ehemaliger General des MfS und eng verbunden mit der Perestroika von Michail Gorbatschow, Gregor Gysi, der spätere neue SED-PDS-Parteichef, sowie Günter Schabowski, der vier Tage später für eine überhastete Öffnung der Mauer sorgte.

Die Mitglieder des Initiativkomitees konnten nicht wissen, dass ein Drittel von ihnen IMs der Staatssicherheit waren, darunter die beliebte und verehrte Schauspielerin Steffi Spira. So mutierte diese Veranstaltung schließlich im Einklang mit zahlreichen Kulturschaffenden wie Stefan Heym, Heiner Müller und Ulrich Mühe, die sich ebenfalls für eine reformierte DDR aussprachen, zu einem Forum, auf dem die selbst ernannten Reformpolitiker des Systems ihren Weg als den einzig richtigen darstellen wollten. Markus Wolf erfuhr zwei Tage nach der Genehmigung der Veranstaltung, dass er auf der Kundgebung sprechen sollte. Schon kurz zuvor hatte ihn MfS-Chef Mielke darauf angesprochen. Wolf spürte, dass diese Strategie der innerparteilichen Perestroikianer schief gehen konnte. Angesichts der herrschenden Empörung über den Geheimdienst würde es für ihn als ehemaliges MfS-Mitglied schwer werden, überhaupt Gehör zu finden.

Aufmerksamer Beobachter der Geschehnisse am 4. November 1989 war natürlich der neue Generalsekretär und Vorsitzende des Staatsrates, Egon Krenz. Er wusste, dass ihm keine großen Sympathien entgegengebracht wurden. Gerade eine Woche zuvor hatte ihm Markus Wolf mitgeteilt, dass großer Unmut in der Bevölkerung darüber herrschte, dass immer noch die Träger der alten Politik im Staate das Sagen hatten. Die Parole „Konkurrenz für Egon Krenz“ war unmissverständlich. Es zeigt sich auch, dass die Demonstranten keine Angst mehr hatten, sondern ihren

Unmut deutlich zum Ausdruck brachten. So zeigte eines ihrer Plakate Egon Krenz als Großmutter verkleidet, der Text lautete: „Großmutter, warum hast du so große Zähne? – Die beste Staatsicherheit ist die Rechtssicherheit! – Die können sollen, müssen wollen dürfen!“ Was sich während der Veranstaltung unterhalb des Rednerpults und im gegenüberliegenden Café versammelt hatte, kann man als die Spitze einer linken Volksfront der DDR bezeichnen, die die Reformkräfte der SED lenken wollte. Nicht zufällig lautete der Schlusssatz der Rede von Christa Wolf: „Stellt euch vor, es kommt Sozialismus und keiner geht mehr weg!“ Sie träumte von der wahren Volksherrschaft. Und die MfS-Informantin Steffi Spira erklärte: „Aus Wandlitz machen wir ein Altersheim!“

Bloß kein Sozialismus mehr

Alle, die da oben sprachen, hatten den Bezug zur Realität längst verloren. Eine Mehrheit für den Sozialismus, selbst für einen freiheitlich-demokratischen, wie er von den Veranstaltern erhofft wurde, gab es in der DDR nicht. Schließlich traten die Genossen der SED ans Mikrofon: „Wir alle haben uns auf den Weg des Dialogs begeben, für mehr Sozialismus und für mehr Demokratie“, rief der ehemalige SED-Hardliner und Intrigant Günter Schabowski im Duktus eines Bürgerrechtlers in die Menge. Sie strafte ihn ab und piffte ihn gnadenlos vom Podium. In diesem Augenblick musste Schabowski erkannt haben, dass er in der DDR keine politische Zukunft mehr hatte, zumal er nicht auf dem Ticket von Gorbatschow stand.

Die für die Perestroikianer wichtigste Rede hielt Markus Wolf. Die DDR-Reformer hatten ihn als Präsidenten des neuen Staates im Auge, denn der ehemalige HVA-Chef war ein loyaler Anhänger Gorbatschows. Gegen eine solche Position sprach nur, dass Wolf kein Mitglied des Politbüros war. Die Regie der Veranstalter hatte geschickterweise vor Wolfs Redebeitrag den Sänger Kurt Demmler aufs Podium geschickt. Dessen Song endete mit der Zeile: „[...] braucht's Sicherheit vor der Sicherheit“. Bei den ersten Sätzen von Markus Wolf waren schon leise Proteste zu vernehmen, aber noch überwog der Beifall. Doch als er das Wort

„Kommunisten“ aussprach, schrie die Menge auf. Von Kommunismus wollte man nichts mehr hören. Noch schlimmer wurde es, als sich Wolf dagegen aussprach, alle Mitarbeiter des MfS über einen Kamm zu scheren und zu Prügelknaben zu machen. Nun brach ein Sturm der Entrüstung los. Da wusste auch Wolf, dass sein Auftritt gescheitert war, und überlegte mehrmals, seine Rede abubrechen. Aber er hielt durch und endete mit dem Credo seiner Reformgenossen: „Nutzen wir gemeinsam die einmalige Chance, Sozialismus und Demokratie, die das Wort verdient, zu verbinden. Vielleicht können wir damit Michail Gorbatschow und den Menschen in der Sowjetunion etwas vom Mut und der Hoffnung zurückgeben, die sie mit Perestroika und Glasnost in dieses Land gebracht haben.“³²⁰ Die Bevölkerung der DDR hatte ihre Wahl längst getroffen: Auch wenn es kein einziges Plakat mit der Aufschrift „Wir sind ein Volk“ gegeben hatte, so wollte niemand mehr etwas von Sozialismus, sozialistischer Demokratie oder Volksherrschaft hören.

Im Vorfeld des Mauerfalls in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 hatte der FDP-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus Wolfgang Mleczkowski eine überraschende Absage für seine „Spandauer Gespräche“ bekommen. Seit Jahren moderierte der FDP-Mann bei den Spandauer Gesprächen interessante Referenten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, die Vorträge zur deutschen Frage hielten. Zu dem Vortrag von Wladimir Grinin, Botschaftsrat der UdSSR-Botschaft in Ost-Berlin, zum Thema „Sowjetische Sicherheitspolitik und Neues Denken“ soll sogar der Luch-Agent Wladimir Putin mit Gefolge erschienen sein, soweit ihn Teilnehmer Anfang der 90er Jahre, als er bekannter wurde, aus der Erinnerung wiedererkannten. Am Sonnabend, dem 11. November 1989, sollte Professor Wjatscheslaw Daschitschew über „Moskau, Berlin und die Mitte Europas“ im noblen Berliner Hotel Kempinski referieren. Doch unmittelbar vor dem Mauerfall sagte Daschitschew seinen Vortrag ab. Mleczkowski begründet die Absage mit den Worten: „Die Situation in der DDR machte ganz offensichtlich seine Anwesenheit in Moskau erforderlich. Er wurde kurzfristig zurückgerufen.“ Natürlich ahnte der Berliner FDP-Mann nicht, warum der Berater des sowjetischen Außenministers zurückgerufen worden war.³²¹

Vorzeitige Grenzöffnung – ein Versehen?

Dann kam die Pressekonferenz von Günter Schabowski, Pressesprecher der Regierung Krenz, am Nachmittag des 9. November 1989. Eine merkwürdige Stimmung hatte sich im Konferenzsaal ausgebreitet. Es waren eine Menge Journalisten gekommen. Sie warteten schon seit Tagen darauf, dass die DDR irgendetwas zur Öffnung ihrer Staatsgrenze bekannt gab. Ein erstes Anzeichen dafür war die kurzfristige Rücknahme der Grenzschießung der ČSSR gegenüber der DDR gewesen. Wenn es nicht wieder zu solchen untragbaren Verhältnissen in Prag kommen sollte, war die DDR gezwungen, die Initiative zu ergreifen. Aber fragen wollte auch keiner. So zog sich die Pressekonferenz am späten Nachmittag hin. Doch gerade als Schabowski etwas in dieser Richtung sagen wollte, stellte ein Kollege die Frage: „Wann macht die DDR die Grenze auf?“ Schabowski zog einen Zettel hervor und meinte, er habe sich schon gewundert, dass keiner danach fragen würde, da den Kollegen doch die entsprechende Meldung des ADN längst vorgelegen haben müsste. Schabowski las von seinem Zettel eine Mitteilung von Krenz ab, die dieser ihm während der laufenden Politbürositzung schnell in die Hand gedrückt hatte mit den Worten: „Du hast doch jetzt die Pressekonferenz, verkauf das mal angemessen!“ Doch Schabowski machte einen Fehler: Er übersah die Sperrfrist der Nachricht: Die kontrollierte Öffnung der Grenzen war erst für den nächsten Tag und mit den üblichen Passkontrollen vorgesehen. Er aber antwortete auf die Frage, ab wann die Öffnung gelte: „Ab sofort!“ Schabowski hat immer abgestritten, dass er die Grenze bewusst auf diese Art habe öffnen wollen. Insider sind jedoch der Meinung, dass sein Vorgehen eine Art Rache gewesen sein könnte für seine gescheiterte Rede auf der Demonstration am 4. Dezember. Ein solch dämliches und dilettantisches Vorgehen aus Versehen in der wichtigsten Existenzfrage der DDR ist nicht vorstellbar. Vor allem angesichts der Tatsache, dass Schalck-Golodkowski nur wenige Tage vor dem Mauerfall in Bonn gewesen war und seinem Gesprächspartner Teltschik angeboten hatte, für einen Kredit von 13 Milliarden D-Mark sofort die Mauer zu öffnen. Das war nun obsolet geworden. Bonn hatte Interesse bekundet, falls die DDR

auch personell Veränderungen vollzogen hätte. Bonns Manöverziel sah zu diesem Zeitpunkt eine demokratische Entwicklung in der DDR vor, aber keine Wiedervereinigung. Doch nun war das Druckmittel für einen Blitzkredit verspielt. Valentin Falin erinnert sich: „Ich war im November auf Einladung von Krenz und Modrow zu Besuch in der DDR. Und ich fragte: ‚Wie kam es eigentlich zum Fall der Mauer? Warum war es nicht auf politischem Wege geschehen? Die Bundesrepublik war bereit, der DDR einen Kredit zu geben. Jetzt bekommen sie keinen Pfennig.‘ Krenz und Modrow reagierten gleich: ‚So ist es eben geschehen.‘ Keine Erklärung.“³²²

Am Abend der Ereignisse versuchte Egon Krenz zweimal, Generalsekretär Gorbatschow telefonisch zu erreichen. Ihm erging es wie dem sowjetischen Botschafter Kotschemassow, Gorbatschow war nicht erreichbar. Angeblich hatte Gorbatschow darum ersucht, nicht gestört zu werden. Seine Umgebung traute sich nicht, diese Anweisung zu missachten, so lautet die offizielle Geschichtsschreibung. Aber diese Darstellung erscheint völlig unglaublich. Angesichts der Tragweite der Ereignisse in Berlin hätte sich jeder Machthaber der Welt aus dem Tiefschlaf reißen lassen. Es sei denn, er wollte bewusst auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluss nehmen, damit sich die Dinge ungestört entwickeln konnten. In seinen Memoiren schreibt Gorbatschow:

*„Wenn heute geschrieben und gesagt wird, der Fall der Berliner Mauer sei für mich und die sowjetische Führung überraschend gekommen und habe in Moskau einen Schock hervorgerufen, dann entspricht das nicht der Wahrheit. Wir waren auf diesen Verlauf der Ereignisse vorbereitet. [...] Als ich am frühen Morgen vom sowjetischen Botschafter erfuhr, dass die Behörden der DDR alle Grenzübergänge geöffnet hätten und die Menschen ungehindert passieren ließen, sagte ich, dass sie richtig handelten.“*³²³

Bundeskanzler Helmut Kohl bestätigte unabsichtlich die Vermutung, dass Gorbatschow vom Mauerfall informiert war: Am 17. Juni 2005 erhielt er zusammen mit Gorbatschow und George Bush senior den „Point-Alpha-Preis“. (Dieser Preis wurde nach dem amerikanischen Beobachtungsstandort Point Alpha benannt,

der direkt am Todesstreifen der innerdeutschen Grenze zwischen Hessen und Thüringen liegt. Der Preis wurde an der dortigen Gedenkstätte 2005 zum ersten Mal vergeben.) Kohl sagte in seiner Dankesrede: „Wenn mir Michail Gorbatschow *in dieser Nacht* [Hervorhebung des Autors] nicht vertraut hätte und gesagt hätte, ich glaube das nicht, [...] hätte die Entwicklung eine andere (Richtung) nehmen können. Ich brauche Ihnen hier nicht zu schildern, was gewesen wäre, wenn die erste russische Panzerdivision durch Ost-Berlin gerollt wäre.“

Mit dem Fall der Mauer war das Ende des Warschauer Pakts eingeläutet. Valentin Falin erinnert sich, dass er unter den engsten Mitarbeitern Gorbatschows isoliert war:

*„Als nach dem Mauerfall auf meinen Rat hin ein Krisenstab gegründet worden war, gab es folgende Positionen: Jakowlew: Nicht beeilen, die Entwicklung steuern. Schewardnadse zog es vor, keine Meinung in Anwesenheit mehrerer Personen zu formulieren. Tschernajew und Schachnasarow meinten: In der modernen Welt spielen die militärischen Blöcke keine Rolle, deshalb ist es für die Sowjetunion egal, ob die DDR bleibt oder nicht. Mein Gegenargument war: ‚[...] Wenn es so ist, warum soll (dann nicht auch) die Bundesrepublik aus der NATO entlassen werden?‘ – Keine Antwort.“*³²⁴

Natürlich konnte Gorbatschow damals die Ereignisse nur mit heruntergelassenem Visier öffentlich behandeln, denn noch immer war nicht klar, wie sie sich auf seine eigene Situation auswirken würden. Nicht umsonst hatte er darauf hingewiesen, dass man ihm den Verlust der DDR in der Sowjetunion nie verzeihen würde. Deshalb schlug er gegenüber Kohl und den Westmächten zunächst öffentlich einen warnenden Ton an, der durchaus der prekären Lage entsprach. Man wusste nicht, wie sich die entfesselte Stimmung in der DDR im Verhalten ihrer Bürger gegenüber den sowjetischen Streitkräften auswirken konnte, zumal es konservative Kräfte in der Sowjetunion und in der DDR gab, die mit Plänen spielten, mit Hilfe der sowjetischen Truppen die Grenzen wieder zu schließen.

Nach dem Fall der Mauer hatte sich eine hektische Gesprächsdiplomatie unter den mit der deutschen Frage befassten Mäch-

ten wie auch mit Bonn entwickelt. Eines der wichtigsten Gespräche dürfte zwischen dem Kanzlerberater Horst Teltschik und dem Vertrauten von Valentin Falin, dem sowjetischen Journalisten und Deutschlandexperten Nikolai Portugalow, am 21. November 1989 stattgefunden haben. Schon zu Zeiten der Sozialdemokratie war Portugalow einer der wichtigsten Backchannels für die Bonner Regierung nach Moskau gewesen. In einem inoffiziellen Denkpapier skizzierte Portugalow die politische Lage aus der Sicht Moskaus. Dann fielen in dem Gespräch seitens des sowjetischen Diplomaten offiziell tabuisierte Begriffe wie Friedensvertrag und Konföderation, wobei er betonte, dies sei nicht mit Gorbatschow, Tschernajew oder Jakowlew abgesprochen. Portugalow bemerkte abschließend: „Wie Sie sehen, denken wir in der deutschen Frage alternativ über alles Mögliche, sogar quasi Udenkbare nach.“³²⁵ Valentin Falin sagte dem Autor dazu:

„Portugalow war entsandt von mir, nicht von Gorbatschow, und die Sache war folgendermaßen: Jasow hatte Informationen bekommen, dass unsere Garnisonen in der DDR von aufrührerischen Kräften belagert oder beschossen werden könnten. Um Zeit zu sparen, habe ich Portugalow beauftragt, nach Deutschland zu fliegen. Er hat gute Kontakte zu Teltschik gehabt und sollte ihm erklären, dass die Entwicklung in Richtung Wiedervereinigung läuft. Die BRD-Regierung müsse dafür Sorge tragen, dass die Sicherheit unserer Truppen nicht verletzt wird. Wenn sie Deutschland verlassen, dann müssen sie es als Freunde verlassen. Wenn aber unsere Truppen angegriffen werden, sollten sie zurückschießen. Ich habe damals Gespräche mit Brandt geführt und Rüge vor extremen Geschehnissen gegen unsere Truppen gewarnt. Das war so verstanden worden: Russland lenkt ein in Richtung Vereinigung, neue Situationen erfordern unorthodoxe Schritte. So entstand der Zehn-Punkte-Plan. Nicht mehr und nicht weniger.“³²⁶

Kohl bleibt bei der Konföderation

Der so genannte „Zehn-Punkte-Plan“ war der Vorschlag von Bundeskanzler Kohl zur Lösung der deutschen Frage, ein Plan, der weit hinter den Möglichkeiten, die sich in jenen Tagen abzeich-

neten, zurückblieb.³²⁷ Er wurde erst knapp drei Wochen nach dem Mauerfall im Bonner Bundestag von Helmut Kohl verkündet. Denn bis dato verfügte die Bundesregierung unverständlicherweise, zumindest offiziell, immer noch über keinen Fahrplan zur deutschen Einheit – ein weiterer Beweis für die Interesselosigkeit Bonns an einer Wiedervereinigung. Selbst zu diesem Zeitpunkt gab es nur einsame Rufer wie die liberalen FDP-Politiker um das Berliner Abgeordnetenhausmitglied Wolfgang Mleczkowski. Der FDP-Mann hatte schon im September aufgrund der Ereignisse in Ungarn mit dem Berliner FDP-Vorsitzenden Hermann Oxfort ein Konföderationspapier vorgelegt, das aber bei der Presse kaum ein Echo fand. Er schlug ein mehrjähriges Drei-Phasen-Modell vor. Im ersten Schritt sollten beide deutsche Regierungen einen „Konföderationsausschuss für die deutsche Einheit“ bilden, um die Konföderation auf allen Ebenen zu entwickeln. Zunächst sollte für fünf Jahre eine Wirtschaftsunion nach dem Vorbild der Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) entstehen. In einer zweiten Phase von weiteren zwei Jahren sollten die notwendigen Vereinbarungen für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem unterzeichnet und sollte ein konföderiertes Vorparlament aus Mitgliedern des Bundestags und der Volkskammer gebildet werden. In einer dritten Phase von maximal drei Jahren schlug der FDP-Mann die Bildung der verfassungsgebenden Deutschen Konföderationsversammlung auf der Grundlage eines vorher beschlossenen Wahlgesetzes vor. Sie sollte mit den Siegermächten einen endgültigen Friedensvertrag aushandeln und unterzeichnen. Mit süffisantem Unterton erklärte Mleczkowski, dass es im Gegensatz zur FDP und der SPD seitens der Union nie einen Plan zur Wiedervereinigung gegeben hat.³²⁸

Eine bedeutend geschärfte politische Wahrnehmung als Helmut Kohl bewies auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer, der schon Ende September 1989, ebenfalls aus Anlass der Fluchtereignisse in Ungarn, einen Fahrplan zur Wiedervereinigung aufgestellt hatte. Er fegte die Idee einer Konföderation beiseite und forderte eine schnelle Volksabstimmung in beiden deutschen Staaten zur Wiedervereinigung. Bei einer Zustimmung sollte es zunächst zu einer Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung kommen, dann zur Entscheidung des

gesamten deutschen Volkes über diese Verfassung sowie über das Wirtschafts- und Bündnissystem des gesamtdeutschen Staates. Abschließend wollte man gesamtdeutsche Wahlen durchführen, an denen die SED teilnehmen sollte. Todenhöfer bestritt aufgrund des Selbstbestimmungsrechts ein Mitspracherecht dritter Staaten bei dieser Frage und beklagte: „Im Grunde ist es schlimm, dass in einer Zeit, in der Zehntausende auch deshalb aus der DDR fliehen, weil sie keine Perspektive für Deutschland sehen, weder die Opposition noch die Bundesregierung einen Plan für Deutschland hat.“³²⁹ Knapp vier Wochen *vor* dem Mauerfall hatte Todenhöfer in einem Brief an die Staatschefs der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs mit Bezug auf die Ereignisse in Polen und Ungarn die „einmalige Chance zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, und damit einer dauerhaften Friedensordnung in ganz Europa“ beschworen. Der Unions-Abgeordnete appellierte: „Die vier Mächte dürfen diese Chance nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Sie müssen vielmehr [...] alle Möglichkeiten einer aktiven Wiedervereinigungspolitik prüfen.“³³⁰ Bundeskanzler Kohl dagegen hatte lediglich zehn Tage *nach* dem Fall der Mauer am 17. November 1989 in einem Telefonat mit George Bush ein Memorandum zur deutschen Frage angekündigt.

Nach dem Gespräch Teltschiks mit Portugalow am 21. November entwickelte der Kanzlerberater ein Denkpapier, in dem die Vorstellungen des sowjetischen Backchannels umgesetzt wurden. Aufgrund dieser Vorlage berief Kohl am 23. November 1989 einen Beraterkreis, der seine öffentliche Erklärung über den nun einzuschlagenden Weg zur deutschen Einheit diskutieren und ausarbeiten sollte, um – wie es Teltschik gefordert hatte – die Initiative in der deutschen Frage zu übernehmen.³³¹

Um einen gewissen Überraschungseffekt zu garantieren, wurden die Beratungen zu dieser Frage geheim gehalten. Selbst der Koalitionspartner FDP wurde ausgeschlossen, da der Kanzler wusste, dass sich sein Außenminister dieser Initiative sowieso nicht entziehen konnte. Vielleicht hatte er auch Angst davor, dass das von der Hauptverwaltung Aufklärung unterwanderte Außenministerium keine Garantie dafür bot, dass nichts von seinen Plänen durchsickerte. Dieser Coup gelang ihm.

Am 28. November 1989 verkündete der Kanzler während der Haushaltsdebatte für die Weltöffentlichkeit überraschend seine zehn Punkte. Kern seines Planes war die Bildung einer Vertragsgemeinschaft mit der DDR, um konföderative Strukturen zwischen den beiden deutschen Staaten zu bilden „mit dem Ziel, eine Konföderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland“ zu schaffen. Eine mögliche Wiedervereinigung stand für Helmut Kohl zu diesem Zeitpunkt in unbestimmter Ferne. Die internationale, ablehnende Haltung musste Helmut Kohl dennoch überraschen. Besonders Moskau machte öffentlich einen Rückzieher von seinen vorher inoffiziell geäußerten Positionen. Dabei ließ Gorbatschow zweien seiner Berater den Vortritt. Vadim Sagladin erinnerte an die historischen Realitäten, die zur Spaltung Deutschlands geführt hatten und sagte zu Kohls Vorschlägen: „Ich war darüber verwundert“, weil der Bundeskanzler sich bisher so nicht geäußert hatte. Er bevormunde damit den selbstständigen Staat DDR. Selbst Nikolai Portugalow ging zu seinen gerade erst gemachten, geheimen Vorschlägen auf Distanz und behauptete: „[...] Eine deutsche Konföderation kann Europa unter heutigen, geopolitischen Bedingungen nicht aushalten.“³³²

Kohls zehn Punkte beinhalteten aber aus anderen Gründen eine große Gefährdung des nun einsetzenden Wiedervereinigungsprozesses. Man kann nur froh sein, dass die DDR und die Sowjets unter dem vermeintlichen Zwang zur öffentlichen Ablehnung der Vorschläge des Kanzlers den Aufbau völkerrechtlicher Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten verhinderten. Sonst wäre die spätere Wiedervereinigung höchstwahrscheinlich unmöglich gemacht worden. Stattdessen wäre es bestenfalls zu einer staatenbundähnlichen Konföderation gekommen, bei der in der DDR Persönlichkeiten aus den reformierten Macht-hierarchien des alten Systems das Sagen bekommen hätten. Ein Wohnortwechsel in den Westen wäre ohne zwingende Asylgründe für DDR-Bürger nicht möglich gewesen.

Gorbatschow erhöht die Preise

Am 2. und 3. Dezember 1989 fand das angekündigte Treffen von Bush und Gorbatschow auf ihren Kriegsschiffen im Mittelmeer vor der Küste Maltas statt. Schon vor einem Jahr hatten sie sich während der UNO-Vollversammlung über mögliche Lösungen der deutschen Frage ausgetauscht.³³³ Nun taten sie es im Beisein ihrer Dolmetscher in einem zweiten Vier-Augen-Gespräch. Auch hier versuchte Gorbatschow, den Preis für seine Einwilligung in eine Wiedervereinigung hochzutreiben. Er sprach davon, dass einige Verbündete Westdeutschlands wegen der vorhersehbaren Einheit Deutschlands besorgt seien. Er habe ebenfalls diese Sorge und man müsse von der Gegebenheit zweier deutscher Staaten ausgehen. Für ihn würden nach wie vor die im Juli in Bonn erzielten Vereinbarungen gelten. Doch mit dieser Äußerung akzeptierte Gorbatschow erneut das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. Und welche Folgen die Realisierung des Selbstbestimmungsrechts haben würde, hatte ja schon der 9. November mit dem Ansturm der DDR-Bürger auf die Grenzübergänge zum Westen gezeigt.³³⁴

Zwei Tage nach der Verkündung von Kohls Zehn-Punkte-Plan griff Gorbatschow Außenminister Genscher bei seinem Besuch in Moskau scharf an. Solche Pläne müsse man doch erst mit den Partnern besprechen. Diese Form der Diplomatie – erst verunsichern und danach moderate Töne anschlagen – beherrschte Gorbatschow meisterlich. Noch am selben Tag schrieb die sowjetische Nachrichtenagentur TASS in einem überraschenden Kommentar, die sowjetische Führung sei bereit, beim Besuch von Bundesaußenminister Genscher [...] auch über die Frage der deutschen Einheit zu sprechen. „Trotz der Schärfe dieses Problems ist die UdSSR bereit, dieses im Geiste des neuen Denkens zu diskutieren und der Position und dem Anliegen der Gegenseite den nötigen Respekt zu zollen.“ Bisher hatte es von sowjetischer Seite stets geheißsen, die Einheit Deutschlands stehe nicht auf der Tagesordnung.³³⁵

Der Verdacht liegt nahe, dass die Beteiligten in ihren Memoiren nicht immer die Wahrheit geschildert haben, denn sie versuchen, den zum Beginn der Zwei-plus-vier-Verhandlungen im

Frühjahr 1990 erfolgten Wendeprozess als ungeplant darzustellen. Bonn jedenfalls konnte sich einer eindeutigen Position Moskaus nicht sicher sein, auch nicht eines Zeitplans des engsten Verbündeten, der USA. So hielt Kohl zunächst gegen alle politische Vernunft an seinen Konföderationsplänen fest. Zum Jahreswechsel 1989/90 konnte man ihn noch nicht als „Kanzler der Einheit“ bezeichnen.

Dementsprechend trafen sich am 12. Dezember 1989 auf Initiative Bonns der Kanzlerberater Horst Teltschik und Jürgen Nitz im Kanzleramt. Arrangiert wurde dieses Treffen durch den Konfidenten des Kanzleramtes Holger Bahl sowie durch den ehemaligen SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand. Wienand begleitete Nitz ins Kanzleramt und stellte ihn mit sehr freundschaftlichen Gesten gegenüber Teltschik dem Kanzlerberater vor. Teltschik begegnete dem DDR-Emissär in diesem Gespräch sehr offen und höchst interessiert. Professor Nitz hatte den Eindruck, dass sich die Interessenlagen der beiden deutschen Staaten deckten. Die acht Jahre währenden Geheimgespräche über das Modell Länderspiel schienen nun Früchte zu tragen. Sinn des Vier-Augen-Gesprächs war es, zwischen Ost-Berlin und Bonn eine kleine, effektive Arbeitsgruppe zu bilden, die sich auf den Weg zur Konföderation begeben sollte. Teltschik teilte Nitz eine Botschaft des Kanzlers an Ministerpräsident Modrow mit. Dieser solle frei heraus sagen, was er vorhabe, wie er die Lage beurteile und wo die DDR ihre Interessen in der von Modrow initiierten Vertragsgemeinschaft sehe. Offensichtlich akzeptierte Kohl zunächst die von Modrow vorgeschlagene Zweistaatlichkeit. Das Gespräch zwischen dem Kanzlerberater und dem DDR-Emissär zog sich dermaßen in die Länge, dass das Kanzleramt die Rückflugmaschine von Nitz auf dem Kölner Flughafen aufhalten lassen musste.³³⁶

Tod eines Bankers – warum Alfred Herrhausen sterben musste

Am Morgen des 30. November 1989 fuhr Alfred Herrhausen von seiner Villa in Bad Homburg in die Zentrale der Deutschen Bank nach Frankfurt. Dabei stand er unter besonderem Schutz, denn

seit mehreren Monaten galt Herrhausen als eine der gefährdetsten Personen in der Bundesrepublik. Das geschah nicht nur, weil er seit Anfang 1988 Vorstandssprecher der Deutschen Bank war. Man hatte in einer verlassenen Wohnung, die angeblich von Terroristen benutzt worden war, auf einer potenziellen Opferliste seinen Namen gefunden. Die Sicherheitsbehörden des Landes hatten seinen kompletten Bewegungsradius erfasst und dann versucht, ihn so lückenlos wie möglich abzusichern. Doch es gelang nicht: Ganz in der Nähe von Herrhausens Villa kam es zu einer Detonation, die man bis in den Raum Frankfurt hinein hören konnte. Traudel Herrhausen hatte sofort Angst um ihren Mann. Sie wählte seine Handynummer, doch Herrhausens Handy war abgeschaltet.

Für die RAF untypisch

Wer stand hinter diesem Attentat? Die ersten Spurenermittlungen ließen angeblich keine Zweifel zu: Ein Bekennerschreiben mit dem Emblem der RAF und der Unterschrift „Kommando Wolfgang Bär“ schien eine Täterschaft der RAF zu belegen. Die Fernsehautoren Wisnewski, Landgraeber und Sieker haben jedoch 1992/93 in einer Fernsehdokumentation und einem Sachbuch mit richtungsweisenden Recherchen belegt, dass eine so genannte dritte Generation der RAF gar nicht existierte, sondern ein Geheimdienstphantom darstellte oder von Geheimdiensten instrumentalisiert worden ist. Wie im Fall Gero von Braunmühl wies das Bekennerschreiben keine relevanten Spuren auf, die eine Täterschaft der RAF hätten beweisen können. Inzwischen sind 15 Jahre vergangen und wir wissen, dass die bundesdeutschen Behörden noch immer keine Verfolgungsspur haben, die zu einem terroristischen Täterkreis führt. Der angebliche Anführer des Kommandos Wolfgang Bär, Christoph Seidler, stellte sich freiwillig, um seine Unschuld zu beweisen. Man konnte ihm keine Tatbeteiligung nachweisen, er musste freigelassen werden.

Die angebliche Täterschaft Seidlers fußte auf der Aussage des Kronzeugen Siegfried Nonne. Dieser war vom Landesamt für Verfassungsschutz aus dem Hut gezaubert worden, als der Generalbundesanwalt Alexander von Stahl wegen der Erfolglosigkeit sei-

ner RAF-These 1991 unter Beschuss der Medien geriet. Der 35-jährige Nonne wohnte zur Tatzeit in der Nähe des Tatortes. Von 1982 bis 1986 war er Informant des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz und berichtete aus der linksextremen Frankfurter Szene. Vier Tage nach dem Attentat auf Herrhausen rief Nonne seinen früheren V-Mann-Führer in Wiesbaden an, um ihn zu treffen, was dieser ablehnte. Stattdessen ließ der Verfassungsschutzbeamte den mit Drogen- und Alkoholproblemen behafteten Nonne über seine Lebensverhältnisse bis zum 9. Januar 1990 ausspionieren. Nach dieser Observation zerstörte ein mysteriöser Brand die Wohnungseinrichtung des späteren Kronzeugen. Nonne fuhr nach Frankfurt und begab sich dort zur Polizei. Die schickte ihn wegen seines Zustandes in die geschlossene Abteilung eines psychiatrischen Krankenhauses. Das Sozialamt veranlasste zwischenzeitlich, die ausgebrannte Wohnung von Grund auf zu renovieren. Im Juli 1991, als die Kritik an von Stahl zunahm, meldete sich wie bestellt der mittlerweile entlassene Nonne erneut bei seinem Kontaktmann in Wiesbaden. In der Folge dieses Treffens kam es zu angeblich sensationellen Enthüllungen im Mordfall Herrhausen. Demnach hatte der von den Ermittlern von Anfang an als Täter ins Auge gefasste Christoph Seidler zusammen mit Andrea Klump und zwei Männern namens Stephan und Peter während der Vorbereitungsphase des Anschlags Nonnes Wohnung als Sprengstofflager und Aufenthaltsort nutzen dürfen. Aufgrund dieser Aussage von Nonne führte das BKA im November eine Hausdurchsuchung in jener Wohnung durch und untersuchte auch den vom Feuer verschonten Keller. Und siehe da, im Keller fand man tatsächlich Spuren jenes militärischen Sprengstoffs, der beim Anschlag auf Herrhausen verwendet wurde, im Übrigen ein militärischer Sprengstoff, der für terroristische Anschläge unüblich war, denn es war sehr schwer, an ihn heranzukommen.³³⁷ Aber dann geschah etwas Unerwartetes: In der ARD-Sendung „Brennpunkt“ vom 1. Juli 1992 ließ der so genannte Kronzeuge Nonne seine Aussage platzen. Vor laufender Kamera beteuerte er, er sei von Mitarbeitern des hessischen Verfassungsschutzes unter Androhung von Gefängnis und Mord zu dieser Falschaussage gezwungen worden. Daraufhin wurde der Kronzeuge wieder in eine geschlossene psy-

chiatrische Anstalt eingewiesen. Die drei Fernsehautoren stellten in ihren Veröffentlichungen die Vermutung an, dass die Indizien auf eine Urheberchaft westlicher Geheimdienste schließen lassen konnten. Aber welche Interessen steckten dahinter?

Obwohl zum Sende-Zeitpunkt schon bekannt war, dass die zweite Generation der RAF komplett in der DDR abgetaucht war, verwarfen die Autoren eine mögliche Beteiligung des Ministeriums für Staatssicherheit am „RAF-Phantom“. Auch die Fahndungsbehörden hätten zum Zeitpunkt des Attentats längst über das Abtauchen von Mitgliedern der RAF in der DDR informiert sein müssen; heute ist bekannt, dass der BND spätestens seit 1985 über diesen Vorgang informiert war. Wusste es der BND, so ist anzunehmen, dass es auch das Kanzleramt wusste – und somit auch der Kanzler. Die Bundesregierung hat aber nie einen Antrag auf Auslieferung gestellt, dessen positive Bewilligung ohnehin zweifelhaft gewesen wäre. Der westdeutschen Öffentlichkeit und den Opfern der Anschläge wäre sie dies schuldig gewesen. Aber dann hätte man öffentlich die Frage stellen können, wie das Untertauchen in der DDR ohne Wissen Bonns möglich gewesen sein konnte, und die DDR hätte mit Sicherheit den „schwarzen Peter“ nicht auf sich sitzen lassen. Daraus hätte sich eine moralische Mitschuld Bonns wegen unterlassener Strafverfolgung ableiten lassen. Wer aber steckte dann hinter dem Herrhausen-Attentat? Die wirklichen Täter werden nie gefunden werden, die Tat liegt zu lange zurück. Doch die Motive lassen sich aufdecken. Der Autor wird im Folgenden die Interessenkreise benennen, die vom Attentat auf den Bankier profitierten. Folgt man diesen Überlegungen, wird klar, warum Bonn keine echten Anstrengungen unternahm, die Täter zu finden.

Was war das Motiv?

Um die Kreise benennen zu können, die am Tod Herrhausens ein Interesse hatten, muss man etwas weiter ausholen. In dem Dokumentarspielfilm „JFK“ über die Hintergründe der Ermordung des ehemaligen Präsidenten John F. Kennedy gibt es einen anonymen „Mr. X“, gespielt von Donald Sutherland. Er verkörpert einen Oberst und hohen Mitarbeiter des Pentagons. Dieser

Mann teilt dem Untersuchungsrichter mit, dass Kennedy nicht von dem Einzeltäter Lee Harvey Oswald umgebracht wurde, sondern einer Verschwörung militärischer Kreise zum Opfer fiel, hinter der handfeste politische Interessen standen. Er verriet dem Ermittler nicht nur, dass zur Zeit des Attentates Jäger der Luftwaffe die amerikanische Hauptstadt sicherten für den Fall, dass es zu Komplikationen gekommen wäre, sondern auch, dass den Verschwörern wegen der verschiedenen Zeitzonen um ein Haar eine schwerwiegende Panne unterlaufen wäre. Im Osten der Vereinigten Staaten, in Neufundland, war nämlich schon eine Meldung über den Tod des Präsidenten vorbereitet worden, als dieser noch auf seiner Wahlkampfkampagne winkend durch die Straßen der texanischen Hauptstadt Dallas fuhr. Diese Meldung konnte in letzter Sekunde gestoppt werden. Den im Dokumentarspielfilm „JFK“ von Donald Sutherland dargestellten geheimnisvollen Mr. X gab es wirklich. Dahinter verbarg sich US-Colonel Fletcher Prouty. Prouty hatte zahlreiche brisante, politische Attentate und Morde quer über den Globus in einen geheimdienstlichen Zusammenhang gebracht, der den imperialen Interessen des so genannten „BAC“ (British American Complex) entsprach. Hierbei handelt es sich um einen politikwissenschaftlichen Begriff: ein Synonym für weltweite wirtschaftliche Interessen des ehemaligen Commonwealth und der amerikanischen Ostküste, die sich bis heute insbesondere auf Profite im Bereich der Finanz-, Rüstungs- und Energieindustrie konzentrieren.

Opfer eines solchen Attentats waren demnach der ehemalige Chef des italienischen Energiekonzerns ENI, Enrico Mattei, der sich für eine unabhängige Energiepolitik Italiens einsetzte und damit die Macht der angloamerikanischen Ölmultis in Italien brechen wollte. Er kam bei einem inszenierten Flugzeugunglück ums Leben. Nicht getötet, aber entmachtete wurde der iranische Staatschef Mohammed Mossadegh, der ebenfalls die Ölindustrie nationalisieren wollte. Er wurde durch Volksaufstände gestürzt, die vom CIA und dem britischen MI6 (Auslandsgeheimdienst) inszeniert worden waren, und durch den amerikanischen Statthalter Reza Schah Pahlewi ersetzt. Der amerikanische Präsident Kennedy erwog ebenfalls eine Entmachtung der amerikanischen Ölkonzerne und bedrohte die Interessen des militärisch-indus-

triellen Komplexes, weil er einen Ausstieg aus dem Vietnamkrieg und sich daran anschließende Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion vorhatte. Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme ist umgebracht worden, als sein weltweiter Ruf als Befürworter der Abrüstung am größten war und sein Land zu einer Drehscheibe sozialdemokratischer Abrüstungsdebatten mit den osteuropäischen Regimen wurde. Auf den ehemaligen französischen Präsidenten Charles de Gaulle wurden mindestens 20 Anschläge verübt, von denen eines in Michael Caton-Jones' Spielfilm „Der Schakal“ mit Bruce Willis 1997 sogar seine künstlerische Umsetzung fand. Er war den globalen Interessen des BAC ein Dorn im Auge, weil er die französischen Atomstreitkräfte, die Force de Frappe, als Instrument gegen die Politik des Kondominats³³⁸ von Washington und London ansah und außerdem die finanzielle Weltmacht Amerikas durch eine starke Opposition im IWF bedrohte. De Gaulle hatte sich immer gegen die Abkoppelung des internationalen Devisenmarktes vom Gold gewandt, mit dem der Abstieg des internationalen Währungssystems begann. So wurden auch die Maiunruhen 1968 bis zu jenem Grad durch die CIA geschürt, dass de Gaulle erwog, seine Macht preiszugeben und sich in den Schutz der französischen Rheinarmee in die Bundesrepublik zu begeben. Damals rettete ihn die von Moskau ferngesteuerte Kommunistische Partei Frankreichs, die einen propagierten, geplanten Generalstreik auf der Seite der aufständischen Studenten abblies. Die finanziellen Interessen des britisch-amerikanischen Kondominats wurden auch vom pakistanischen Präsidenten Ali Bhutto und der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi verletzt, als sie für eine Schuldenneuordnung der Dritten Welt eintraten. Beide wurden ermordet.

Nach dem Mord an Alfred Herrhausen stellte Fletcher Prouty auch dieses Attentat in einen solchen Zusammenhang. Der Autor sprach mit dem damals in Alexandria (Virginia) lebenden Ex-Oberst im Juni 1997. In diesem Telefonat bezeichnete Prouty die Ermordung Herrhausens als einen Warnschuss. Dieser galt seiner Ansicht nach den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in der Bundesrepublik, die die bevorstehende Vereinigung für eine Durchsetzung deutscher Interessen auf dem Weltmarkt nutzen

wollten. Dies entspricht einem eindeutigen Hinweis, den die Chefetage der Deutschen Bank kurz nach dem Attentat durch einen amerikanischen Besucher bekommen haben soll. Er habe den Bankern zu verstehen gegeben, dass das Ereignis vom 30. November 1989 als Warnung zu verstehen sei. Dies verlautete aus Managementkreisen der Deutschen Bank gegenüber einem Informanten des Autors. In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung *Unità* betonte Prouty: „Wenn man die große Bedeutung der Ereignisse in der Sowjetunion, in Osteuropa und vor allem in Deutschland bedenkt, dann ist die Ermordung von Herrhausen von ungeheurer Bedeutung. [...] Wirkliche Terroristen ermorden den Präsidenten einer Bank nicht ohne einen besonderen Grund. Die meisten Terroristen sind bezahlte Agenten und Instrumente großer Machtzentren. Ein solches Machtzentrum wollte aus einem bestimmten Grund den Vorstandssprecher der Deutschen Bank an diesem Tag und auf diese Art loswerden.“³³⁹

Herrhausen macht sich unbeliebt

Welchen Umständen konnten internationale Finanzkreise eine Bedrohung ihrer Interessen entnehmen? Alfred Herrhausen war seit dem Frühjahr 1988 Chef der Deutschen Bank und damit des wichtigsten deutschen Finanzinstitutes geworden. Schon seit längerer Zeit propagierte Herrhausen aufgrund seiner Einblicke in die wirtschaftliche und soziale Situation verschiedener Länder in der Dritten Welt eine 50-prozentige Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer. Damit hätte er bei einer Durchsetzung dieses Vorschlags die Existenz zahlreicher britischer und amerikanischer Investitionsbanken bedroht. Diese Finanzinstitute waren aufgrund der ihnen von der Weltbank und dem IWF zugebilligten Vorgaben sehr stark im Geldgeschäft mit der Dritten Welt verankert, hatten aber ihre Verluste in diesem Geschäft nur zu etwa 30 Prozent abgeschrieben, das heißt an den Steuerzahler weitergegeben. Die Deutsche Bank war wesentlich weniger involviert, hatte aber über 70 Prozent steuerlich verrechnet. Herrhausen plante, solche Investitionsbanken, die wegen ihrer finanziellen Schieflage preiswert zu erwerben gewesen wären,

zu übernehmen. Damit hätte er nicht nur das globale Ranking der Deutschen Bank nach oben katapultiert, sondern er hätte aus diesen Investitionsbanken ein neues Finanzinstitut für seinen zweiten großen Plan formen können.

1987 erfuhr Alfred Herrhausen durch seinen Chef Christians von dem Angebot der Sowjets, die DDR aus dem Warschauer Pakt zu entlassen. Nicht Christians, sondern Herrhausen wurde der Überbringer dieser Botschaft des Generalsekretärs an den Bundeskanzler. Christians selber hat dies einem ehemaligen Mitarbeiter des Vorstands mitgeteilt und Herrhausen hat es einem engen Partner der Deutschen Bank, mit dem er befreundet war, unter dem Siegel der Verschwiegenheit berichtet. Damit hatte der Banker Herrschaftswissen erlangt. Dieses Wissen setzte er bei den danach in Gang kommenden wirtschaftlichen Operationen zwischen Moskau und Bonn ein. Er entwickelte für Osteuropa ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das die Interessen von IWF und Weltbank ausgehebelt hätte. Er war gegen großflächig angelegte Kredite, die im Ostblock stets im korrupten Sumpf der Finanzhierarchien versickerten, keine wirkliche Hilfe darstellten und die Nehmerländer in eine immer tiefere Finanzkrise stürzten. Herrhausen plädierte für Direktinvestitionen in klar definierte, für sich stehende Aufbauprojekte.

Sozialer Banker unerwünscht

Herrhausens Konzept bedeutete einen Rückgriff auf das Modell des Marshall-Plans nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Grundlage für den Erfolg der Marshall-Plan-Hilfe war, dass die bereitgestellten Gelder nur in schon vorhandene Strukturen investiert werden durften, um schnelle Erfolge zu sichern. Im September 1989 griff Alfred Herrhausen in einer Rede auf dem Jahrestreffen von IWF und Weltbank in Washington sein Thema der Schuldenreduzierung auf und verband dies zum ersten Mal mit der Notwendigkeit, auch die Schuldenlasten der osteuropäischen Reformländer, vor allem Polens, deutlich zu senken. Er forderte die im „Pariser Club“ zusammengeschlossenen westlichen Gläubiger auf, die Schulden Polens so zu reduzieren, dass dessen Reformanstrengungen vom Westen einen Schub erhielten.³⁴⁰

Nach seinem Vortrag muss ihm eine dermaßen feindliche Stimmung entgegengeschlagen sein, dass er den anschließenden Empfang nicht besuchte. Einer der renommiertesten Wirtschaftsjournalisten des deutschen Fernsehens schilderte dem Autor in einem Privatgespräch folgende Begebenheit: Als er den Bankchef vor dem Empfang im Foyer des gemeinsamen Hotels traf, hatte der seinen Koffer in der Hand. Er erklärte dem Journalisten, dass ihm die Luft hier „zu bleihaltig“ sei, er fliege zurück nach Frankfurt. Auch wenn diese Bemerkung natürlich nur bildhaft gemeint war, so passte sie nicht zu seinem sonst üblichen forschen Verhalten. Dies berichteten engste Personen aus seinem Umfeld dem Autor. Wie Ermittler später herausfanden, begannen zu diesem Zeitpunkt am späteren Tatort die vorbereitenden Maßnahmen der Attentäter. Seine Ermordung war offensichtlich schon vor dem 30. November 1989 geplant, wurde aber aus unbekannten Gründen verschoben.

Wenige Tage vor seinem Tod konnte Herrhausen den ersten Kauf einer britischen Investmentbank, der Morgan Grenfell, durchführen. Was er mit dieser Bank vorhatte, wollte er in einem Vortrag Anfang Dezember, den er wiederum vor internationalen Bankkreisen halten sollte, darlegen. Die *New York Times* veröffentlichte zu Ehren des Bankiers diese Rede vier Wochen nach seiner Ermordung, unterschlug ihren Lesern aber auffälligerweise jene elf Seiten, in denen er seine Strategie zur Finanzierung Osteuropas nach der Wende darlegte.³⁴¹ Auf diesen elf Seiten betonte der Chef der Deutschen Bank seine Zuversicht, dass Europa die sich in den USA ankündigende Rezession durch ein hohes Wirtschaftswachstum in den frühen 90er Jahren besser meistern würde als die USA. Zur gleichen Zeit verkündete CIA-Chef William Webster unter anderem auf einer Tagung der wichtigsten Global Player in Los Angeles vor dem „Rat für Weltangelegenheiten“, dass die damals noch existierende Sowjetunion nicht länger der strategische Gegner der USA sei, sondern die bisherigen Verbündeten und jetzigen wirtschaftlichen Konkurrenten, vor allem Deutschland und Japan.

Die *New York Times* verschwieg Herrhausens Vorschläge für eine wirksame Streichung der polnischen Schulden ebenso wie seinen Plan der Errichtung einer Entwicklungsbank zur Finan-

zierung projektgebundener Investitionen in Osteuropa, für deren Zweck er Morgan Grenfell erworben hatte. Ihm schwebte vor, dass eine solche Institution ähnlich funktionieren sollte wie die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau nach dem Krieg. Herrhausens Pläne waren damit das absolute Gegenstück zu jener Schocktherapie, die der IWF bisher in Polen zum Schaden des Landes durchgesetzt hatte. Offensichtlich hat den Strategen des IWF gerade eine solche Negativstrategie vorgeschwebt, denn in einer streng geheimen Studie aus dem Jahre 1992, die der *Sächsischen Zeitung* zugespielt wurde, warnte die CIA vor der potenziellen Wirtschaftskraft der reformierten Sowjetunion. Sie stellte fest, dass die Sowjetunion über mehr Rohstoffe als die Länder des Westens verfüge und ein vorzüglich ausgebildetes Facharbeiterpotenzial habe. Deshalb sei eine wirtschaftliche Entwicklung der Länder des ehemaligen Sowjetimperiums nicht im Interesse der USA – eine faire und effektive Aufbaupolitik sollte entmutigt werden. Die Deutsche Bank mit ihrem neuen Vorstandschef Hilmar Kopper, der damals in der Frankfurter Chefetage als der größte Gegner Herrhausens galt, verwarf dessen sämtliche Strategien und beschränkte sich auf das internationale Börsengeschäft, das den Aktionären der Bank ohne großen Investitionsaufwand große Renditen versprach. Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Banken, für Investitionen zu sorgen, damit sich Wachstum, Arbeitsplätze und Konsum entwickeln können, wird bis heute sträflich vernachlässigt.

Der ermordete Sprecher der Deutschen Bank befand sich vor seinem gewaltsamen Tod in einer defensiven Situation. Einige seiner Vorstandskollegen machten deutlich, dass ihnen seine Finanzpolitik, die dem Sozialverpflichtungsparagrafen im Grundgesetz entsprach, gegen den Strich ging.³⁴² Es gab nach Herrhausens Tod Gerüchte, dass man in manchen Finanzkreisen die Sektkorken hatte knallen lassen.³⁴³ Sicher ist, dass ein unbequemer Widersacher sein Leben verloren hatte. Am 28. November, zwei Tage vor seiner Ermordung, hatte er auf einer Vorstandssitzung der Deutschen Bank eine umfassende Strukturreform der Deutschen Bank empfohlen, die seine Überlegungen zur Schuldenkrise berücksichtigte. Auf dieser Sitzung gab es heftigsten Widerspruch gegen seine Überlegungen. Nach den Erzählungen

seiner Witwe kam er an diesem Abend äußerst niedergeschlagen nach Hause. Am Morgen des Attentattages beschrieb er seine Situation in der Bank bildhaft mit den Worten: „Ich weiß nicht, ob ich das überlebe.“³⁴⁴

Ein hochrangiger Insider und Mitarbeiter einer amerikanischen Geheimdienstorganisation, die im Auftrag der Regierung arbeitet und die interne Bezeichnung „Economic Hitman“ (Wirtschaftskiller) trägt, hat die Strategie jener Wirtschaftskreise offen gelegt, die hinter solchen Attentaten wie dem an Herrhausen stehen könnten. Durch Wirtschaftskiller sollen Kriege gegen andere Länder ersetzt werden. Hochintelligente, hochbezahlte Profis aus Bankkreisen und Konzernen schleusen Gelder der US-Regierung, Weltbank-Gelder und Entwicklungskredite in die Taschen einiger Großkonzerne und reicher Familien. Zu ihrem Instrumentarium gehören gezinkte Wirtschafts- und Finanzprognosen, Wahlmanipulationen, Schmiergelder, Erpressung, Sex und Morde. Länder der Dritten Welt werden zu stark überdimensionierten Infrastrukturmaßnahmen bewogen, die mit Großkrediten der Weltbank oder der US-Regierung verbunden sind. Sobald sich die Bedienung der Kredite als schwierig erweist, wird versucht, in Verbindung mit Finanzdienstleistern die Wirtschaft der betreffenden Länder zu manipulieren.³⁴⁵

In einem Interview hat der Wirtschaftskiller John Perkins, ein ehemaliger amerikanischer Bankier aus alteingesessenem, calvinistischem Hause, öffentlich bekannt: „Ich gab anderen Ländern Kredite, die viel zu groß waren, als dass sie je zurückgezahlt werden könnten – sagen wir, eine Milliarde Dollar für ein Land wie Indonesien oder Ecuador, unter der Bedingung, dass 90 Prozent dieses Kredits an amerikanische Unternehmen, wie Halliburton und Bechtel, zurückfließen würden, um Infrastruktur zu bauen. [...] Ein Land wie Ecuador muss heute mehr als 50 Prozent seines nationalen Haushalts dafür aufwenden, seine Schulden zu bedienen. Und das kann es einfach nicht. Wir haben sie also in der Hand. Wenn wir mehr Öl wollen, dann gehen wir nach Ecuador und sagen: ‚Schaut, ihr könnt eure Schulden nicht zahlen. Also gebt uns eure Ölkonzerne.‘ [...] Wenn die Wirtschaftskiller scheitern, dann sind in diesem Szenario der nächste Schritt die so genannten ‚Schakale‘. Die Schakale sind von der CIA bezahlte

Leute, die versuchen, einen Putsch oder eine Revolution anzuzetteln. Wenn das nicht funktioniert, dann führen sie Mordanschläge aus oder versuchen es jedenfalls. [...] Die dritte Verteidigungslinie, wenn die wirtschaftlichen Attentäter und die Schakale versagen, sind dann unsere jungen Männer und Frauen, die wir dort hinschicken, damit sie dort sterben und töten – und dies haben wir offensichtlich im Irak getan.“³⁴⁶

Die heftigen Auseinandersetzungen Herrhausens mit seinen Gegnern in der Deutschen Bank um eine Lösung der internationalen Schuldenfrage in Konfrontation mit amerikanisch-britischen Interessen zeigen, dass Herrhausen mit seinem sozialen Engagement in Richtung Dritter Welt und in seiner Bereitschaft, den verarmten Arbeitermassen im Ostblock zu helfen und ihre wirtschaftliche Genesung tatsächlich zu befördern, überhaupt nicht in das Opferprofil der RAF passte. Ihm fehlte einfach das Image eines gewissenlosen Ausbeuters, der auf Kosten anderer rücksichtslos Profite einfuhr. Dies war in der Öffentlichkeit bekannt.

Mögliche Mord-Komplizen: Wirtschaftsmächte und „Schakale“

Nach dem Attentat wurden zahlreiche Fahndungsspannen und Fehler im Sicherheitskonzept für Herrhausen aufgedeckt. So waren die von Zeugen beobachteten Täter, als Jogger getarnt, in den Wochen und Tagen vor dem Attentat dermaßen auffällig in Bewegung, dass das mobile Einsatzkommando eigentlich hätte aufmerksam werden müssen. Der Sicherheitsapparat des Verfassungsschutzes kontrollierte regelmäßig zu jenen Zeiten, in denen Herrhausen diesen Streckenabschnitt zu passieren hatte, vorher das Umfeld, so auch kurz vor dem Attentat, als sich mehrere Täter in der Nähe befunden haben müssen. Ungereimtheiten gab es auch beim Vorausfahrzeug der drei Wagen umfassenden Herrhausen-Kolonne. Während der hintere Wagen den vorgeschriebenen kurzen Abstand zu Herrhausens Limousine einhielt, war das Vorausfahrzeug, das gerade zum Schutz vor Lichtschrankenbomben³⁴⁷ einen extrem kurzen Abstand zum gefährdeten Auto herstellen sollte, viel zu weit entfernt. Der Wagen Herrhausens entsprach im Übrigen nicht der damals möglichen Panzerung zum Schutz vor der Explosionskraft einer solchen Bombe.

Nach einer Verschärfung der Sicherheitslage für Herrhausen war von den Sicherheitsfachleuten der Bank vorgeschlagen worden, dass der Bankchef mit dem Hubschrauber von seinem Wohnort zur Zentrale der Deutschen Bank gebracht werden sollte. Das Haus war für Hubschraubereinsätze geeignet. Als Herrhausen diese Möglichkeit im Kreise seiner Kollegen ansprach, wurde ihm der Verzicht auf eine derart exklusive Schutzmaßnahme nahe gelegt. Dies entspreche nicht dem Prinzip der Gleichrangigkeit aller Vorstände. Herrhausen, der nicht dazu neigte, sich in den Vordergrund zu spielen, verwarf deshalb diese Möglichkeit. Wenn man ihn wirklich kriegen wolle, könne man dies sowieso nicht verhindern. Dieser Vorgang wurde dem Autor von einem engen Mitarbeiter Herrhausens im Bankvorstand versichert.

In einem Beschuldigungsschreiben vom 26. November 1990, das – kurz nach der Wiedervereinigung – von einer „AK Stasi“ an den damaligen Sicherheitsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt geschickt wurde, wird behauptet, dass ein Stasi-OiBE (Offizier im besonderen Einsatz) an dem Attentat auf Herrhausen beteiligt gewesen sei. Der Informant nannte drei Tarnnamen für diese Person: „Rainer Grubo“ in Hannover, alias „Thomas Biryn“, alias „Thomas Neumann“. Der Sicherheitsbeauftragte Karl Dieter Matschke leitete dieses anonyme Schreiben sofort an die zuständigen westdeutschen Behörden weiter.³⁴⁸ Doch dort ging dieser wichtige Hinweis nie ein. Gab es hier einen geheimdienstlichen Vereitelungseingriff? Matschkes Recherchen hatten zuvor auf die Spur der in der DDR untergetauchten RAF-Mitglieder geführt.

Mitte Februar 1992 meldete dpa, dass von bundesdeutschen Sicherheitsbehörden vermutet werde, mehrere hochrangige Mitarbeiter des ehemaligen MfS seien an der Kommandostruktur der RAF beteiligt gewesen. Am 18. Februar 1992 richtete daraufhin die Bundestagsabgeordnete Ingrid Köppe vom Bündnis 90/Die Grünen eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung: „Kann die Bundesregierung aus eigener Kenntnis die Berichte bestätigen, wonach ausländische Nachrichtendienste – vor allem die CIA – derzeit im großen Umfang ehemalige Mitarbeiter des MfS/AfNS [Anmerkung des Autors: AfNS ist das Amt für Nationale Sicherheit, kurzzeitiger Nachfolger des MfS] als Quellen,

festen oder freien Mitarbeiter zu gewinnen versuchen? [...] Wann hat die CIA die Geheimdienste der Bundesrepublik über den Aufenthalt von RAF-Mitgliedern in der DDR informiert und welche Maßnahmen haben diese Behörden daraufhin ergriffen?“³⁴⁹ Die Bundesregierung ließ sich mit ihrer Antwort Zeit. Am 10. März erklärte Frau Köppe: „Nach langer Verzögerung der Antwort leugnet die Bundesregierung nun weitgehend die skandalösen Vorgänge, die mir während meiner USA-Reise unmissverständlich berichtet wurden: [...] dass die CIA die Bundesregierung schon vor langer Zeit auf den Aufenthalt ehemaliger RAF-Mitglieder in der DDR hingewiesen habe, die Regierung jedoch bekanntlich weiterhin Fahndungseifer im Westen öffentlich vortäuschte. [...] Die Bundesregierung ist – entgegen ihrer heutigen Behauptung – schon vor langer Zeit auf den Aufenthalt von RAF-Mitgliedern in der DDR hingewiesen worden: unter anderem mehrfach durch den CIA-Missionschef und Geheimdienstkoordinator für Deutschland, George A. Carver. Dessen entsprechende Informationen haben mir auch der ehemalige CIA-Chef Colby sowie ein für Geheimdienste zuständiger Ex-Staatssekretär des US-Außenministeriums bestätigt.“³⁵⁰

Unbestritten ist, dass im Herbst 1989 MfS-Agenten und Offiziere zu Hunderten in die Residenturen westlicher Geheimdienste marschierten und dort um Mitarbeit anklopfen. Sie wurden mit Kussband genommen. Der Journalist Peter W. Schröder schrieb bereits im Oktober 1990 in seinem Buch „Europa ohne Amerika“, dass sich „für etliche bislang in der Bundesrepublik herumschnüffelnde DDR-Aufklärer schnell ein neuer Arbeitsplatz fand. Sie meldeten sich bei den Residenten westlicher Geheimdienste – vorzugsweise der amerikanischen CIA.“³⁵¹ Damit könnte auch eine Zusammenarbeit zwischen CIA, Stasi und dem RAF-Phantom denkbar sein. Eine Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der RAF ist aus der Aktenlage immerhin bis 1985 bekannt.³⁵² Eine Instrumentalisierung der so genannten „dritten Generation“ der RAF durch Geheimdienste liegt auf der Hand. Eine Instrumentalisierung des Terrorismus für politische Zwecke ist seit langem bekannt. Da dies aber nicht bewiesen werden kann und keine prozessrelevanten Spuren vorhanden sind, zumindest nach Kenntnis der Öffentlichkeit, darf natürlich nicht behauptet wer-

den, die CIA, ein anderer westlicher Geheimdienst oder das MfS hätten hinter dem Mord an Herrhausen gestanden. Sicher aber ist, dass eine wie auch immer geartete Kontrolle des Staates über den Terrorismus indirekt und verdeckt ausgeübt wird.³⁵³ Gerichtsverwertbare Spuren gibt es dabei nur in extrem seltenen Ausnahmefällen wie beim Attentat auf das Maison de France in Berlin, die durch den Zusammenbruch der DDR ans Tageslicht geschwemmt wurden und eine Mitwisserschaft des MfS belegten.

Erste freie Wahlen in der DDR – die Konservativen gewinnen

Am 1. Februar 1990 hatte Ministerpräsident Hans Modrow seinen Stufenplan zur Wiedervereinigung „Deutschland einig Vaterland“ der Presse vorgetragen. Ihm war klar geworden, dass man den Einheitswillen der Bevölkerung in Ost-Berlin nicht mehr ignorieren konnte. Er schlug als erste Schritte eine Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion sowie Rechtsangleichung vor, in einem zweiten Schritt die Bildung einer Konföderation, die Übertragung von Souveränitätsrechten an deren Machtorgane und zum Abschluss die Bildung eines einheitlichen, deutschen Staates in Form eines deutschen Bundes mit Wahlen in beiden Teilen der Konföderation. In einem Interview mit dem Autor im April 2005 hat Horst Teltschik darauf hingewiesen, dass Modrows Pläne nicht besonders ernst genommen wurden:

Teltschik: „Für uns war Modrow spätestens am 19. Dezember Konkursverwalter – da war das Treffen in Dresden und ich hab Kohl noch im Gespräch über Modrow gesagt, er soll ihn vergessen. Der Mann hat nicht begriffen, was in der DDR vor sich ging.“

Kroh: „Woran wurde das deutlich?“

Teltschik: „Wie er auftrat – wenn einer wie in alten Zeiten erst mal zur Gesprächseröffnung eine halbe Stunde lang ein Statement abliest, das mit dem Politbüro abgestimmt ist. Der redete über jeden Scheiß, aber nicht über die Probleme, die er hatte.“

Dabei entsprachen die Überlegungen Modrows zunächst durchaus den Vorstellungen in Moskau. Doch die illusionären Moskauer Hoffnungen, offensichtlich genährt vom KGB und seinem Vertrauen in die Durchsetzungskraft der vielen guten „Freunde in der DDR“ (also die Perestroikianer und die HVA), währten nur bis zum 26. Januar 1990. An diesem Tag entschloss sich die Kreml-Riege um Gorbatschow und Krjutschkow, von nun an die DDR zur Disposition zu stellen, und zwar frei nach Schiller „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“. Sie lieferten die DDR dem Schicksal aus und folgten der Einschätzung in aller Welt, besonders aber in Deutschland, bei freien Wahlen würden sich die Sozialdemokraten in der DDR durchsetzen, was einen langen Weg bis zur Wiedervereinigung versprach.

Modrow kriegt kein Geld

Kohl stellte umgehend klar, dass man am Rhein nicht bereit war, der DDR für den Aufbau einer solchen Wirtschaftsgemeinschaft Kredite zu geben. Die Pläne Modrows für ein neues Deutschland waren schon Makulatur bei ihrer Veröffentlichung. Modrow wollte Mitte Februar mit Bonn über seinen Stufenplan zur deutschen Einheit „Deutschland einig Vaterland“ verhandeln. Aber er saß in Berlin wie auf Treibsand. Tausende seiner Untertanen hatten den Weg nach Westdeutschland eingeschlagen. Während Modrow sich darüber Gedanken machte, wie man mit einem ausgeklügelten, wirtschaftlichen Entwicklungsplan den Weg in eine deutsch-deutsche Wirtschaftsgemeinschaft einschlagen konnte, zogen es die Flüchtlinge vor, den frostigen, nächtlichen Temperaturen zu trotzen und sich mit Koffern auf den Weg zu machen, um im Westen das karge Begrüßungsgeld in Höhe von 100 D-Mark einzusacken.

Während man sich in Bonn schon darüber Gedanken machte, in welcher Form der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik zu vollziehen sei, gab Kanzlerberater Teltschik der DDR am 10. Februar den gezielten Todesschuss, kurz vor dem bevorstehenden Besuch des Kanzlers in Moskau. Zuvor schon hatte es auf dem weltwirtschaftlichen Forum hinter den Kulissen eine Klärung der Bonner Strategie gegeben und im Anschluss daran letzte Briefwechsel und Telefongespräche mit den Verbündeten.

Am 9. Februar ließ Teltschik in der bundesdeutschen Presse eine gezielte Indiskretion verkünden. Die *Süddeutsche Zeitung* meldete dementsprechend am folgenden Tag, während der Kanzler nach Moskau flog: „Bundeskanzler Kohl hält es für möglich, dass die DDR als Staat in aller Kürze zusammenbricht. Die Lage kann nicht dramatisch genug eingeschätzt werden. [...] Es könne sich abzeichnen, dass die DDR in wenigen Tagen völlig zahlungsunfähig sei. Aus der Regierung in Ost-Berlin selbst komme die Einschätzung, möglicherweise halte die DDR nicht einmal bis zu den Wahlen vom 18. März durch. Die Autorität des Staates zerfalle drastisch.“³⁵⁴

Nach den Worten von Bundeskanzler Kohl war der 10. Februar 1990 ein guter Tag für Deutschland. Ohne große Umschweife erklärten Gorbatschow und Schewardnadse ihren Gesprächspartnern Kohl und Genscher, dass sie nun keine Einwände mehr gegen eine wie auch immer geartete Einheit der Deutschen hätten. Zwei Wochen lag die entsprechende Entscheidung von Gorbatschow und KGB-Chef Krjutschkow zurück. Gorbatschow wörtlich: „Es ist Sache der Deutschen selbst, die Frage der Einheit der deutschen Nation zu lösen.“³⁵⁵ Welchen Weg sie dazu einschlugen, war längst entschieden: Der Anschluss der DDR sollte eingebettet sein in den europäischen Einigungsprozess und eine globale Abrüstung. Das letzte Wendemanöver war vollzogen und der Kreis hatte sich geschlossen, denn in seinem Tagebuch hat Horst Teltschik verraten, dass Gorbatschow auf Kohls Besuch 1988 in Moskau tatsächlich schon die Einheit angeboten hatte: „[...] Gegenüber den Deutschen hat er Wort gehalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten eingemischt, was er Kohl bereits bei ihrem Treffen 1988 und 1989 zugesichert hatte.“³⁵⁶ Dies konnte für Kohl schon damals nichts anderes bedeutet haben – um einen Spruch auf der großen Wendedemonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz leicht abzuwandeln –, als dass er die deutsche Einheit schaffen durfte, wenn er nur konnte und wollte. Aber wollte er? Noch immer gab es die Option auf eine Konföderation, wie er sie vorgeschlagen hatte. Es lag nun in der Hand der Ostdeutschen. Es musste schnell eine Lösung gefunden werden, die den Zustrom aus dem Osten auf den Arbeitsmarkt und die

Sozialsysteme im Westen unterbrach. Die Drohung der Leipziger Demonstranten: „Wenn die D-Mark nicht kommt, dann kommen wir“, bestimmte die politische Tagesordnung.

Der unerwartete Sieg der „Ost-Union“

Schon im März 1990 kam es zu den ersten, demokratischen, freien und geheimen Wahlen in der DDR. Die Ost-CDU und die ihr nahe stehenden, neu gegründeten, konservativen Parteien bildeten ein Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“, sozusagen eine DDR-Union. Die öffentliche Meinung und fast die gesamte Presse in Deutschland wie im Ausland gingen von einem Wahlsieg der Sozialdemokraten aus. Selbst Bundeskanzler Kohl rechnete für die Allianz mit einer Niederlage, was auch sämtliche professionellen Wahlprognosen bestätigten. Wieder einmal zeigten die zur Beurteilung Berufenen, dass sie schlechte Instinkte und deshalb eine falsche Wahrnehmung für die Realitäten in der DDR und das Meinungsbild in der Bevölkerung hatten. Denn die Allianz für Deutschland fuhr einen überragenden Wahlsieg ein. Erst am Abend dieses Tages hat sich Helmut Kohl nach Einschätzung seines ehemaligen Vorstandssprechers Karl Hugo Pruys entschieden, der Kanzler aller Deutschen werden zu wollen. Zuvor hatte er stets damit gerechnet, gesamtdeutsche Wahlen zu verlieren. Dies sei der tiefere Grund gewesen, warum Helmut Kohl erst in letzter Sekunde auf den Wiedervereinigungszug aufgesprungen war. Um seine Macht als Kanzler der Westdeutschen zu erhalten, wäre er nach den Worten von Pruys mit einer Konföderation zufrieden gestellt gewesen.³⁵⁷

Niemand anderes als die DDR-Bevölkerung selber hat ihn mit der Wahl de Maizières zum Kanzler der Einheit werden lassen. Es hätte auch andere Lösungen der deutschen Frage geben können, darauf hatte nicht zuletzt der Kanzler über Jahre gesetzt, aber auch Gorbatschow. Lothar de Maizière erinnert sich gut an die Reaktion der Sowjets auf seinen Sieg:

„[...] Ich hatte mein erstes Gespräch mit Gorbatschow am 29. April, wo er mir in ziemlich barschem Ton sagte, was ich zu tun habe. Ich hatte ihn vorher allerdings geärgert. Mir war gesagt worden, dass

sich Gorbatschow bei solchen Gesprächen keineswegs offen und leutselig gab, wie es sein Ruf war. Das Arbeitszimmer von Gorbatschow befand sich im Westflügel des Kreml. Und als Besucher wurde man im äußersten Ostflügel in den Kreml eingespeist und musste durch 18 Flügeltüren, durch 18 Säle schreiten. Das war so, wie wenn ein Zwerg zum Zaren aufsteigt. Ich wollte dem etwas entgegensetzen und dachte: ‚Warte nur, das wirst du mir schon noch büßen!‘ Ich überlegte mir, wie ich das Gespräch am besten anfangen sollte. Ich hatte dann die Idee, ein Stück Berliner Mauer mitzunehmen. Ich habe es ihm auf den Tisch gestellt und gesagt: ‚Das ist ein besonders schönes Stück Berliner Mauer, die habe ich für Sie mitgebracht. Als Dank der Berliner und der Ostdeutschen.‘ Und dann habe ich hinzugefügt, dass er mit seinem Spruch ‚Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben‘ zum Fall der Mauer nicht unmaßgeblich beigetragen hat. Aber ich hatte natürlich im Hinterkopf, dass die Mauer ja gemeinsam mit den Sowjets errichtet worden war, das sollte natürlich schon deutlich werden. Und ich wusste auch, dass er noch 1987 den Grenzsoldaten am Brandenburger Tor in ihr Buch geschrieben hatte, dass er sie zum Friedenskampf an der vordersten Front des Kalten Kriegs beglückwünscht. Das sind Dinge, die ja die meisten, die Gorbatschow heute zu ihrem Messias machen, nicht mehr wissen wollen. Und er hat wohl gemerkt, dass ich das doppelsinnig gemeint hatte. Da hat er mir in ziemlich barschem Ton gleich zu Anfang gesagt, was ich zu tun habe. Ich entgegnete: ‚Herr Präsident, wir haben einen Paradigmenwechsel. Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Die Zeiten, in denen DDR-Ministerpräsidenten zu ihnen befehligt wurden, sind vorbei. Ich stütze mich auf eine Koalition, die auf 70 Prozent der frei gewählten Abgeordneten der Volkskammer basiert. Und ich bin hier, um mit ihnen darüber zu reden, welche Maßnahmen im beiderseitigen Interesse liegen. Aber um noch mal klar zu sagen, Befehlsempfang ist nicht mehr.‘ Daraufhin brüllte er los, das ließe er sich von mir nicht unter die Nase reiben. Und dann kamen seine Forderungen: kein Beitritt nach Artikel 23, keine NATO-Zugehörigkeit des geeinten Deutschlands, Grenzgarantien und Fortsetzung des SU-Handels zu den bisherigen Bedingungen.“³⁵⁸

Da war er wieder, der Kreml, wie man ihn kannte: diktatorisch, imperial und ausbeutend. Gorbatschow, ein Mann mit zwei Ge-

sichern. War ihm erst jetzt klar geworden, was seine Politik für die Sowjetunion für Folgen hatte? Ein besonderes Defizit an prognostischer Potenz wiesen die Moskauer Apparate auf. Von all den sowjetischen Publizisten, Beratern und Ghostwritern dachte niemand auch im Entferntesten an die Möglichkeit, dass die Entwicklung in der DDR eigenen Gesetzmäßigkeiten folgen und aus dem sowjetischen Ruder laufen könnte. Vielmehr träumte man von einer „perestroikistischen“ DDR als einer Inkarnation des „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, als politischer Brücke zur Sozialdemokratie und vor allem als Umschlagplatz für unermessliche Wirtschaftshilfe aus dem Westen. Dass die DDR-Deutschen eigene banale Wünsche hatten wie Westreisen, Südfrüchte und schnittige Autos vor allem, blieb außer Betracht.

Mord am Treuhänder – starb Rohwedder für den Milliardencoup?

Sieben Jahre hatte der Devisenboss der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski, die geheimsten Verhandlungen im deutsch-deutschen Wendemanöver geführt. Er hatte alles unternommen, um den Devisenschatz der DDR für einen reformierten zweiten deutschen Staat zu retten. Sein geheimes Außenhandelsimperium wurde zum Netzwerk der Wendefinanzierung, so angelegt, dass man die Gelder und Werte auch „privatisieren“ konnte, wenn es mit der Wende schief lief. Doch als die Mauer fiel, wurde er drei Wochen später zum prominentesten Wendeopfer der DDR. Bürgerkomitees waren seinen illegalen Methoden auf die Schliche gekommen. SED-Pharisäer sahen die Chance, ihn zum Sündenbock des Systems werden zu lassen und betrieben seine Festnahme. Das MfS konnte oder wollte ihn nicht mehr schützen. Sein Freund, Bauminister Wolfgang Junker, riet dem DDR-Unterhändler zur Flucht: „Wir kriegen ungarische Verhältnisse. Die hängen uns alle auf.“³⁵⁹ In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1989 verließ Schalck-Golodkowski mit seiner Frau Sigrid die DDR und fuhr nach West-Berlin. Wolfgang Vogel hatte ihm zuvor erklärt, man trachte ihm im alten Machtapparat, der um sein

Überleben kämpft, nach dem Leben. Sein langjähriger Gesprächspartner Schäuble ließ ihm beim Untertauchen in der Bundesrepublik helfen.³⁶⁰

Kurz vor Mitternacht des 6. Dezember begann seine Schutzhaft in der Justizvollzugsanstalt Moabit. Am 9. Januar 1989 wurde er entlassen und begab sich mit Sigrid an einen geheimen Ort in Bayern. Dort wurden sie vom Bundesnachrichtendienst in einer Waldhütte betreut. Einige Tage später erschien in der West-Berliner Scheuermann-Bank am Kurfürstendamm eine Frau und präsentierte eine Vollmacht von Sigrid Gutmann. Daraufhin wird ihr der Inhalt eines Schließfachs ausgehändigt, das Schalck-Golodkowskis Ehefrau schon im August 1989 unter ihrem Mädchennamen eingerichtet hatte. Die Bevollmächtigte verließ mit vier braunen DIN-A4-Umschlägen die Bank und traf sich mit Frau Schalck-Golodkowski, die noch am selben Tag nach Bayern zurückflog.³⁶¹ Wurde die Vollmacht ausgestellt, damit Schalck-Golodkowskis Frau nicht von den „eigenen“ Leuten observiert werden konnte? Denn offensichtlich stand die Bank unter Kontrolle des MfS. Schalck-Golodkowski sollte keine Spuren verwischen können.

Er hatte sich nach seiner Flucht bereit erklärt, unter dem Decknamen „Schneewittchen“ gegenüber den Schlapphüten des BND aus Pullach über sein geheimes Wissen in puncto Koko-Imperium und verdeckte Finanztransaktionen auszupacken. Schalck-Golodkowskis Außenhandelsfirmen spielten eine Hauptrolle in der Überlebensstrategie der alten Seilschaften im Rahmen des Modells Odessa. Sie versuchten nun, das DDR-Vermögen für sich zu retten, nachdem absehbar war, dass die DDR untergehen würde. Auf zahlreichen Auslandskonten dieser Firmen waren geheime Devisen geparkt worden, um sie nicht dem absehbaren Staatsbankrott der DDR zum Opfer fallen zu lassen. Ursprünglich waren diese Devisen das Startkapital für eine gewendete DDR, von denen nur die obersten Seilschafter etwas wussten. War die teilweise Aufdeckung eine List von Schalck-Golodkowski nach dem Schema: Einen Teil preisgeben, um den anderen vor dem Zugriff der Bundesrepublik zu retten? Denn das Koko-Vermögen stand juristisch weiterhin der DDR und nach ihrem Ende der Bundesrepublik zu. Schalck-Golodkowski ver-

schwieg zum Beispiel die Existenz der „Anstalt Mondessa“ in Lichtenstein, auf der DDR-Vermögen geparkt war. Unbekannt blieb auch, ob die bereits erwähnten DIN-A4-Umschläge, die Frau Schalck-Golodkowski aus dem Schließfach der Scheuermann-Bank abholen ließ, Geschäftsunterlagen über geheime Auslandsfirmen und Konten beinhalten.

Das Wenige, das er tatsächlich preisgab, reichte den Behörden aber aus, ihn in der Bundesrepublik einzubürgern und neue Ausweisdokumente zu verschaffen. Die „Firma Schalck-Golodkowski“ lief nun unter dem Namen „Gutmann“. Natürlich wunderten sich die Pullacher, dass Schalck-Golodkowski, um seine Existenz zu verschleiern, ausgerechnet den Mädchennamen seiner Frau gewählt hatte, denn dieser konnte interessierte Kreise sofort auf seine Spur führen. Erst Jahre später entdeckten die Ermittler der ZERV, dass Sigrid Schalck-Golodkowski seit den 70er Jahren für geheime Auslandskonten der Koko unter ihrem Mädchennamen Gutmann zeichnungsberechtigt war.

In der Treuhand wird DDR-Vermögen geplündert

Die Regierung Modrow hatte inzwischen die Treuhand gegründet, geleitet von bisherigen Wirtschaftsbossen der DDR aus Verwaltung, Kombinat, VEBs (volkseigenen Betrieben) und LPGs (landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften). Sie sollten das sozialistische Eigentum der DDR in die Privatwirtschaft überführen. Aus den sozialistischen Betrieben sollten GmbHs werden. Obwohl Schalck-Golodkowski seitens der bundesdeutschen Behörden Kontaktverbot mit ehemaligen Angehörigen der Koko auferlegt bekommen hatte, traf er sich konspirativ mit Waltraud Lisowski auf dem Münchner Flughafen. Dabei wurden sie von Ermittlern beobachtet. Über den Inhalt ihres Treffens schwiegen sie diesen gegenüber. Seine ehemalige Finanzchefin und hohe Untergebene Lisowski war in der neu entstandenen Treuhandanstalt nun nach dem Willen der Treuhandchefs für die Liquidierung und Überführung der sozialistischen Außenhandelsbetriebe und des Koko-Imperiums in die kapitalistische Marktwirtschaft zuständig. Man hatte also den Bock zum Gärtner gemacht. Denn Frau Lisowski entschied bis zur Wiedervereinigung freihändig

darüber, wer bei einer Privatisierung des Koko-Vermögens zu welchem Preis zum Zuge kam. Hochrangige DDR-Außenhändler durften ihre mittlerweile der Treuhand unterstellten Firmen selber führen und liquidieren. Frau Lisowski ordnete die Finanzverhältnisse der Koko und begann mit der Privatisierung der Betriebe.

Am 15. Juni 1990, 14 Tage vor der Währungsunion, erhielt der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble einen Brief seines DDR-Intimus Schalck-Golodkowski. In diesem Brief listete der ehemalige Koko-Chef Unternehmensstrukturen seines Imperiums auf. Detailliert gab Schalck-Golodkowski Auskunft über Firmen der SED-PDS in der Bundesrepublik und im europäischen Ausland. Damit gab er Schlüsselinformationen für die bundesdeutsche Aufsicht der DDR-Treuhand preis. [Anmerkung des Autors: Der Schilderung dieses Kapitels liegen die geheimen Unterlagen des ersten Schalck-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags zugrunde, die die Bundestagsabgeordnete Ingrid Köppe von Bündnis 90/Die Grünen unter dem Titel „Abweichender Bericht“ trotz Verbots an die Öffentlichkeit lancierte. Die Veröffentlichung blieb bis heute geheim und für den inkriminierten Personenkreis juristisch ohne Folgen.]³⁶²

Eine Mitteilung des BND-Agenten „Schneewittchen“ alias Schalck-Golodkowski erklärt, warum er so bereitwillig über seine ehemalige Koko Aussagen machte. Durch seine Flucht in den Westen hatte er sich offensichtlich seines Einflusses entledigt. Ende Februar 1990 äußerte er: „Der Bereich kommerzielle Koordinierung ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit großen Teilen aus der HVA übernommen worden. Dieses Bestreben bestand bereits seit drei Jahren. Die HVA dürfte sich von ursprünglich 3.500 Mann auf circa 4.000 Mann verstärkt haben. Die Angehörigen der HVA dürften im verstärkten Maße in Firmen beziehungsweise Joint Ventures der DDR im Ausland untertauchen.“³⁶³ Schalck-Golodkowski schlüsselte Firmen auf, verriet Beteiligungen und benannte die Verantwortlichen. Unter anderem wies der ehemalige Koko-Chef darauf hin, der Anteil der Koko an der Intrac-Lugano, etwa 40 Prozent, könnte, „wenn sie nicht vor 1991 verkauft wird, einen Erlös von 80 bis 100 Millionen D-Mark einbringen“.

Die Intrac-Lugano wie auch der Schwesterbetrieb Befisa wurden von einem ehemaligen SS-Unteroffizier geführt, der beim MfS unter dem Decknamen „IM Rohloff“ registriert war, Ottokar Hermann. Die Ermittler sind stets davon ausgegangen, dass Hermann, der Schweizer Staatsbürger wurde, diese Firmen als Treuhänder für die DDR und Schalck-Golodkowskis Außenhandelsimperium Koko geführt hatte. Aber ein Ermittler der ZERV erklärte dem Autor 1993: „Ottokar Hermann ist nach Berlin gekommen mit der Behauptung, dass bestimmte Teile ihm gehören, und die Treuhandanstalt konnte ihm nicht beweisen, dass er nur Treuhänder der Intrac-Lugano gewesen war, weil nämlich irgendwelche Papiere über Treuhandverhältnisse wo auch immer, vielleicht auf dem Boden des Luganer Sees, versteckt sind.“

Schalck-Golodkowski wies den Innenminister in seinem Schreiben darauf hin, dass seine ehemalige Vertraute Lisowski in der Woche vom 19. Juni 1990 nach Lugano führe, um das Kapital der Koko dort detailliert zu erfassen, gemäß ihrem Auftrag zur Liquidation des ehemaligen Koko-Vermögens. Treuhändlermittler und Ermittler der ZERV mussten feststellen, dass es innerhalb des Bereichs, der Frau Lisowski unterstand, zu erheblichen Vermögenstransfers in jeweils dreistelliger Millionenhöhe gekommen war. Das zuständige Treuhanddirektorat unterließ es dennoch nach der Währungsunion, als die Bundesrepublik Mitte 1990 die Treuhand übernahm und kontrollierte, Frau Lisowski zu entlassen. Kontrollen über Geldabflüsse von Unternehmen des Ministeriums für Außenhandel (MAH) unterblieben ebenso.

„Eine Reihe von Außenhandelsbetrieben, die nicht direkt bei Koko angesiedelt waren, sondern beim Außenhandelsminister Beil persönlich, haben im weitesten Sinn Auslandstöchter gehabt. Und da ist es insbesondere nach der Wende vorgekommen, dass hier und dort Vermögenswerte, die zu diesem Zeitpunkt im Ausland geblieben haben, dort auch belassen und auch in der Abrechnung gegenüber der Treuhandanstalt vergessen wurden. So rettete man an fremden Orten DDR-Vermögen. Das ist mehrfach so abgelaufen.“³⁶⁴

Nach dem schriftlichen Hinweis von Schalck-Golodkowski wäre es für die bundesdeutschen Ermittler ein Leichtes gewesen,

Vermögenswerte von mindestens mehreren 100 Millionen D-Mark zu recherchieren und sicherzustellen. Waltraud Lisowski hätte nur durch MEKs (Mobile Einsatzkommandos) oder den BND observiert werden müssen. Man hätte auch die gesamten anderen Hinweise, die Schalck-Golodkowski gegeben hatte, verfolgen können. Aber der Innenminister versäumte es, den Inhalt des Schalck-Briefes diskret an die Ermittler weiterzureichen. Als der erste Schalck-Untersuchungsausschuss, den der Bundestag zum Schalck-Imperium eingerichtet hatte, 1991 auf die Spur dieser Briefe stieß, wurde Schäuble vor den Ausschuss berufen. Er rechtfertigte seine Unterlassung damit, es habe sich um Privatbriefe gehandelt, die lediglich „ein Stück weit die schwierige Verfassung Schalck-Golodkowskis“ widergespiegelt hätten. „Sie hatten keinen amtlichen Inhalt, nichts dergleichen.“ Er habe „keine Veranlassung gesehen, irgendetwas auf diese Briefe hin zu unternehmen“. Der Clou kam, als der Ausschuss nach dem Verbleib der Briefe fragte: „Ich glaube, ich habe sie weggeworfen. [...] Ich vermute, dass ich sie vernichtet habe.“ Dann wandelte er seine Aussage ab: Es könne sein, dass sich die Briefe, „irgendwo zu Hause befinden, ich habe aber nicht die Absicht, danach zu suchen“. Und selbst wenn er sie fände, „würde ich sie sicher auch niemandem zur Verfügung stellen, jedenfalls nicht dem Ausschuss“ – auch dann nicht, wenn Schalck-Golodkowski ihm die Genehmigung erteilen würde. Er sei der Auffassung, „dass ein solcher Brief, der an mich privat gerichtet ist, mit Verlaub, niemanden etwas angeht“. Für Schäuble war das Dumme an dieser Affäre, die übrigens einen riesigen Pressewirbel verursachte, dass Schalck-Golodkowski eine Kopie dieses Briefes an den BND weiterreichte, der beim damaligen BND-Chef Hans-Georg Wieck aber erst am 3. Juli 1990 eintraf. Das war zu spät, um die Bewegung von Frau Lisowski in der Schweiz geheimdienstlich beobachten zu lassen, denn dieses Treffen hatte ja schon 14 Tage vorher stattgefunden. Aber auch mit Wissen des BND erfolgte in Sachen Koko nichts.

Die Pullacher Dunkelmänner weigerten sich sogar, dem Schalck-Ausschuss Einsicht in ihre Geheimakten zur Struktur der Koko zu geben. Es handelte sich nach Meinung des BND um „absolut schützenswerte Quellen“. Dass zuvor Akten über den

Generalbundesanwalt an die Öffentlichkeit gelangten, bezeichnete der damalige Koordinator der Geheimdienste und Staatsminister im Kanzleramt, Bernd Schmidtbauer, als bedauernswerten Fehler. Es sei schwerer Schaden für den BND entstanden.

Mit dem 1. Juli 1990 kam die Treuhand in Westregie. Der erste Westchef, Rainer-Maria Gohlke, merkte, was lief, und winkte nach ein paar Wochen entnervt ab. Er erkannte schnell: Die Treuhand war ein Schlangennest von Ost- und Ost-West-Seilschaften, die das Vermögen der DDR plünderten. Auch der ehemalige Bundesbahnchef Dürr als Gohlkes Nachfolger konnte gegen die mächtigen Veruntreuer nichts ausrichten.

Karsten Rohwedder will aufräumen

Ende August 1990 übernahm schließlich Detlev Karsten Rohwedder das Ruder. Der ehemalige Staatssekretär und Vorstandsvorsitzende der Hoesch AG hatte seit einem Jahrzehnt Erfahrung im Ostgeschäft und wusste, wie gefährlich ihm sein Job werden konnte. Schon bald stach er in ein Wespennest. Ihm fielen merkwürdige finanzielle Transaktionen zwischen der Treuhand und den Intrac-Firmen in Berlin und Lugano auf, denn sie betrafen ein Geschäft, in dem er sich gut auskannte. Als ehemaliger Vorstandschef der Hoesch AG war er über ein brisantes Embargobbruchgeschäft der Hoesch-Tochter Fuba mit der Intrac-Lugano informiert: Die Fuba lieferte in der Wendezeit über die Intrac zwei Leiterplattenwerke in die DDR, eins nach Dresden und eins nach Ost-Berlin. Die Fuba hatte von Schalck-Golodkowski den Zuschlag bekommen, nachdem die japanische Firma Toshiba, die zunächst erste Wahl war, von den Amerikanern eindringlich vor einem Embargobbruch gewarnt worden und von diesem Deal in dreistelliger Millionenhöhe abgesprungen war. In der Bundesrepublik stießen entsprechende Warnungen aus den USA auf taube Ohren – bis 1990, als das Geschäft längst gelaufen war. Da Koko und Außenhandelsbetriebe nun unter der Westregie der Treuhand agierten, wurden alle Rechnungen korrekt von der Treuhand bezahlt. Aber am 1. November 1990 wurde der BND-Präsident Wieck in einem Vermerk seiner Mitarbeiter über den Verbleib von Vermögenswerten nach einer Befragung

von Schalck-Golodkowski informiert. Bezüglich Ottokar Hermann heißt es: „Aus dem Barvermögen der Koko scheinen einige Beträge an Betriebe der Intrac GmbH Ost-Berlin (300 Millionen D-Mark) sowie an die Befisa und Intrac-S.A.-Lugano (80 Millionen D-Mark) des Ottokar Hermann geflossen zu sein.“ So steht es in einem Bericht der damaligen Bundestagsabgeordneten Ingrid Köppe von Bündnis 90/Die Grünen. Frau Köppe hatte nach dem Abschluss des ersten Schalck-Untersuchungsausschusses des Bundestags einen eigenen Bericht an die Presse lanciert, in dem Fakten standen, die unter die Geheimhaltung des Ausschusses gefallen waren und damit von den offiziellen Berichten und Bewertungen der Regierung und der SPD eklatant abwichen.³⁶⁵ Der „abweichende Bericht“ fragt: „Hat Ottokar Hermann 80 Millionen von der Koko-Konkursmasse erhalten?“, und stellt fest: „Ottokar Hermann bediente sich monatelang aus Treuhandkonten, um sein Embargoprojekt zu bezahlen.“ Für Rohwedder und seine Vertrauten in der Treuhand war inzwischen klar geworden, dass die freihändigen Verkäufe der Außenhandels- und Koko-Firmen unterbunden werden mussten. Das fragwürdige Agieren von Frau Lisowski war für die Ermittler der ZERV offensichtlich:

„Wenn also die Treuhandanstalt eine Firma oder ein anhängendes Objekt nur zum Nennwert des Stammkapitals verkauft hat, dann stellt sich doch die Frage, was ist der Laden wert? Wenn Frau Lisowski zum Beispiel für 50.000 D-Mark Nennwert des Stammkapitals verkauft, aber vielleicht noch werthaltige Forderungen daran hängen, weil nämlich diese Firma noch eine Forderung von einer Million aus irgendwelchen Provisionsabsprachen hat, dann muss man das doch eigentlich prüfen. Das ist offensichtlich in der gebotenen Intensität nicht erfolgt.“³⁶⁶

Auf welche Weise Frau Lisowski nach der Wende in der Treuhand Parteivermögen verschob, zeigt der Fall der Westfirma Intema in Essen. Die Koko hielt dieses Handelsunternehmen über insgesamt fünf Briefkastenfirmen in Vaduz, Curaçao und den Niederlanden. Der westdeutsche Geschäftsführer erwarb diese Firma aus dem Koko-Nachlass für 10,3 Millionen D-Mark und

damit weit unter Wert. Dabei schob Lisowski ihrem damaligen Partner 7,3 Millionen als Darlehen für den Kauf aus der Erbmasse des Schalck-Imperiums zu. Der glückliche Empfänger musste hierfür keinerlei Sicherheiten erbringen. Tatsächlich zahlte er keinen einzigen Pfennig zurück, denn nach bewährtem Muster ging die Firma in Konkurs. Damit war das Geld für die Bundeskasse für immer verloren. Frau Lisowski dagegen bekam von ihrem Ex-Partner über Scheinrechnungen Schmiergeld in Höhe von 150.000 D-Mark, die auf einem Nummernkonto in der Schweiz landeten. Allein dieser Intema-Deal soll die Bundeskasse rund 300 Millionen D-Mark gekostet haben.³⁶⁷

Unter strengster Geheimhaltung beschlossen Rohwedder und sein Beraterkreis noch im November 1990, statt des freihändigen Verkaufs die Treuhandfirmen so schnell wie möglich international auszuschreiben. Im Februar musste wegen der laufenden Vorbereitungen ein größerer Kreis leitender Treuhandarbeiter eingeweiht werden. Die Geheimhaltung seiner Pläne war nun nicht mehr gewährleistet. Gleichzeitig wurde Rohwedder seit Februar vom BKA zu den 13 am meisten gefährdeten Topmanagern in Deutschland gezählt und in die Gefährdungsklasse II eingestuft.³⁶⁸

Am Dienstag nach Ostern sollte auf einer Pressekonferenz der Verkaufskatalog mit den Treuhandobjekten angemessen vorgestellt werden. Die Uhr lief. Jetzt gerieten die Seilschaften in Gefahr, jenes DDR-Vermögen zu verlieren, das in aufwendigen Transaktionen seit Jahren heimlich auf Auslandskonten geparkt worden war, von denen die Treuhand keine Ahnung hatte. Doch fürs Umschichten dieser getarnten Vermögen brauchte man Zeit, mehr Zeit als bis Ostern 1991.³⁶⁹

Rohwedder war alarmiert, als er von den Geldflüssen zwischen Treuhand und Hermann erfuhr, denn er kannte aus seiner Zeit als Hoesch-Vorstand die finanziellen Bedingungen des Fuba-Intrac-Deals. Ende 1990 kam es nach Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses zu einem Treffen zwischen Hermann und dem Treuhandchef Rohwedder. Nach Ansicht der abweichenden Berichterstatteerin Köppe „ist zu vermuten“, dass es dabei um das Embargogeschäft ging.³⁷⁰ Demnach dürfte er die Rückzahlung der der Treuhand zustehenden Gelder verlangt haben. Wahrscheinlich ging es auch um Hermanns Absicht, die 40-Prozent-

Anteile der ehemaligen Koko an der Intrac günstig zu erwerben. Er bot 4,5 Millionen Schweizer Franken für ein Objekt, das nach den Worten Schalck-Golodkowskis 1991 bis zu 100 Millionen wert sein konnte.³⁷¹ Offensichtlich gab es keine Einigung. Das letzte Treffen zwischen Rohwedder und Hermann fand 14 Tage vor seiner Ermordung statt.³⁷²

Waren es wieder Geheimdienste?

Am 29. März 1990 erfolgte ein Brandanschlag auf einen Aktenkeller im Treuhandarchiv in der Schneeblöckchenstraße in Ost-Berlin. Die Täter vernichteten augenscheinlich gezielt noch nicht gesichtete Aktenunikate, die Hinweise auf unbekannte Auslandsfirmen, -beteiligungen oder -konten beinhaltet haben könnten. Den Treuhandchef brandmarkten die Täter, eine angebliche Gruppe „Thomas Müntzer“, in ihrem Bekennerschreiben als den wahren Herrscher im Osten.

Am Ostermontag, einen Tag vor der großen Pressekonferenz, wurde Rohwedder erschossen. Nun bekannte sich die RAF zu dem Attentat. Wieder waren aufgrund des Tatablaus Zweifel an der Urheberschaft der RAF angebracht, auch wenn inzwischen deutlich wurde, dass die RAF-Mitglieder Birgit Hogefeld und Holger Grams am Tatort waren, höchstwahrscheinlich im Vorfeld des Attentats. Doch die Ermittler waren an der Verfolgung anderer als der RAF-Spur desinteressiert. Wenn man fragt, wer die Nutznießer des Mordes waren, dann lautet die Antwort: jene MfS-dominierten Seilschaften, die den durch die neue Verkaufsstrategie Rohwedders gefährdeten Milliardencoup retten wollten. Diesem Kreis stand ein gefährliches Täterpotenzial zur Verfügung: ehemalige Agenten, Killer und Elitekämpfer der osteuropäischen Geheimdienste, die während und nach der Wende ein Untergrundnetz aufbauen konnten.

Einen Hinweis dafür lieferte schon Anfang 1990 der MfS-Oberst Sigrid Schalck-Golodkowski. (Frau Schalck-Golodkowski begleitete diesen militärische Rang seit ihrer Heirat.) Am 12. Februar 1990 bestätigte sie in „größter Diskretion“ einer Kontaktperson die fortlaufende Existenz des angeblich aufgelösten MfS: „Die Hauptverwaltung Aufklärung arbeitet weiter. [...] Die Führungs-

kader der HVA treffen sich täglich in offiziellen Objekten, wie zum Beispiel dem Schulungsobjekt Stolzenhagen, einem Objekt in Grünau und in einem als Privathaus getarnten Objekt in der Buschallee, Berlin-Hohenschönhausen.“³⁷³ Der ehemalige Sicherheitsbeauftragte für Sachsen-Anhalt, Klaus-Dieter Matschke, bestätigte in einer Expertise 1991: „Die ehemaligen Mitglieder der DDR-Staatssicherheit sind trotz offizieller Auflösung des MfS weiterhin mehr oder weniger aktiv und verfügen über entsprechende Untergrunderfahrung.“ Da Seilschaften der Stasi große Vermögenswerte beiseite geschafft hätten, verfüge der MfS-Untergrund über Mittel wie „ausgebildetes und extrem motiviertes Personal, Kommunikationskanäle, Logistik, Bewaffnung und Sprengstoff (Semtex) für generalstabsmäßig geplante, militärisch perfekt durchgeführte und verheerend wirkende Terrorakte“. Matschke wusste, wovon er sprach. Der Chef des KDM-Ermittlungsbüros für Industrie und Wirtschaft in Frankfurt am Main war nach der Wende vom Verfassungsschutz reaktiviert worden, um in der ehemaligen DDR den Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen zu leiten. In dieser Aufgabe stieß er nach einem Hinweis aus der Bevölkerung auf die Spur der untergetauchten RAF-Mitglieder der zweiten Generation. Seine Detektei beschäftigte weit über 20 ehemalige führende Geheimdienstler vom BND, vom Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesämtern, vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) und den ehemals zuständigen Verwaltungsbeamten. Hinter Matschke stand das geballte Geheimdienstwissen der Bundesrepublik.

Die Ausführung der beiden Anschläge sprach nach Matschkes Auffassung für eine Geheimdienstaktion, denn sie waren, „anders als von der RAF gewohnt, kurzfristig geplant und vorbereitet“. Die Täter verfügten über Sicherheitsdienstinformationen und wussten, welche Fenster im Hause Rohwedders gepanzert waren, und welche nicht. Auch die Wahl des eingesetzten Mittels, nämlich ein NATO-Gewehr mit Zielfernrohr, „sprechen für einen militärtechnischen Hintergrund“.³⁷⁴ Über entsprechende Scharfschützen verfügte die RAF nicht. Das Potenzial für eine solche Untergrundorganisation umfasste nach Matschkes Erkenntnissen circa 80.000 bis 120.000 hauptamtliche Mitarbeiter und Offiziere im besonderen Einsatz. „Es dürfte zwischenzeitlich wohl

nicht mehr bloße Hypothese sein, dass Angehörige der RAF Standort in der DDR bezogen hatten und vom Staatssicherheitsdienst ausgebildet wurden. [...] Dass bis 1984/85 eine tatkräftige Unterstützung und Förderung der RAF durch den Staatssicherheitsdienst erfolgte, ist jedenfalls gesicherte Erkenntnis der Strafverfolgungsbehörden wie BKA, Generalstaatsanwalt und so weiter.“ Auch die notwendige Tatenergie zur Durchführung zweier unmittelbar aufeinander folgender Anschläge spräche für eine der RAF überlegene Organisation, als sie die RAF mangels personeller und materieller Ressourcen leisten könnte.³⁷⁵

Nachwort: Ist die Bundesrepublik ein Sicherheitsrisiko?

Bundeskanzler Helmut Kohl hat nach der Wende mit dem Gedanken einer Generalamnestie gespielt: Alle ehemaligen Mitarbeiter und Angehörigen des MfS sollten ermittlungs- und straffrei bleiben, die sich nichts Strafbares zu Schulden hatten kommen lassen. Es war seinerzeit der Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, der vehement und erfolgreich dagegen opponierte. Auf den ersten Blick erschien der Vorschlag Kohls durchaus sympathisch. Bedenklich war aber doch, dass sich im wiedervereinigten Deutschland im Zuge der Auflösung der Staatssicherheit und Aufgabe ihrer Agenten gefährliche Untergrundorganisationen im Westen gebildet hatten. Dies betraf die Wirtschaft, die Politik in Ländern und Bund, die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie die Wissenschaft. Etwa 6.000 Westdeutsche aus allen Schichten der Gesellschaft waren bereit gewesen, für die Auslandsspionage der DDR zu arbeiten! Die DDR hatte auf diese Weise wissenschaftliche und technische Erkenntnisse in Milliardenhöhe kassiert. Karteien, die die Identität dieser Personen betreffen, sind nach wie vor unter Verschluss. Ihre HVA-Daten sind in der so genannten „Rosenholz-Datei“ gespeichert, die die Amerikaner nach der Wende an sich reißen konnten. („Operation Rosenholz“ war der Codename für den Versuch des BND, in den Besitz jener Dateien zu gelangen, die auf bisher ungeklärtem Wege 1990 aus den Beständen des MfS zur CIA gelangten. Angeblich war in diese Aktion der KGB verwickelt. Zwei Sowjet-

bürger sollen in diesem Zusammenhang einen gewaltsamen Tod gefunden haben. Bei dieser Datei handelt es sich um Personen- und Vorgangsdateien der für die Auslandsspionage der DDR zuständigen Hauptverwaltung Aufklärung.) Damit dürfte die USA nahezu unbezahlbares Erpressungsmaterial gegen die wiedervereinigte Bundesrepublik in die Hände bekommen haben. Das jahrelang in der Öffentlichkeit betriebene Tauziehen um die Herausgabe dieser Akten wird wohl inszeniert gewesen sein. Man kann davon ausgehen, dass die Dateien, die von den Amerikanern nach mehreren Jahren Auswertung zurückgegeben wurden, mit Sicherheit gesäubert worden sind, so dass die Gauck-Behörde nach ihrer Auslieferung beruhigend feststellen konnte, dass bei einer Einsicht in diese Dateien mit keinen Überraschungen zu rechnen sei.³⁷⁶

Zu nennenswerter Strafverfolgung gegen den Spionageapparat der DDR ist es nie gekommen, auch nicht im Embargobereich, weder bei westdeutschen noch bei ostdeutschen Tätern. In 3.000 Verfahren kam es lediglich zu 280 Verurteilungen. Die meisten Verfahren gegen die Offiziere im Bereich SWT (Sektor Wissenschaft und Technik) des MfS wurden eingestellt. Man wollte wohl vermeiden, dass die westdeutsche Komplizenschaft öffentlich zur Sprache kam.³⁷⁷

Spione in Industrie, Forschung und Militär

Eine Analyse von Gerd Dreyer, Stasi-Oberst der MfS-Einrichtung SWT, nennt die Zielobjekte der HVA-Aktivitäten. Dazu gehörten unter anderem: Atomphysik, Kernkraft und Kernreaktoren mit inhärenter Sicherheit. Ein Zielobjekt war das Kernforschungszentrum Jülich. Zu den weiteren Ausspähungsbereichen in der Grundlagenforschung gehörten Sensortechnik, Genforschung, Mikrobiologie, Weltraumforschung sowie künstliche Intelligenz und Expertensysteme. Im militärisch-industriellen Komplex agierte die HVA im Eureka-Programm in der zentralen Chiffrierstelle der Bundeswehr, hier zum Beispiel für Erkenntnisse in der parasitären, elektromagnetischen Abstrahlung zum Abhören von Großrechnern. Bespitzelt wurde im hochsensiblen Spracherkennungs- und Verarbeitungssystem der NATO und ihrer

militärischen Kommunikationstechnik sowie ihrer Rechentechnik in Waffensystemen. Unterlagen wurden besorgt über den Tornado, die Höhenaufklärer sowie die Kampfpanzer, die von MAN, sowie die U-Boote, die von DHW hergestellt wurden. Im Bereich der Elektronik hatte man unter anderem Intel, Siemens, AMD und AT&T sowie Heraeus durchdrungen. IBM, DEC, Epson, Fujitsu und Novell gehörten im Feld der Datenverarbeitung zu den Zielobjekten der HVA, wobei auch die Systeme Dutex-P, Nadis und ISDN geknackt wurden. Erkenntnisse über Feinmechanik und Optik erlangte man bei Zeiss. Die Automatisierung von Produktionsprozessen wurde bei Röchling und Rheinmetall erforscht. MAN, Mannesmann, BASF, Bayer, Henkel, Krupp, Hoechst, die Klöckner-Werke sowie Schering und Beiersdorf komplettierten die Zielobjekte der Staatssicherheit in den Bereichen Metallurgie, Maschinenbau, chemische Industrie und Pharmazie. Pro Jahr wurden circa 20.000 auswertbare Einzelinformationen beschafft, davon waren circa zehn Prozent Spitzeninformationen, die wesentlichen Einfluss auf die Produktentwicklung hatten. In der Expertise von Gerd Dreyer heißt es:

„Nach der Wende nutzten viele der DDR-Wissenschaftler und Entwickler, die mit diesen Informationen ausgestattet wurden, ihren Wissensvorsprung, um in den ehemaligen Zielobjekten und anderen mittelständischen Unternehmen und Konzernen ihr Wissen anzubieten. Sie sitzen bei Siemens, IBM und so weiter oder aber in neuen Innovationszentren, zum Beispiel Adlershof in Berlin.“³⁷⁸

Ähnlich wie in der DDR war die Auswertung der Wirtschaftsspionageinformationen in der UdSSR und den anderen RGW-Staaten organisiert. Nach der Wende wurden diese Kontaktlinien in die UdSSR von den neuen Arbeitgebern übernommen. Keinem leitenden Mitarbeiter der neuen Betriebe, die die Ostkontakte der DDR-Betriebe übernahmen, war das System der Auswertung bekannt. Auch kein Auswerter hatte Kenntnisse von den gemeinsamen Strukturen des MfS und des KGB. Wichtige Wirtschaftsfunktionäre sind auch heute Offiziere des sowjetischen Geheimdienstes. Die Auswahl der Zielpersonen in einem Zielobjekt durch den KGB erfolgt heute nach dem gleichen Muster wie in den

letzten 40 Jahren. Allerdings hat sich die Qualität der Führungsoffiziere, zum Beispiel akzentfreies Deutsch, wesentlich verbessert. Die ehemaligen Auswerter der DDR sind dabei zu operativ interessanten Vermittlern und Zielpersonen geworden, weil sie ein hohes Fachwissen vorweisen und wegen ihrer bisher unerkannten und verschwiegenen Zusammenarbeit mit dem MfS erpressbar sind. Neben den langjährigen Quellen des MfS bietet das große Potenzial der Auswerter dem heutigen russischen Geheimdienst FSB langfristig Zugriff auf alle operativ interessanten, mittelständischen Unternehmen und Konzerne in Deutschland. Diese sind für den FSB besonders wertvoll, weil sie in der Gauck-Behörde nicht erfasst und mit einer normalen Sicherheitsüberprüfung nicht zu identifizieren sind.

Vom russischen Geheimdienst zersetzt

Die Wendeaktivitäten der geheimen KGB-Einheit Luch wurden nach der Wende fortgesetzt. Luch ist in der Bundesrepublik aktiv, wie ein Dokument des Bundesamtes für Verfassungsschutz offenbart. Die Bundesrepublik ist heute ähnlich stark vom russischen Geheimdienst zersetzt wie seinerzeit durch MfS und HVA.³⁷⁹ Dementsprechend meldete das Magazin *Focus* im Mai 2005: „Vertrauliche Analysen der deutschen Spionageabwehr haben ergeben, dass Kreml-Chef Wladimir Putin (alias Genosse Wolodja) Deutschland in ‚äußerst aggressiver Manier‘ ausspähen lässt.“ Putin schicke immer mehr Agentenführer und Kundschafter in die Bundesrepublik. „Ihr Auftrag: Durchleuchtung politischer Parteien und ihrer Spitzenleute, Beschaffung von sensiblen Studien und Nachrichten aus Wirtschaft, Forschung, Verwaltung und Militär – dies zumeist mit Hilfe bezahlter Spitzel.“³⁸⁰ Bei der Ausforschung der politischen Leitungsebene der Bundesrepublik dürften dem sowjetischen Geheimdienst die alten HVA-Strukturen dienlich sein. Zahlreiche Landes- und Bundespolitiker, die aus der DDR stammen, hatten vor und während der Wendezeit Kontakte zur HVA, insbesondere als reformwillige Perestroikianer, und waren damit nahezu automatisch auch an den KGB angebunden. Die Heftigkeit, mit der von verschiedenen Politikern aller Parteien diese Zugehörigkeit bestritten und eine Behaup-

tung in dieser Richtung juristisch bekämpft wurde, obwohl die Gauck-Behörde stets von ihren Erkenntnissen überzeugt war, zeigt, wie brisant in den Augen der Betroffenen ihre mögliche Zusammenarbeit mit der HVA einzuschätzen ist. Nach der Wende gab es eine Landesregierung in den neuen Bundesländern, die sich nahezu komplett aus solchen Persönlichkeiten zusammensetzte. Einige von ihnen sind in die Bundespolitik aufgestiegen und dürften Erkenntnisse über hochsensible Entscheidungen der Bundesregierung haben.

Bis heute finden wir auch in den Medien Ostdeutschlands in wichtigen Positionen zahlreiche Beschäftigte, die schon in jener Zeit von den Perestroikianern in diesen Bereichen angesiedelt wurden, damals als so genannte Kaderreserve bezeichnet. Sie sollten auch bei einer Wiedervereinigung aus ihren Positionen heraus eine geheimdienstliche Zusammenarbeit für den damaligen KGB und heutigen FSB garantieren. Aus den nachrichtendienstlichen Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz geht hervor, dass die in Deutschland weiter operierende russische Geheimdiensteinheit Luch „von den massiven Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Verschwinden der DDR als Staat nur am Rande betroffen ist. Wie aus nachrichtendienstlichem Aufkommen zu ersehen ist, existiert die Gruppe Luch auch heute noch fort.“ Die Verfassungsschützer sprechen von „perfekten Legendenabdeckungen“ auch unter den geänderten Rahmenbedingungen im geeinten Deutschland.³⁸¹

Mehr als 10 Milliarden Euro beträgt die Summe, die ehemalige Stasi-Seilschaften mit und ohne Westpartner veruntreut haben sollen. Die Ermittler reden hierbei von einem Schätzwert. Bürgerrechtler des Runden Tisches Erfurt sprachen schon Anfang der 90er Jahre über die Tatsache, dass SED-Seilschaften die Vermögenswerte der ehemaligen High-Tech-Unternehmen im Süden der DDR zum Teil ausgeschlachtet und mit mehrstelligen Millionen-erlösen in der westdeutschen, aber auch in der gesamten westlichen Industrie finanziell Fuß gefasst haben. Sie verfügen somit in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen über Macht und Einfluss. Aus all diesen Aspekten wie auch den vermuteten militärisch-terroristischen Untergrundstrukturen ehemaliger MfS-Angehöriger ergibt sich die begründete Befürchtung, dass die

Bundesrepublik Deutschland für ihre Partner in der Europäischen Union und der NATO ein gefährliches Sicherheitsrisiko bedeutet – zumal allgemein bekannt ist, dass der DDR-Staatssicherheitsdienst enge Beziehungen zu arabischen „Befreiungs-“, Untergrund- und Terroristenorganisationen wie der PLO pflegte. Sie gelten heute als militärisch-terroristisches Potenzial des gewaltbereiten Islamismus.

„Die Internationalisierung des Terrorismus am Beispiel der PLO ist [...] auch durch die internationale Zusammenarbeit [...] zahlreicher transnationaler, zur offenen Gewaltanwendung bereiter Gruppierungen [...] (abzuleiten.). Bis zum Anfang der 80er Jahre sollen mindestens 40 verschiedene Gruppen [...] von der PLO in ihren Lagern [...] ausgebildet worden sein. Allerdings wissen wir heute durch die Öffnung der osteuropäischen Archive, wie umfassend die Geheimdienste der UdSSR und ihrer Verbündeten (einschließlich Stasi) derartige internationale Terrororganisationen finanziell, materiell und ausbildungsmäßig in ihrem Kampf gegen die westlich-bürgerlich-kapitalistischen Staaten unterstützt hatten (bis hin zur Gewährung ihrer Territorien als logistischer Aufmarsch-, Planungs- und Rückzugsraum). Erst diese geheime Zusammenarbeit erlaubte es dem internationalen Terrorismus [...], in ein ‚Sicherheitsproblem weltweiter Dimension‘ aufzusteigen.“³⁸²

Die Geschichte des geheimdienstlich gesteuerten Milliardencoups innerhalb der letzten Jahre des Wendemanövers ist noch lange nicht beendet. Das zeigt das Auftauchen einer Geldspur der Koko-Firma Jan Plon. In einer in Deutschland völlig unbekannten Meldung eines französischen Geheimdienstjournals vom Januar 2005 heißt es:

„Intelligence Online nimmt an, dass eine vom deutschen BND finanzierte Kampagne für den Sturz von Michail Chordorkowski, dem Chef des russischen YUKOS-Ölkonzerns, im Jahre 2003 verantwortlich ist. Die Auslandsabteilung des Deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) sucht seit Jahren nach dem verlorenen Ostvermögen der ehemaligen SED und der Stasi. Vor zwei Jahren beauftragte die Abteilung 5 des BND die Saarbrücker Firma IWR mit der Auf-

findung dieses Vermögens. IWR wurde von Ernest Backes, einem Luxemburger Banker, und André Strebel, einem ehemaligen Hauptleiter der Schweizer UBS-Bank, gegründet. Zusammen mit dem französischen Zeitungsmann Denis Robert arbeitete Backes an der Enthüllung von Geheimkonten, die sich bei einem Geldinstitut in Luxemburg befinden mussten. Als IWR die Finanzgeschäfte von Alexander Schalck-Golodkowski, einem ehemaligen Stasi-Offizier und Direktor der ‚Kommerziellen Koordinierung‘ aufspürte, stolperte IWR auch über den Namen der russischen Firma ‚Aviama‘ und den der ‚Menatep‘-Bank, Hauptaktionär bei ‚YUKOS‘. Der Bericht, in dem auch von Geldwaschaktionen zwischen Platon Lebedev und Alexej Gloubovich, zwei Kumpanen von Michail Chordorkowski, ausgegangen wird, wurde am 10. Februar 2003 vom Bundeskanzler Gerhard Schröder an Wladimir Putin bei seinem Berlinbesuch überreicht. Viereinhalb Monate später, am 2. Juli, stellte der russische Bundesstaatsanwalt Lebedev unter Arrest, lud Chordorkowski zu einem Verhör vor und verhaftete ihn infolgedessen am 27. September 2003. Die zwei Chefs von IWR fanden mit legalen Methoden heraus, dass das Schweizer Ministerium für Öffentliche Angelegenheiten die Operationen von Menatep in der Schweiz untersuchte. Chordorkowskis Name wurde ebenfalls in einem ersten anonymen Brief an den französischen Untersuchungsrichter Renaud Van Ruymbeke erwähnt.³⁸³

Diese Meldung von *Intelligence Online* offenbart den brisanten internationalen Aspekt der finanziellen Wendemanöver der SED-Ost-West-Seilschaften. Spuren der Ermittler führen nach Asien, Afrika, in die Karibik und in die ehemalige Sowjetunion. Dem weiten Feld der Spekulationen über die wahre Herkunft jener fünf Milliarden Euro, die die Russen inzwischen vorfristig – angeblich aus einem Kredit der Bundesrepublik – Anfang 2005 abgelöst haben, ist hiermit Tür und Tor geöffnet. Doch noch brisanter und von weltpolitischer Bedeutung sind jene aus dem Volksvermögen geraubten Milliarden, die vom sowjetischen Imperium über internationale Geldwäschetransaktionen in die Hände von heute milliardenschweren russischen Oligarchen gelegt wurden. Amerikas Ziel ist es, deren Wirtschaftsmacht unter die Kontrolle der USA zu bringen. Das betrifft insbesondere den

russischen Energiemarkt. Hinter der Verhaftung und Verurteilung Chordorkowskis verbirgt sich in Wirklichkeit der Versuch Washingtons, die russischen Ölvorkommen zu vereinnahmen und damit die Weltenergiereserven 100-prozentig zu kontrollieren. Schröder hat Putin geholfen, dies erfolgreich zu verhindern. Damit mündet das Wendemanöver in eine neue Schlacht auf dem Feld der Globalisierung für die wirtschaftliche Absicherung der „Pax Americana“, der Weltherrschaft des britisch-amerikanischen Wirtschaftsimperiums.³⁸⁴

Anmerkungen

Einführung

- ¹ Karl Hugo Pruys im Gespräch mit dem Autor, April 2005. Vgl. auch: Pruys, K. H.: *Helmut Kohl, Der Mythos vom Kanzler der Einheit*.
- ² Jürgen Nitz im Gespräch mit dem Autor, Juni 1994.
- ³ Nitz, J.: *Länderspiel*, (Dokumentenanhang) S. 189 sowie Honecker-Berater Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- ⁴ Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- ⁵ Nitz, J.: *Unterhändler zwischen Berlin und Bonn*, S. 156.
- ⁶ Interview des Kings College, London, mit Condoleezza Rice am 17.12.1997, Rolle # 10903.

I Götterdämmerung 1980–1985

- ⁷ Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- ⁸ Vgl. Eichner, K.; Langrock, G.: *Der Drahtzieher Vernon Walters – ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges*.
- ⁹ Steininger, R.: *Der Mauerbau*, S. 176.
- ¹⁰ Egon Bahr im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- ¹¹ Ebd.
- ¹² Seiffert, W.: „Moskauer Nachdenken über die Deutschen“. In: *FAZ* vom 22.10.1986, S. 10.
- ¹³ Vortrag von Milton Bearden, CIA: Konferenz „Spionage für den Frieden“ am 7. Mai 2004 in Berlin.
- ¹⁴ Wolf, M.: *Spionagechef im geheimen Krieg*, S. 326 f.
- ¹⁵ Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- ¹⁶ Otto, W.: *Erich Mielke*, S. 420 f.
- ¹⁷ Ebd., S. 422 f.

- 18 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 19 Nakath, D.; Stephan, G.-R.: *Countdown zur deutschen Einheit*, S. 22 f.
- 20 Ebd., S. 23 f.
- 21 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- 22 Ebd.
- 23 Meyer, H.: Memorandum für den Direktor der CIA, 30.11.1983, NIC 8640-83, S. 1–8. In: Schweizer, P.: *Reagan's War*, S. 231 ff.
- 24 Schweizer, P.: *Reagan's War*, S. 239.
- 25 Ebd., S. 242.
- 26 Horn, G.: *Freiheit, die ich meine*, S. 10.
- 27 Bernstein, C.; Politi, M.: *Seine Heiligkeit: Johannes Paul II. und die Geheimdiplomatie des Vatikans*, München 1997.
- 28 Mayer, S. R.: „Anna Walentynowicz, die kleinste Kranführerin der Welt – oder: Wer gründete Solidarność?“, WDR 2004.
- 29 *FAZ* vom 22.05.1997, S. 6.
- 30 Ebd.
- 31 Ronald Reagan, Rede vor beiden Häusern des britischen Parlaments, 8. Juni 1982.
- 32 Bahl, H.: *Als Banker zwischen Ost und West*, S. 88.
- 33 Holger Bahl im Gespräch mit dem Autor, Juni 1994. Anmerkung des Autors: Schon im Jahre 1974 hatte Erich Honecker über Rechtsanwalt Vogel Bundeskanzler Schmidt unterrichten lassen, es gäbe beim Alter von Westreisenden aus der DDR in die Bundesrepublik Spielraum nach unten, wenn Bonn einen finanziellen Beitrag dazu leiste. Vgl. dazu: Potthoff, H.: *Im Schatten der Mauer*, S. 146 und *Archiv H. S. (Helmut Schmidt) Privat, DDR, Bd. 2*. Es ist unbekannt, ob Bahl davon erfahren hatte.
- 34 Bahl, H.: *Als Banker zwischen Ost und West*, S. 95.
- 35 Egon Bahr im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 36 Protokoll des MfS, 03.07.1984, Kopie des Dokuments liegt dem Autor vor.
- 37 Bahl, H.: *Als Banker zwischen Ost und West*, S. 101 f.; diese Schilderung basiert auf einer Mitteilung Wischnewskis an Bahl.
- 38 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- 39 Korte, K.-R.: *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, S. 93 f.
- 40 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 Thomas Gundelach in einer Podiumsdiskussion im November 2003 in Berlin.
- 44 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.

- 45 Vgl. Nitz, J.: *Länderspiel*; ders.: *Unterhändler in Berlin und Bonn* sowie
Seiffert, W.; Treutwein, N.: *Die Schalck-Papiere*.
- 46 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, 2003.
- 47 Schalck-Golodkowski, A.: *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, S. 293.
- 48 Ebd., S. 295.
- 49 Ebd.
- 50 BStU-Dokument („Gauck-Behörde“), ohne Register-Nummer, Kopie
im Besitz des Autors.
- 51 Ex-Stasi-Offizier Gerd Dreyer im Gespräch mit dem Autor, März
2005.
- 52 Abweichender Bericht der Abgeordneten Ingrid Köppe (Bündnis
90/Die Grünen) zum 1. Schalck-Untersuchungsausschuss des Deut-
schen Bundestags, S. 47 – MAT A29, Anl. 3, o. P.
- 53 Ebd.
- 54 Nitz, J.: *Unterhändler zwischen Berlin und Bonn*, Seite 104.
- 55 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- 56 Ebd.
- 57 Deutsche Übersetzung des Sitzungsprotokolls, zitiert im Gespräch
zwischen Herbert Häber und dem Autor, Juni 2003.
- 58 Ebd.
- 59 Ebd.
- 60 Kroh, F. (Autor); Weymar, K. P. (Regie): „Vom Politbüro ins Irren-
haus“. NDR-TV-Dokumentation, 10. November 2004.
- 61 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juli 2003.
- 62 Kroh, F.; Weymar, K. P.: „Vom Politbüro ins Irrenhaus“. NDR-TV-
Dokumentation.
- 63 Ebd.
- 64 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- 65 Manfred Uschner in: „Vom Politbüro ins Irrenhaus“, NDR-TV-
Dokumentation.
- 66 Herbert Häber im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- 67 Ebd.
- 68 „Vom Politbüro ins Irrenhaus“, NDR-TV-Dokumentation.
- 69 Ebd.
- 70 Ebd.
- 71 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 72 Ebd.
- 73 Bahl, H.: *Als Banker zwischen Berlin und Bonn*, S. 170 f.
- 74 Jürgen Nitz im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
- 75 Herbert Häber in: „Vom Politbüro ins Irrenhaus“. NDR-TV-Doku-
mentation.

- 76 Nitz, J.: *Länderspiel*, S. 265.
 77 Ebd., S. 55.
 78 Jürgen Nitz im Gespräch mit dem Autor, Juni 2003.
 79 Ebd., S. 56.
 80 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
 81 Nitz, J.: *Unterhändler zwischen Berlin und Bonn*, S. 118 f.
 82 Ebd., S. 119.
 83 Ebd.
 84 In: *DER SPIEGEL*, Nr. 22, Jg. 1997.
 85 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
 86 Nach den Handelsverträgen zwischen der DDR und der Bundesrepublik hatten Ein- und Ausfuhrwerte am Ende eines Jahres ausgeglichen zu sein. Dies war aber schon länger nicht mehr der Fall. Die DDR bezog mehr Waren als die Bundesrepublik. Die Wertlücke wurde seitens der Bundesrepublik mit einem zinslosen Überziehungskredit ausgeglichen, Swing genannt.
 87 Thatcher, M.: *Downing Street No. 10*, S. 648 f.
 88 Ebd., S. 652.
 89 Bukowski, W.: *Abrechnung mit Moskau*, S. 225 ff.
 90 Daschitschew, W.: *Moskaus Griff nach der Weltmacht*, S. 180.
 91 Ebd.
 92 Bush, G.; Scowcroft, B.: *Eine neue Welt*, S. 14 f.
 93 Fabry, S.: *Vom Dual Containment zur Achse des Bösen*, Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, im Internet unter www.hsfk.de/abm/uniform/pdfs/fabry/pdf, S. 20 f.
 94 Thomas, G.: *Die Mossad-Akte*, S. 199 f.
 95 Beschloss, M. R.; Talbott, S.: *Auf höchster Ebene*, S. 302.
 96 Küchenmeister, D.: *Honecker – Gorbatschow – Vier-Augen-Gespräche*, S. 36.
 97 Manfred Uschner im Gespräch mit dem Autor, März 2005.

II Kurs auf die Wende 1886–1987

- 98 Wjatscheslaw Daschitschew im Gespräch mit dem Autor, April 2001.
 99 Daschitschew, W.: *Moskaus Griff nach der Weltmacht*, S. 99 ff.
 100 Ebd., S. 111.
 101 Ebd., S. 112.
 102 Wjatscheslaw Daschitschew im Gespräch mit dem Autor, März 2001.
 103 Daschitschew, W.: *Moskaus Griff nach der Weltmacht*, S. 135.
 104 Wjatscheslaw Daschitschew im Gespräch mit dem Autor, März 2001.

- 105 Ebd.
- 106 Schewardnadse, E.: *Die Zukunft gehört der Freiheit*, S. 233 f.
- 107 Tschernajew, A.: *Die letzten Jahre einer Weltmacht*, S. 57 f.
- 108 Mitschnittprotokoll, Gauck-Behörde, XVIII/Tb/58.
- 109 Gauck-Behörde, BStU 000094, 11/85.
- 110 Von Bülow, A.: *Im Namen des Staates – CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste*, S. 70–78.
- 111 Gerd Dreyer im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 112 Arbeitsgruppe MAH, 14.01.1986, Jahresanalyse 1985, BStU 000061.
- 113 Gerd Dreyer im Gespräch mit dem Autor, Februar 2005.
- 114 Ebd.
- 115 Gerd Dreyer im Gespräch mit dem Autor, Februar 2005.
- 116 Ebd.
- 117 Ebd.
- 118 Ebd.
- 119 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 120 Gerd Dreyer im Gespräch mit dem Autor, Februar 2005.
- 121 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und Grundwertekommission der SPD (Hrsg.): „Der Streit der Ideologien und die geheime Sicherheit“. In: *Neues Deutschland* vom 27.08.1987 und *Politik*, Informationsdienst der SPD, Nr. 3, August 1987.
- 122 Schlicht, U.: „Glasnost in der DDR der 90er Jahre? Tagung des Aspeninstituts“. In: *Der Tagesspiegel* vom 24.05.1989.
- 123 Manfred Uschner im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 124 Ebd.
- 125 Ebd.
- 126 Ebd.
- 127 Ebd.
- 128 Ebd.
- 129 Ebd.
- 130 Ebd.
- 131 *Deutschland Archiv* 1/2003, S. 102.
- 132 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 133 INSCOM: Intelligence Security and Information Operations for Military Commanders, Hauptquartier: Fort Belvoir, Virginia/USA.
- 134 Klaus Eichner im Gespräch mit dem Autor, Februar 2005.
- 135 Ebd.
- 136 Ebd.
- 137 Gorbatschow, M.: *Erinnerungen*, S. 590 ff.
- 138 Schweizer, P.: *Reagan's War*, S. 262.

- 139 Ebd.
- 140 Gorbatschow, M.: *Erinnerungen*, S. 593 ff.
- 141 Schweizer, P.: *Reagan's War*, S. 265.
- 142 Ebd.
- 143 Manfred Uschner im Gespräch mit dem Autor, Februar 2005.
- 144 Der Original-Text eines Interviews von Kohl mit *Newsweek*, das am 26. 10. 1986 in verkürzter Fassung veröffentlicht wurde, lautet: „[...] Der versteht was von PR. Goebbels verstand auch was von PR. Man muss doch die Dinge auf den Punkt bringen.“
- 145 Richard von Weizsäcker im Gespräch mit dem Autor, September 2004.
- 146 Krenz, E.: *Herbst '89*, S. 18 f.
- 147 Bernhard Friedmann im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 148 Korte, K.-R: *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, S. 309 ff.
- 149 Bernhard Friedmann, Arbeitspapier vom 16.05.1987.
- 150 Ebd.
- 151 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 152 Schmidt, C.: Thesenpapier zu den Hintergründen des Rohweddermordes, 1997. Der Düsseldorfer TV-Journalist Clemens Schmidt hat für seinen Film „Wer erschoss den Treuhandchef?“ (WDR 1998) zu diesem Fall Recherchen angestellt.
- 153 Ebd.
- 154 In: *FAZ* vom 11.04.2000, S. 4.
- 155 Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit: *Zur Rolle des Terrorismus und des Terrors in der Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus*, ohne Datum, angefertigt von Manfred Schell und Werner Kalinka. In: Manfred Schell, Werner Kalinka: *Stasi und kein Ende*, S. 230.
- 156 „Deutscher Herbst“. In: *taz-Journal*, August 1987.
- 157 Mit einer neuen Identität ausgestattet.
- 158 *DER SPIEGEL* Nr. 36/1992; laut Prozessakten Js. 231/90 Kls (21/95), Niederschrift der Aussage von MfS-Oberst a. D. Harry Dahl vom 25.02.1997.
- 159 „Wusste Helmut Schmidt von RAF-Aussteigern in der DDR?“ In: *Junge Welt* vom 08.08.1998.
- 160 In: *Der SPIEGEL*, Nr. 24/1990. Nach: Schweizer, P.: *Reagan's War*, S. 258 f.
- 161 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 162 Honecker, E.: *Moabiter Notizen*, S. 89 f.
- 163 Bernhard Friedmann im Gespräch mit dem Autor, März 2002.
- 164 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, März 2005.

- 165 Schweizer, P.: *Reagan's War*, S. 259.
- 166 Koehler, J. O.: *Stasi*, S. 348 f.
- 167 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 168 Undatiertes Analysepapier des Bundesamtes für Verfassungsschutz; der Inhalt des Papiers wurde im Frühjahr 1992 einem kleinen Kreis von Entscheidungsträgern der Bundesrepublik vorgetragen.
- 169 Stiefler, C.: „Sie nannten ihn Stasi“. In: *Sächsische Zeitung* vom 08.01.2000.
- 170 Ebd.
- 171 Ebd.
- 172 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 173 Bahl, H.: *Als Banker zwischen Ost und West*, S. 168.
- 174 Ebd., S. 170.
- 175 Mathiopoulos, M.: *Rendezvous mit der DDR*, S. 62.
- 176 Ebd., S. 66.
- 177 Ebd., S. 66.
- 178 Ebd.
- 179 Auch Beil dementierte später aus unbekannten Gründen seine Darstellung.
- 180 Nitz, J.: *Länderspiel*, S. 147.
- 181 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 182 Loewe, L.: *Die Beichte des Überläufers*. In: Tango (Dossier) vom 29.09.1994.
- 183 Brief (Faksimile) von A. Schalck und H. König vom 16.10.1987 an G. Mittag. Entnommen Pruys, K. H.: *Helmut Kohl*, S. 89 f.
- 184 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 185 Carmin, E. R.: *Das schwarze Reich*, S. 273 ff.
- 186 Dr. Oswald Kessler im Gespräch mit dem Autor, Juni 1993.
- 187 Ermittlungsakten der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität, Kripo Berlin.
- 188 Aktenzeichen 353 Gs 2761/97.
- 189 Kriminaloberrat Uwe Schmidt im Gespräch mit dem Autor, Mai 1993.
- 190 Ermittler der ZERV im Gespräch mit dem Autor im Mai 1993; Bezirksstaatsanwalt Dieter Jan-Corrodi im Gespräch mit dem Autor in Zürich 1994.
- 191 Dr. Oswald Kessler im Gespräch mit dem Autor, Juni 1994.
- 192 Ermittler der ZERV im Gespräch mit dem Autor, Mai 1994.
- 193 Bezirksstaatsanwalt Dieter Jan-Corrodi im Gespräch mit dem Autor, Juni 1993.
- 194 In: *Berliner Zeitung* vom 17.11.2004.

- 195 Ebd.
- 196 Kriminaloberrat Uwe Schmidt im Gespräch mit dem Autor, Mai 1994.
- 197 In: *Berliner Zeitung* vom 21.09.2003.
- 198 Drucksache 13/109000 des Deutschen Bundestages, 13. Wahlperiode, S. 204-208.
- 199 Schwenke hat 1996 ausführliche Recherchen in Sachen „Töpferhof“ angestellt. Er hat nach der Wende 1990 auch die berühmten „OibE-Listen“ (Offiziere im besonderen Einsatz) und MfS-Befehle zur „Überlebensordnung“ aufgespürt.
- 200 Hans Schwenke im Gespräch mit dem Autor, Juni 2005.
- 201 Recherche von Clemens Schmidt im Rahmen seiner TV-Dokumentation „Wer erschoss den Treuhand-Chef?“, WDR 1998.

III Die Wiedervereinigung 1988-1990

- 202 Die Rede fand in der Offiziersmesse des MfS in der Berliner Normannenstraße statt.
- 203 Gerd Dreyer im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 204 Falin, V.: *Konflikt im Kreml*, S. 140.
- 205 Manfred Uschner im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 206 Ebd.
- 207 Ebd. (Anmerkung des Autors: Werner Felfe war Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Landwirtschaft und bis zu seinem Tod im September 1988 Favorit von Gorbatschow als Honecker-Nachfolger wegen seiner Erfolge in der Landwirtschaft; Werner Krolokowski war Politbüromitglied und Stellvertreter von Ministerpräsident Stoph; Werner Jarowinsky war Politbüromitglied und verantwortlich für Handel, Versorgung, zeitweise auch für Kirchenfragen.)
- 208 In: *Die Welt* vom 09.06.1988.
- 209 In: *Neues Deutschland* vom 10.06.1988.
- 210 Zelikow, P.; Rice, C.: *Sternstunde der Diplomatie*, S. 66.
- 211 Korte, K.-R.: *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, S. 39.
- 212 Ebd., S. 401 ff.
- 213 Wolfgang Schäuble im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 214 Egon Bahr im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 215 Karsten Voigt im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 216 Manfred Uschner im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 217 Ebd.
- 218 Weizsäcker, R. v.: *Vier Zeiten*, S. 343-346.
- 219 Dr. Andreas Meyer-Landrut im Gespräch mit dem Autor, April 2005.

- 220 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 221 Pruys, K. H.: Helmut Kohl – der Mythos vom Kanzler der Einheit, S. 39 ff.
- 222 Europa-Archiv, Nr. 43/88, S. D 117.
- 223 Nitz, J.: *Länderspiel*, S. 65.
- 224 Manfred Uschner im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 225 In: *Die Welt* vom 22.08.2000.
- 226 Falin, V.: *Konflikt im Kreml*, S. 141.
- 227 László Varga, Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 228 Gerd Vehres im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 229 Krenz, E.: *Herbst '89*, S. 12 f.
- 230 László Varga, Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 231 Gerd Dreyer im Gespräch mit dem Autor, Februar 2005.
- 232 Manfred Uschner im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 233 Ebd.
- 234 Ebd.
- 235 Ebd.
- 236 Ebd.
- 237 Karl Heinz Kaiser, ein persönlicher Freund Honeckers, verfasste diese Erklärung im Juni 1995. Sie wurde am 13. Oktober 1995 in der Zeitschrift *Berliner Linke* veröffentlicht. Nahezu die gesamte bundesdeutsche Presse berichtete über diese Angelegenheit. Kaiser ist inzwischen psychisch schwer erkrankt und nicht mehr einvernehmbar.
- 238 Hutchings, Robert L.: *Als der Kalte Krieg zu Ende war*, S. 50.
- 239 Ebd., S. 53.
- 240 Ebd., S. 459.
- 241 Die ausführlichste Schilderung von Walters findet sich in: Eichner, K.; Langrock, G.: *Der Drahtzieher Vernon Walters – ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges*.
- 242 Walters, V. A.: *Die Vereinigung war voraussehbar*, S. 19.
- 243 Ebd., S. 76.
- 244 Roth, L.: *Die Mitternachtsregierung*, S. 34.
- 245 In: *FAZ* vom 10.01.1989.
- 246 Walters, V. A.: *Die Vereinigung war voraussehbar*, S. 27.
- 247 Baker, J. A.: *Drei Jahre, die die Welt veränderten*, S. 74 ff.
- 248 Attali, J.: *Verbatim, Tome 3 chronique des années 1988–1991*, S. 241.
- 249 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), DY 30, SED 42181.

- 250 Nakath, D.; Stephan, G.-R.: *Countdown zur deutschen Einheit*, S. 217–222.
- 251 Baker, J. A.: *Drei Jahre, die die Welt veränderten*, S. 150.
- 252 Ebd., S. 191 sowie Plato, A. v.: *Die Vereinigung Deutschlands – ein welt-politisches Machtspiel*, S. 22.
- 253 Plato, A. v.: *Die Vereinigung Deutschlands*, S. 23.
- 254 Geworkjan, N.: *Der KGB lebt*, S. 252 f.
- 255 Krenz, E.: *Herbst '89*, S. 43 f.
- 256 Ebd.
- 257 Gespräch des Autors mit einem Teilnehmer der Jägerrunde im April 1989. Dieser will anonym bleiben.
- 258 Im Rahmen einer Recherche des Autors für die *Illustrierte stern* im April 1989.
- 259 Horst Teltschik im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 260 Kwizinskij, J.: *Vor dem Sturm – Erinnerungen eines Diplomaten*, S. 12.
- 261 Tschernajew, A.: *Die letzten Jahre einer Weltmacht*, S. 258.
- 262 Vgl. László Varga, Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 263 Zelikow, P.; Rice, C.: *Sternstunde der Diplomatie*, S. 110.
- 264 Mitterrand, F.: *Über Deutschland*, S. 27.
- 265 Keesings Archiv der Gegenwart, 33545.
- 266 In: *Süddeutsche Zeitung* vom 27.07.1989.
- 267 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 268 Lothar de Maizière im Gespräch mit dem Autor in der Europa-Akademie Otzenhausen, November 2002.
- 269 Gerd Vehres im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 270 Jürgen Sudhoff im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 271 In: *DER SPIEGEL* vom 25.09.1989, S. 16 f.
- 272 Zelikow, P.; Rice, C.: *Sternstunde der Diplomatie*, S. 145.
- 273 Dr. Andreas Meyer-Landrut im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 274 Gerd Vehres im Interview mit dem Autor, März 2005.
- 275 Varga, L., Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 276 Staatssekretär Sudhoff in der *FAZ* vom 24.08.1999.
- 277 Kurz, F.: „Ungarn '89“. In: Dieter Grosser et al.: *Die sieben Mythen der Wiedervereinigung – Fakten und Analysen zu einem Prozess ohne Alternative*, S. 140–145.
- 278 Staatssekretär Otfried Hennig ist der einzige bundesdeutsche Politiker, der öffentlich Verhandlungen und die Intention des Züricher Modells und des Modells Länderspiel zugegeben hat. Dies erfolgte in einem Interview mit dem Autor in der Sendung „Fakt“ im MDR am 13.09.1994.

- 279 Kurz, F.: „Ungarn ’89“. In: Dieter Grosser et al.: *Die sieben Mythen der Wiedervereinigung – Fakten und Analysen zu einem Prozess ohne Alternative*, S. 140–145.
- 280 In: *FAZ* vom 24.08.1999.
- 281 Vgl. Vargas, L., Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 282 Ebd.
- 283 Kurz, F.: „Ungarn ’89“. In: Dieter Grosser et al.: *Die sieben Mythen der Wiedervereinigung – Fakten und Analysen zu einem Prozess ohne Alternative*, S. 147.
- 284 Ebd.
- 285 Ebd.
- 286 Vargas, L., Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 287 Habsburg, O. v.: *Zurück zur Mitte*, S. 13–19.
- 288 In: *FAZ* vom 24.08.1999.
- 289 Krenz, E.: *Herbst ’89*, S. 57.
- 290 Vgl. Varga, L., Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 291 Ebd.
- 292 In: *Der Standard* vom 11.09.2004.
- 293 Diekmann, K.; Reuth Ralf G.: *Helmut Kohl*, S. 74.
- 294 Dokumente zur Deutschlandpolitik/Deutsche Einheit (DzD), München/Oldenburg, Nr. 28 u. 29, S. 377–382.
- 295 Korte, K.-R.: *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, S. 468.
- 296 Mitteilung eines hohen FDP-Politikers im Dezember 1989 in Berlin gegenüber dem Autor.
- 297 Mitteilung an den Autor im März 2005.
- 298 Zelikow, P.; Rice, C.: *Sternstunde der Diplomatie*, S. 110.
- 299 Sergej Kondratschow im Gespräch mit dem Autor in der Europa-Akademie Otzenhausen, November 2002.
- 300 Nakath, D.; Stephan, G.-R.: *Countdown zur deutschen Einheit*, S. 202 f.
- 301 Vgl. Varga, L., Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 302 Krenz, E.: *Herbst ’89*, S. 75 f.
- 303 Vgl. Varga, L., Vortrag vor der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, 1993 in Stuttgart.
- 304 Nitz, J.: *Länderspiel*, S. 65.
- 305 Im Internet unter:
www.deutsche-botschaft.cz/DE/botschaft/FLUECHTL/.
- 306 Ebd.

- 307 Ebd.
- 308 Jürgen Sudhoff im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 309 Ebd.
- 310 Im Internet unter:
www.deutsche-botschaft.cz/DE/botschaft/FLUECHTL/.
- 311 Elbe, F.; Kiesler, R.: *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken*, S. 39 ff.
- 312 Im Internet unter:
www.deutsche-botschaft.cz/DE/botschaft/FLUECHTL/.
- 313 Nr. 43 DzD, Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit, Sonderausgabe aus den Akten des Bundeskanzleramtes, S. 409 f.
- 314 Nr. 45 DzD, S. 413–416.
- 315 Wolfgang Schmidt im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 316 Maximytschew, I. F.: „Die Situation ist seit 1953 nie so ernst gewesen!“ In: *Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung* Nr. 93, S. 6.
- 317 Manfred Uschner im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- 318 Ebd. Im Übrigen ging das Gespräch mit Bindenagel über mehrere Stunden. In einem Telefonat mit dem Autor im April 2005 hat der US-Gesandte dieses Gespräch bestätigt, aber selbstverständlich nicht diese spezielle geheimdienstliche Mitteilung über das Abhören der sowjetischen Telefonleitung durch Echelon. Echelon ist das Satellitenabhörsystem der USA, mit dem die DDR flächendeckend kontrolliert wurde.
- 319 Horst Teltschik im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 320 Ausführliche Beschreibung der Demonstration und des Auftritts von Markus Wolf in Wolf, M: *Im eigenen Auftrag*.
- 321 Wolfgang Mleczkowski im Gespräch mit dem Autor, Mai 2005.
- 322 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 323 Gorbatschow, M.: *Wie es war: die deutsche Wiedervereinigung*, S. 86 ff.
- 324 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 325 Weidenfeld, W.: *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, S. 81.
- 326 Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 327 So die Meinung von Staatssekretär Jürgen Sudhoff im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 328 Durch Vermittlung des Autors gelangte das Papier von Oxford und Mleczkowski „Konföderation zur Wiedervereinigung – Deutschlandplan der Berliner FDP“ nach dem Mauerfall Anfang Dezember über den damaligen Oppositionsführer Eberhard Diepgen zum Bundesvorstand der CDU.
- 329 In: *Bunte* vom 28.09.89.

- ³³⁰ Brief des Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer an den amerikanischen Präsidenten, den Vorsitzenden des Obersten Sowjet der UdSSR, den französischen Staatspräsidenten und den britischen Premierminister vom 13.10.1989.
- ³³¹ Weidenfeld, W.: *Außenpolitik für die deutsche Einheit*, S. 97–103.
- ³³² In: *Süddeutsche Zeitung* vom 30.11.1989.
- ³³³ Valentin Falin im Gespräch mit dem Autor, März 2005.
- ³³⁴ Zelikow, P.; Rice, C.: *Sternstunde der Diplomatie*, S. 188.
- ³³⁵ In: *Süddeutsche Zeitung* vom 05.12.1989.
- ³³⁶ Nitz, J.: *Länderspiel*, S. 183 ff., und im Gespräch mit dem Autor, Mai 2005.
- ³³⁷ Vgl. Wisnewski, G.; Landgraeber, W.; Sieker, E.: *Das RAF-Phantom*.
- ³³⁸ Mit Kondominat wird die Herrschaft mehrerer Staaten über ein Gebiet bezeichnet.
- ³³⁹ Prouty, F., im Gespräch mit dem Autor, Juni 1997, und Internetseite der „Bürgerrechtspartei Solidarität“, zit. nach: www.das-gibts-doch-nicht.de vom 29.04.2005.
- ³⁴⁰ Zepp-Larouche, H.: „Neue Hinweise im Fall Herrhausen“. In: *Neue Solidarität - internationale Wochenzeitung* vom 25.03.1992. Diese Wochenzeitung gilt zwar als politisch abhängig, weil sie zur internationalen La-Rouche-Bewegung gehört, sie verfügt aber über außergewöhnliche Informationen durch ihre Zusammenarbeit mit dem privaten Geheimdienst EIR (Executive International Review), die sie auch stets publiziert.
- ³⁴¹ Ebd.
- ³⁴² Dies schildern Vertraute aus seinem Umfeld.
- ³⁴³ Ebd.
- ³⁴⁴ Internetseite der „Bürgerrechtspartei Solidarität“, ebd.
- ³⁴⁵ Perkins, J.: *Bekenntnisse eines Economic Hit Man*, München: Riemann 2005.
- ³⁴⁶ „Geständnisse eines Wirtschaftsattentäters“. In: *Neue Solidarität*, Nr. 49/2004.
- ³⁴⁷ Eine Lichtschrankenbombe wird durch einen Lichtstrahl, der von einem Spiegel reflektiert wird, ausgelöst, sobald er durch ein bewegliches Objekt unterbrochen wird.
- ³⁴⁸ Recherchiert von Clemens Schmidt im Rahmen seiner TV-Dokumentation „Wer erschoss den Treuhandchef?“, WDR 1998.
- ³⁴⁹ Schreiben von Ingrid Köppe am 18.02.1992: „Fragen zur schriftlichen Beantwortung“, Februar 1992.
- ³⁵⁰ In: *Neue Solidarität* vom 18.03.1992.

- 351 Ebd.
- 352 Expertise von Klaus-Dieter Matschke: *Überlegungen und Denkanstöße zum Rohwedder-Attentat*, undatiert, recherchiert von Clemens Schmidt/WDR.
- 353 In: *Neue Solidarität* vom 09.07.1992.
- 354 In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10.02.1990.
- 355 Teltschik, H.: *392 Tage*, S. 144.
- 356 Ebd.
- 357 Vgl. Pruys, K. H.: *Helmut Kohl*, und Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 358 Lothar de Maizière im Gespräch mit dem Autor, April 2005.
- 359 Löwe, L.: „Die Beichte des Überläufers“. In: *Tango* vom 29.09.1994.
- 360 Ebd.
- 361 In: *Berliner Zeitung* vom 06.10.1994.
- 362 Der abweichende Bericht wurde sofort als „geheim“ eingestuft und liegt bis heute in der „Geheimschutzstelle“ des Deutschen Bundestages. Da einige Exemplare in die Hände von Journalisten gerieten, ist er im Internet einsehbar: www.interpool.tv/artikel/117.
- 363 Abweichender Bericht von Ingrid Köppe, S. 25 f., Internetfassung.
- 364 Ermittlungsbeamte der ZERV im Gespräch mit dem Autor, April 1993.
- 365 Abweichender Bericht von Ingrid Köppe, S. 140/BND Vermerk vom 16.11.1990, Internetfassung.
- 366 Ein anonymes ZERV-Ermittler im Gespräch mit dem Autor, März 1992.
- 367 In: *Focus* Nr. 21/1997.
- 368 Schmidt, C., Recherchen zum WDR-Film „Wer erschoss den Treuhand-Chef?“
- 369 Ebd.
- 370 Abweichender Bericht von Ingrid Köppe, S. 144 f., Internetfassung.
- 371 Auskunft der Treuhandanstalt zu den Beweisbeschlüssen des 1. Untersuchungsausschusses, 1993, S. 11.
- 372 Ebd.
- 373 Abweichender Bericht von Ingrid Köppe, S. 25, Internetfassung.
- 374 Expertise von Karl Dieter Matschke, *Überlegungen und Anstöße zum Rohwedder-Attentat*, undatiert. Kopie im Besitz des Autors.
- 375 Karl Dieter Matschke hat in einem Interview mit dem Autor im Juni 1995 ohne Angabe von Gründen Abstand von seinen eigenen Überlegungen genommen und sie als „Irrtum“ bezeichnet, weil es in der Zwischenzeit keine neuen beweiskräftigen Fahndungsergebnisse in dieser Richtung gegeben hatte. Hierbei könnte eine

politisch motivierte Abkehr denkbar sein, denn Matschkes Detektei ist auf eine gute Zusammenarbeit mit jenen Behörden angewiesen, die bisher in der Fahndung nach den Tätern der drei angeblichen RAF-Morde an von Braunmühl, Herrhausen und Rohwedder ohne jeden Erfolg geblieben sind.

³⁷⁶ In: *FAZ* vom 04.12.2000, S. 16.

³⁷⁷ Vgl. Abweichender Bericht von Ingrid Köppe/Internetfassung.

³⁷⁸ Expertise von Gerd Dreyer: „Wirtschaftsspionage – entscheidender Produktivitätsfaktor – gestern, heute, morgen!“ Undatiert. Liegt dem Autor vor.

³⁷⁹ Undatiertes Analysepapier des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Der Inhalt des Papiers wurde im Frühjahr 1992 einem kleinen Kreis von Entscheidungsträgern der Bundesrepublik vorgetragen. Veröffentlicht in: Reuth, R.-G.; Bönte, A.: *Das Komplott*, S. 210 ff.

³⁸⁰ In: *Focus* vom 21.02.2005.

³⁸¹ Undatiertes Analysepapier des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

³⁸² Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Dokumentation: „Einzelaspekte der Kriege der Zukunft – internationaler Terrorismus im Zeitalter der Globalisierung“, Vortrag auf einer Tagung vom 1. bis 3. März 2002 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, S. 57 ff.

³⁸³ Intelligence Online (Newsletter)/Paris, Nr. 486 vom 22.10.2004.

³⁸⁴ Die Meldung von Intelligence Online wurde von der Frankfurter Journalistin Schulzki-Haddouti bei Ernst Backes und André Strebel gegenrecherchiert. Beide bestätigten den Bericht, wiesen aber darauf hin, keine Beweise vorlegen zu können. Dies verwundert nicht, weil sie sich bei der Vorlage von Beweisen großer Lebensgefahr aussetzen würden. Backes und Strebel verfügen über gute Beziehungen zum BND. Auch gegenüber dem Düsseldorfer Journalisten Frank Krüger bestätigten Backes und Strebel ihre Angaben. Zum Fall YUKOS erschien in diesem Zusammenhang ab 31.01.2005 eine 16-teilige Serie in der Tageszeitung *Saar Echo*.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Ulrich: *Die Abwicklung der DDR – Die „2+4-Verhandlungen“ – Ein Insider-Bericht*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1992.
- Attali, Jacques: *Verbatim, Tome 3 chronique des années 1988–1991*, Paris: Fayard 1995.
- Auswärtiges Amt Deutschland (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik nach der Einheit 1990–1993 – Eine Dokumentation*, Meckenheim: DCM-Verlag 1994.
- Bahl, Holger: *Als Banker zwischen Ost und West*, Zürich: Orell Füssli 2002.
- Bahr, Egon: *Zu meiner Zeit*, München: Blessing 1996.
- Baker, James A.: *Drei Jahre, die die Welt veränderten*, Berlin: Siedler 1996.
- Bearden, Milton; Risen, James: *Der Hauptfeind*, München: Siedler 2004.
- Berg, Hermann von: *Gespräche über Deutschland*, Kiel: Arndt 1998.
- Beschloss, Michael R.; Talbott, Strobe: *Auf höchster Ebene*, Düsseldorf: Econ 1993.
- Bitterlich, Werner Rouget; Weisenfeld, Ernst: *Schwierige Nachbarschaft am Rhein – Frankreich-Deutschland*, Bonn: Bouvier 1998.
- Bollinger, Stefan: *Das letzte Jahr der DDR*, Berlin: Dietz 2004.
- Brandt, Willy: *... was zusammen gehört – Über Deutschland*, 2. Auflage, Bonn: Dietz 1993.
- Buch, Günther: *Namen und Daten wichtiger Personen der DDR*, Bonn: Dietz 1987.
- Bukowski, Wladimir: *Abrechnung mit Moskau*, Bergisch Gladbach: Lübbe 1996.
- Bülow, Andreas von: *Im Namen des Staates*, München: Piper 1998.
- Bundesministerium des Innern und Bundesarchiv (Hrsg.): *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, München: Oldenbourg 1996.
- Bush, George; Scowcroft, Brent: *Eine neue Welt – Amerikanische Außenpolitik in Zeiten des Umbruchs*, Berlin: Ullstein 1999.

- Carmin, E. R.: *Das schwarze Reich*, Bad Münstereifel: Edition Magus 1994.
- Christians, F. Wilhelm: *Borschtsch – Banken – Beuys*, Frankfurt/M.: Knapp 2002.
- Daschtschew, Wjatscheslaw: *Moskaus Griff nach der Weltmacht*, Hamburg, Berlin, Bonn: Mittler 2002.
- Diekmann, Kai; Reuth, Ralf G.: *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin: Ullstein 2000.
- Eichner, Klaus; Dobbert, Andreas: *Headquarters Germany*, Berlin: Edition Ost 2001.
- Eichner, Klaus; Langrock, Ernst-Jürgen: *Der Drahtzieher Vernon Walters – ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges*, Berlin: Homilius 2005.
- Eichner, Klaus; Schramm, Gotthold: *Spionage für den Frieden*, Berlin: Edition Ost 2004.
- Elbe, Frank; Kiesler, Richard: *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken*, Baden-Baden: Nomos 1993.
- Fabry, Sandra: *Vom Dual Containment zur Achse des Bösen*, Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät der Rheinischen-Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn.
- Falin, Valentin: *Konflikte im Kreml*, München: Blessing 1997.
- Falin, Valentin: *Politische Erinnerungen*, München: Droemer Knaur 1993.
- Filmer, Werner; Schwan, Heribert: *Helmut Kohl*, 4. Auflage, Düsseldorf: Econ 1990.
- Förster, Andreas: *Auf der Spur der Stasi-Millionen*, Berlin: Argon 1998.
- Genscher, Hans-Dietrich: *Erinnerungen*, Berlin: Siedler 1995.
- Genscher, Hans-Dietrich: *Unterwegs zur Einheit – Reden und Dokumente aus bewegter Zeit*, Berlin: Siedler 1991.
- Geworkjan, Natalija: *Der KGB lebt*, Berlin: Edition Q 1992.
- Goldendach, Walter von; Minow, Hans-Rüdiger: *Deutschtum erwache!*, Berlin: Dietz 1994.
- Gorbatschow, Michail: *Grußansprache an den XI. Parteitag der SED*, Berlin: Dietz 1986.
- Gorbatschow, Michail: *Erinnerungen*, Berlin: Siedler 1995.
- Gorbatschow, Michail: *Wie es war: die deutsche Wiedervereinigung*, Berlin: Ullstein 1999.
- Gorbatschow, Michail: *Gipfelgespräche: geheime Protokolle aus meiner Amtszeit*, Berlin: Rowohlt 1993.
- Greenwald, G. Jonathan: *Berlin Witness*, University Park Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press 1993.
- Grimmer, Reinhard (Hrsg.): *Die Sicherheit: zur Abwehr des MfS*, Berlin: Edition Ost 2002.

- Grosser, Dieter; Bierling, Stephan; Kurz, Friedrich: *Die sieben Mythen der Wiedervereinigung – Fakten und Analysen zu einem Prozess ohne Alternative*, München: Ehrenwirth 1991.
- Habsburg, Otto von: *Zurück zur Mitte*, Wien, München: Amalthea 1991.
- Helwig, Gisela et al.: *Deutschland Archiv, Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, Leverkusen: Leske + Budrich, 2003.
- Hertle, Hans-Hermann; Stephan, Gerd-Rüdiger: *Das Ende der SED*, Berlin: Links 1996.
- Hertle, Hans-Hermann; Jarausch, Konrad H.; Kleßmann, Christoph: *Mauerbau und Mauerfall*, Berlin: Links 2002.
- Hertle, Hans-Hermann: *Der Fall der Mauer: die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Berlin: Links 1996.
- Honecker, Erich: *Erich Honecker zu dramatischen Ereignissen*, Hamburg: Runge 1992.
- Honecker, Erich: *Moabiter Notizen*, Berlin: Edition Ost 1994.
- Horn, Gyula: *Freiheit, die ich meine – Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete*, Hamburg: Hoffmann und Campe 1991.
- Huchthausen, Peter; Kurdin, Igor; White, Allan R.: *In feindlichen Gewässern*, Hamburg, Berlin, Bonn: Mittler 2000.
- Hutchings, Robert L.: *Als der Kalte Krieg zu Ende war – Ein Bericht aus dem Inneren der Macht*, Berlin: Fest 1999.
- Jakowlew, Alexander: *Die Abgründe meines Jahrhunderts*, Leipzig: Faber & Faber 2002.
- Jürgs, Michael: *Die Treuhändler*, München, Leipzig: List 1997.
- Keworkow, Wjatscheslaw: *Der geheime Kanal*, Berlin: Rowohlt 1995.
- Kaiser, Karl: *Deutschlands Vereinigung – Die internationalen Aspekte – Mit den wichtigsten Dokumenten*, Bergisch Gladbach: Lübbe 1991.
- Klein, Hans: *Es begann im Kaukasus – Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands*, Berlin, Frankfurt/M.: Ullstein 1991.
- Knabe, Hubertus: *Der diskrete Charme der DDR*, Berlin, München: Econ Ullstein List 2001.
- Leisler Kiep, Walther: *Was bleibt ist die große Zuversicht*, Berlin: Philo 1999.
- Koch, Peter-Ferdinand: *Das Schalck-Imperium lebt*, München: Piper 1992.
- Koch, Egmont R.: *Das geheime Kartell*, Hamburg: Hoffmann und Campe 1992.
- Koehler, John O.: *Stasi*, Boulder/Colorado: Westview Press 1999.
- Kohl, Helmut: *Erinnerungen 1930–1982*, München: Droemer 2004.
- Korte, Karl-Rudolf: *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1998.

- Kotschemassow, Wjatscheslaw: *Meine letzte Mission – Fakten, Erinnerungen, Überlegungen*, Berlin: Dietz 1994.
- Krenz, Egon: *Herbst '89*, Berlin: Verlag Neues Leben 1999.
- Krenz, Egon: *Wenn Mauern fallen*, Wien: Neff 1990.
- Kroh, Ferdinand: *Freiheit ist immer Freiheit ... – Die Andersdenkenden in der DDR*, Frankfurt/M., Berlin: Ullstein 1988.
- Küchenmeister, Daniel: *Honecker – Gorbatschow – Vier-Augen-Gespräche*, Berlin: Dietz 1993.
- Kuhn, Ekkehard: *Gorbatschow und die Deutsche Einheit*, Bonn: Bouvier 1993.
- Kurz, Friedrich: *Ungarn 89*. In: Dieter Grosser; Stephan Bierling; Friedrich Kurz: *Die sieben Mythen der Wiedervereinigung – Fakten und Analysen zu einem Prozeß ohne Alternativen*. München: Ehrenwirt Verlag 1991.
- Kwizinskij, Julij A.: *Vor dem Sturm – Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin: Siedler 1993.
- Ludwig, Michael: *Polen und die deutsche Frage*, Bonn: Europa Union 1991.
- Luft, Christa: *Vom Ende zur Wende: Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung*, Berlin: Aufbau-Taschenbuch Verlag 1990.
- Lutz, Dieter S. (Hrsg.): *Das Undenkbare denken – Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag*, Baden-Baden: Nomos 1992.
- Maximyschew, Igor F.: „Die Situation ist seit 1953 nie so ernst gewesen!“ *Wie die sowjetische Botschaft unter den Linden die Wende in der DDR miterlebte*. In: Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 93.
- Maizière, Lothar de: *Anwalt der Einheit*, Berlin: Argon 1996.
- Mathiopoulos, Margarita: *Rendezvous mit der DDR*, Düsseldorf, Wien: Econ 1994.
- Meyer-Landrut, Andreas: *Mit Gott und langen Unterhosen*, Berlin: Edition Q 2003.
- Mittag, Günter: *Um jeden Preis*, Berlin: Aufbau Verlag 1991.
- Mitterrand, François: *Über Deutschland*, Frankfurt/M., Leipzig: Insel 1996.
- Modrow, Hans: *Aufbruch und Ende*, Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1991.
- Modrow, Hans: *Ich wollte ein neues Deutschland*, 2. Auflage, Berlin: Dietz 1998.
- Müller, Peter F.; Mueller, Michael: *Gegen Freund und Feind*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2002.
- Nakath, Detlef (Hrsg.): *Deutschlandpolitiker der DDR erinnern sich*, Berlin: Fides 1995.
- Nakath, Detlef: *Von Hubertusstock nach Bonn*, Berlin: Dietz 1995.

- Nakath, Detlef; Häber, Herbert: *Die Häber-Protokolle*, Berlin: Dietz 1999.
- Nakath, Detlef (Hrsg.): *Countdown zur deutschen Einheit*, Berlin: Dietz 1996.
- Nakath, Detlef (Hrsg.): *Im Kreml brennt noch Licht*, Berlin: Dietz 1998.
- Nitz, Jürgen: *Länderspiel*, Berlin: Edition Ost: 1995
- Nitz, Jürgen: *Unterhändler zwischen Berlin und Bonn*, Berlin: Edition Ost 2001.
- Nöll von der Nahmer, Robert: *Bismarcks Reptilienfonds*, Mainz: von Hase & Koehler 1968.
- Ostrovsky, Victor: *Geheimakte Mossad*, München: Goldmann 1996.
- Otto, Wilfriede: *Erich Mielke – Biographie*, Berlin: Dietz 2000.
- Pawlow, Nikolaj: *Die deutsche Vereinigung aus sowjet-russischer Perspektive*, Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien: Lang 1996.
- Perkins, John: *Bekenntnisse eines Economic Hit Man*, München: Riemann 2005.
- Plato, Alexander von: *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel*, Berlin: Links 2002.
- Potthoff, Heinrich: *Bonn und Ost-Berlin*, Bonn: Dietz 1997.
- Potthoff, Heinrich: *Die Koalition der Vernunft*, München: DTV 1995.
- Potthoff, Heinrich: *Im Schatten der Mauer*, Berlin: Propyläen 1999.
- Pruys, Karl Hugo: *Helmut Kohl – Die Biographie*, Berlin: Edition Q 1995
- Pruys, Karl Hugo: *Helmut Kohl – Der Mythos vom Kanzler der Einheit*, Berlin: Edition Q 2004.
- Rahmig, Jürgen: *Ungarns Rückkehr nach Europa*, Stuttgart: Verlag der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1998.
- Reißig, Rolf: *Dialog durch die Mauer*, Frankfurt/M.: Campus 2002.
- Reitz, Ulrich: *Wolfgang Schäuble, die Biographie*, Bergisch Gladbach: Bastei Verlag Lübbe 1998.
- Reuth, Ralf Georg; Bönnte, Andreas: *Das Komplott*, München: Piper 1993.
- Ronneberger, Gerhard: *Deckname Saale*, Berlin: Dietz 1999.
- Roth, Jürgen: *Die Mitternachtsregierung*, Hamburg: Rasch und Röhning 1990.
- Schabowski, Günter: *Der Absturz*, Berlin: Rowohlt 1991.
- Schabowski, Günter: *Das Politbüro*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1990.
- Schachnasarow, Georgi: *Preis der Freiheit – Eine Bilanz von Gorbatschows Berater*, Bonn: Bouvier 1996.
- Schalck-Golodkowski, Alexander: *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2000.
- Schell, Manfred; Kalinka, Werner: *Stasi und kein Ende*, Bonn, Frankfurt/M., Berlin: Ullstein 1991.

- Schewardnadse, Eduard, A.: *Die Zukunft gehört der Freiheit*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1991.
- Schmidt-Eenboom, Erich: *Geheimdienst, Politik und Medien*, Berlin: Homilius 2004.
- Schweizer, Peter: *Reagan's War*, New York: Anchor Books 2002.
- Seiffert, Wolfgang; Treutwein, Norbert: *Die Schalck-Papiere*, Wien: Zsolnay 1991.
- Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): *Vorwärts immer, rückwärts nimmer!*, Berlin: Dietz 1994.
- Steininger, Rolf: *Der Mauerbau*, München: Olzog 2001.
- Schürer, Gerhard: *Gewagt und verloren*, Frankfurt/O.: Frankfurter Oder Editionen 1996.
- Strauß, Franz Josef: *Die Erinnerungen*, Berlin: Siedler 1989.
- Strauß, Franz Josef: *Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa*, Stuttgart: Seewald 1968.
- Teltschik, Horst: *329 Tage*, Berlin: Siedler 1991.
- Thatcher, Margaret: *Downing Street No. 10*, 2. Auflage, Düsseldorf, Wien, New York, Moskau: Econ 1993.
- Thomas, Gordon: *Die Mossad-Akte*, München: Droemer Knaur 2001.
- Tschernajew, Anatoli: *Die letzten Jahre einer Weltmacht*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1993.
- Ushner, Manfred: *Die zweite Etage – Die Funktionsweise eines Machtapparates*, 2. Auflage, Berlin: Dietz 1995.
- Veiel, Andreas: *Black Box BRD*, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag 2004.
- Walters, Vernon A.: *Die Vereinigung war voraussehbar*, Berlin: Siedler 1994.
- Weidenfeld, Werner et al.: *Außenpolitik für die deutsche Einheit: Die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1998.
- Weizsäcker, Richard von: *Vier Zeiten*, Berlin: Siedler 1997.
- Wisnewski, Gerhard; Landgraeber, Wolfgang; Sieker, Ekkehard: *Das RAF-Phantom*, München: Droemer Knaur 1993.
- Wolf, Markus: *Im eigenen Auftrag*, München: Schneekluth 1991.
- Wolf, Markus: *Spionagechef im geheimen Krieg*, München: List 1997.
- Zelikow, Philip; Rice, Condoleezza: *Sternstunde der Diplomatie*, Berlin: Ullstein 1997.

Personenverzeichnis

Sergej Fjodorowitsch Achromejew

(1923–1991)

1979–1984 Erster stellvertretender Generalstabschef; 1984–1988 Generalstabschef der UdSSR-Streitkräfte und Erster stellvertretender Verteidigungsminister; 1989–1991 Militärberater Gorbatschows; Selbstmord 1991.

Hafizullah Amin

(*1929 in Pahman, Afghanistan)

War ab März 1979 Premierminister, ab April 1979 auch Außenminister und im September 1979 Präsident durch Entmachtung und spätere Ermordung seines Vorgängers Tarakis.

Juri Andropow

(1914 in Nagutskaja – 1984)

Seit 1967 KGB-Chef; 1982 zum jüngsten Generalsekretär gewählt; trat für Abrüstung und Reformen des sowjetischen Systems ein.

Manfred Baron von Ardenne

(1907 in Hamburg – 1979)

Bedeutender Wissenschaftler der DDR; Mitglied der Volkskammer; Reformier.

Hermann Axen

(*1916 in Leipzig)

Politiker und Publizist; ab 1950 Mitglied des ZK der SED; ab 1956 Chefredakteur des *Neuen Deutschland*; 1966–1989 Sekretär des ZK der SED für internationale Verbindungen; 1970–1989 Mitglied des Politbüros.

Holger Bahl

(*1942 in Wuppertal)

Deutschstämmiger Bankier in der Schweiz; 1959 Beginn seiner Bankkarriere bei der Deutschen Bank in Wuppertal; 1970 Bankdirektor in Zürich bei der Bank für Kredit und Außenhandel (BKA), davon zehn Jahre als Vorsitzender der Geschäftsleitung; Verfechter und Erfinder des „Züricher Modells“; fixierte erstmals schriftlich das „Länderspiel“.

Egon Bahr

(*1922 in Treffurt an der Werra)

1969–1974 Staatssekretär und Bundesminister für besondere Aufgaben im Bundeskanzleramt; 1976–1981 Bundesgeschäftsführer der SPD; 1984–1994 Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg; Unterhändler und Berater Willy Brandts; Urheber der Strategie „Wandel durch Annäherung“.

James Baker

(*1930 in Houston, Texas)

Studierter Jurist und Mitglied der Republikaner; während der Präsidentschaft von Ronald Reagan zwischen 1981 und 1985 Stabschef im Weißen Haus; Finanzminister von 1985–1988; Außenminister von 1989–1992; nahm 1990 an den „Zwei-plus-vier-Verhandlungen“ teil.

Rainer Barzel

(*1924 in Braunsberg, Ostpreußen)

1962/63 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; 1971–1973 Vorsitzender der CDU; 1980–1982 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages; 1982/83 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen; 1983–1984 Bundestagspräsident.

Milton Bearden

Mitarbeiter der CIA von 1964–1994; zeitweilig Station Chief der CIA in Bonn; außerdem Station Chief in Pakistan, Moskau, Sudan; trainierte die afghanischen Befreiungskämpfer zum Sturz des Sowjetregimes in Afghanistan.

Bruno Beater

(1914–1982)

Erster stellvertretender Minister für Staatssicherheit im MfS; ab 1973 Mitglied im ZK; 1974 KMO, 1980 Generaloberst.

Karl Heinz Beckurts

(1930–1986)

Deutscher Physiker; Leiter des Kernforschungszentrums Karlsruhe sowie Jülich von 1973–1976; Berater der Bundesregierung; Forschungsdirektor bei Siemens; wurde durch Anschlag der RAF am 9. Juli 1986 getötet.

Gerhard Beil

(*1926 in Leipzig)

1958–1961 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Handelsvertretung der DDR in Österreich; ab 1961 wieder im Ministerium für Außenhandel tätig, zunächst als Direktionsbereichsleiter Westeuropa (bis 1965); 1969–1979 Staatssekretär; ab 1976 auch Erster stellvertretender Minister; 1981–1989 Mitglied des ZK der SED.

Wolfgang Berghofer

(*1943 in Bautzen)

1986–1990 SED-Oberbürgermeister von Dresden und Abgeordneter des Bezirkstages; seit 1989 stellvertretender Vorsitzender der SED/PDS; einer der wenigen bekannten Reformsozialisten.

Lawrenti Pawlowitsch Berija

(*1899 in Suchumi, Russland – 1953)

KGB-Chef unter Stalin; Verantwortlicher für den Bau der ersten sowjetischen Atombombe; Stalins Stellvertreter; Politbüromitglied; nach Stalins Tod Ende Juni 1953 gestürzt und erschossen.

Franz Bertele

(*1931 in Weikersheim)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; 1977–1980 stellvertretender Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin; ab 1989 tätig im Bundeskanzleramt als Beauftragter für den deutsch-sowjetischen Aufenthalts- und Abzugsvertrag und als deutscher Vorsitzender der gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission.

Lothar Bisky

(*1941 in Zollbrück, Pommern)

1979 Honorarprofessor der Humboldt-Universität zu Berlin; 1980–1986 Professor an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; 1990 Abgeordneter der Volkskammer der DDR; seit 1990 Mitglied des Landtages Brandenburg; Fraktionsvorsitzender der PDS von 1991–1993, derzeit Parteivorsitzender der Partei „Die Linke – PDS“.

Robert D. Blackwell

(*1937 in Eastville, Virginia)

1966–1992 IBM-Mitarbeiter; Sowjetspezialist der CIA.

Bärbel Bohley

(*1945 in Berlin)

Freischaffende Malerin in Ost-Berlin; Gründungsinitiatorin des unabhängigen Netzwerkes Frauen für den Frieden; 1985/86 Mitbegründerin der Initiative Frieden und Menschenrechte; 1989 Mitbegründerin der Bürgerbewegung Neues Forum (NF).

Joachim Böhme

(*1929 in Bernburg)

Hochrangiger SED-Funktionär der DDR bis 1955; danach bis 1963 Sekretär der SED-Kreisleitung Weißenfels; später bei der SED-Bezirksleitung Halle; 1981–1989 Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer; seit 1986 außerdem Mitglied des Politbüros des ZK der SED.

Ibrahim Böhme

(*1944 in Leipzig – 1999, Neustrelitz)

1968–1976 IM des MfS in der SDP/SPD; Betreuer von Delegationen der Roten Armee und der westdeutschen DKP; ab 1989 engagiert in der Initiative für Frieden und Menschenrechte; Mitbegründer der SDP (Sozialdemokratische Partei der DDR); ab Februar 1990 Vorsitzender der SPD der DDR, wurde als IM des MfS enttarnt.

Willy Brandt

(1913–1992)

1957–1958 Bundesratspräsident; 1957–1966 regierender Bürgermeister von Berlin; 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen Amtes und Stellvertreter des Bundeskanzlers sowie von 1969–1974 Bundeskanzler; außerdem Hauptverfechter einer „Ostpolitik der Entspannung“ zu Zeiten des Kalten Krieges.

Gero von Braunmühl

(1935–1986)

Direktor der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt; Chefberater des deutschen Außenministers bezüglich der SDI-Gespräche mit Washington; Mitglied in der so genannten Vierer-Kommission, dem höchsten geheimen Konsultationsgremium zwischen der BRD, Frankreich, Großbritannien und den USA, von Attentätern am 10. Oktober 1986 ermordet.

Leonid Iljitsch Breschnew

(*1906 in Kamenskoje, Russland – 1982)

1964–1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU; 1960–1964 und 1977–1982 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der KPdSU; 1957–1982 Vollmitglied des Politbüros der KPdSU; Urheber der „Breschnew-Doktrin“ (eingeschränktes Selbstbestimmungsrecht aller sozialistischen Staaten).

Zbigniew Brzezinski

(*1928 in Warschau)

Berater am Zentrum für Strategische und Internationale Studien (CSIS); Berater für große amerikanische und internationale Unternehmen; außenpolitischer Berater von Vizepräsident Hubert Humphrey; 1973 erster Direktor der so genannten Trilateralen Kommission; 1974 Berater für außenpolitische Fragen unter Jimmy Carter; von 1977–1981 nationaler Sicherheitsberater unter Carter.

Andreas von Bülow

(*1937 in Dresden)

Ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter; 1967–1980 Staatssekretär im Verteidigungsministerium; 1980–1982 Bundesforschungsminister; nach 1989 Mitglied im Schalck-Untersuchungsausschuss.

George Herbert Walker Bush

(*1924 in Milton, USA)

41. Präsident der USA von 1989–1993; Vater von George W. Bush; vor seiner Präsidentschaft von 1976–1977 CIA-Direktor und 43. Vizepräsident unter Reagan (1981–1989); als Chef der CIA in den 1970er Jahren baute er Saddam Hussein als starken Mann gegen den Iran auf; als US-Präsident zog er gegen ihn in den Golfkrieg.

James Earl („Jimmy“) Carter

(*1924 in Plains, USA)

1970–1974 Gouverneur von Georgia; 1977–1981 39. Präsident der USA; stellte die Themen „Menschenrechte“ und „Energieeinsparungen“ in den Vordergrund seiner Politik.

William J. Casey

(*1913 in Elmhurst, New York – 1987)

Direktor der CIA von 1981–1987, bekannt für seine Verwicklung in die Iran-Contra-Affäre.

Nicolae Ceaușescu

(*1918 in Scornicești, Rumänien – 1989)

1967 als Staatsratsvorsitzender Staatsoberhaupt; 1974–1989 Präsident; am 25. Dezember 1989 wurde er mit seiner Frau von Regimegegnern verurteilt und erschossen.

Michail Borissowitsch Chordorkowski

(*1963 in Moskau)

Ehemaliger Chef des russischen Ölkonzerns YUKOS; gilt mit einem geschätzten Privatvermögen von 2,2 Milliarden US-Dollar (Stand: 2005) als einer der reichsten Männer Russlands.

Friedrich Wilhelm Christians

(*1922 in Paderborn – 2004)

Chef der Deutschen Bank nach dem Tod von Alfred Herrhausen; zunächst wird er Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender; ab 1990–1997 Aufsichtsratsvorsitzender; von 1975–1979 Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken.

Nikita S. Chruschtschow

(1894–1971)

1939–1964 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP/KPdSU; 1949–1954 ZK-Sekretär der KPdSU; gleichzeitig von 1949–1954 ZK-Sekretär der KPdSU; 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR; ab 1956 Vorsitzender des ZK-Büros der KPdSU.

William E. Colby

(*1920 in St. Paul, USA – 1996)

1943 Eintritt ins OSS (Office for Strategic Services); diente 1951–1953 in Stockholm und von 1953–1958 in Rom, wo er bei der Bekämpfung der kommunistische Partei half; CIA-Station-Chief in Saigon von 1959–1962; 1962–1967 Far East division; 1968–1971 Leiter des Phoenix-Programms im Vietnam-Krieg; 1973–1976 CIA-Direktor.

Herbert Czaja

(*1914 in Teschen, Schlesien – 1997)

Ehemaliger Bundestagsabgeordneter der CDU; fühlte sich der so genannten „Stahlhelm-Fraktion“ im Bundestag zugehörig (Kritik an der Nicht-Lösung der deutschen Frage; Verfechter der Rechte der Vertriebenen im Zweiten Weltkrieg; Präsident des Bundes der Vertriebenen von 1970–1994).

Harry Dahl

(*1929 in Schönbeck an der Elbe)

Leiter der Abteilung XXII (Terrorabwehr); 1956 Einstellung beim MfS Abteilung III (Volkswirtschaft); 1966 Beauftragter des Leiters der BV für äußere Abwehr und Aufklärung; 1974 Offizier für Sonderaufgaben in der AG beim Ersten Stellvertreter des Ministers; 1975 Oberst, Leiter der Abteilung XXII.

Wjatscheslaw Daschtschew

(*1925 in Moskau)

Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Moskau und Leiter der Abteilung für außenpolitische Probleme; enger außenpolitischer Berater Michail Gorbatschows.

Alfred Dregger

(*1920)

Seit 1982 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Ex-Landesvorstand der hessischen CDU.

Horst Ehmke

(*1927 in Danzig)

SPD-Politiker; 1969 Justizminister; Chef des Bundeskanzleramtes unter Willy Brandt; später Minister für Forschung und Technologie; Rücktritt im Zuge der Guillaume-Spionageaffäre; 1974 Anwaltsbüro in Bonn; 1977 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; in den 80er Jahren stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Björn Engholm

(*1934 in Lübeck)

Deutscher SPD-Politiker seit 1962; 1969–1982 Mitglied des Bundestages; 1977–1981 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; 1981–1982 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft; 1988–1993 Ministerpräsident in Schleswig-Holstein; 1991–1993 Vorsitzender der SPD.

Reiner Eppelmann

(*1943)

Evangelischer Pfarrer; Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow; Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett de Maizière; Gründungsmitglied und später Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs (DA); Mitglied der Volkskammer 18. März bis 2. Oktober 1990; CDU-Mitglied seit 1990.

Valentin Falin

(*1926 in Leningrad)

Seit 1971 Botschafter der UdSSR in der BRD; ab 1978 Erster stellvertretender Referatsleiter und ab 1988 Referatsleiter beim ZK der KPdSU; ehemaliger Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU.

Werner Felfe

(1928–1988)

1954–1958 Vorsitzender des Jugendausschusses der Volkskammer, 1954–1963 Kandidat und danach Mitglied des ZK der SED, 1957–1960 stellvertretender Vorsitzender des ZK, ab 1966 Sekretär für Agitation und Propaganda beim ZK der SED; ab 1973 Kandidat und seit 1976 Mitglied des Politbüros des ZK der SED.

Oskar Fischer

(*1923 in Aš, Böhmen)

1951–1952 Sekretär des ZR der FDJ und Sekretär des Weltbundes der demokratischen Jugend; ab 1952 Mitglied des Weltjugendrates; 1955–1959 Botschafter der DDR in Bulgarien; danach Sektorenleiter beim ZK der SED; stellvertretender Minister, Staatssekretär und 1975–1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten; 1971–1989 Mitglied des ZK der SED; 1976–1990 Abgeordneter der Volkskammer.

Bernhard Friedmann

(*1932)

Von 1976–1990 CDU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag; Obmann der CDU/CSU im Haushaltsausschuss sowie Vorsitzender des „Bewilligungsausschusses für Verteidigungsausgaben“; 1990–2001 deutsches Mitglied beim Europäischen Rechnungshof und mehrere Jahre lang dessen Präsident.

Günter Gaus

(*1929 in Braunschweig – 2004)

Deutscher Journalist, Publizist, Diplomat und Politiker; von 1974–1981 war er als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR.

Peter Gauweiler

(*1949 in München)

Rechtsanwalt; geschäftsführender Partner der Münchner Rechtsanwaltskanzlei Bub, Gauweiler & Partner; seit 1968 CSU-Mitglied; 1982–1986 berufsmäßiger Stadtrat und Kreisverwaltungsreferent der Landeshauptstadt München; 1986–1990 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium; 1990–1994 Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen.

Heiner Geißler

(*1930 in Oberndorf am Neckar)

Examinierter Philosoph und promovierter Volljurist; war 13 Jahre Minister, zuerst in Rheinland-Pfalz, dann in Bonn; zwölf Jahre CDU-Generalsekretär; prägte die Politik seiner Partei wie kaum ein anderer (Wandlung zu moderner Volkspartei); Mitglied des Bundesvorstands der CDU.

Hans-Dietrich Genscher

(*1927 in Reideburg, Saalkreis)

FDP-Politiker; von 1969–1974 Bundesminister des Innern und von 1974–1992 Bundesminister des Auswärtigen und stellvertretender Bundeskanzler der BRD; 1974–1985 Bundesvorsitzender der FDP.

Manfred Gerlach

(*1928 in Leipzig)

Ab 1950 Mitglied der Volkskammer; 1954–1967 LDPD-Generalsekretär und 1967–1990 LDPD-Vorsitzender; Vize-Vorsitzender des Volkskammerausschusses für Nationale Verteidigung; 1954 Chefredakteur der *Liberal-Demokratischen Zeitung*; Dezember 1989 bis März 1990 amtierender Vorsitzender des Staatsrats.

Rainer Maria Gohlke

(*1934)

Erster Westchef der Treuhand; deutscher Manager; 1982–1990 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn; 1990 war er der erste West-Chef der Treuhandanstalt; 1993–2001 Chef des Süddeutschen Verlages.

Michail Gorbatschow

(*1931)

Ab 1971 Vollmitglied im ZK der KPdSU; 1978 Zentralsekretär und Abteilungsleiter für Agrarwirtschaft im ZK der KPdSU; ab 1980 Mitglied des Politbüros; 1985–1991 Generalsekretär der KPdSU; Unterzeichnung des Abkommens zur Vernichtung atomarer Mittelstreckenraketen 1987; Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan 1988/89; Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1990.

Andrej Andrejewitsch Gromyko

(*1909 in Saryje, Russland – 1989)

Ab 1943 sowjetischer Botschafter in den USA; wichtige Rolle bei den Konferenzen von Jalta und Potsdam und bei der UNO-Gründung; 1946 Vertreter der UdSSR im Sicherheitsrat der UNO; 1952–1953 Botschafter in Großbritannien; 1957–1985 Außenminister; Beteiligung an diversen Rüstungsbeschränkungsverträgen (ABM-Vertrag, SALT I und II, INF und START); Beteiligung an der Entspannungspolitik zwischen den Supermächten; ab 1973 Mitglied des Politbüros und 1985 Staatspräsident der UdSSR.

Károly Grósz

(*1930 in Miskolc, Ungarn – 1996)

Erster Sekretär der Ungarischen Arbeiterpartei (UAP); 1968–1973 Abgeordneter; 1954–1979 Kopf des Bewegungs- und Propagandadepartments des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP); 1979 Erster Sekretär von Borsod-Abaúj-Zemplén; ab 1985 Politbüromitglied; 1987–1988 Premierminister; bis Juni 1988 Führer der USAP.

Thomas Gundelach

Büroleiter und Sekretär von Philipp Jenninger; Bonner Unterhändler, der an den Vorgesprächen zum „Länderspiel“ teilnahm.

Gregor Gysi

(*1948 in Berlin)

Seit 1971 Rechtsanwalt; 1990–1993 Vorsitzender der PDS; 1990–2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und bis Oktober 2000 Vorsitzender der PDS-Bundestagsfraktion; Wirtschaftssenator und Bürgermeister in Berlin.

Herbert Häber

(*1930 in Zwickau)

1950–1965 Mitarbeiter des ZK der SED; 1965–1971 stellvertretender Staatssekretär für gesamtdeutsche und westdeutsche Fragen; 1973–1985 Leiter der Abteilung West des ZK der SED; Mai 1984 bis November 1985 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED; 1985–1989 Mitarbeiter des Instituts für Imperialismusforschung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften.

Otto von Habsburg

(*1912 in Reichenau an der Rax, Österreich)

Politiker; Verfechter eines geeinten Europas; 1916–1918 bis zu ihrem Ende Thronfolger der österreich-ungarischen Doppelmonarchie; 1979–1999 Mitglied des Europäischen Parlaments und zweimal dessen Alterspräsident.

Walburga von Habsburg

(*1958)

Otto von Habsburgs Tochter; PEU-Politikerin (Paneuropa-Union); zerschneidete im August 1989 in Absprache mit deutschen Regierungsstellen den Grenzzaun zwischen Österreich und Ungarn („paneuropäisches Picknick/Picknick von Sopron“); leitete damit den Zusammenbruch der realsozialistischen Regierungen in Osteuropa ein und ermöglichte über 600 DDR-Bürgern die Flucht.

Kurt Hager

(*1912 in Berlin – 1998)

Ab 1954 Mitglied und 1955 Sekretär des ZK der SED für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur; ab 1963 Mitglied des Politbüros des ZK der SED und der Ideologischen Kommission des Politbüros; 1958 Abgeordneter der Volkskammer; 1967–1989 Mitglied des Staatsrates und 1979–1989 Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates; „Chefideologe“ und oberster Kulturverantwortlicher.

Václav Havel

(*1936 in Prag)

1969 Mitautor der Zehn-Punkte-Proklamation; 1970–1976 Schriftsteller im Untergrund; 1977 Mitbegründer der Bürgerinitiative Charta 77; 1977–1989 Mitglied der Oppositionsbewegung gegen die KP; 1989 führender Vertreter des Bürgerforums; 1989–1990 tschechoslowakischer Präsident; 1990–1992 Präsident der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik.

Robert Havemann

(*1910 in München – 1982)

Gründer der Widerstandsgruppe „Europäische Union“; 1943 in einem Hochverratsprozess vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, Urteilsvollstreckung wird zweimal aufgeschoben, weil er für die Nazis kriegswichtige Forschungen durchführen muss; 1945 Befreiung Havemanns durch die Sowjets; DDR-Wissenschaftler; DDR-Oppositioneller.

Alfred Herrhausen

(*1930 in Essen – 1989)

Ab 1971 ordentliches Vorstandsmitglied; zuständig für internationale Geschäfte und Außenhandelsfinanzierung; 1974 Berufung in die Bankstrukturkommission; 1977 Neuordnung der Luft- und Raumfahrt-industrie; förderte 1987 auf der Weltbank-Tagung in Mexiko einen Schuldenerlass gegenüber den Ländern der Dritten Welt; ab 1985 Vorstandssprecher und 1988 alleiniger Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank; begann Ende der 80er Jahre, die Deutsche Bank zum „Global Player“ auszubauen, fiel 1989 einem Attentat zum Opfer.

Stefan Heym

(*1913 in Chemnitz – 2001)

1945–1952 freier Schriftsteller in den USA; 1952–1976 regimekritische Veröffentlichungen in der DDR; galt als der bedeutendste oppositionelle ostdeutsche Schriftsteller; Reformsozialist; eröffnete am 10. November 1994 mit einem PDS-Mandat als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag.

Erich Honecker

(*1912 in Wiebelskirchen an der Saar – 1994)

1946 Gründungsmitglied der Freien Deutschen Jugend (FDJ); 1946–1990 Mitglied der SED; 1954 Mitglied der Sicherheitskommission; 1958–1989 Mitglied des Politbüros; 1971–1989 Vorsitzender des NVR; 1971–1989 Generalsekretär der SED; de facto Staatsoberhaupt der DDR.

Gyula Horn

(*1932 in Budapest)

1969–1982 Mitarbeiter und ab 1974 stellvertretender Leiter und 1982 Leiter der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten beim ZK der USAP; 1985 Staatssekretär des Äußeren; 1989 Außenminister; wurde international bekannt durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs bei Sopron 1989, die vielen DDR-Bürgern die Ausreise ermöglichte und zum Zusammenbruch des Kommunismus entscheidend beitrug; 1994–1998 Premierminister Ungarns.

Alexander Sergejewitsch Jakowlew

(*1906 in Moskau – 1989)

Sowjetischer Flugzeugkonstrukteur und Chefsingenieur des nach ihm benannten Konstruktionsbüros Jakowlew; 1948 wurde er Minister der Luftfahrtindustrie der UdSSR, nachdem er bereits seit 1940 als stellvertretender Volkskommissar für die Luftfahrtindustrie tätig war; außerdem wichtiger Berater Michail Gorbatschows.

Gennadi Janajew

(*1937)

Ab 1986 Sekretär des Zentralen Allunionsrates der Gewerkschaften (WZSPS); 1990–1991 Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär der KPdSU; vom Dezember 1990 bis Januar 1991 Vizepräsident der UdSSR.

Wojciech Jaruzelski

(*1923 in Kurow, Polen)

PVAP-Mitglied (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei); 1956 General; 1964 Mitglied des ZK der PVAP; 1968 Verteidigungsminister; 1981 Generalsekretär der PVAP, verhängte am 13. Dezember 1981 in Polen das Kriegsrecht, um den wachsenden Einfluss der Solidarność zu brechen; Staatspräsident von Polen 1989–1990; danach Ablösung durch Lech Walesa und seine Solidarność.

Philipp Jenninger

(*1932 in Rindelbach)

Jenninger gehörte von 1969–1990 dem Deutschen Bundestag an, war 1982–1984 Staatsminister im Kanzleramt und von 1984–1988 Bundestagspräsident, 1991 Botschafter in Österreich, 1995 Botschafter beim Vatikan.

John Fitzgerald Kennedy

(1917–1963)

35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika; am 22. November 1963 in Dallas, Texas ermordet.

Walther Leisler Kiep

(*1926 in Hamburg)

1956–1976 und 1980–1982 Mitglied des Deutschen Bundestages; Justizminister in Niedersachsen 1976–1977 und Minister der Finanzen 1978–1980; 1971–1992 Bundesschatzmeister der CDU; verwickelt in die Parteispendenaffäre der CDU um Altkanzler Helmut Kohl.

Ingrid Köppe

(*1958 in Berlin)

1989 Mitglied im Neuen Forum; Sprecherin des Neuen Forums am Zentralen Runden Tisch; 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Ost-Berlin; 1990–1994 Mitglied des Bundestages für Bündnis '90/Die Grünen; Mitarbeit im Schalck-Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorfälle rund um die Koko in der DDR (Kommerzielle Koordinierung).

Helmut Kohl

(*1930 in Ludwigshafen)

1947–1953 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU in Rheinland-Pfalz; 1954 stellvertretender Landesvorsitzender der JU Rheinland-Pfalz; 1955 Mitglied des Landesvorstandes der CDU Rheinland-Pfalz; ab 1959 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Ludwigshafen; 1966–1973 Landesvorsitzender der CDU von Rheinland-Pfalz; 1969–1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz; 1982–1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 1976–2002 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Michael Kohl

(*1929 in Sondershausen – 1981)

1976 Politbürokandidat; Staatssekretär beim Ministerrat und ab 1978 Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten; 1972 Abschluss des Grundlagenvertrags der BRD und DDR, Leiter der DDR-Delegation.

Sergej Kondratschow

Für Gesamtdeutschland zuständiger KGB-General; Generalleutnant des KGB; einer der wichtigsten Geheimagenten während des Kalten Krieges.

Valentin Alexejewitsch Koptelzew

1991 Leiter der Außenstelle Berlin der Botschaft der Russischen Föderation in der BRD; hochrangiger Deutschlandexperte im ZK der KPdSU.

Wjatscheslaw Iwanowitsch Kotschemassow

(*1918)

1955–1960 Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in der DDR; 1962–1983 stellvertretender Ministerpräsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR); 1983–1989 Botschafter der UdSSR in der DDR.

Egon Krenz

(*1937 in Kolberg, Pommern)

Erster Vorsitzender des DDR-Kinderverbandes und der DDR-Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ); hochrangiger SED-Funktionär; 1971–1981 Mitglied des Präsidiums der Volkskammer; ab 1973 Mitglied des ZK der SED; 1981–1984 Mitglied des Staatsrates der DDR; ab 1983 Politbüromitglied und Sekretär des ZK der SED; als Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates wurde Krenz 1984 zum zweiten Mann hinter Erich Honecker; 1989 wenige Wochen als Honeckers Nachfolger im Gespräch; 1971–1990 Abgeordneter der Volkskammer der DDR.

Wladimir Alexandrowitsch Krjutschkow

(*1924)

1974–1988 Leiter der Ersten Hauptverwaltung (Auslandsspionage) des KGB der UdSSR, 1978–1988 stellvertretender Vorsitzender und 1988–1991 Vorsitzender des KGB der UdSSR; 1989–1990 Vollmitglied des KPdSU-Politbüros; Mitinitiator des Augustputsches 1991.

Werner Krolikowski

(*1928 in Oels, Schlesien)

1946–1950 Mitglied des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer, später Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Bauwesen und Verkehr; Mitglied des Ausschusses für Nationale Verteidigung; Mitglied des Politbüros, Sekretär für Wirtschaft des ZK der SWD; Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats; Mitglied des Staatsrats; November 1989 mit dem Ministerrat zurückgetreten.

Thomas Krüger

(*1959)

1989 Gründungsmitglied der SDP in der DDR; bis 1990 Geschäftsführer der SDP in Berlin (Ost) und Mitglied der Volkskammer in der DDR; Stadtrat für Inneres beim Magistrat Berlin und in der Gemeinsamen Landesregierung; 1990–1992 stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD.

Julij A. Kwizinskij

(*1936)

Ehemaliger Diplomat und Botschafter; stellvertretender Außenminister der UdSSR; 1986–1990 Botschafter der UdSSR in Bonn; 1981–1983 sowjetischer Verhandlungsführer bei den SALT-Verhandlungen.

Waltraud Lisowski

Ehemalige Abteilungsleiterin im Koko-Firmenimperium, hohe Treuhandmitarbeiterin.

Lothar de Maizière

(*1940 in Nordhausen)

1990 Abgeordneter der einzigen frei gewählten Volkskammer der DDR; 1990 Ministerpräsident der DDR; ab 1990 Minister für besondere Aufgaben in Kohls Kabinett; seit 1990 stellvertretender Parteivorsitzender der CDU; angebliche ehemalige Kontakte zur Stasi ließen de Maizière sein Amt noch im selben Jahr aufgeben.

Ian Robert Maxwell

(*1923 in der ČSR – 1991 vor den Kanarischen Inseln)

Chef der Firmengruppe Mirror, Verleger, Wirtschaftstycoon.

Tadeusz Mazowiecki

(*1927 in Plock, Polen)

Beteiligung am Widerstand der KIK (Klub katolischer Intellektueller – Klub Inteligencji Katolickiej) gegen die kommunistische Regierung der PZPR; ab 1980 Berater von Lech Walesa und Publizist der Solidarność; ab 1989 Ministerpräsident Polens (erster nichtkommunistischer Ministerpräsident nach dem Zweiten Weltkrieg); 1990–1995 Vorsitzender der liberalen Partei DU und später der UW.

Andreas Meyer-Landrut

(*1929 in Reval, Estland)

Ab 1955 im Auswärtigen Amt mit den Stationen: 1957–1958 und 1987–1989 Moskau, 1959–1961 Tokio, 1966–1969 Moskau, 1969/70 Brazzaville, 1970–1980 Auswärtiges Amt, 1980–1983 sowie 1961–1966, 1970–1980, 1984–1986 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; 1989–1994 Leiter des Bundespräsidialamtes und seit 1995 Berater für deutsche Fragen in Moskau.

Erich Mielke

(*1907 in Berlin – 2000)

1950–1989 Mitglied des ZK der SED; 1950–1953 Staatssekretär im MfS; 1953–1955 stellvertretender Staatssekretär; 1955–1957 stellvertretender Minister für Staatssicherheit; 1957–1989 Minister für Staatssicherheit; 1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer; 1971 Kandidat, 1976–1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED.

Wolfgang Mischnick

(1921–2002)

1945 Gründungsmitglied der Liberaldemokratischen Partei (LDP); ab 1950 in der hessischen FDP; 1967–1977 FDP-Landeschef; 1957–1994 Bundestagsabgeordneter; 1964–1988 zweiter Vorsitzender und 1968–1990 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion; Bemühung um gemeinsame Liste der liberalen Gruppen (LDP, FDP der DDR, Forumpartei, Bund Freier Demokraten) in den letzten DDR-Volkskammerwahlen; 1991 Ehrenvorsitzender der FDP.

Günter Mittag

(*1926 in Stettin – 1994)

1952–1953 Instrukteur im Apparat des ZK der SED; 1958–1961 Sekretär der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK; 1962–1989 Mitglied des ZK der SED und Mitglied des Forschungsrates; 1962–1973 Sekretär des ZK der SED für Wirtschaft; 1963–1971 Mitglied des Staatsrates der DDR; 1966–1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED; Stellvertreter Mielkes.

François Mitterrand

(*1916 in Jarnac, Frankreich)

1944 in de Gaulles provisorischer Regierung; 1946–1958 Vertreter der UDSR (Union Démocratique et Socialiste de la Résistance); 1953–1958 Vorsitzender der UDSR; zwischen 1947–1957 mehrfach Minister (Staats-, Justiz- und Innenminister); 1959–1962 Senator; 1981–1995 Präsident.

Wolfgang Mleczkowski

(*1943 in Königs-Wusterhausen bei Berlin)

Diplom-Historiker, 1976 Flucht nach West-Berlin., langjähriger Kreisvorsitzender der FDP in Berlin-Spandau, wird dem „nationalliberalen“ Flügel der FDP zugerechnet. 2000 Ausbruch der Parkinson-Krankheit. Mehrere Skandale. Ab 2004 betreibt die Berliner FDP gegen Mleczkowski die Amtsenthebung und den Ausschluss aus der Abgeordnetenhaus-Fraktion.

Hans Modrow

(*1928 in Jasenitz im Kreis Ueckermünde, heute polnisch Jasienica)
Mitglied des Politbüros des ZK der SED; 1989–1990 Vorsitzender des Ministerrats; ab 1989 stellvertretender Vorsitzender der SED/PDS; legte am 1. Februar 1990 das Konzept „Für Deutschland, einig Vaterland“ vor; bildete am 5. Februar 1990 mit Vertretern des „Runden Tisches“ die „Regierung der nationalen Verantwortung“; seit Oktober 1990 Abgeordneter des Deutschen Bundestags.

Mohammed Mossadegh

(1891–1967)

Ab 1941 im persischen Parlament; 1951–1953 Premierminister, benutzte diese Stellung, um die Macht des Schahs zu beschneiden; da ihn die kommunistische Tudeh-Partei unterstützte, wurde die US-Regierung auf die Veränderungen im Iran aufmerksam, daher wurde Mossadegh durch die „Operation Ajax“ gestürzt, verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Miklós Németh

(*1948)

Ungarischer Politiker; 1988–1990 Ministerpräsident und damit erster demokratisch gewählter Ministerpräsident von Ungarn; USAP-Mitglied bis zur Aufspaltung der Partei 1989.

Jürgen Nitz

(*1927 in Berlin)

1948–1961 Wirtschaftsredakteur und Auslandskorrespondent; 1962–1966 Presseamt des DDR-Ministerpräsidenten; 1969–1991 Arbeit am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft; ab 1986 Mitglied verschiedener internationaler Vereinigungen (Internationaler Rat für Ost-West-Kooperation), Tätigkeit für mehrere Wirtschaftsunternehmen; einer der aktivsten DDR-Unterhändler.

Nikolai Portugalow

Gorbatschows Berater; bewährter inoffizieller Emissär zwischen dem Kreml und Bonn, offiziell Konsultant der Internationalen Abteilung von Valentin Falin im ZK der KPdSU.

Imre Pozsgay

(*1933)

1987 Gründungstreffen des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF); 1988 Generalsekretär der USAP; 1988 Staatsminister und quasi stellvertretender Ministerpräsident; nach Auflösung des Politbüros im Juni 1989 eines der vier Mitglieder im nachfolgenden Präsidium; öffnete im August 1989 die ungarische Grenze („paneuropäisches Picknick“); einer der führenden Politiker der USAP-Nachfolgepartei MSZP.

Udo Proksch

(*1934 in Rostock – 2001)

Österreichischer Designer, Unternehmer und Netzwerker; Besitzer der berühmten k. u. k. Hofzuckerbäckerei Dehmel und Gründer des Club 45 (Seilschaft zur Erlangung von Machtpositionen); 1977 vertuschter Versicherungsbetrug mit dem Frachter „Lucona“, den er versenkte, um die Versicherungssumme zu kassieren (212 Millionen Schilling ~ 15,4 Millionen Euro); bei der Explosion gab es sechs Todesopfer, wegen derer er in einem späteren Verfahren zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Fletcher Prouty

(1917–2000)

1955–1964 im Pentagon; 1960–1961 Briefing Officer für den Verteidigungssekretär; schrieb verschiedene Bücher, unter anderem über die Hintergründe der Ermordung John F. Kennedys, den Kalten Krieg, den Vietnamkrieg.

Wladimir Wladimirowitsch Putin

(*1952 in Leningrad)

1975–1992 KGB-Offizier in der ersten Hauptabteilung (Auslandsspionage) und längere Zeit in der DDR, unter anderem in Dresden; ab August 1996 stellvertretender Kanzleileiter von Boris Jelzin; danach stellvertretender Leiter der präsidentialen Administration; 1998–1999 Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB; später zusätzlich Sekretär des Sicherheitsrates; ab 1999 Premierminister; nach kommissarischer Übernahme der Regierungsgeschäfte 1999 Präsident seit 2000.

Ronald Reagan

(*1911 in Tampico, Illinois – 2004)

Schauspieler (spielte in mehr als 50 Filmen); Sportkommentator in den 30er Jahren; 1981–1989 40. Präsident der USA. Er wurde am 9. November 1992 zum Ehrenbürger von Berlin ernannt.

Rolf Reißig

(*1940 in Gelenau im Erzgebirge)

Sozialwissenschaftler; 1964–1978 an der Universität Leipzig, danach bis 1989 an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin; maßgeblicher Mitautor des SED/SPD-Streitpapiers von 1987; 1990 Gründung des unabhängigen und gemeinnützigen Vereins BISS e. V., Brandenburg (Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien); Autor mehrerer Bücher zum Umbruch in der DDR und den nachfolgenden Transformationsprozessen in den neuen Bundesländern.

Condoleezza Rice

(*1954 in Birmingham, Alabama)

1993–1997 akademische Vizepräsidentin der Stanford-Universität; unter anderem Mitglied im Direktorium des Ölkonzerns Chevron Corporation; Charles Schwab Corporation; William and Flora Hewlett Foundation; J. P. Morgan; als Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, Fachfrau für Sowjetbeziehungen und Beraterin von Präsident George Bush senior und seines Außenministers James Baker, hat sie sich große Verdienste um die Wiedervereinigung Deutschlands erworben.

Rozanne Ridgeway

(*1935)

Amerikanische Diplomatin; 1982–1985 Botschafterin in der DDR, 1985–1989 stellvertretende Außenministerin für europäische und kanadische Angelegenheiten; Vorsitzende des Ausschusses zur Koordinierung der amerikanischen Europapolitik.

Detlev Karsten Rohwedder

(*1932 in Gotha – 1991)

Seit 1971 SPD-Mitglied; 1969–1978 Politiker und Staatssekretär in Bonn; ab August 1990 Vorsitzender der Treuhandanstalt.

Nikolai Iwanowitsch Ryschkow

(*1929 in Dserschinsk – 2005)

Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU; ab 1970 Direktor der Uralfabrik für Schwermaschinenbau; 1979–1983 stellvertretender Vorsitzender von Gosplan der UdSSR; 1985–1991 Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.

Vadim Walentinowitsch Sagladin

(*1927)

1975–1988 Erster stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU; 1988–1991 Berater Gorbatschows in außenpolitischen Fragen; Mitglied der Gorbatschow-Stiftung.

Georgi Chosrojewitsch Schachnasarow

(1924–2001)

Korrespondierendes Mitglied der RAN; Assistent von Michail Gorbatschow; Mitglied der Gorbatschow-Stiftung.

Alexander Schalck-Golodkowski

(*1932 in Berlin)

1975–1989 Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR; legendärer Devisenbeschaffer und Lenker des Koko-Außenhandelsimperiums; wichtiger DDR-BRD-Unterhändler (Milliardenkreditnahme der DDR); Offizier im besonderen Einsatz (OibE); Mitglied des ZK der SED; wurde wegen seiner zahlreichen Devisenvergehen und illegalen Waffengeschäfte angeklagt und mehrmals verurteilt.

Wolfgang Schäuble

(*1942 in Freiburg)

1979–1982 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen; seit 1972 CDU-Mitglied des Bundestages; 1981–1984 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1984–1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, danach Bundesminister des Inneren; seit 1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1998–2000 Vorsitzender der CDU Deutschlands, Anfang 2000 Niederlegung des Partei- und Fraktionsvorsitzes im Zuge des Parteispendenskandals.

Eduard Schewardnadse

(*1928)

1972–1985 Erster ZK-Sekretär der KP Georgiens; 1985–1991 Außenminister der UdSSR; 1985–1990 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU; ab März 1992 Vorsitzender des Staatsrats, Oberhaupt der Republik Georgien; 1992–1995 Vorsitzender des Obersten Sowjets in Georgien; ab November 1995 Präsident Georgiens.

Martin Schlaff

(*1953 in Wien)

Holz- und Textilienhändler aus der Donaustadt Wien; Ost-West-Händler; Kopf einer wichtigen, weltweit operierenden Firmengruppe, dem so genannten Schlaff-Imperium, das in der Wendezeit zu den wichtigsten Partnern der HVA gehörte.

Hanns-Martin Schleyer

(*1915 in Offenburg – 1977)

War in der HJ und der SS; Jurist; 1948 nach dem deutschen Entnazifizierungsgesetz als harmloser „Mitläufer“ eingestuft; seit 1951 bei Daimler-Benz, 1956 als Leiter der Personalabteilung und 1963 als ordentliches Vorstandsmitglied; 1962–1968 Vorsitz des Verbands der Metallindustriellen in Baden-Württemberg; 1973 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; 1977 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Helmut Schmidt

(*1918 in Hamburg)

1953–1961 SPD-Mitglied des Deutschen Bundestages; 1947 Mitglied des Fraktionsvorstands; 1968 stellvertretender SPD-Vorsitzender; 1974–1982 deutscher Bundeskanzler; wird im Oktober 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum von Kohl abgelöst; seit 1983 Mitherausgeber der Zeitschrift DIE ZEIT; Mitbegründer des „InterAction Councils“, einem Rat ehemaliger Staats- und Regierungschefs; 1986 gründete Schmidt mit Valéry Giscard d’Estaing den Ausschuss für die Europäische Währungsunion und unterstützte den Aufbau der Europäischen Zentralbank.

Rudolf Seitzers

(*1937 in Osnabrück)

1971–1976 und 1982–1989 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1989–1991 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes; 1991–1993 Bundesminister des Innern; ab 1994 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Arbeitsbereich Auswärtiges, Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Europäische Union.

Günter Sieber

(*1930 in Ilmenau)

Bis 1962 Parteisekretär der Staatlichen Plankommission, bis 1963 stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle beim Ministerrat; 1963–1967 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED; 1965–1972 Minister für Handel und Versorgung und bis 1980 DDR-Botschafter in Polen; ab 1981 Mitglied des ZK der SED, seit 1980 als Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen; 1981–1990 als Volkskammer-Abgeordneter Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten; 1989 Sekretär des ZK.

Rudolfine Steindling

Genannt „rote Fini“, Chefin der Ost-Berliner Handelsfirma Novum (SED-Tarnfirma); Wiener Kommerzialrätin; KPÖ-Finanzchefin; ließ nach der Wende SED-Parteivermögen im Ausland verschwinden.

Manfred Stolpe

(*1936 in Stettin)

1982–1990 Konsistorialpräsident der Ostregion der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. 1982–1990 einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Stolpe agierte als Vermittler zwischen kirchlichen Oppositionellen und dem Staat. 1990 Eintritt in die SPD. 1990–2002 Ministerpräsident des Landes Brandenburg. Ab 2002 Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in der rot-grünen Koalition.

Willy Stoph

(*1914 in Berlin – 1999)

1950–1953 Sekretär des ZK; 1953–1989 Mitglied des Politbüros; 1950–1989 Abgeordneter der Volkskammer, 1950–1952 Vorsitzender ihres Wirtschaftsausschusses; 1952–1955 Minister des Innern; 1956–1960 Minister für Nationale Verteidigung; 1962–1964 Erster stellvertretender Vorsitzender und 1964–1973 Vorsitzender des Ministerrats, Vorsitzender des Staatsrats; 1976–1989 Vorsitzender des Ministerrats.

Franz Josef Strauß

(*1915 in München – 1988)

1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben; 1955–1956 Bundesminister für Atomfragen; 1956–1962 Bundesminister für Verteidigung; 1966–1969 Bundesminister für Finanzen; 1978 bis zu seinem Tode Ministerpräsident des Freistaates Bayern.

Jürgen Sudhoff

(*1935)

1987–1991 Staatssekretär im Auswärtigen Amt der BRD; 1991–1995 Botschafter in Paris.

Horst Teltschik

(*1940 in Böhmen)

1970 Leiter der Gruppe Außen- und Deutschlandpolitik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle; 1972 Referent in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz; 1977 Leiter des Büros des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1982–1990 Leiter der Abteilung für auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik und äußere Sicherheit; seit 1983 Stellvertreter des Chefs des Bundeskanzleramts; 1991 Geschäftsführer der Bertelsmann-Stiftung; seit 1993 Mitglied der BMW AG.

Margaret Thatcher

(*1925 in Grantham, Großbritannien)

1961–1964 Parlamentarische Sekretärin in der konservativen Regierung; 1970–1974 Erziehungsministerin; 1975 Vorsitzende der konservativen Partei; 1979–1990 britische Premierministerin; kompromisslose Vertreterin der freien Marktwirtschaft; 1992 Erhebung in den Adelsstand; verzichtete 1992 darauf, zur Wiederwahl anzutreten; hat als Baroness einen Sitz im Oberhaus.

Jürgen Todenhöfer

(*1940)

1972–1990 CDU-Mitglied des Deutschen Bundestages; entwicklungspolitischer Sprecher der CDU; 1980 besuchte er das sowjetisch besetzte Afghanistan und startete eine Spendenaktion; einer der prominentesten deutschen Kritiker der US-amerikanischen Feldzüge gegen Afghanistan ab dem Jahr 2001 und gegen den Irak im Jahre 2003.

Viktor Michailowitsch Tschebrikow

(*1923)

1982–1988 Vorsitzender des KGB der UdSSR; 1988–1989 Sekretär des ZK der KPdSU; 1985–1989 Vollmitglied des KPdSU-Politbüros.

Anatoli Sergejewitsch Tschernajew

(*1921)

1970–1986 stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, seitdem Berater Michail Gorbatschows in außenpolitischen Fragen; Mitglied der Gorbatschow-Stiftung.

Konstantin Ustinowitsch Tschernenko

(1911–1985)

Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR (Staatsoberhaupt), 1978–1985 Vollmitglied des KPdSU-Politbüros.

Nikolai Fjodorowitsch Tschernow

General der Sowjetarmee; Mitglied im Generalstab für Abrüstungsverhandlungen; in den 80er Jahren Leiter der Verwaltung Rechts- und Vertragswesen des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte.

Manfred Uchner

(*1937 in Magdeburg)

Ab 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter im ZK der SED; 15 Jahre persönlicher Referent von Hermann Axen; 1985–1989 Mitglied der Gemeinsamen Sicherheitspolitischen Arbeitsgruppe (GSA) der SED-SPD; am 20. Januar 1989 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus dem ZK-Apparat entfernt; ABM-Projektleiter und Geschäftsführer des Kautsky-Bernstein-Kreises e. V. (1990 hervorgegangen aus der SED-PDS); ab 1995 SPD-Mitglied; Autor mehrerer politischer Sachbücher.

Hans-Jochen Vogel

(1926 in Göttingen)

Jurist, 1950 Promotion; Eintritt in die SPD; 1960–1972 Oberbürgermeister von München; 1972–1994 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1972–1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; 1974–1981 Justizminister; 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin (West), danach SPD-Oppositionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus; 1987–1991 Parteivorsitzender der SPD; 1994 Austritt aus dem Deutschen Bundestag.

Wolfgang Vogel

(*1925 in Wilhelmsthal, Schlesien)

1969 offizieller „Bevollmächtigter der DDR für humanitäre Fragen bei der Bundesregierung“; 1985 Professor für Strafprozessrecht, vermittelte die Ausreise von über 250.000 DDR-Bürgern in die BRD und den Freikauf von 33.775 Häftlingen, Mittelsmann im Austausch von ca. 150 Agenten; 1984 Vermittler bei der Besetzung der US-Botschaft in Berlin durch Ausreisewillige und 1989 bei der Ausreise Tausender Besetzer der Botschaften der BRD in Budapest, Prag und Warschau; 1990 Anwalt von Erich Honecker.

Lech Walesa

(*1943 in Popowo, Polen)

1980 an der Spitze einer Streikbewegung, aus der die Gewerkschaft Solidarność hervorging; nach Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 hielt er an dem Ziel der Demokratisierung Polens fest; 1983 bekam er den Friedensnobelpreis; nach der politischen Wende 1989 war er 1990–1995 Staatspräsident Polens.

Vernon Walters

(*1917 in New York – 2002)

Im April 1989–1991 US-Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland; Einsatz für die CIA in Griechenland, im Iran, in Italien, Brasilien, Chile und anderen Ländern; war am Sturz mehrerer Regierungen maßgeblich beteiligt in der Rolle als Botschafter, Militärattaché oder operativer CIA-Chef in der Zentrale und konnte seine Beteiligung immer gut verbergen; stellvertretender Direktor des CIA.

Richard von Weizsäcker

(*1920 in Stuttgart)

1938–1943 Staatssekretär im Auswärtigen Amt; 1954 Promotion und Beitritt zur CDU; Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung bei Mannesmann bis 1958; bis 1962 Gesellschafter eines Bankhauses im Ruhrgebiet, anschließend bis 1967 bei Boehringer/Ingelheim; 1972–1974 Leiter der Grundsatzkommission der CDU; 1972–1979 Vize-Fraktionschef; 1981–1984 Regierender Bürgermeister von Berlin; 1984 sechster deutscher Bundespräsident; 1989 Wiederwahl und damit erster gesamtdeutscher Bundespräsident.

Hans-Georg Wiese

(*1928)

1954 Eintritt in das Auswärtige Amt; 1970 Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium für Verteidigung; 1974 Botschafter in Teheran; 1977 Botschafter in Moskau; 1980 Leiter der Deutschen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel; 1985 Präsident des BND.

Karl Wienand

(*1926)

1953–1974 Abgeordneter im Bundestag; ab 1967 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion; 1975 Geschäftsführer der Gesellschaft für kosmetische plastische Chirurgie und Ästhetik mbH Klinik International; 1985 Mitglied des SPD-Parteirats; war in eine Reihe von Skandalen verwickelt (unter anderem Steiner-Wienand-Affäre; Steuerhinterziehung; Spionage für die DDR).

Hans-Jürgen Wischnewski

(1922–2005)

SPD-Spitzenpolitiker; 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit; meisterte 1977 die Staatskrise während der Entführung der Passagiere der Maschine „Landshut“; enger Berater von Bundeskanzler Helmut Schmidt; 1976–1979 Staatsminister im Kanzleramt; bis 1982 Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

Karol Józef Wojtyła (Papst Johannes Paul II.)

(*1920 in Wadowice, Polen – 2005)

264. Papst in der Geschichte der römisch-katholischen Kirche; sein Pontifikat (1978–2005) prägte nachhaltig sowohl die Endphase des Kalten Krieges als auch die Zeit danach; Papst mit der längsten historisch belegten Amtszeit.

Markus Wolf

(*1923 in Hechingen bei Stuttgart)

1949–1951 Erster Rat in der DDR-Botschaft in Moskau; ab September 1951 beteiligt am Aufbau des Außenpolitischen Nachrichtendienstes der DDR (APN); stellvertretender Leiter der Hauptabteilung III (Abwehr) des APN; 1952 Leiter des APN; nach Eingliederung des APN (später HVA) in das MfS weiterhin dessen Leiter; Generalmajor und als „Spionagechef“ Erster Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit.

Otto Wolff von Amerongen

(*1918 in Köln)

Einflussreicher Unternehmer im Deutschland der Nachkriegszeit; wichtigster bundesdeutscher Ost-West-Händler; Inhaber des Otto-Wolff-Konzerns, der auch heute noch existiert; 1969–1988 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Register

A

Abelein, Manfred 151
Achromejew, Sergej Fjodorowitsch 102, 154, 189
Ackermann, Eduard 111
Admoni, Nahoum 67
Afghanistankrieg 19 ff., 23, 25, 27, 42, 131, 147
AFL-CIO 29
Airbus 44
Akademie der Wissenschaften der UdSSR 69
Akademie für Gesellschaftswissenschaften 86 f.
Albrecht, Ernst 216
Allende, Salvador 176
Allianz für Deutschland 256
Alliierter Kontrollrat 14
AMD 271
Amin, Hafizullah 19 f.
Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) 251
Andrä, Wolfgang (IM Anders) 56, 61, 77

Andrew Barracks 97
Andropow, Juri 19 ff., 23, 42, 45 f., 62, 71 f.
Anstalt Mondessa 260
Ardenne, Manfred Baron von 124
Arnot, Dr. 191
AT&T 271
Auswärtiges Amt 111, 194, 201
Aviama 275
Axen, Hermann 50, 68, 72, 89 ff., 94 f., 126, 144, 146, 159, 168 ff.

B

Baader, Andreas 112 f.
Backes, Ernest 275
Bahl, Holger 31–36, 40, 44, 53–58, 61, 77, 126 f., 239
Bahr, Egon 3, 5, 16 ff., 34, 61, 144, 153, 168, 171 f., 196
Baker, James 163, 177

- Bank Austria 138
- Bank für Handel und Effekten 136
- Bank von Budapest 67
- Barre, Mohammed Siad 112
- Barzel, Rainer 32
- BASF 271
- Bayer 271
- Bearden, Milton 64, 147
- Beater, Bruno 114
- Bechtel 249
- Beck, Ludwig 69
- Beckurts, Karl Heinz 108
- Befisa 262, 265
- Beiersdorf 271
- Beil, Gerhard 32, 54, 56, 60 f., 76, 95, 127 ff., 138, 262
- Belussow, Prof. 96
- Ben-Menasche, Ari 67
- Berghofer, Wolfgang 124
- Berija, Lawrenti Pawlowitsch 64
- Berliner Mauer 15 f., 53 f., 56, 60, 128 f., 230 ff.
- Bernstein, Carl 29
- Bertele, Franz 211, 215, 218
- Bhutto, Ali 244
- Biedenkopf, Kurt 179, 208
- Biermann, Wolf 219
- Bindenagel, Jerry 221, 224
- Bisky, Lothar 140, 228
- Bismarck, Otto Eduard Leopold, Fürst von 11
- Blackwell, Robert D. 63
- Bohley, Bärbel 217 f., 220, 227 f.
- Böhme, Hans Joachim 89
- Böhme, Ibrahim 219, 221
- Botschaftsflüchtlinge 60, 190, 204 ff.
- Budapest 60, 190–198, 201
- Ost-Berlin 193, 207
- Prag 59 f., 193, 208–214
- Warschau 212, 214 f.
- Brandt, Willy 2 f., 16 ff., 168, 172, 234
- Braunmühl, Gero von 8, 108 ff., 116, 240
- Breschnew, Leonid Iljitsch 19, 22, 24 f., 42, 65, 73
- Breschnew-Doktrin 64 f., 131, 160, 225
- British American Complex (BAC) 243 f.
- Brzezinski, Zbigniew 28
- Bülow, Andreas von 78
- Bundesamt für Verfassungsschutz 8, 45, 105, 125, 250, 268, 272 f.
- Bundesanwaltschaft 8, 109, 138
- Bundesgerichtshof 52
- Bundesgrenzschutz (BGS) 43
- Bundeskriminalamt (BKA) 109, 241, 266, 269
- Bundesnachrichtendienst (BND) 8, 49, 112, 127, 130, 133, 220, 242, 259, 263 f., 268 f., 274
- Bundesverwaltungsgericht 139
- Bundeswehr 270

Burckhardt, Rudolf 41
 Bush, George Herbert Walker
 3, 15, 20, 65, 67, 163,
 172–177, 179 f., 187 ff., 232,
 236, 238
 Byrd, Robert 120

C

Cantrade Bank 136
 Carl Zeiss Jena 178, 271
 Carter, James Earl („Jimmy“)
 28
 Carver, George A. 252
 Casey, William J. 29
 Ceau°escu, Nicolae 93
 Chodorkowski, Michail
 Borissowitsch 274 ff.
 Christians, Friedrich Wilhelm
 117 ff., 246
 Christlich Demokratische
 Union Deutschlands
 (CDU) 3, 58, 178
 – Deutschlandpolitik 1, 3,
 37 f., 40, 119, 128, 149 ff.,
 157 f., 208, 235 f.
 – erste demokratische Wahlen
 der DDR 2, 256

Christlich-Soziale Union
 (CSU) 4, 37, 39, 45, 58
 Chruschtschow, Nikita
 Sergejewitsch 15
 Churchill, Winston 13
 CIA 20, 26 f., 29, 49, 63,
 96, 97, 147, 153, 176, 220 f.,
 243 f., 247 ff., 251 ff., 269

– Embargohandel 78 ff.
 – Zahlungen an den Vatikan
 11, 29
 Clausewitz, Carl von 69
 Colby, William E. 252
 COMECON 70, 165
 Computerspionage 78 f.,
 81, 270
 Copy Wings 98
 Coutts & Co. 136
 Credit Suisse 67
 Czaja, Herbert 151

D

Dahl, Harry 114, 116
 Daschitschew, Iwan Fjodoro-
 witsch 69
 Daschitschew, Wjatscheslaw
 64, 69–75, 148 f., 159 f.,
 230
 DDR
 – Anerkennung 24, 53,
 56 ff., 60, 128, 150, 206
 – Deutschlandpolitik 17, 22,
 38, 45 f., 103
 – erste freie Wahlen 94,
 253, 256
 – freundliche Grenzkontrollen
 42 f.
 – Juniaufstand 90
 – Kredite 4 f., 32–45, 47, 54,
 56, 126, 130 f.
 – menschliche Erleichterungen
 39 ff., 47, 56
 – Mindestumtausch 43

- Öllieferungen 25 f.
- RAF 112 ff.
- Reiseerleichterungen 31, 33 ff., 41, 43 f., 54 f., 57 f., 61, 127, 129
- Schulden 22
- Transitpauschale 131 f., 158
- 40. Jahrestag 222, 226
- Wirtschaftslage 82, 94 ff., 128, 130
- DEC 271
- Demokratie jetzt 218 f.
- Demokratischer Aufbruch 219
- Deng Xiaoping 103
- Deutrans 35, 84
- Deutsche Außenhandelsbank (DABA) 126
- Deutsche Bank AG 8, 117 f., 156, 203, 239 f., 245 ff., 250 f.
- Deutsche Handelsbank (DHB) 34 f.
- Deutsche Reichsbahn 215
- Deutschland einig Vaterland 253 f.
- Devisenverschiebung 8, 133–141, 259–268, 273 f.
- DHW 271
- Dickel, Friedrich 220
- Donda, Arno 95
- Dregger, Alfred 105 f.
- Dreyer, Gerd 79 f., 82 ff., 167, 271
- Dürr, Heinz 264
- Duttweiler-Institut 61 f.

E

Economic Hitman 249
 Ehmke, Horst 196
 Eichner, Klaus 97 f.
 Eiserner Vorhang 13, 70 f., 161, 163, 200
 Embargohandel 4 f., 7, 66, 77–81, 83 ff., 134, 138, 167, 178, 264, 266, 270
 Engholm, Björn 179
 ENI 243
 Ensslin, Gudrun 112
 Eppelmann, Reiner 221
 Eppler, Erhard 87
 Epson 271
 Europäischer Gerichtshof 113
 Evangelische Kirche der DDR 178, 216

F

Falin, Valentin 14, 18, 21, 23, 67, 96, 102, 117, 121 f., 126, 129, 140, 143, 155, 160, 189, 232 ff.
 Farkasch, Eli 83
 Felfe, Werner 147
 Festplattenfabrik 83 ff.
 Fischer, Oskar 95, 205 f.
 Forsyth, Frederick 132
 Frankreich,
 Deutschlandpolitik 14
 Freie Demokratische Partei (FDP) 16, 36, 105, 235 f.

Freie Deutsche Jugend (FDJ)
123, 222
Friedmann, Bernhard
104–108, 119 f., 151, 155
Friedrich-Ebert-Stiftung 86
FSB 272 f.
Fuba 264, 266
Fujitsu 271

G

Gandhi, Indira Priyadarshini
244
Gauck-Behörde 270, 272 f.
Gaulle, Charles de 244
Gaus, Günter 24, 37
Gauweiler, Peter 4
Geißler, Heiner 149 ff., 208
Genscher, Hans-Dietrich
1, 109, 160 f., 165, 184, 195,
197 f., 201, 203, 208, 211 ff.,
238, 255
Gentz, Anwaltskanzlei 139
Geraer Forderungen 24
Geraschenko 55
Gerlach, Manfred 228
Gierek, Edward 29
Gloubovich, Alexej 275
Goebbels, Paul Joseph 103,
126
Gohlke, Rainer Maria 264
Golfkrieg (1.) 65 f.
Gorbatschow, Michail
Sergejewitsch 2, 4, 6, 10 f.,
18, 47, 62–68, 70, 73 ff., 86,
89–96, 98–104, 107, 109,

111, 116–121, 125 f., 130,
133, 146, 154–160, 162 f.,
173 ff., 177, 180 ff., 185 ff.,
189, 192, 202, 204, 207, 218,
222–226, 228 ff., 232 ff.,
237 f., 254 ff.
Gorbatschow, Raissa 63, 68
Gorbatschow-Doktrin 160
Gramann, Siegfried 141
Grams, Holger 267
Grinin, Wladimir 230
Grischin, Viktor 64, 66
Gromyko, Andrej Andreje-
witsch 17 f., 64, 69
Grósz, Károly 161 ff., 207
Grötzinger, Günter 31 f., 35
GRU 28
Grundlagenvertrag (1972)
16 ff.
GSG-9 112
Gudruf, Kneipe 135
Gundelach, Thomas 40, 57,
61 f., 76 f.
Gutmann, Sigrid *siehe* Schalck-
Golodkowski, Sigrid
Gysi, Gregor 88, 140, 210,
221, 228

H

Häber, Herbert 26, 37 ff., 41,
44, 46, 48–55, 61 f., 103, 126
Habsburg, Otto von 167,
199 f.
Habsburg, Walburga von
167, 199

- Hager, Kurt 87 f.
 Halliburton 249
 Hamm-Brücher, Hildegard 196
 Handelsbank Ziesche 126
 Hänisch, Werner 71, 89
 Hartesaul 181
 Hartmann, Ministerialdirigent 203
 Havel, Václav 89
 Havemann, Katja 217
 Havemann, Robert 217
 Heath, Edward 192
 Henkel 271
 Hennig, Ottfried 151, 196
 Henrich, Rolf 217
 Heraeus 271
 Herger, Wolfgang 224
 Hermann, Ottokar (IM Rohloff) 262, 265 ff.
 Herrhausen, Alfred 8, 116, 118 f., 156, 203, 239 ff., 244–251, 253
 Herrhausen, Traudel 240
 Heym, Stefan 228
 Hillmann, Günter 92
 Hirt 36
 Hitler, Adolf 69
 Hoechst 271
 Hoesch AG 264, 266
 Hogefeld, Birgit 267
 Hoher Flüchtlingskommissar 197
 Honecker, Erich 4, 18, 21–26, 30–34, 36–48, 50, 54 f., 57, 59 ff., 64, 66, 68, 72 f., 80, 86, 88–96, 103, 112 ff., 119 ff., 124–129, 143 f., 147, 149, 156, 158 f., 166, 168, 171 f., 180 ff., 185 f., 200, 202, 207, 221 f., 224–228
 Höpke, Klaus 4
 Hopkins University 144
 Horn, Gyula 28, 163 ff., 188, 194, 197, 200 ff., 205
 Horváth, István 207
 Huber, Hermann 208–213
 Husák, Gustav 208
- I**
- IBM 79 ff., 271
 IM Halka 35, 126
 INSCOM 97 f.
 Institut für internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberger 71, 89
 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) 53, 89, 118, 179
 Intel 271
 Intema 265 f.
 Interflug 35, 44, 76
 Internationaler Währungsfonds (IWF) 162, 244 ff., 248
 Intrac Handelsgesellschaft mbH 31–36, 261 f., 264 ff.
 Iran-Contra-Affäre 66 ff., 83
 Iran-Waffenembargo 65 f.
 Ivanow, Andreij 157
 IWR 274 f.

J

Jakowlew, Alexander
 Sergejewitsch 6 f., 63, 118,
 159, 163, 185, 233 f.
 Jalta-Konferenz 13
 Janajew, Gennadi 146 f.
 Jänicke, Generaloberst 95
 Jarowsky, Werner 147, 225
 Jaruzelski, Wojciech 174, 187
 Jasow, Dimitrij 234
 Jelisseejew, Lew 94
 Jenninger, Philipp 1, 37 f.,
 40 ff., 57 f., 62, 76 f., 111, 127
 Johannes Paul II., Papst
siehe Wojtyła, Karol Józef
 Junker, Wolfgang 225, 258

K

Kádár, János 103, 162
 Kalter Krieg 13, 70, 74, 102,
 147 ff., 179, 182, 187, 257
 Kant, Dr. 50
 Kant, Immanuel 69
 Kasernierte Volkspolizei
 (KVP) 90
 Kaul, Friedrich Karl 113
 KDM-Ermittlungsbüro für
 Industrie und Wirtschaft
 268
 Kennedy, John Fitzgerald
 242 f.
 Kernforschungszentrum
 Jülich 270
 Kessler, Oswald 134

KGB 19 f., 23, 62 ff., 66 f.,
 93 ff., 98, 105, 122 f., 125,
 133, 147 f., 220, 226, 254,
 269, 271 ff.
 Kleine, Generalmajor 44
 Klöckner-Werke 271
 Klump, Andrea 241
 Kohl, Helmut 1 ff., 6, 10 f.,
 18, 37–42, 45 f., 53, 57 f.,
 60 f., 102–106, 111, 116 f.,
 120, 126, 128, 144, 149, 151,
 155 ff., 175, 178, 180, 184 ff.,
 197, 200 ff., 206 ff., 227,
 232–239, 253 ff., 269
 Kohl, Michael 17
 Köhler, Herbert 124
 Kommerzielle Koordinierung
 (Koko) 31 f., 34 f., 38, 60,
 85, 132, 136 f., 259–265,
 267, 274 f.
 Kommunistische Partei
 Deutschlands (KPD) 30
 Kommunistische Partei
 Frankreichs 244
 Kommunistische Partei Öster-
 reichs (KPÖ) 134 ff., 139
 Komsomol 133
 Kondratschow, Sergej
 180 f., 204
 Konferenz für Sicherheit und
 Zusammenarbeit (KSZE)
 Helsinki 43, 107, 184
 Konföderation der BRD und
 DDR 1 ff., 10, 37, 55, 128,
 150, 234 f., 237, 239, 253,
 255 f.
 König, Herta 128, 130

- Köppe, Ingrid 251 f., 261, 265 f.
 Kopper, Hilmar 248
 Koptjelzew, Valentin
 Alexejewitsch 146 f., 159
 Koschnik, Hans 53
 Kotschemassow,
 Wjatscheslaw Iwanowitsch
 96, 222, 226, 232
 Kowigin, Anatoli 146,
 223 f.
 KPdSU 24, 73, 77, 86, 89,
 140, 146, 159, 226
 Kreditanstalt für Wiederaufbau
 248
 Krenz, Egon 6 f., 88, 124,
 141, 166, 178 f., 181,
 224–229, 231 f.
 Krjutschkow, Wladimir
 Alexandrowitsch 4, 122,
 124, 143, 180 f., 254 f.
 Krolikowski, Werner 23,
 147
 Krüger, Thomas 221
 Krupp 271
 Kulakow, Viktor 92, 146
 Kurpakow, Iwan 11, 156 f.
 Kusmin, Iwan N. 96
 Kwizinskij, Julij A. 185

- Länderspiel 33, 53, 55 ff.,
 60 ff., 125 ff., 129, 239
 Landesamt für Verfassungs-
 schutz Hessen 240 f.
 Landgericht Berlin 52, 140
 Landgraeber, Wolfgang 110,
 240
 Leban, Axel 117 f.
 Lebedew, Platon 275
 Lehmann, Oberst 44
 Leisler Kiep, Walther 37, 179
 Leybold 85
 Liberaldemokratische Partei
 Deutschlands in der DDR
 (LDPD) 228
 Lindner, Eduard 151
 Lisowski, Waltraud 260 ff.,
 265 f.
 Livingston, David 144
 Lohs, Karlheinz 90, 171
 Lorenz, Siegfried 154, 225
 Lowow 159
 Luch 94, 122 ff., 143, 170,
 224, 230, 272 f.
 Ludwig II., König von Bayern
 11
 Lufthansa 112

M

L

- Lahnstein, Manfred 35
 Lambertz, Werner 113
 Lambsdorff, Otto Graf 119
 Lamers, Karl 150
 Maison de France 116, 253
 Maizière, Lothar de 189,
 216, 256
 Malteser Hilfsdienst 195, 198
 MAN 271
 Mannesmann 271

- Marshall-Plan 246
- Marx, Karl 188
- März, Josef 4, 38–42
- Mathiopoulos, Margarita 128
- Matlock, Jack 173
- Matschke, Klaus-Dieter
251, 268
- Mattei, Enrico 243
- Maximyschew, Igor 222
- Maxwell, Ian Robert 66 ff.,
83, 200
- Mazowiecki, Tadeusz 174, 187
- Meinhof, Ulrike 112
- Menatep 275
- Meyer, Herb 26 f.
- Meyer-Landrut, Andreas
155, 193
- MI6 243
- Mielke, Erich 20, 23, 25 f.,
34, 41, 44, 48 f., 59, 114,
120, 126, 168, 180 f., 204 f.,
220, 223, 225 f., 228
- Militärischer Abschirmdienst
(MAD) 268
- Ministerium für Außen-
handel (MAH) 262
- Ministerium für
Staatssicherheit (MfS)
7 f., 38, 44, 48 f., 56, 59, 62,
77, 79 f., 82 ff., 95, 97, 111,
114 ff., 125 ff., 137, 141,
170 ff., 180 f., 195, 201 f.,
205, 219 ff., 225 ff., 230,
242, 251 ff., 258 f., 267–274
- Hauptabteilung XVIII 7,
79 f., 126 ff., 167
- Hauptabteilung XX 219
- Hauptabteilung XXII-8
116
- Hauptverwaltung
Aufklärung (HVA) 80,
111, 123, 132, 143, 194, 261,
267–273
- Wachregiment Felix
Dzierzynski 141, 223
- Mischnick, Wolfgang 184
- Misselwitz 221
- Mittag, Günter 23 f., 33 f.,
59, 72, 76, 80, 90, 130, 171,
205
- Mitterrand, François 177,
186, 188 f.
- Mittig, Rudi 44
- Mleczkowski, Wolfgang
230, 235
- Mock, Alois 166
- Modrow, Hans 124, 141,
154, 226 f., 232, 239, 253 f.,
260
- Mogadischu 112
- Moksel, Alexander 4
- Montagsdemonstrationen
219, 223
- Morgan Grenfell 247 f.
- Moskauer Vertrag (1970)
17 f., 183
- Mossad 7, 67, 83
- Mossadegh, Mohammed
176, 243
- Mühe, Ulrich 228
- Müller, Dagobert 50
- Müller, Fritz 169 f.
- Müller, Heiner 228
- Murdoch, Rupert 66

N

- National Security Agency
(NSA) 78 f., 96
- National Security Council
(NSC, Nationaler Sicherheitsrat der USA) 6, 15, 66, 173 f.
- Nationalbank Ungarns 140
- Nationale Volksarmee (NVA) 97, 154, 223
- NATO 15, 47 f., 77, 81, 85, 98, 102, 104, 107, 134, 193, 270, 274
- Nachrüstung/
Doppelbeschluss 19, 21, 23, 41, 46, 97, 101
- Zugehörigkeit Deutschlands 67 f., 106, 176, 233, 257
- Neiber, Gerhard 115
- Németh, Miklós 161 ff., 166, 194 f., 197, 200 ff.
- Neuber, Friedel 127
- Neues Forum 217, 219 f., 226 f.
- Neues Ökonomisches System (NÖS) 70 f.
- Nicholson, James 29
- Niederländer, Prof. Dr. 216
- Nitz, Jürgen 3, 53 ff., 57 f., 61 f., 77, 118, 126 f., 239
- Nonne, Siegfried 240 f.
- Novell 271
- Novum 135–139

O

- „Objekt 74“ 116
- Operation Ajax 176
- Operation Gawrilow 6, 64, 147
- Operation Odessa 130, 132 f., 259
- Operation Staunch 66
- Operation Wappen 80
- Organisation Gehlen 133
- Osterloh, Frank 115
- Österreichische Länderbank 138
- Oswald, Lee Harvey 243
- Oxford, Hermann 235

P

- Pahlewi, Reza Schah 243
- Palme, Olof 244
- Paneuropa-Union 167, 199
- Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 140, 228, 261
- Peking, Platz des himmlischen Friedens 182, 187
- Perestroika 42, 68, 86 ff., 125, 133, 143, 163, 185, 220, 222, 228 ff., 258
- Perkins, John 249
- Pflugbeil, Sebastian 217
- PLO 274
- Polen, erste freie Wahlen 173 f., 187
- Polze, Werner 126, 128

Portugalow, Nikolai 159,
182, 234, 236 f.
Potsdamer Abkommen 13 f.
Pozsgay, Imre 162
Preis, Byron 14
Priegnitz, Staatssekretär 213
Proksch, Udo 135
Prouty, Fletcher 243 ff.
Pruys, Karl Hugo 2, 11,
156 f., 256
Puntus, Wladimir 194
Putin, Wladimir Wladimiro-
witsch (Wolodja) 121,
123 ff., 230, 272, 275, 276

Q

Qualtinger, Helmut 135
Quayle, Dan 176

R

Rachmanin 65
Rahr, Alexander 125
Rat für gegenseitige Wirt-
schaftshilfe (RGW) 81
Rat für Weltangelegenheiten
247
Rausch, Friedhelm 227
Reagan, Ronald 2, 15, 20,
26–31, 65 f., 76, 79, 98–102,
104, 108, 120 f., 162, 173,
179 f.
Reich, Jens 217
Reinhold, Otto 145, 225

Reißig, Rolf 86 ff., 171
Reptilienfonds 11
Reykjavík 99, 102 f.
Rheinmetall 271
Rice, Condoleezza 6, 148,
174
Ridgeway, Rozanne 174
Robert Placek Holding
(Schlaff-Gruppe) 138
Robert, Denis 275
Robinson, Peter 120
Robotron 125
Röchling 271
Rohwedder, Detlev Karsten
8, 116, 258, 264–268
Römhild 140 f.
Rösch, Franz 54 f.
Rosenholz-Datei 269
Rote Armee Fraktion (RAF)
8, 108–116, 240 ff., 250 ff.,
267 ff.
Rotes Kreuz 197 f., 201, 213
Rühe, Volker 150, 234
Russakow, Konstantin 25 f.,
65, 73
Ryschkow, Nikolai
Iwanowitsch 117 f., 181 f.

S

Sagladin, Vadim
Walentinowitsch 92 ff.,
118, 146, 154, 237
Samjatin, Leonid 63
Schabowski, Günter 224 f.,
228 f., 231

- Schachnasarow, Georgi
Chosrojewitsch 233
- Schalck-Golodkowski,
Alexander 4, 31 f., 34 f.,
38–45, 54 f., 58 ff., 76, 82,
84 f., 126 f., 129–133, 137,
178, 191, 225, 231, 258–267,
275
- Schalck-Golodkowski, Sigrid
258 ff., 267
- Schalck-Untersuchungs-
ausschuss 44, 141, 261,
263, 265 f.
- Schäuble, Wolfgang 10, 54,
58 ff., 85, 107, 120, 127–131,
149 f., 152, 191, 259, 261,
263
- Schering 271
- Scheuermann-Bank 259 f.
- Schewardnadse, Eduard 67,
73 ff., 109, 118, 159 f., 177,
186, 206, 212, 233, 255
- Schlaff, Martin
(IM Landgraf) 80, 82 f.,
138
- Schleyer, Hanns-Martin
112 f.
- Schmidt, Helmut 19, 21,
23 f., 32 f., 35 f., 55, 112,
115, 129
- Schmidt, Manfred 139
- Schmidt, Max 89, 91, 118
- Schmidt, Uwe 135
- Schmidt, Wolfgang 219
- Schmidtbauer, Bernd 264
- Schmitt, Max 179
- Schnur, Wolfgang 219
- Scholz, Rupert 151
- Schreckenberger, Waldemar
111
- Schröder, Gerhard 275 f.
- Schröder, Peter W. 252
- Schult, Reinhard 217
- Schürer, Gerhard 128, 225
- Schwarz, Hans-Peter 150
- Schwenke, Hans 141
- Scott, Tom 78
- Scowcroft, Brent 174
- SDP/SPD 219
- Seidel, Karl 24
- Seidler, Christoph 240 f.
- Seiters, Rudolf 1, 196, 212 f.
- Shultz, George 101
- Sicherheitsdienst (SD) 133
- Sieber, Günter 95, 146
- Sieker, Ekkehard 110, 240
- Siemens 81, 108, 125, 271
- Sindermann, Horst 23, 55,
57, 61 f., 118, 127
- SIPRI 153, 170 f.
- Solidarność 29 ff., 173 f.,
187
- Sonnenfeld,
Unterstaatssekretär 145
- Sopron 167, 198 ff.
- Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD) 151,
153, 159, 168, 171 f., 184
– atomwaffenfreier Korridor
89, 91 f.
– Deutschlandpolitik 1 f.,
16 ff., 128, 208, 235
– Grundwertekommission
87

– „Wandel durch Annäherung“
3, 5, 16 f., 88

Sozialistische Einheitspartei
Deutschlands (SED) 37 f.,
87–92, 95, 111, 121, 137, 139,
153 f., 171, 218, 222 f.,
225–229, 236, 258, 261, 273

– Politbüro 23 ff., 38 f., 46,
50 ff., 90, 95, 118, 126

Späth, Lothar 175, 178 f.,
208

Spira, Steffi 228 f.

Stahl, Alexander von 240 f.

Stalin, Josef 15, 51, 64,
69 f., 72, 93, 107

State Department 16, 144 f.,
153, 189

Statistisches Amt der DDR
94 f.

Steindling, Rudolfine
135–139

Steinebach, Horst 31–35

Stolpe, Manfred 221

Stoph, Willy 22 f., 26, 95,
147, 224, 226

Strategic Defense Initiative
(SDI) 27, 101 f., 108 ff.

Strauß, Franz Josef 4, 39–45,
53 ff., 58, 126, 130 f.

Strebel, André 275

Streibel, Max 5

Studnitz, Ernst-Jörg von
218

Stützle, Walther 153, 171

Sudhoff, Jürgen 164 f., 177,
191, 196 ff., 200, 203,
210 ff., 214

Sununu, John 174

Süssmuth, Rita 208

Sutherland, Donald 242 f.

Swesda 2, 70 ff.

Swing 61

T

Tandler, Gerold 45

Taraki, Nur Muhammad 19

Teltschik, Horst 1, 3, 6, 10,
116, 127 f., 130, 149 f., 152,
182 ff., 206, 227, 231, 234,
239, 253 ff.

Teufelsberg 96 ff., 221

Thatcher, Margaret 2, 62 f.,
192 f.

Thümer, Klaus 45

Tisch, Harry 225 f.

Todenhöfer, Jürgen 105,
151, 235 f.

Töpferhof 140 f.

Toshiba 264

Treuhandanstalt 8, 60,
135 f., 139, 260 ff., 264 ff.

Truman, Harry S. 14

Tschebrikow, Viktor
Michailowitsch 64, 67, 181

Tschernajew, Anatoli
Sergejewitsch 6, 76, 163,
185 f., 224, 233 f.

Tschernenko, Konstantin
Ustinowitsch 46 f., 60 ff.,
65, 68, 72, 125 f.

Tscherwow, Nicolai
Fjodorowitsch 28

U

UdSSR

- Abrüstung 96–102
- Deutschlandpolitik 14 f., 74 f., 107, 116 f., 122, 155, 157, 182 f., 186, 206, 224 ff., 233 f., 238, 255
- Transferrubelbetrug 133

Ulbricht, Walter 18, 70

Ungarisches Demokratisches Forum (MDF) 162, 167

Ungarn, Grenzöffnung

160–167, 188 f., 197, 201 ff., 206 ff.

USA

- Deutschlandpolitik 173–177, 179 f.
- Kreditboykott Osteuropas 31 f.

USAP 207

USB-Bank 275

Uschner, Manfred 68, 89, 91 ff., 102, 144 ff., 153 f., 159, 168–172, 189, 223 f.

Ustinow, Dimitrij 19 f., 47

V

Van Ruymbeke, Renaud 275

Varkonyi, Peter 161

Vatikan 11 f., 29, 174

Vehres, Gerd 164, 191, 194, 207

Vereinte Nationen (UNO)

160, 212

Vierer-Kommission 108 f., 111

Vietnamkrieg 244

Vogel, Hans-Jochen 175, 208, 269

Vogel, Wolfgang 30 f., 33, 35 f., 44, 58 f., 190 f., 205, 207, 209 ff., 258

Voigt, Karsten 153, 179, 206

Vollmer, Antje 196

Vranitzky, Franz 138

W

Wachowiak, Jutta 227

Wagner, Karl Heinz 223

Waigel, Theo 4

Walentynowicz, Anna 29

Walesa, Lech 29 f., 187, 218

Walters, Vernon A. 29, 81, 131, 176 f., 206

Warschauer Pakt 15, 18, 23, 64 f., 70, 97 f., 104, 108, 161, 184, 233

Weber, Juliane 111

Webster, William 247

Wehner, Herbert 17, 30 f., 33, 36

Weidenfeld, Werner 150

Wein, Rudi 135

Weizsäcker, Richard von 53, 103, 155

Weltbank 188, 245 f., 249

Werner, Abgeordneter 105

West-Berlin,

Asylantenproblem 76 f.

WestLB 127
 Wetzel, Erich 170 f.
 Wieck, Hans-Georg 263 f.
 Wienand, Karl 31–36, 239
 Wildenhain, Heinz 139
 Wilhelm I., Kaiser von
 Deutschland 11
 Wilms, Dorothee 149 f.
 Winters, Jochen (FAZ) 49
 Winzer, Otto 17
 Wirtschaftsspionage 271
 Wischnewski, Hans-Jürgen
 31 f., 36, 38, 115
 Wisnewski, Gerhard 110, 240
 Wojtyla, Karol Józef
 (Papst Johannes Paul II.)
 11 f., 28 f., 174
 Wolf, Christa 229
 Wolf, Markus 20, 82, 88,
 111, 123, 132 f., 141, 143,
 181, 226–230
 Wolff von Amerongen, Otto
 117
 Würtzen, Dieter von 85

Y

YUKOS 274 f.

Z

Z-Bank 138
 Zehn-Punkte-Plan 234,
 237 f.
 Zelikow, Philip 6, 174
 Zentrag – Vereinigung
 Organisationseigener
 Betriebe (VOB) 135, 137
 Zentrale Ermittlungsstelle für
 Vereinigungskriminalität
 (ZERV) 7, 10, 124, 140,
 260, 262, 265
 Züricher Modell (ZM) 31,
 33 ff., 38 ff., 43 f., 53 ff.,
 131

**Das unabhängige Online-Magazin für Wandel
in Wirtschaft und Gesellschaft**

changeX

- **Täglich neu.**
- **Mit Reportagen, Interviews, Buchrezensionen, Essays und Berichten.**
- **Von bekannten Journalisten und Autoren.**

Das Online-Magazin changeX ist das führende Medium für Entscheider und Multiplikatoren, die den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft konstruktiv mitgestalten wollen. Im Partnerforum von changeX schalten Anzeigenkunden Inserate in Form von Texten. Sie erreichen direkt eine hochinteressierte Leserschicht von Entscheidern und Multiplikatoren in Wirtschaft und Gesellschaft.

»changeX beschreibt den Wandel in der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Texte signalisieren: Sei mutiger, entfalte Eigeninitiative, jammere nicht – wie es viele Deutsche nun einmal gern tun.«

Tanja Busch, Financial Times Deutschland, Berlin

»Immer auf der Höhe der Zeit.«

Dagmar Deckstein, Süddeutsche Zeitung, München

»Wirtschaft im Internet kann sogar spannend sein.«

Die Welt, Berlin

»Eine der ersten Adressen im Netz.«

Wolf Lotter, brand eins, Hamburg

Abopreise

Monatsabo	5 Euro
Halbjahresabo	25 Euro
Jahresabo	48 Euro

Bestellen unter

www.changeX.de/abo.html

Kontakt:

changeX gmbh

Kordonhausgasse 6

85435 Erding

Tel.: 08122 892063 30

Fax: 08122 892063 59

E-Mail: redaktion@changex.de

www.changex.de

HANSER

Mutig, kreativ und erfolgreich für den Frieden.



Gerster/Gleich

Die Friedensmacher

ca. 260 Seiten. Mit CD.

ISBN 3-446-40312-4

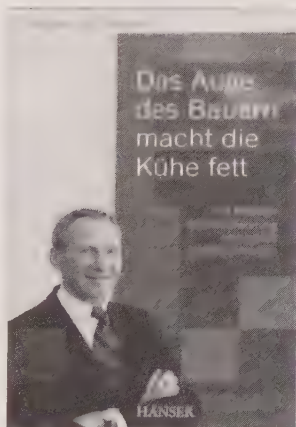
Petra Gerster und Michael Gleich präsentieren in diesem Buch eine Expedition zu den besten Friedensstiftern der Welt. Renommiertere Autoren und Fotografen erzählen von Exterroristen in Nordirland, die Jugendliche von Gewaltfreiheit überzeugen; von einem Priester, der sich zwischen Bauern und Guerilleros stellt. Sie berichten von Ärzten, Entwicklungshelfern, Geschäftsleuten und Menschenrechtlern, die auch in scheinbar ausgeweglosen Situationen immer wieder Auswege finden.

Wir erleben engagierte, außergewöhnliche Menschen – Vorbilder, die Hoffnung geben und ermutigen.

Mehr Informationen zu diesem Buch und zu unserem Programm
unter www.hanser.de/wirtschaft

HANSER

Ein Top-Manager zieht Bilanz.



Henzler

**Das Auge des Bauern
macht die Kühe fett**

ca. 250 Seiten.

ISBN 3-446-40216-0

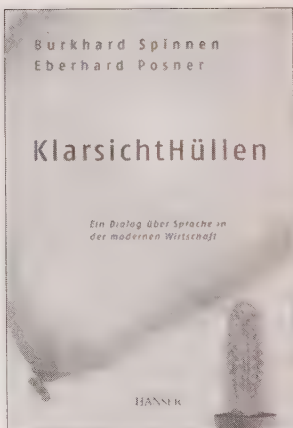
Er hat unzählige Unternehmen beraten, Generationen von Managern kommen und gehen sehen, seine Meinung ist gefragt in Politik und Wirtschaft: Herbert Henzler. Das manager magazin zählt ihn zu den 50 mächtigsten Managern Deutschlands.

Henzler redet Klartext: Er geißelt die unselige Konferenz- und Versammlungssucht, die besonders in deutschen Unternehmen populär ist, prangert die operative Hektik an, die oft gerade dann ausbricht, wenn die geistige Windstille am größten ist, und wendet sich gegen die Kontrollfreaks, die jede kühne Idee im Keim ersticken.

Mehr Informationen zu diesem Buch und zu unserem Programm
unter www.hanser.de/wirtschaft

HANSER

Der Wirtschaft aufs Maul geschaut.



Spinnen/Posner

KlarsichtHüllen

ca. 200 Seiten.

ISBN 3-446-40316-7

Der Schriftsteller Burkhard Spinnen und der Manager Eberhard Posner werfen einen neugierigen Blick auf die Rituale, die Sprache und die Menschen, die die Wirtschaft bestimmen.

Sie schreiben aus ihrem eigenen Blickwinkel über die kuriose Welt der Wirtschaft: Mit viel Humor, Ironie und sprachlicher Brillanz nehmen sie das Treiben in der Wirtschaft, die profitgierigen Börsenhaie, die Magie, die Gerüchte und die unvermeidlichen Jahreshauptversammlungen aufs Korn.

Mehr Informationen zu diesem Buch und zu unserem Programm unter www.hanser.de/wirtschaft

